

Beschlussbuch



**JUSOS**

**Farbe bekennen**

**Bundeskongress 2016**



# Inhaltsverzeichnis

## A Leitanträge

---

A1	Bundesvorstand	Unsere Jugendwahlkampagne 2017	2
----	----------------	--------------------------------	---

---

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

---

B1	Projektgruppe	Arbeitswelt(en) 4.0	8
B12	Bremen	Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohn- erhöhung auf 11,68€!	19
B13	Saar	Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!	20

---

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

---

C1	Bayern	Das Berufsbildungsgesetz besser machen!	24
----	--------	---	----

---

## D Demokratie & Partizipation

---

D7	Hamburg	Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!	32
----	---------	---	----

---

## E Europa

---

E1	Nordrhein- Westfalen	Ein Europa mit Zukunft	34
E2	Sachsen	Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unter- stützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Er- doğan	40

---

## G Gleichstellung, Feminismus & Gender

---

G4	Thüringen	Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* ver- bessern	43
G8	Hannover	Gelebter Feminismus	45
G11	Hessen-Nord	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlech- ter auch in der Partei anerkennen	51
G13	Braunschweig	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung	52

---

## I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

---

I5	Hessen-Süd	Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!	55
----	------------	---	----

---

## **M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik**

M1	Projektgruppe	Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen	61
M2	Nordrhein-Westfalen	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft	66
M4	Berlin	Geflüchtete*r ist kein Job	79

## **N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales**

N1	Baden-Württemberg	Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital	85
N3	Brandenburg	Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube	93

## **O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales**

O1	Projektgruppe , Land, Struktur verändern“ über Bundesvorstand	Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!	95
O4	Mecklenburg-Vorpommern	Wohnraum ist Menschenrecht!	112

## **P Pflege, Gesundheit & Soziales**

P11	Rheinland-Pfalz	Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“	115
-----	-----------------	--	-----

## **U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit**

U3	Sachsen-Anhalt	Lebensmittelverschwendung entgegenreten	117
----	----------------	---	-----

## **W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik**

W1	Weser-Ems, Nord-Niedersachsen und Bremen	Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau	119
W3	Hessen-Süd	Steuern und Gerechtigkeit	123

## **Z Initiativanträge**

Z1	Bundesvorstand	Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz	128
----	----------------	--	-----

# A Leitanträge

## A Leitanträge

---

A1	Bundesvorstand	Unsere Jugendwahlkampagne 2017	2
----	----------------	--------------------------------	---

---

# A1

**Titel** Unsere Jugendwahlkampagne 2017

**AntragstellerInnen** Bundesvorstand

---

## Unsere Jugendwahlkampagne 2017

1 Wir Jusos kämpfen für eine gerechte und offene Gesellschaft. Wir wollen, dass alle die Chance haben, das  
2 aus ihrem Leben zu machen, was sie wollen. Wir wollen, dass niemand Angst haben muss und Lebensrisiken  
3 abgesichert sind. Wir wollen, dass niemand diskriminiert wird. Wir wollen unser Bildungssystem und unsere  
4 Infrastruktur fit für die Zukunft machen. Wir wollen Verantwortung für ein soziales Europa übernehmen und  
5 globale Ungerechtigkeiten beseitigen. Und wir wollen, dass junge Menschen endlich mitbestimmen können,  
6 welchen Weg unsere Gesellschaft einschlägt. Wir wollen, dass die Belange von jungen Menschen ernst genom-  
7 men werden. Dafür kämpfen wir in und außerhalb der SPD. Und dafür treten wir auch bei der Bundestagswahl  
8 2017 ein.

9 Als Jusos sind wir Teil der SPD und begleiten sie in kritischer Solidarität. Die letzten drei Regierungsjahre der  
10 SPD als Juniorpartnerin in einer großen Koalition haben diese Solidarität vielfach strapaziert. Wir haben die  
11 große Koalition von Beginn an abgelehnt, denn eine progressive Politik ist mit der CDU/CSU nicht möglich.  
12 Zwar kann die SPD in der Regierungsbilanz einige Erfolge aufweisen: die Einführung des Mindestlohns, der  
13 Rente mit 63, eine Frauenquote für Aufsichtsräte und die Reform des Sexualstrafrechts sind nur einige Bei-  
14 spiele. Doch mussten wir ebenso erleben, wie die SPD Positionen durchgesetzt hat, die unseren jungsozia-  
15 listischen Grundsätzen widersprechen, etwa bei den zahlreichen Verschärfungen und Einschränkungen des  
16 Asylrechts, der Vorratsdatenspeicherung, der unsolidarischen Positionierung zur Finanz- und Wirtschaftskri-  
17 se in Griechenland oder der Forcierung der europäischen Abschottungspolitik. Für uns ist klar: So wie in den  
18 letzten 4 Jahren darf es nicht weitergehen. Wir müssen für einen Politikwechsel kämpfen und den erstarken-  
19 den rechten Kräften eine überzeugende linke Politikalternative entgegensetzen. Eine solche Politikalternative  
20 mit gesellschaftlicher und parlamentarischer Mehrheit kann es in Deutschland jedoch nur mit einer links po-  
21 sitionierten und starken SPD geben. Daher machen wir uns dafür stark, dass die SPD glaubwürdig für soziale  
22 Gerechtigkeit und eine liberale Gesellschaft eintritt und so ein gutes Wahlergebnis erhält. Davon werden wir  
23 erst die SPD und anschließend auch die WählerInnen überzeugen. Wir vertreten die sozialdemokratischen Wer-  
24 te von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nach außen und streiten in der SPD für unsere Vorstellungen  
25 zu deren Umsetzung. Dieser Einsatz lohnt sich, denn gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten für  
26 linke Politik gibt es nur mit einer starken SPD. Einer starken SPD, die nicht für Beliebigkeit, sondern für ein  
27 glaubhaftes und glaubwürdiges Eintreten für soziale Gerechtigkeit und eine liberale Gesellschaft steht.

28 Trotz einiger erfolgreicher Projekte in der Großen Koalition verharrt die SPD im Umfragetief. Offensichtlich  
29 trauen viele Menschen der SPD derzeit nicht zu, die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land tatsäch-  
30 lich substanziell zu verändern und ihre eigene Lebenssituation zu verbessern. Die SPD muss das verloreng-  
31 gangene Vertrauen zurückgewinnen. Dazu braucht es jetzt mehr klare Haltung in der Großen Koalition und  
32 ein erkennbares Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dazu braucht es in den kommenden Monaten ein  
33 linkes Wahlprogramm das aufzeigt, wie handfeste gesellschaftliche Veränderungen und mehr soziale Gerech-  
34 tigkeit zu erreichen sind. Und dazu braucht es für 2017 eine Machtperspektive jenseits der Großen Koalition.  
35 Geräuschloses Regieren in der Großen Koalition wird nicht reichen, um die Vision einer offeneren und gerech-  
36 teren Gesellschaft stark zu machen. Die SPD muss deshalb jetzt die Weichen für einen echten Politikwechsel  
37 stellen – und ihre Entscheidungen nach dem Wahltag an diesem Ziel messen lassen. Für uns ist deshalb klar:  
38 **Rot-Rot-Grün vorantreiben – linke Mehrheiten 2017 nutzen.**

39 Wir Jusos werden diese klare Linie von unseren Regierungsmitgliedern und von unserer Fraktion weiter einfor-  
40 dern und uns weiterhin aktiv in die Debatte um die Ausrichtung der SPD einbringen. Nachdem den Perspektiv-  
41 AGs zur Erarbeitung des Wahlprogramms bereits Positionspapiere der Jusos vorliegen, werden wir auch

42 im weiteren Wahlprogrammprozess nachdrücklich für unsere Positionen streiten und diese auch beim Pro-  
43 grammparteitag einbringen. Für uns ist klar: Wir wollen zur nächsten Bundestagswahl einen **eigenständigen**  
44 **Jugendwahlkampf** auf Grundlage eines progressiven Programms für soziale Gerechtigkeit führen.

45 Mit unserer Jugendwahlkampagne 2017 verfolgen wir folgende Ziele:

- 46 • Wir wollen, dass die SPD bei den jungen Wählerinnen und Wählern die stärkste Kraft wird.
- 47 • Wir wollen unsere Themen nach vorne stellen und so zeigen, dass die SPD junge Menschen in den Blick  
48 nimmt.
- 49 • Wir wollen unsere eigene Kampagnenfähigkeit verbessern und neue Mitglieder für die Jusos und die  
50 SPD gewinnen.
- 51 • Wir wollen die Wahlbeteiligung bei den jungen WählerInnen steigern.
- 52 • Wir wollen verhindern, dass rechtspopulistische Parteien Zulauf bekommen.

53 Damit uns dies gelingt, ist es enorm wichtig, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm auch Themen anspricht,  
54 die für junge Leute wichtig sind. Es braucht ein konkretes Angebot der SPD an junge Wählerinnen und Wähler,  
55 mit dem wir als Jusos auf unsere Zielgruppe zugehen können. Dazu zählen aus unserer Sicht:

- 56 • Wir wollen unsere Bildung und unsere Infrastruktur fit machen für die Zukunft. Wir brauchen mehr  
57 Geld, um Schulen besser auszustatten, mehr Lehrkräfte und Sozialpädagogen einzustellen, digitale  
58 Lehrmedien einzusetzen und ein besseres Lernumfeld zu schaffen. Wir wollen, dass Straßen, Brücken  
59 und das Schienennetz erneuert und gut ausgebaut werden. Wir wollen, dass die Netzinfrastruktur auf  
60 dem neuesten Stand ist. Kurzum: Wir finden, die Zukunft junger Menschen ist mehr wert. Sie gibt's  
61 nicht für lau! Deshalb braucht es eine **Zukunftsinvestitionsoffensive!**
- 62 • Um in die Zukunft investieren zu können und um die Schere zwischen arm und reich endlich wirksam  
63 zu schließen, setzen wir auf **mehr Steuergerechtigkeit**. Wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen,  
64 Kapital muss endlich wieder wie Arbeit besteuert werden. Wir wollen die Vermögenssteuer einführen,  
65 denn wer mehr als genug hat, der oder die kann zum Gemeinwohl auch mehr beitragen. Es gilt Steuer-  
66 vermeidung und – flucht konsequenter zu bekämpfen. Wir wollen den Spitzensteuersatz anheben und  
67 eine gerechte Ausgestaltung der Erbschaftssteuer. Vermögen und Chancen müssen endlich wieder ge-  
68 rechter verteilt sein.
- 69 • Wir finden: **Kein Kind, kein/e Jugendliche/r, kein junger Mensch darf arm sein**. Deshalb treten  
70 wir ein für die Kindergrundsicherung, für bedarfsorientiertes Kindergeld und für die Abschaffung al-  
71 ler ALGII-Sanktionen – einschließlich der verschärften Sanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren.
- 72 • Wir wollen, dass junge Leute auf eigenen Beinen stehen können und einen guten Start in ihr Berufsle-  
73 ben haben. Jeder junge Mensch soll das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben. Dafür müssen mehr  
74 Unternehmen ausbilden. Deshalb fordern wir die Ausbildungsplatzumlage. Die Ausbildungsqualität  
75 muss sich verbessern, Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten müssen der Vergangenheit  
76 angehören. Wir fordern eine **Mindestvergütung für Azubis** in Höhe des BAföG-Höchstsatzes. Schul-  
77 gelder müssen abgeschafft werden. Wir wollen mehr Planbarkeit und Sicherheit beim Berufseinstieg,  
78 deshalb muss die **sachgrundlose Befristung abgeschafft werden**. Die **Übernahme** nach der erfolg-  
79 reichen Ausbildung muss garantiert werden. Auch Fort- & Weiterbildungsmaßnahmen für unter 25-  
80 jährige ohne Berufsbildung müssen ausgebaut werden.
- 81 • Die Einführung des Mindestlohns in dieser Legislaturperiode ist ein großer Erfolg, die Erhöhung ein  
82 weiterer Schritt nach vorne. Damit der Mindestlohn aber wirklich gerecht ist, gilt es die noch bestehen-  
83 den Lücken zu schließen. Wir wollen daher die Ausnahmen für Minderjährige und Langzeitarbeitslose  
84 aufheben und mit dieser Forderung in die kommende Bundestagswahl ziehen. Für einen Mindestlohn  
85 ohne Hintertüren!
- 86 • Die Digitalisierung ist eines der großen Themen unserer Generation. Wir wollen die Digitalisierung als  
87 Querschnittsthema im Wahlkampf aufgreifen, denn der digitale Wandel lässt sich nicht aufhalten, nur  
88 gestalten. Wir wollen die sich ergebenden Chancen nutzen und flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Verein-  
89 barkeit von Familie und Beruf fördern. Gleichzeitig muss sich die SPD den neuen Herausforderungen

- 90 stellen. Damit junge Leute auch in Zukunft abgesichert sind, müssen neue Arbeitsmodelle wie beispiels-  
91 weise Crowdfunding sinnvoll in die sozialen Sicherungssysteme integriert werden.
- 92 Auch abseits der Arbeitsmarktpolitik gilt es die Digitalisierung in unserem Sinne zu prägen. Das Internet  
93 gewinnt mehr und mehr an Bedeutung und daher muss es für alle zugänglich sein. Dazu gehört ne-  
94 ben verbesserter Infrastruktur in Form eines flächendeckenden Breitbandausbaus auch der wichtige  
95 Aspekt der Netzneutralität. Diese wollen wir national gesetzlich verankern, um die weitere Entstehung  
96 sozialer Ungleichheiten im digitalen Leben zu verhindern.
- 97 • Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Wir stehen daher für eine gebührenfreie Bildung – von  
98 der KiTa bis zur Hochschule, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermög-  
99 lichen. Auch die Aufnahme eines Studiums darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Insbesondere Kinder  
100 aus NichtakademikerInnen-Familien entscheiden sich häufig aus finanziellen Gründen gegen ein Stu-  
101 dium. Hochschulen müssen jedoch für alle Menschen zugänglich sein, nicht nur für diejenigen, die es  
102 sich leisten können. Deswegen fordern wir eine grundlegende Verbesserung der staatlichen Studien-  
103 finanzierung. Es braucht endlich ein bedarfsdeckendes BAföG. Viele sind derzeit vom BAföG ausge-  
104 schlossen, diese Restriktionen müssen fallen. Wir wollen ein alters- und elternunabhängiges BAföG für  
105 alle.
  - 106 • Junge Menschen sollten sich eine eigene Wohnung leisten können. Deshalb wollen wir mehr **bezahl-**  
107 **baren Wohnraum** Wir setzen uns außerdem für mehr Studi- und Azubi-Wohnheime ein.
  - 108 • Junge Menschen brauchen **mehr Freiräume und weniger Druck**. Sie brauchen Zeit, um mit Freunden  
109 abzuhängen, sich ehrenamtlich zu engagieren, zu lernen und Hobbies nachzugehen. Deshalb wollen  
110 wir Zeit- und Leistungsdruck in Schule und Hochschule verringern, in dem wir für SchülerInnen einen  
111 freien Nachmittag schaffen und Studierenden mehr Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium eröffnen so-  
112 wie Ehrenamt mehr wertschätzen. Wir wollen zur Unterstützung und Verstetigung der Jugendarbeit  
113 und anderer zivilgesellschaftlicher Projekte die Finanzierung von Vollzeitstellen statt Werk- und Hono-  
114 rarverträge durch Bundesförderprogramme.
  - 115 • Sich frei bewegen zu können und günstig von A nach B zu kommen, ist für junge Leute enorm wichtig.  
116 Allerdings ist es gerade in ländlichen Regionen häufig Wunschdenken. Wir wollen den **ÖPNV deshalb**  
117 **massiv ausbauen**. Wir brauchen mehr Anbindungen und häufigere Fahrzeiten – zur Entlastung der  
118 Städte, insbesondere aber in ländlichen Regionen. Wir wollen überall kostengünstigen (z.B. durch An-  
119 gebote von landesweiten Studi- und Azubitickets) und in Zukunft auch fahrscheinlosen Nahverkehr  
120 durchsetzen.
  - 121 • Junge Familien müssen eintausend Sachen unter einen Hut bringen. Wir wollen, dass sie endlich besser  
122 unterstützt werden. Deshalb braucht es einen Ausbau von Kita-Plätzen sowie eine bundesweit flächen-  
123 deckende qualitativ hochwertige Betreuung. Gleichzeitig braucht es den Ausbau von Betreuungszeiten  
124 da wo es nötig ist. Hierbei ist es wichtig, dass auf den Arbeitsschutz der Fachkräfte geachtet wird. Für  
125 uns muss Bildung gebührenfrei sein, und zwar von der KiTa bis zur Hochschule, deshalb wollen wir  
126 **KiTa-Gebühren abschaffen**. Wir sprechen uns für einen gebührenfreien Meister und eine Reform des  
127 Meister-BAföG aus.
  - 128 • Wir wollen, dass niemand Diskriminierung erfahren muss oder benachteiligt wird. Deshalb kämpfen  
129 wir **gegen Diskriminierung und für vollkommene Gleichstellung**. Wir wollen, dass Frauen die glei-  
130 chen Chancen haben wie Männer, sei es in Schule, Ausbildung oder an der Hochschule. Wir wollen, dass  
131 Frauen genauso viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen und die gleichen Aufstiegschancen erhal-  
132 ten. Wir wollen, dass es bei der Familienplanung partnerschaftlich zugeht und die Elternzeit aufgeteilt  
133 wird. Wir finden, die Ehe muss endlich für alle möglich sein. Genauso wie das Partnerschaftsmodell.  
134 Wir wollen das Adoptionsrecht uneingeschränkt für homosexuelle Paare. Wir wollen, dass niemand  
135 schlechtere Chancen hat, einen Job zu bekommen, nur weil sein Name für den Chef nicht deutsch  
136 klingt oder auf dem Bewerbungsbild die Frau ein Kopftuch trägt. Deshalb wollen wir anonyme Bewer-  
137 bungsverfahren.
  - 138 • Viele junge Menschen fühlen sich heute ebenso als EuropäerInnen wie als BürgerInnen ihres Herkunfts-  
139 staats. Die EU – die viele von uns als Selbstverständlichkeit erleben – steht jedoch vor großen Heraus-  
140 forderungen. Zuletzt hat uns das Brexit-Votum klar vor Augen geführt, dass ein geeintes Europa bei

141 weitem keine Selbstverständlichkeit ist. Genauso klar ist aber auch geworden, dass die junge Generati-  
 142 on mehr und nicht weniger Europa will. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Kampagne wird deshalb der  
 143 Kampf für einen Politikwechsel für ein **solidarisches Europa**. Ein Europa, das Humanität nach innen  
 144 und außen lebt und seine Werte nicht durch den in Kauf genommenen Tod von Flüchtenden an den  
 145 Außengrenzen verrät. Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, das mehr ist als ein gemeinsamer Bin-  
 146 nenmarkt. Eine EU, die Schluss macht mit Austeritätspolitik und die Interessen aller ihrer BürgerInnen  
 147 im Blick hat. Eine EU, die durch Investitionen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und  
 148 Perspektiven für ihre junge Generation schafft.

149 • Politik geht alle an – auch Jugendliche. Wir werden uns Rahmen unserer Jugendwahlkampagne zusam-  
 150 men mit der SPD für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre einsetzen. Diese Forderung könnte  
 151 ErstwählerInnen stärker mobilisieren, Ansatzpunkt für eine Verbesserung der politischen Bildung sein  
 152 und junge Menschen wieder deutlicher an die SPD binden.

153 Um all diese Forderungen glaubwürdig vertreten zu können, braucht es aber auch glaubhafte StreiterInnen  
 154 für die Belange junger Menschen in der Spitze unserer Partei und junge Menschen als Direkt- und Listenkandi-  
 155 datInnen für den Bundestag. Nur wenn wir auch unsere eigenen jungen Leute in der Partei sichtbar machen,  
 156 machen wir klar, dass wir junge Menschen und ihre Belange ernst nehmen. Junge Abgeordnete darf man nicht  
 157 länger mit der Lupe suchen müssen. **Unsere Juso-KandidatInnen werden wir deshalb mit aller Kraft auf**  
 158 **ihrem Weg in die Parlamente unterstützen**. Es ist Zeit, dass die SPD ihr Image als Partei der alten, grauen  
 159 Männer ablegt. Da ist viel mehr drin!

160 Und noch etwas wird zentral sein für unseren Juso-Wahlkampf: Das Erstarren der Rechten in Deutschland  
 161 stellt uns vor eine Herausforderung, der wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Wir werden den **Kampf**  
 162 **gegen RechtspopulistInnen** im Bundestag mit ganzer Kraft führen und alle rechtspopulistischen Parteien po-  
 163 litisch stellen. Die gegenwärtige Polarisierung der politischen Debatte in unserem Land ist für uns auch eine  
 164 große Chance: Selten wurde so viel über Politik gesprochen. Die Mobilisierung der Rechten hat dabei offen-  
 165 sichtlich auch zu einer Politisierung vieler junger Menschen geführt. Viele sehen wie vermeintliche Selbstver-  
 166 ständlichkeiten jetzt von Reaktionären bedroht werden und wollen sich ihre Freiheiten nicht nehmen lassen.  
 167 Umso entschiedener werden wir die **offene Gesellschaft** verteidigen. Wir werden eintreten für Willkommens-  
 168 kultur statt Abschottung und für gleiche politische und soziale Rechte für alle.

169 Um junge Wählerinnen und Wähler von unseren Forderungen zu überzeugen, brauchen wir eine Kampa-  
 170 gne, die am Puls der Zeit ist und innovative und spannende Aktionen bereithält. In die Erarbeitung dieser  
 171 Kampagne wollen wir den kompletten Juso-Verband einbinden. Enge PartnerInnen sind dabei auch die Juso-  
 172 Hochschulgruppen, mit denen wir die Kampagne gemeinsam planen und den Jugendwahlkampf durchführen.  
 173 In enger Abstimmung mit den Landes- und Bezirksverbänden wollen wir unsere Kommunikationsstruktur und  
 174 die zentrale Kampagnen-Plattform ausarbeiten. Wichtigste Ansprechpartner für die Wahlkampfzeit sind für  
 175 uns die Unterbezirke und Kreisverbände. Sie sind diejenigen, die die Kampagne vor Ort stemmen müssen und  
 176 zum Erfolg führen werden.

177 Konkret planen wir:

178 • **Wir gehen dahin, wo junge Leute sind**. Wir wollen mit dem Wahlkampf junge Menschen dort er-  
 179 reichen, wo sie sich alltäglich aufhalten. Wir treffen junge Menschen auch auf dem Campus, auf dem  
 180 Weg zur Arbeit oder in die Schule, im Schwimmbad, auf einem Konzert oder beim Fußball-Turnier. Dort  
 181 können wir sie erreichen und wollen mit kreativer Ansprache auf unsere Inhalte aufmerksam machen.

182 • **Online-Wahlkampf**: Wir konzentrieren uns auf einen starken und fokussierten Online-Wahlkampf. Da-  
 183 zu wird eine gemeinsame Landing-Page für den Jugendwahlkampf erstellt, auf der die gemeinsamen  
 184 Aktivitäten der Jusos und Juso-Hochschulgruppen gesammelt und Links zu den jeweiligen Homepages  
 185 zu finden sind. Außerdem werden die sozialen Netzwerke von uns in vielfältiger Weise bespielt. War  
 186 Facebook das Netzwerk, wo junge Menschen sich noch vor Kurzem informiert haben, wird es mehr  
 187 und mehr von Youtube abgelöst. Dort müssen wir ansetzen. Deshalb wollen wir einen Schwerpunkt  
 188 auf die Produktion von guten Videos legen. Wir wollen überall dort präsent sein, wo junge Menschen  
 189 aktiv sind. Uns unterstützt ein Online-Team für den Wahlkampf.

190 • **Jugendgewerkschaftskongress**: Die Gewerkschaften sind für uns enge Partnerinnen, wenn es dar-  
 191 um geht, für die Belange von jungen Menschen und eine gerechtere Gesellschaft zu streiten. Deshalb



192 veranstalten wir gemeinsam mit der AfA einen Jugendgewerkschaftskongress, zu dem wir im Dezem-  
 193 ber junge BetriebsrätInnen, JugendvertreterInnen und Vertrauensleute sowie hauptamtliche Gewerk-  
 194 schaftssekretärInnen aus dem Jugendbereich, JugendbildungsreferentInnen sowie junge Mitglieder aus  
 195 SPD Betriebsgruppen einladen. Die Teilnehmenden sollen in den weiteren Wahlkampf und dessen Vor-  
 196 bereitungen eingebunden werden.

197 • **Jugendwahlkampfkonferenz:** Ein zentrales Element der Mobilisierung und Qualifizierung wird die Ju-  
 198 gendwahlkampfkonferenz im Frühjahr 2017 sein, an der die Vorsitzenden und Wahlkampfverantwor-  
 199 tlichen der Kreisverbände und Unterbezirke teilnehmen werden. Hier werden wir nicht nur die Meilen-  
 200 steine des Wahlkampfes vorstellen, sondern auch über das Wahlprogramm diskutieren, Aktionsideen  
 201 entwickeln und die WahlkämpferInnen qualifizieren.

202 • **Jugend-Campaign-Camp:** Unsere Mitglieder und Freiwillige wollen wir mit einem kulturell attraktiven  
 203 Jugend-Campaign-Camp, das wir gemeinsam mit der SPD im Sommer durchführen, vor Beginn der  
 204 heißen Wahlkampfphase für den Wahlkampf motivieren und schulen.

205 • **Qualifizierung:** Wir legen in der Kampagne einen großen Fokus auf die Qualifizierung der Wahlkämp-  
 206 ferInnen. Dazu soll es nicht nur Wahlkampfhandreichungen geben, sondern werden wir auch Online-  
 207 Angebote machen.

208 • **Europa-Event:** Ein weiteres großes mobilisierendes Ereignis vor dem Wahlkampf wird für uns Jusos  
 209 das Europa-Event in 2017 sein, das wir gemeinsam mit den Falken organisieren und zu dem wir viele  
 210 internationale Gäste erwarten. Hier wollen wir auch ein klares Zeichen für ein solidarisches Europa  
 211 setzen und den Wahlkampf in NRW unterstützen.

212 • **Festivaltour:** Mit einer Festivaltour erreichen wir auf effiziente Weise viele jungen Menschen, die wir  
 213 von unserer Kampagne überzeugen können. Mit coolen Festivalgimmicks im Gepäck werden wir im  
 214 Sommer von Festival zu Festival fahren und mit vielen potentiellen JungwählerInnen ins Gespräch kom-  
 215 men.

216 • **Schultour:** An Schulen erreichen wir viele ErstwählerInnen und MultiplikatorInnen. Wir wollen daher  
 217 die Jusos und KandidatInnen vor Ort bei der Begleitung der bundesweit stattfindenden und vom Bun-  
 218 destag finanzierten Juniorwahl unterstützen.

219 • **Sommertour/Schlussmobilisierung:** In der Schlussmobilisierung werden wir gemeinsam noch einmal  
 220 alles geben. Online und vor Ort werden wir mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch kommen und  
 221 sie von der SPD überzeugen. Wir wissen, dass die letzten Wochen vor der Wahl für die SPD sehr ent-  
 222 scheidend sind. Der Bundesvorstand wird in den letzten Wochen Gliederungen vor Ort im Wahlkampf  
 223 mit einer Sommertour unterstützen.

224 • **Mobile Action Group:** Für TV-Duelle, Demos vor dem KanzlerInnenamt und spontane Aktionen mit der  
 225 Parteispitze werden wir eine Berlin Action Group initiieren, die schnell und unkompliziert mit kreativen  
 226 Ideen und Tatendrang am Start ist. Damit die Action Group ihre Aktionen auch selbstständig dokumen-  
 227 tieren kann, werden wir einige Jusos im Low budget-Video Dreh schulen.

228 • **UnterstützerInnen-Netzwerk:** Für unsere Ziele und die Beteiligung an den Kampagnenbausteinen  
 229 wollen wir prominente Unterstützung gewinnen und ein Netzwerk mit gesellschaftlicher Strahlkraft  
 230 aufbauen. Dazu wollen wir u.a auf das Netzwerk der SPD zurückgreifen.

231 Dass wir erfolgreich Wahlkampf machen können, haben wir Jusos beim letzten Bundestagswahlkampf und bei  
 232 der Europawahl gezeigt. Lasst uns die nächsten Wochen und Monate nutzen, gemeinsam für die Belange von  
 233 jungen Menschen und einer wirklich gerechten und offenen Gesellschaft zu streiten! Lasst uns gemeinsam  
 234 anpacken und diesen Jugendwahlkampf rocken!

# B Beschäftigung & Gute Arbeit

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

B1	Projektgruppe	Arbeitswelt(en) 4.0	8
B12	Bremen	Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohn- erhöhung auf 11,68€!	19
B13	Saar	Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!	20

# B1

**Titel** Arbeitswelt(en) 4.0

**AntragstellerInnen** Projektgruppe

---

## Arbeitswelt(en) 4.0

### 1 1. Warum Arbeit 4.0?

2 Arbeit 4.0 ist in aller Munde. Nicht erst durch das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte  
3 Grünbuch ist die politische Diskussion darüber entbrannt, wie sich Arbeit in einer zunehmend weiter digitalisierten  
4 Welt verändert.

5 Wird von „Arbeit 4.0“ gesprochen, ist hiermit zuvorderst die bereits in Ansätzen vollzogene und weiter vor-  
6 anschreitende Digitalisierung, Vernetzung und Robotisierung/Automatisierung im Bereich der Arbeit gemeint.  
7 Daneben verstehen wir als Jusos unter Arbeit 4.0 aber zugleich mehr als die zunehmende Digitalisierung. Viel-  
8 mehr sehen wir eine Reihe weiterer Trends, die entweder in einem engen Zusammenhang mit der Digitali-  
9 sierung der Arbeit oder zumindest in einem Wechselverhältnis zueinander stehen: Mitbestimmung, Arbeits-  
10 und Gesundheitsschutz, die berufliche Bildung und Weiterbildung der Zukunft, die Digitalisierung menschlich  
11 gestalten und die immer größere werdende Bedeutung der Care-Arbeit.

12 Hierbei ist egal, wie lange welche Trends bereits wirken, wenn durch die Thematisierung im Rahmen von „Ar-  
13 beit 4.0“ Bedingungen für eine soziale und arbeitnehmerInnenfreundliche Ausgestaltung der Arbeitswelten 4.0  
14 geschaffen werden. Wir müssen zudem eine ungleichzeitige Entwicklung innerhalb der Arbeitswelt konstatie-  
15 ren. Wir sprechen zudem von Arbeitswelten 4.0 im Plural, weil wir uns der ungleichen Entwicklungsstadien  
16 in verschiedenen Sektoren, Branchen oder Berufsfeldern bewusst sind, die es bei der konkreten politischen  
17 Ausgestaltung einer guten und sozial-gerechten Arbeitspolitik zu berücksichtigen gilt.

### 18 1. Wert der Arbeit & zunehmende Tendenz der Entfremdung

19 Jedwede kapitalistische Produktionsweise trägt den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und der gegen-  
20 sätzlichen Aneignung des produzierten Mehrwertes in sich. Dies ändert sich auch nicht unter den Vorzeichen  
21 der Arbeitswelt(en) 4.0, sondern nimmt in Zeiten von reinen digitalisierten Wertschöpfungsketten sogar ten-  
22 denziell zu. Wir müssen diesen auf Marx zurückgehenden theoretischen Ansatz fortwährend ins Bewusstsein  
23 rücken, um nicht Gefahr zu laufen, die substanziellen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise nicht  
24 mehr in Frage zu stellen. Diese bestehen in Zeiten von Arbeit 4.0 gerade darin, ArbeitnehmerInnen reihenwei-  
25 se zu sich selbstoptimierenden Solo-Selbstständigen zu stilisieren, die die Widersprüche der kapitalistischen  
26 Produktionsweise scheinbar im Begriff sind aufzulösen, de facto aber abhängig beschäftigt sind.

27 In diesem Kontext wollen wir zudem davor warnen, ein Ende der Arbeit herauf zu beschwören, wie es zugleich  
28 viele (neo-)liberale KapitalverfechterInnen, aber auch linke SchwärmerInnen gerne tun. In der Tat wird durch  
29 die fortschreitende Digitalisierung und Technisierung ein Teil uns heute bekannter „Arbeit“ in Zukunft nicht  
30 mehr zu verrichten sein. In mehreren – wenngleich jedoch umstrittenen – Studien werden Horrorszenarien  
31 skizziert, die von einem massiven Arbeitsplatzabbau ausgehen. An wilden Spekulationen wollen wir uns aus-  
32 drücklich nicht beteiligen. Jedoch sehen wir es als möglich an, dass Arbeitsplätze der Automatisierung zum  
33 Opfer fallen werden und durch weitere Prozessoptimierung das Arbeitsvolumen spürbar zurückgehen wird.  
34 Andererseits funktioniert der kapitalistische Verwertungsprozess gerade durch die Ausbeutung des Faktors  
35 Arbeit. Er ist also bestimmend für die kapitalistische Form des Wirtschaftens. Wir sollten an dieser Stelle nicht  
36 den ProphetInnen hinterhereilen, die uns eine kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsformation 4.0 ver-  
37 sprechen, in der es keine Arbeit mehr geben werden, sondern vielmehr selbstbewusst darauf verweisen, dass  
38 Arbeit auch unter den geänderten Vorzeichen zentral bleibt. Schlussendlich ist jedwede wirtschaftliche Tä-

39 tigkeit auf menschliches Handeln zurück zu führen. In einem so erweiterten Arbeitsverständnis gilt es, auch  
 40 die ideologische Spaltung der Arbeit in „Kopf- und Handarbeit“ zu überwinden. Sie stellt eine künstliche Hier-  
 41 archisierung der ArbeitnehmerInnenschaft dar. Die Veränderungen durch Arbeit 4.0 betreffen hingegen den  
 42 gesamten Produktionsprozess und somit alle Arbeitnehmer-Innen. Wir Jusos werden uns im Rahmen des Per-  
 43 spektivprojekts im nächsten Jahr weiter und eingehender mit den strukturellen Bedingungen und Veränderun-  
 44 gen auf den gesamten Wirtschaftskreislauf befassen, die mit der vierten industriellen Revolution einhergehen.  
 45 Im vorliegenden Antrag setzen wir einen Fokus auf die Arbeitswelt(en) als einen ersten Schritt zur kohärenten  
 46 Analyse der kapitalistischen Produktionsweise 4.0.

47 So verwischen in den Arbeitswelten 4.0 die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben unter dem Druck von  
 48 Flexibilisierung und Selbstoptimierung und führen damit zu neuen Prekaritäten und verschärften Entfrem-  
 49 dungstendenzen. Entfremdete Arbeit führt lediglich zur materiellen Reproduktion des Individuums. Schon  
 50 heute geben laut „DGB-Index Gute Arbeit“ über ein Drittel der Beschäftigten an, dass sie gar nicht oder nur  
 51 im geringen Maße den Eindruck haben, dass ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leistet.  
 52 Hinzu kommt u.a., dass sich über die Hälfte der Beschäftigten von ihrer Arbeit oft bis sehr häufig gehetzt  
 53 fühlen. Die Zunahme von Prekarität in den Arbeitswelten müssen wir seit langer Zeit beobachten – teilweise  
 54 ist sie gar das Resultat politischer Entscheidungen. Wir sehen, dass Prekarität, wie auch im Folgenden noch  
 55 genauer darzustellen ist, eines der zentralen Merkmale von Arbeit 4.0 sein könnte. Wir wollen mit unseren  
 56 programmatischen Vorschlägen dieser Entwicklung entgegentreten.

## 57 1. Einbettung in Juso-Programmatik

58 Für uns Jusos war und ist das Thema Arbeit zentral, weil für uns Arbeit eines der bestimmenden Merkmale  
 59 der Gesellschaftlichkeit des Menschen ist, sie Teilhabe sichern kann und als Form der Selbstverwirklichung  
 60 Arbeit immer auch ein hohes Identitäts- und Sinnstiftungspotential für jede/n Einzelne/n bieten kann. In der  
 61 Tradition einer ArbeiterInnenjugendorganisation gilt unser Augenmerk aber immer auch dem Schutz der Er-  
 62 werbstätigen vor Ausbeutung und Gefahren durch Arbeit. Zum effektiveren Schutz vor Arbeitslosigkeit haben  
 63 wir bspw. bereits 2014 den Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung beschlossen. Auch  
 64 und gerade in Zeiten von Arbeit 4.0 bleibt diese Forderung zentral. Hinzu kommt, dass wir als Jusos uns für  
 65 eine Arbeitszeitkürzung stark machen. Wir sehen, dass es Veränderungen im Arbeitsvolumen gibt, mit der eine  
 66 Umverteilung der Arbeit einhergehen muss. Wir haben 2015 vorgeschlagen, die Wochenarbeitszeit auf 30 und  
 67 die zulässige Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden zu begrenzen. Auch diese Forderung bleibt im Zeitalter  
 68 von Arbeit 4.0 zentral. In Ergänzung zu diesen beiden Grundsatzbeschlüssen der letzten Jahre sehen wir uns  
 69 in Zeiten von Arbeit 4.0 mit bereits angesprochenen weiteren Trends und Phänomenen konfrontiert, die einer  
 70 politischen Bearbeitung und eine neue politische Programmatik bedürfen.

## 71 1. Trends der Arbeit 4.0

### 72 2. a) Mitbestimmung und wie wir in Arbeit 4.0 leben wollen

73 Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet für ArbeitnehmerInnenrechte Chancen, birgt aber auch Risiken. Die  
 74 Beseitigung oder Abmilderung negativer Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt muss also Ziel  
 75 unseres politischen Handelns sein.

76 Eine große Gefahr für die Mitbestimmung ist der mögliche Abbau kollektiver Mitbestimmungsrechte zuguns-  
 77 ten individueller Partizipationsrechte. Der Aufbau und der Erhalt kollektiver Mitbestimmungsorgane war in  
 78 der Vergangenheit dadurch geprägt, dass die Beschäftigten gemeinsam an einem Ort in einem Betrieb arbei-  
 79 teten und so ein Arbeitsumfeld teilten, welches sie auch gemeinsam gestalten wollten. In einer Arbeitswelt,  
 80 die zunehmend räumlich entgrenzt ist, wird eine solche Interessenvertretung schwieriger. Gleichzeitig ködern  
 81 Unternehmen die Beschäftigten mit der Illusion der Mitbestimmung durch Möglichkeiten des Feedbacks zu  
 82 bestimmten Aspekten des Arbeitsumfeldes und der Arbeitsbedingungen. Oftmals wird den Beschäftigten so  
 83 suggeriert, eine kollektive Mitbestimmungsebene sei nicht mehr notwendig, was sich letztlich in Verhandlun-  
 84 gen zu Löhnen und Arbeitsbedingungen als großer Fehler herausstellt.

### 85 *Crowd-Working und andere Arten der abhängigen Selbständigkeit*

86 Als besonders große Herausforderung für Gewerkschaften und Mitbestimmungsorgane hat sich in dieser Hin-  
 87 sicht das sogenannte Crowdworking herausgestellt. Bei diesem werden Aufgaben an die „Crowd“ abgegeben.  
 88 Diese besteht vor allem aus Solo-Selbstständigen. Für Gewerkschaften sind diese Crowd-WorkerInnen eine  
 89 anonyme, nicht an einen Betrieb angegliederte Masse, die bisher kaum oder gar nicht organisiert ist.

90 Das Kernproblem, das sich aus der Digitalisierung für die Mitbestimmung ergibt, lässt sich daraus gut ablei-  
91 ten: Während in der Vergangenheit ein großer Teil der lohnabhängig Beschäftigten konzentriert in einzelnen  
92 Betrieben gearbeitet hat, führte jede Entwicklungsstufe der Industrialisierung zu einer verstärkten Diversifi-  
93 kation der Betriebsstätten und damit auch der Beschäftigten. Ein Betrieb als eine Gruppe von Leuten, die an  
94 einem bestimmten Ort zusammenarbeiten, eröffnete den Beschäftigten in den ersten Phasen der Industriali-  
95 sierung gute Möglichkeiten, sich zu organisieren. Die zunehmende Aufspaltung der Betriebe führt jedoch zu  
96 einer immer weiter abnehmenden örtlichen Bindung, was in der Konsequenz ein schrumpfendes Gemein-  
97 schaftsbewusstsein bedingt. Der Betriebsbegriff an und für sich ist ins Wanken geraten. Deshalb gilt es das  
98 Betriebsverfassungsgesetz den neuen Herausforderungen anzupassen.

99 Wir fordern:

- 100 • Es muss gewährleistet sein, dass alle, die im Wertschöpfungsprozess eines Betriebes mitarbeiten, vom  
101 Betriebsrat vertreten werden können. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die sowohl Crowd-  
102 WorkerInnen, Solo-Selbständige sowie Leiharbeitende und Werkvertragsbeschäftigte in dem Mitbe-  
103 stimmungsprozess integrieren, z.B. durch virtuelle Abteilungen, damit ihnen die Möglichkeit gegeben  
104 wird sich untereinander auszutauschen und an Betriebsversammlungen per Videoschleife teilzuneh-  
105 men. Um die Mitbestimmung auch im Unternehmen der Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir da-  
106 her einen neuen Betriebsbegriff, der sicherstellt, dass auch neue Formen der Beschäftigung erfasst  
107 werden.
- 108 • Dem Betriebsrat steht ein umfassendes Informationsrecht & Mitbestimmungsrecht zu.
- 109 • Anrechnung von Solo-Selbständigen auf MitarbeiterInnenzahl bei Vorgaben für Betriebsratsfreistel-  
110 lung. Diese Freistellung ist explizit für die Betreuung von Solo-Selbständigen zu nutzen. Klar ist für uns  
111 hierbei, dass selbständige Tätigkeiten mit gewissen Kriterien verbunden sind und diese nicht zur Ver-  
112 drängung sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten oder zum Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten  
113 führen dürfen.
- 114 • Der Betriebsrat muss den vom ArbeitsgeberIn angegebenen Bedarf von Crowd-WorkerInnen und an-  
115 deren abhängig Selbständigen bestätigen und deren Einsatz mitbestimmen können.
- 116 • Solo-Selbständige und andere abhängige Selbständige dürfen nicht mehr als 10% der Beschäftigten  
117 eines Unternehmens ausmachen. Klar ist für uns hierbei, dass selbständige Tätigkeiten mit gewissen  
118 Kriterien verbunden sind und diese nicht zur Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten  
119 oder zum Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten führen dürfen.
- 120 • Der Betriebsrat muss über die Vergabe von Aufträgen an Crowd-WorkerInnen und Solo-Selbständige  
121 ein echtes Mitbestimmungsrecht erhalten und diese verweigern können.
- 122 • Gewerkschaften müssen in Form eines Verbandsklagerechts gegen Gesetzesverstöße am Arbeitsplatz  
123 vorgehen können. Um zudem zu gewährleisten, dass Gewerkschaften auch CrowdworkerInnen oder  
124 ähnliche Arbeitsmodelle der Zukunft erreichen, muss gewährleistet werden, dass die Gewerkschaften  
125 wenn nötig auch hier einen digitalen Zugang zu diesen hat.
- 126 • Die Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen wie Hardware oder Software fällt unter  
127 das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates. Um zu gewährleisten, dass der weite Anwendungsberich  
128 dieses Rechtes nicht durch eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aufgegeben  
129 wird, soll dieser gesetzlich geregelt werden.

130 *Datenschutz*

131 Die zunehmende Digitalisierung erlaubt auch eine zunehmende Überwachung der ArbeitnehmerInnen. Denk-  
132 bar sind zum Beispiel neben dem verstärkten Einsatz von Kamera- oder Ton-Überwachungsmaßnahmen auch  
133 kleinteilige Aufzeichnungen der Arbeitsschritte und eine dadurch mögliche Analyse der Produktivität anhand  
134 von beliebig ausgewählten Kennzahlen, die nicht repräsentativ oder ArbeitnehmerInnenfreundlich gestaltet  
135 sein müssen. Insbesondere die Überwachung von Pausenräumen, aber auch von Privaträumen im Fall von  
136 Telearbeit, ist schon jetzt in Einzelfällen zu beobachten. Auch können hohe Datenmengen zum Missbrauch  
137 genauso wie zu Manipulationen verführen.

138 Deshalb fordern wir:

- 139 • Verbindliche gesetzliche Regelungen, die ArbeitnehmerInnenrechte im Sinne der informationellen  
140 Selbstbestimmung müssen gestärkt, eine hohe Transparenzpflicht (Was wird wann wo von wem wie  
141 lange gespeichert?) und niedrige erlaubte Grenzwerte festgelegt werden.
- 142 • Regelungen im Personalbereich zum Datenschutz innerhalb eines Betriebs müssen zustimmungs-  
143 pflichtig für den Betriebsrat sein.
- 144 • Recht auf Widerspruch der ArbeitnehmerInnen zum Speichern von personenbezogenen Daten über  
145 das für den Arbeitslauf zwingend notwendige hinaus.
- 146 • Um den Datenschutz sicherzustellen fordern wir Jusos daher die Schaffung eines Beschäftigtendaten-  
147 schutzgesetzes, um zu gewährleisten, dass diese nicht zur Überwachung des/der ArbeitnehmerIn miss-  
148 braucht werden.
- 149 • Ein Verbot von Kamera- und Tonüberwachungen, sofern sie nicht zur Absicherung des Betriebsgelän-  
150 des dienen.

#### 151 1. b) Arbeit- und Gesundheitsschutz

152 Die Veränderung der Arbeitswelt muss konsequenter Weise auch von sich verändernden Arbeitsschutzbe-  
153 stimmungen begleitet werden. Für uns ist dabei entscheidend, dass das Schutzniveau ausgebaut werden  
154 muss.

155 Permanente Verfügbarkeit, zunehmende Leistungsverdichtung und Entgrenzung sind einige der Faktoren, die  
156 eine Zunahme der psychischen Erkrankungen der ArbeitnehmerInnen bewirken. Der BKK Dachverband ana-  
157 lysierte, dass sich gegenüber 2003 die Zahl der psychischen Erkrankungen mehr als verdoppelt hat. Deshalb  
158 ist es von enormer Bedeutung, dass auch psychische Erkrankungen in die Gefährdungsbeurteilung eines Ar-  
159 beitsplatzes aufgelistet werden.

160 Arbeit 4.0 weicht mit Homeofficeoptionen Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit auf, sodass Erholungszeiten  
161 darunter schwinden könnten. Im Zuge der Digitalisierung und Vernetzung ist mit dem Rückgang des Arbeitsvo-  
162 lumens zu rechnen. Für uns ist klar, dass es deswegen einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich  
163 bedarf. Allein eine Reduzierung der Arbeitszeit kann die negativen Folgen nicht kompensieren. Hierzu sind  
164 verschiedene weitere Instrumentarien von Nöten.

#### 165 *Arbeitszeit- und Entlohnungsmodelle*

166 In Zukunft wird Arbeit immer flexibler. Die eigenen Arbeitszeiten können weitgehend selbst festgelegt werden.  
167 Während beispielsweise im Büro eine festgelegte Arbeitszeit erfüllt werden muss und bei Unter- und vor allem  
168 auch Überschreitung von Vorgesetzten und KollegInnen sowie dem Betriebsrat kontrolliert werden kann, wird  
169 diese Verantwortung im Home Office komplett auf die ArbeitnehmerInnen übertragen. Die Erfahrung zeigt,  
170 dass dies vor allen Dingen zulasten der ArbeitnehmerInnen geht, die dank Diensthandy und – laptop ständig  
171 erreichbar sind. Dieser in vielen Betrieben noch wenig regulierte Bereich ist eine zentrale Herausforderung  
172 von Politik und Gewerkschaften in der digitalen Arbeitswelt.

173 Wir sind davon überzeugt, dass wir ein verbindliches Arbeitszeiterfassungssystem für alle ArbeitnehmerInnen  
174 brauchen. Diese Gesetzesänderung kann die geschaffene Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit regulie-  
175 ren. Darüber hinaus sehen wir ein Recht auf Tätigkeit mit festgelegten Zeitkontingenten im Büro mit festen  
176 Bürotagen, damit die Entscheidung für das Home Office komplett freiwillig bleibt. Flexible Arbeitszeiten er-  
177 fordern ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit. Dafür brauchen wir eine gesetzliche Verankerung. Das Recht auf  
178 Nicht-Erreichbarkeit oder das Recht auf Nicht-Reaktion unter Einschluss eines Benachteiligungsverbot es ist  
179 daher im Arbeitsschutzgesetz festzuschreiben. Im Zuge von Auftragsarbeit von (Solo-)Selbstständigen und  
180 Crowdfunding braucht es bei der Entlohnung dieser Aufträge klare Vergütungsstrukturen, um vor prekärer  
181 Entlohnung zu schützen. Flexible Arbeitszeitmodelle führen jedoch auch zu einer immer schwierigeren Ab-  
182 grenzung von Arbeitsverhältnis und selbstständiger Dienstleistung. Aus dem Grund fordern wir Jusos die Wei-  
183 terentwicklung der Kriterium zur Abgrenzung von Scheinselbstständigkeit, um eine rechtssichere Abgrenzung  
184 in Zukunft zu ermöglichen. Gerade auch Crowdfunding sehen wir als neue Form der Dienstleistung, die neues  
185 Missbrauchspotenzial birgt. Aus dem Grund muss Crowdfunding begrenzt werden.

186 Wir fordern daher:

- 187 • Der Betriebsrat muss ein vollständiges betrieblich veranlassenes Mitbestimmungsrecht bei Home Office
- 188 oder anderen Formen außerbetrieblicher Arbeitsplätze erhalten.
- 189 • Betriebsräte sind mitbestimmungspflichtig bei den Mindestbüroanwesenheitstagen
- 190 • Die Tarifparteien sollen in Tarifverträgen künftig Vereinbarungen über den Einsatz und die eventuelle
- 191 Vergütung von "Bring Your Own Device" regeln.
- 192 • Recht auf Angemessenheit des Zeitbedarfs für Arbeitspakete
- 193 • Der zeitliche Umfang einzelner Arbeitspakete muss vom Betriebsrat mitbestimmt werden.
- 194 • Für per Crowdfunding und andere Arten der abhängigen Selbständigkeit beschäftigte selbstständiger
- 195 Auftragsarbeiten gilt eine Mindestentlohnung nach branchenüblichen und/oder allgemeinverbindlichen
- 196 Tarifvertrag zusätzlich eines Flexizuschlags in Höhe von 10 Prozent.
- 197 • Die maximalgültige Tagesarbeitszeit nach dem Arbeitszeitgesetz darf nicht überschritten werden. E-
- 198 Mail-Konten etc. sind nach Erreichen der maximalen Tagesarbeitszeit automatisch zusperren. In Be-
- 199 triebsvereinbarungen können abweichende Regelungen vereinbart werden.
- 200 • Wir sprechen uns für die Regulierung durch Betriebsvereinbarungen zu Kontenmodellen, Langzeitkon-
- 201 ten und flexiblen Schichtsystemen aus, weiterhin müssen Arbeitsleistungen in der Freizeit sowie Dienst-
- 202 reisen vollständig als Arbeitszeit angesehen werden. Flexible Arbeitszeitkonten brauchen dabei einen
- 203 Insolvenzschutz
- 204 • Zu unserem Verständnis von guten Arbeitsplätzen gehört für uns ein Rechtsanspruch auf Aufstockung-
- 205 oder Reduzierung der Arbeitszeit.
- 206 • Wir fordern weiterhin, dass die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche abgesenkt
- 207 wird. Gleichzeitig muss zur Flankierung auch die zulässige Wochenarbeitszeit von derzeit 48 Stunden
- 208 pro Woche auf 40 Stunden pro Woche sinken, die faktisch zulässige Ausweitung der Arbeitszeit von
- 209 derzeit 60 auf 50 Stunden pro Woche. Vor allem Alleinverdienende müssen von ihrem Gehalt gut leben
- 210 und eine Familie ernähren können.
- 211 • Wir fordern schnellstmöglich ein Bundesprogramm unter der Leitung des Bundesministeriums für Ar-
- 212 beit und Soziales, das Projekte und Konzepte fördert, die mit den neuen Möglichkeiten der Digitalisie-
- 213 rung die Wochenarbeitszeit schnell und effektiv kürzen.
- 214 Homeworking darf nicht dazu führen, dass die Ergonomie vernachlässigt wird. Die Einhaltung der geltenden
- 215 Arbeitsschutz- und Gesundheitsstandards muss auch hier gewährleistet werden. Ferner muss sichergestellt
- 216 werden, dass die Versicherung der ArbeitnehmerInnen auch außerhalb des Betriebes gilt. Aufgrund der man-
- 217 gelnden Grenze zwischen Arbeits- und Wohnraum muss die rechtliche Einordnung von Arbeitsunfällen im Ho-
- 218 meoffice endlich eindeutig und zugunsten der ArbeitnehmerInnen geregelt werden. Wir fordern außerdem,
- 219 dass die verwendeten Arbeitsmittel im Homeworking komplett vom ArbeitgeberInnen bereitgestellt werden.
- 220 Homeworking soll in Kooperation mit dem Betriebsrat geregelt werden.
- 221 Im europäischen Vergleich haben ArbeitgeberInnen in Deutschland bei einer unvollständigen Gefährdungsbe-
- 222 urteilung im Zweifel nur geringe Sanktionen zu tragen, so dass der Anreiz für die ArbeitgeberInnen nicht vor-
- 223 handen ist. Wir fordern entschieden härtere Sanktionen gegen unvollständige Gefährdungsbeschreibungen.
- 224 Die Umsetzung der gegenwärtigen Gesetze ist ungenügend. Wir fordern daher die Einhaltung des geltenden
- 225 Arbeitsrechts ein
- 226 Wir erachten eine verpflichtende Qualifizierung und Sensibilisierung der ArbeitnehmerInnen im Bereich des
- 227 Arbeits- und Gesundheitsschutzes als sehr grundlegend. Die speziellen Kurse sollen regelmäßig während der
- 228 Arbeitszeit von dem/der ArbeitgeberIn unter Mitbestimmung des Betriebsrates organisiert werden. Auch eine
- 229 Freistellung für externe Angebote muss gewährleistet werden.
- 230 **1. c) Digitalisierung menschlich statt männlich gestalten**
- 231 Digitalisierung der Arbeit bringt Produktivitätssteigerungen und Wachstumspotenziale mit. Hierbei ist es un-
- 232 sere Aufgabe als JungsozialistInnen, für eine solidarische und gerechte Verteilung dieser Gewinne zu kämpfen,

233 sodass alle Menschen vom digitalen Wandel profitieren können. Gleichzeitig wird durch die fortlaufende Pro-  
234 zessautomatisierung der Bedarf an menschlichem Arbeitsvolumen sukzessive abnehmen, da diese mit Systeme-  
235 men künstlicher Intelligenz konkurrieren.

236 Von dieser Entwicklung sind auch Berufsfelder betroffen, die momentan mehrheitlich von Frauen ausgeübt  
237 werden. Durch die Digitalisierung entwickeln sich daher auch neue Berufsfelder und Chancen für Frauen. Es  
238 bleibt dabei: es ist Zeit, endlich überall die geschlechtergerechte Equal Pay zu realisieren.

239 *Können Frauen vom Wandel in der Arbeitswelt profitieren?*

240 Die digitale Welt eröffnet in einer Weise Freiheit, Mobilität und Flexibilität. Werte die viele Frauen unserer  
241 Generation bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes beeinflussen. Frauen sind oft vergleichbar oder sogar besser  
242 qualifiziert. Sie verfügen über gleichwertige Fach- und Führungskompetenzen.

243 Auch wenn sich die Arbeitswelt verändert, unsere feministischen Grundforderungen bleiben bestehen: Frauen  
244 sollen den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Es müssen mehr Frauen in Führungspositionen kommen  
245 und dafür benötigen Unternehmen eine verbindliche Frauenquote von mindestens 40%, wobei die geschlech-  
246 terparitätische Besetzung das Ziel bleibt und mittels Sanktionen, in finanzieller Form oder durch das Nicht-  
247 besetzen von Stühlen, durchgesetzt wird. Diese Regelungen sollen ab dem mittleren Management bis in die  
248 obersten Führungsebenen von Vorstand und Aufsichtsrat durchgesetzt werden. Frauen sollen nicht in pre-  
249 kären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Am Ende des Erwerbslebens sollen Frauen auf ihrem  
250 Rentenbescheid einen Betrag sehen, von dem sie sich ein gutes Leben leisten können.

251 Und weil sich die Arbeitswelt ändert, ergeben sich neue feministische Forderungen, die wir versuchen müssen  
252 zu erkämpfen:

253 *Homeoffice: mehr Risiko statt Chance?*

254 Die Flexibilisierung von Arbeit kommt schillernd daher mit Begriffen wie „cloud working“, „Homeoffice“ oder  
255 „Telearbeit“. Es wird oftmals behauptet, dass Homeoffice gerade für Frauen immense Chancen bietet, die  
256 Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu meistern. Doch das ist ein Trugschluss!

257 Homeoffice für Frauen darf nicht mit der Begründung gefordert werden, dass dadurch die Vereinbarkeit von  
258 Familie und Beruf für Frauen erleichtert würde. Denn diese Argumentation impliziert den Stereotyp, dass aus-  
259 schließlich Frauen für die Reproduktionsarbeit (kochen, putzen, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen) ver-  
260 antwortlich seien und reproduziert diesen nicht nur, sondern verstärkt den Stereotyp sogar. Wir dürfen nicht  
261 fordern, dass Frauen diese Vereinbarung besser gelingt. Wir fordern, dass mehr Frauen in Normalarbeitsver-  
262 hältnissen arbeiten. Die Entkopplung von Arbeitszeit und Arbeitsort muss zur Konsequenz haben, dass die  
263 Arbeitszeit partnerschaftlich und paritätisch verteilt wird. Diese partnerschaftliche Aufteilung familiärer Auf-  
264 gaben muss sich auch in Elternzeitregelungen und Arbeitszeitmodellen widerspiegeln.

265 Homeoffice birgt aber auch die Gefahr der Unsichtbarkeit. In der Regel wird in der Arbeitswelt nicht ausschließ-  
266 lich Fleiß und gute Arbeit belohnt, sondern Präsenz und Netzwerken. Frauen kommunizieren ihre Leistungen  
267 bisher ohnehin weniger selbstbewusst als ihre männlichen Kollegen und auch beim informellen Networking  
268 sind sie weniger präsent. Mehr Homeoffice könnte diese Tendenzen noch verstärken.

269 Dort, wo Beförderungsentscheidungen getroffen werden, muss stattdessen die Sichtbarkeit von Frauen ge-  
270 zielt erhöht werden und die Besetzung von leitenden Positionen muss nach transparenten Kriterien erfolgen.  
271 Darüber hinaus bleiben die Förderung von Mentoring, Frauennetzwerken und gezielten Weiterbildungsange-  
272 boten, zusätzlich zu verbindlichen Geschlechterquoten, wichtige Strategien zur Förderung von Frauen in Füh-  
273 rungspositionen. Bei aller kritischer Auseinandersetzung mit den Konsequenzen und Problemen verschließen  
274 wir uns dem Thema Home-Office nicht. Wir fordern aber, dass die Position der ArbeitnehmerInnen bei Home-  
275 Office zu stärken und sehen die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung. Der/Die ArbeitnehmerIn soll die  
276 Möglichkeit bekommen, Home-Office zu beantragen. Sollte die/der ArbeitgeberIn dem Antrag widersprechen,  
277 so muss die/der Arbeitgeber\_in beweisen, dass Home-Office unvereinbar mit dem betrieblichen Ablauf ist. Es  
278 müssen für die Betriebe zudem Anreize geschaffen werden, die oben skizzierten negativen Effekte von Home-  
279 Office durch Veränderungen der Betriebsorganisation zu minimieren – damit für ArbeitnehmerInnen ohne  
280 Nachteile das Instrument von Home-Office zur Verfügung steht und ein Schritt in Richtung echter Vereinbar-  
281 keit von Familie und Beruf möglich wird – für Frauen und Männer

282 *Mit digital literacy Frauenteilhabe sicherstellen*



283 Wie in vielen Bereichen ist auch im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel der Arbeitswelt >Bildung< ein  
284 Schlüssel zur gerechten Teilhabe. Hier besteht bisweilen eine *gender gap* hinsichtlich dem Zugang zu Technolo-  
285 gie wie auch dem fachbezogenen Know-how, welcher von genderspezifischen Stereotypen manifestiert wird.  
286 Diese Lücke muss durch gezielte Bildungsangebote geschlossen werden. Denkbar sind sowohl die Anpassung  
287 des Informatikunterrichts in der Schule, zusätzliche Schulungen für die Vermittlung von gängigen Program-  
288 miersprachen, Softwarekenntnissen und Medienkompetenz für Mädchen, um die Unterschiede in den „hard  
289 skills“ zu beseitigen wie darüber hinaus berufsbegleitende, kostenfreie Seminarangebote speziell für berufst-  
290 tätige Frauen, die ihre digitalen Kenntnisse stärken sollen.

#### 291 1. d) Care-Arbeit Wert schätzen

292 Im Zuge des Wandels der Arbeitswelt halten wir es für notwendig, Care-Arbeit, deren Bedarf im Rahmen des  
293 demographischen Wandels steigen wird, im erhöhten Maße in reguläre Erwerbsarbeitsverhältnisse zu über-  
294 führen.

295 Care-Arbeit ist bereits jetzt Teil der kapitalistischen Verwertungskette, diesen Fakt lehnen wir grundsätzlich ab,  
296 halten es aber für einen gesellschaftlichen Fortschritt, wenn Reproduktionsarbeit, die bereits geleistet wird,  
297 aber trotz ihrer gesellschaftlich enormen Bedeutung nicht vergütet wird, angemessene Entlohnung erhält. Sie  
298 wird zurzeit mehrheitlich von Frauen geleistet und trägt damit zur Ungleichbehandlung und Diskriminierung  
299 auf dem Arbeitsmarkt bei. Eine Überführung dieser Arbeit in Erwerbsverhältnisse würde in diesen Kontext  
300 eine Umverteilung der Produktionsgewinne in Bereiche bedeuten, in denen zurzeit zum „Null-Tarif“ gearbeitet  
301 wird und somit einen Beitrag zur Beseitigung der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben leisten.

302 Auch im Kontext der bereits beschriebenen, stetig sinkenden pro-Kopf Arbeitszeit, welche möglicherweise  
303 durch die Entwicklungen der „Arbeit 4.0“ einer zusätzlichen Degression unterliegen könnte, stellt die Über-  
304 führung von Care- in Erwerbsarbeit in adäquates Mittel dar, um dieser Entwicklung Impulse zu Schaffung von  
305 Arbeitsplätzen entgegenzusetzen.

306 Bei jeder Debatte über die Überführung der Care-Arbeit ist für uns klar, dass die Bedingungen, in denen die-  
307 se geleistet wird, grundlegend verbessert werden müssen. Wer Care-Arbeit leistet, muss von der Gesellschaft  
308 dafür die gebührende Wertschätzung erhalten. Dies bedeutet in erster Linie gute Löhne, von denen sich je-  
309 de/r ein gutes Leben leisten kann, eine qualitativ hochwertige Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen. Wir  
310 erwarten, dass auch in diesem Arbeitsbereich der technologische Fortschritt Hilfestellung zur körperlichen Ent-  
311 lastung von ArbeitnehmerInnen sein kann. Klar ist jedoch, dass der soziale Charakter von personenbezogenen  
312 Dienstleistungen nicht durch – zumal für uns in diesem Bereich auch ethisch fragwürdige – Maschinisierungen  
313 ersetzt werden kann, sondern im Gegenteil die Automatisierung Freiräume schaffen kann, um diese Kompo-  
314 nente zu intensivieren.

315 In folgenden Bereichen sehen wir konkrete Möglichkeiten diese Transformation zu leisten:

#### 316 • Kinderbetreuung

317 Im Bereich der Kinderbetreuung halten wir in diesem Kontext eine Kindertagesstättenpflicht ab dem 3. Lebens-  
318 jahr für zielführend. Für uns bleibt der Ausbau der vorhandenen Plätze in Kindertageseinrichtungen zudem  
319 von enormer Bedeutung. Gleichzeitig fordern wir einen besseren Betreuungsschlüssel und die Beitragsfreiheit  
320 für Eltern. Durch die Flexibilisierung der Arbeitswelt ist ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuung  
321 über die Randzeiten hinaus notwendig, deswegen brauchen wir Kindertagesstätten und Tagespflegeangebote  
322 mit 24/7 Öffnungszeiten, dort wo es notwendig ist. Hierbei ist es unbedingt notwendig, dass der Staat ge-  
323 meinsam mit den Gewerkschaften auf einen umfassenden Schutz der ArbeitnehmerInnen drängt. Die Träger  
324 müssen bei längeren Öffnungszeiten auch neue Arbeitszeitmodelle einführen.

325 Weiterhin müssen wir Wege finden, die zu einer paritätischen Aufteilung der Elternzeit zwischen beiden El-  
326 ternteilen führen. Hierfür können Anreizmechanismen eine angemessene Methode sein.

#### 327 • Kranken- und Altenpflege

328 Im Bereich der Kranken- und Altenpflege sind bereits wesentliche Teile der Care-Arbeit in die Erwerbsar-  
329 beit überführt. Eine Ausweitung kann hier gelingen, indem Lücken im bisherigen Pflegesystem geschlossen  
330 werden, indem Ansprüche ausgeweitet werden. Weiterhin müssen Angebote zur haushaltsnahen, persönli-  
331 chen und menschlichen Betreuung geschaffen werden. Die ideale Pflege ist für uns dezentral, aber versor-  
332 gungsnah. Dafür braucht es Modelle, in den begleitetes aber selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist wie

333 SeniorInnen-WGs. Solche Modelle werden sich in Zukunft durch den technischen Fortschritt einfacher um-  
334 setzen lassen. Auch in der Frühphase der Pflegebedürftigkeit müssen Familien durch ausreichende Angebote  
335 professionell unterstützt werden.

336 Im Bereich der Krankenpflege sehen wir ebenso großes Potenzial zur Verbesserung. Wir schlagen vor, dass die  
337 Krankenbetreuung stärker dezentralisiert und durch einen höheren Personaleinsatz näher zu den Menschen  
338 gebracht wird. Hierbei schlagen wir Konzepte wie das der lokal organisierten Pflegeeinheit (LOPE) vor, die in  
339 Quartieren die Aufgabe einer präventiven und unterstützenden Krankenpflege sowie gesundheitsberatenden  
340 Kraft wahrnimmt.

341 • Haushalt

342 In der täglichen Hausarbeit sind viele Bereiche noch nicht annähernd vom Begriff der Erwerbsarbeit erfasst.  
343 Auch hier halten wir es für nötig, Bereiche der Reproduktionsarbeit in die Erwerbsarbeit zu überführen. Hierfür  
344 schlagen wir vor, dass Haushalte mit entsprechendem Bedarf wie einer betreuungsbedürftigen Person Unter-  
345 stützung in Form des Anspruchs auf eine Haushaltshilfskraft erhalten, die einzelne Aufgaben (Putzen, Kochen,  
346 Einkaufen) in einem zeitlich begrenzten, von der Betreuungsbedürftigkeit abhängigen Rahmen übernehmen  
347 kann. Diese Haushaltshilfskräfte sollen keine Solo-Selbständigen sein, sondern sozial-abgesicherte Arbeitneh-  
348 merInnen. Im Optimalfall werden sie nicht durch die Familien selbst angestellt, sondern als Dienstleistung  
349 durch größere lokal-organisierte Einheiten angeboten. Nur so kann es gelingen, große Teile der Care-Arbeit  
350 aus dem Bereich von illegalen Arbeitsverhältnissen zu befreien.

### 351 1. e) Berufliche Bildung in der Zukunft

352 Qualifizierung wird in der digitalisierten Arbeitswelt ein immer entscheidenderer Faktor. Die Anforderungen  
353 an die berufliche Bildung haben sich in den letzten Jahrzehnten bereits stark verändert und werden dies – mit  
354 erhöhtem Tempo – auch weiterhin tun. Es gilt hier, die gesetzlichen Regelungen dieser Entwicklung anzupas-  
355 sen.

#### 356 *Duales Studium*

357 Der Trend zur Akademisierung schlägt sich auch in der beruflichen Bildung nieder: An der Schnittstelle von  
358 Hochschulen und Betrieben hat sich in den letzten Jahren sehr das duale Studium als „hybrides“ Studien-  
359 format stark etabliert. Allerdings bildet sich die zunehmende Verzahnung von akademischer und beruflicher  
360 Bildung nicht in den gesetzlichen Regelungen ab. Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unterneh-  
361 men ermöglichen, dual Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen,  
362 die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern. Hier besteht schon jetzt dringender Handlungs-  
363 bedarf. Der Tendenz, dass duale Studiengänge auf Unternehmensinteressen ausgerichtet werden und das  
364 Studium so weiter ökonomisiert wird, muss entgegengewirkt werden. Die Curricula müssen von unabhängi-  
365 gen Hochschulgremien ohne Unternehmensbeteiligung aufgestellt und die Kosten für private Hochschulen im  
366 Verhältnis zum Einkommen begrenzt werden. Ein auskömmlicher Lebensunterhalt muss gesichert sein. Wir  
367 stehen natürlich weiterhin zu unserer Forderung, dass Bildung jeglicher Art kostenfrei sein muss. Eine bessere  
368 Studienförderung – insbesondere ein besseres Bafög-System – und Teilzeitstudiengänge für parallele prakti-  
369 sche Tätigkeiten müssen her, um den Weg in reguläre Studiengänge zu erleichtern. Ein Klassensystem der  
370 Hochschulen, wo das duale Studium unten angesiedelt ist, muss verhindert werden.

371 In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssiche-  
372 rung dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzli-  
373 che Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht. Für  
374 die dual Studierenden ergeben sich daraus zahlreiche Probleme: Vertragliche Bindungsklauseln über das Stu-  
375 dium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von  
376 gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine  
377 Vergütung geben muss.

378 Um die Qualität dieses immer mehr erstarkenden Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung  
379 und Studium verzahnt und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums  
380 abgestimmt werden. Dieses erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung  
381 der Qualität. Deshalb fordern wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins Be-  
382 rufsbildungsgesetz aufzunehmen, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbil-  
383 dungspersonals, eine Bestimmung zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsver-

384 trages zwischen Studierenden und Betrieb. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen  
385 gen sowie einen angemessenen Zeitraum zur Vorbereitung der Prüfungen und Studienzeiten, sowie Freizeit,  
386 Ehrenamt und Erholung (5 Werktage), muss ebenfalls verankert werden.

### 387 *Gute Ausbildung braucht Zeit*

388 Wie bereits auf dem Bundeskongress 2013 beschlossen, lehnen wir eine grundsätzliche Verkürzung der Aus-  
389 bildungsdauer sowie eine Modularisierung der Ausbildung ab. Diese Forderung unterstreichen wir vor dem  
390 Hintergrund der Entwicklung zur Arbeit 4.0:

391 Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit einher geht eine deutliche Verschlech-  
392 terung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Aus-  
393 bildung würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern  
394 eher verringern. Wir wollen an dem System vielseitiger und umfassender Ausbildungsberufe festhalten und  
395 den Auszubildenden so größtmögliche Vielseitigkeit und umfassende berufliche Bildung in ihrem Berufsfeld  
396 bieten.

### 397 *Neue Rollen der AusbilderInnen*

398 Der/die AusbilderIn war traditionell zuständig für die betriebliche Unterweisung, die Durchführung von Lehr-  
399 gängen und simulierten Projekten in Lehrwerkstätten. Ihre Aufgaben sind heute andere. Bezeichnungen wie  
400 Lehrbegleiter, Coach oder Trainer signalisieren den Rollenwechsel – in der Erstausbildung, aber auch in der  
401 Weiterbildung. Dazu kommt, dass sich AusbilderInnen heute oft zusätzlich um dual Studierende im Betrieb  
402 und um SchülerpraktikantInnen kümmern müssen. Das betriebliche Bildungspersonal soll Lernen ermögli-  
403 chen, anstatt zu unterweisen, zu belehren oder zu instruieren. Fehler können Lehrchancen sei und werden  
404 daher wenn möglich zugelassen und für das Lernen genutzt und nicht von vorne herein verhindert.

405 Es werden Arbeitsaufgaben und Lernaufträge ausgewählt, die alternative Vorgehensweisen und Lösungen er-  
406 möglichen. AusbilderInnen verzichten weitgehend auf instruierende oder einführende Belehrungen. Sie zei-  
407 gen stattdessen die Möglichkeiten, an Informationen zu kommen und Lösungshilfen zu beschaffen. Der/die  
408 AusbilderIn stehen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Sie geben Hilfestellungen, die sich auf den Arbeits-  
409 prozess, seine Inhalte sowie sein Umfeld beziehen und keine rein fachliche Unterweisung darstellen.

410 Die Rolle der AusbilderInnen hat sich in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß verändert, welches ei-  
411 ne genauere Definition der persönlichen Eignung von AusbilderInnen im Berufsbildungsgesetz notwendig  
412 macht:

413 Die Einhaltung einheitlicher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der AusbilderInnen sowie die  
414 verbindliche Voraussetzung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche AusbilderInnen muss  
415 festgeschrieben werden. Diese muss modernisiert werden und um methodisch-didaktische und jugendpsy-  
416 chologische Kompetenzen erweitert werden. Zudem muss eine Weiterqualifizierungsverpflichtung inklusive  
417 Freistellung für die AusbilderInnen festgeschrieben werden, so dass sie den digitalen Wandel komplett be-  
418 gleiten können. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubildenden zu garantieren, muss ein  
419 Betreuungsschlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden.

### 420 **1. f) Weiterbildung und Qualifizierung**

421 Die Digitalisierung erfordert für uns als JungsozialistInnen eine Qualifizierungsoffensive. Durch den techni-  
422 schen Fortschritt bekommen berufliche und persönliche Weiterbildung noch mehr Bedeutung, sowohl für die  
423 individuelle Qualifizierung, als auch für den notwendigen Wissensfortschritt im technischen Bereich.

424 Arbeit wird in der Zukunft verstärkt mit nicht-routinierten Tätigkeiten verbunden sein. Die Berufsbilder wer-  
425 den sich verändern. Soziale, kommunikative, kreative und analytische Kompetenzen werden dabei stark an  
426 Bedeutung gewinnen. Der erwartende Strukturwandel im Zuge von Arbeit 4.0 erhöht grundlegend die Anfor-  
427 derungen an Qualifikation, Flexibilität und Mobilität der ArbeitnehmerInnen, was zu einer noch ausgeprägte-  
428 ren Weiterbildungskultur führen wird.

429 ArbeitgeberInnen und der Gesetzgeber sind aufgrund der dynamischen und sehr schnellen Entwicklungen  
430 im Zuge von Arbeit 4.0 dazu verpflichtet, Fachkräftesicherung und eine sehr gute Weiterbildungsqualität zu  
431 gewährleisten. Gleichzeitig schützt ein funktionierendes System des lebenslangen Lernens auch vor Arbeitslo-  
432 sigkeit und bietet Arbeitssuchenden die Chance, künftig wieder aktiv am Erwerbsleben teilzunehmen.

433 Weiterbildung ist ein zentraler Schlüssel für die erfolgreiche Gestaltung von Arbeit 4.0. Dazu müssen folgende  
434 Grundlagen geschaffen werden:

- 435 1. einen Rechtsanspruch auf Qualifizierungsberatung und Weiterbildung mit finanzieller Förderung,
- 436 2. die Rolle der öffentlichen Hand als staatlichen Weiterbildungsträger und ein einheitliches Weiterbil-  
437 dungssystems etablieren,
- 438 3. die Finanzierung über den von uns bereits geforderten Weiterbildungsfonds sicherstellen,
- 439 4. die Zugangsfreiheit für alle ArbeitnehmerInnen gewährleisten,
- 440 5. der Ausbau des MeisterInnen-BAFöGs und die Einführung eines MeisterInnenbonus, um im Sinne von  
441 kostenfreier Bildung die Gebühren für den/die MeisterIn und den/die TechnikerIn abzuschaffen,
- 442 6. Regelungen in Tarifverträgen begrüßen wir ausdrücklich.

443 Wir fordern deshalb ein bundesweit einheitliches Weiterbildungssystem. Dieses muss den Anforderungen der  
444 Digitalisierung inhaltlich sowie methodisch Rechnung tragen. Dazu gehört für uns unter anderem die Anpas-  
445 sung an technologische und digitale Innovationen, Material in ansprechender Optik und didaktischer Darstel-  
446 lung sowie die Schulung im Umgang Informationstechnologien und Big Data. Zur Qualitätssicherung fordern  
447 wir eine einheitliche Zertifizierung von BildungsträgerInnen mit regelmäßigen Qualitätskontrollen.

448 Doch ein gutes Weiterbildungssystem allein löst die strukturellen Probleme in der Arbeitsmarktpolitik nicht.  
449 Vielmehr halten wir darum auch an unseren Forderungen zur Reform der Arbeitslosenversicherung zur Ar-  
450 beitsversicherung fest.

451 Hinsichtlich der Arbeitswelt 4.0 beruht unsere Vorstellung des Weiterbildungssystems auf drei Eckpfei-  
452 lern:

#### 453 1. Betriebliche Weiterbildung

454 Um den ArbeitnehmerInnen Zukunftsperspektiven zu geben und ihre Fachkompetenzen zu erweitern, fordern  
455 wir branchenspezifisches digitales Lernen, das modular, flexibel und virtuell den ArbeitnehmerInnen zur Ver-  
456 fügung steht. Im Vordergrund steht hier die berufsbezogene Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen für ihr  
457 spezifisches Tätigkeitsfeld und die Erweiterung der notwendigen Kompetenzen, um neue Aufgaben wahrneh-  
458 men zu können. Diese erfordert ein verstärktes Engagement der ArbeitnehmerInnen, um im eigenen Interesse  
459 den Fachkräftebedarf von morgen zu sichern und eine echte Weiterbildungskultur zwischen BildungsträgerIn-  
460 nen, ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zu unterstützen. Weiterbildungsangebote bleiben Angebote  
461 und keine Pflichten, sie dürfen nicht zu Druck- und Stressempfindung bei ArbeitnehmerInnen führen. Nach un-  
462 serer Vorstellung der kostenfreien Bildung, darf die Weiterbildung nicht zur privaten Kostenbeteiligung führen  
463 oder in Selbstbehalt resultieren. Die ArbeitgeberInnen sollen dazu gesetzlich verpflichtet sein, innerbetrieb-  
464 liche Weiterbildung jedem/jeder ArbeitnehmerIn fünf Tage pro Jahr anzubieten.

#### 465 1. Persönliche berufliche Weiterbildung

466 Digitale Weiterbildungsangebote und Qualifizierungsanforderungen stellen vielversprechende Chancen für  
467 alle ArbeitnehmerInnen dar. Viele wollen Ihre Erwerbsfähigkeit wieder herstellen, erhalten oder ausbauen.  
468 Berufsbegleitendes Studieren, digitale Kursportale und die Öffnung der Hochschulen für Berufstätige ohne  
469 akademischen Abschluss sind die Voraussetzungen dafür. Menschen mit mindestens dreijähriger, abgeschlos-  
470 sener Berufsausbildung müssen einen Hochschulzugang erhalten. Ebenso ist es wichtig, dass ausländische  
471 Abschlüsse anerkannt werden. Insbesondere zur Aneignung von beruflichen, aber nicht unmittelbar arbeits-  
472 platzbezogenen Fortbildungsansprüchen muss dieser Eckpfeiler gleichermaßen für ArbeitnehmerInnen ge-  
473 stärkt und zugänglich gemacht werden. Im Zuge dessen soll jede/r ein Recht auf Bildungsteilzeit mit vollem  
474 Lohnausgleich sowie, wenn nach den betrieblichen Gegebenheiten möglich, die Rückkehr in den Betrieb in  
475 einen höherwertigen Job haben.

476 Zugleich führt der berufliche Lebensweg immer seltener nur durch ein Unternehmen und diesen neuen An-  
477 forderungen muss ebenso Rechnung getragen werden.

#### 478 III. Persönliche allgemeine Weiterbildung

479 Neben der Weiterbildung zur Karriereentwicklung innerhalb des Betriebes und der persönlichen beruflichen  
480 Weiterbildung ist es sehr wichtig, dass auch die persönliche Entfaltung von staatlicher Seite unterstützt wird.  
481 Denn erweiterte Softskills, die man sich aneignen kann und die den eigenen Horizont erweitern, sind im  
482 Zuge der Digitalisierung sehr wichtig. Hierfür sind insbesondere die freien BildungsträgerInnen und Volks-  
483 hochschulen in der Verantwortung, entsprechende Angebote zu schaffen. Öffentliche Förderung muss daher  
484 auch an die Bedingung geknüpft werden, dass entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten wer-  
485 den. Hierfür muss es bundesweit einen Bildungsurlaub für alle ArbeitnehmerInnen in Höhe von 10 Tagen  
486 geben.

487 Das Gleichgewicht der individuellen Entwicklung durch Weiterbildung und der beruflichen Qualifikation bleibt  
488 für uns ein Grundsatz in der Weiterbildungspolitik. Nur im gegenseitigen Bewusstsein über Herausforderun-  
489 gen und Chancen für die Entwicklung von Arbeit 4.0 kann dieser Aufbruch für ein neues Weiterbildungssystem,  
490 das den Herausforderungen der Digitalisierung begegnet, gelingen.

#### 491 1. Fazit

492 Zusammengefasst ist festzustellen, dass die Digitalisierung die Arbeitswelt einschneidend und umfassend ver-  
493 ändern wird. Dabei stehen wir als progressiver Verband aber dem technischen Fortschritt allgemein und auch  
494 in der Arbeitswelt positiv gegenüber. Die Digitalisierung kann eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für viele  
495 Probleme und Herausforderungen, vor denen wir stehen, bieten. Die neuen technischen Möglichkeiten bieten  
496 die Chance, physische und psychische Belastungsfaktoren weiter zu reduzieren und so die Arbeits- und Be-  
497 schäftigungsfähigkeit der Menschen zu fördern. Gleichzeitig besteht aber das Risiko, dass die Digitalisierung  
498 zu Arbeitsplatzverlusten, einer Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und einer Einschränkung der Mitbe-  
499 stimmung führt.

500 Wir JungsozialistInnen wollen es nicht dem Markt überlassen, welche Wirkungen und Auswirkungen die Digita-  
501 lisierung hat. Unser Ziel ist eine politische Gestaltung des Prozesses, und nicht lediglich ein begleitendes oder  
502 gar reaktives Handeln. Die Mitbestimmung muss gestärkt und die ersten Weichen schon während der Ausbil-  
503 dung gestellt werden. Darüber hinaus muss Bildung zu einem der Schlüssel gemacht werden, um der Bevölke-  
504 rung digitale Teilhabe als Voraussetzung zur wirtschaftlichen und sozialen Integration zu ermöglichen.

# B12

<b>Titel</b>	Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohnerhöhung auf 11,68€!
<b>AntragstellerInnen</b>	Bremen

---

## Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohnerhöhung auf 11,68€!

- 1 Das Mindestlohniveau muss so erhöht werden, dass es nach 35 Beitragsjahren zu einem Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung führt.
- 2

# B13

**Titel** Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!

**AntragstellerInnen** Saar

---

## Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!

### 1 **Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung**

2 Das Betriebsverfassungsgesetz muss möglichst rasch dahingehend geändert werden, dass der Arbeitgeber  
3 den Betriebsrat vor dem Einsatz von Leih- und Werksvertragsfirmen über den geplanten Einsatz, Umfang und  
4 Dauer der Beschäftigung sowie über die Auswirkungen auf die Stammbeslegschaft vollumfänglich informieren  
5 muss.

### 6 **Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung**

7 Die betriebliche Interessenvertretung muss das Recht erhalten, die Beauftragung von Fremdfirmen – Leihar-  
8 beit und Werkverträge – auf dem Werksgelände zu verweigern, wenn die Interessen der eigenen Belegschaft  
9 unmittelbar berührt sind, beispielsweise wenn die Besorgnis besteht, dass durch die Vergabe ein Arbeitsplatz-  
10 abbau und Entlassungen drohen oder Lohnstandards unterlaufen werden.

### 11 **Beweislast anders verteilen**

12 Die Darlegungs- und Beweislast liegt nach der gegenwärtigen Rechtslage bei dem ArbeitnehmerInnen, die  
13 geltend machen müssen, dass ein Missbrauch von Leiharbeit und Werkvertrag vorliegt. Der Arbeitskreis for-  
14 dert, dass bei einer glaubhaften Darlegung von Missbrauch die Beweislast auf den Arbeitgeber übergeht, der  
15 nachweisen muss, dass er sich rechtskonform verhält.

### 16 **Verbandsklagerecht, Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen**

17 Es muss für die im Betrieb vertretene Gewerkschaft ein Verbandsklagerecht gegen den Missbrauch von Leih-  
18 arbeit und Werkverträgen geben. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die Zollfahndung und die Sozialversi-  
19 cherungsträger müssen personell deutlich verstärkt und in die Lage versetzt werden, beim Missbrauch von  
20 Leiharbeit und Werkverträgen rasch und wirkungsvoll einschreiten zu können. Dazu gehört auch eine wirksa-  
21 me Überprüfungsmöglichkeit von angeblichen Leiharbeits- und Werkverträgen. Der Missbrauch von Leiharbeit  
22 und Werkverträgen muss in jedem Einzelfall mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro und dem Ausschluss  
23 von öffentlichen Aufträgen, im Wiederholungsfall mit Freiheitsentzug bestraft werden.

24 Bei nachweislichem Missbrauch entsteht ein reguläres Arbeitsverhältnis. Wenn festgestellt wird, dass ein miss-  
25 bräuchlicher Leiharbeits- oder Werkvertrag vorliegt, muss dies zur Folge haben, dass ein Arbeitsverhältnis  
26 zwischen dem Auftraggeber und dem Beschäftigten entsteht. Das wiederum hat zur Folge, dass rückwirkend  
27 das entsprechende Entgelt inklusive der Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber nachentrichtet werden  
28 muss.

### 29 **Schutz für ausländische ArbeitnehmerInnen verbessern**

30 Der grenzüberschreitende Arbeitskräfteeinsatz ist besonders missbrauchsanfällig und schwer zu überwachen.  
31 Hier muss die Europäische Union ihr Regelwerk für grenzüberschreitenden Arbeitseinsatz verbessern, Kontrol-  
32 len erleichtern und fälschungssichere Bescheinigungen einführen, es müssen schriftliche Lohnabrechnungen  
33 vorgelegt und Löhne ausschließlich bargeldlos ausgezahlt werden, der Krankenversicherungsschutz muss ge-  
34 währleistet und nachgewiesen werden. Mobile ArbeitnehmerInnen benötigen Anlauf- und Beratungsstellen,  
35 die sie bei Problemen wirkungsvoll unterstützen.

### 36 **Kettenverträge eingrenzen**

37 Es kommt häufig vor, dass ein Subunternehmer den Auftrag gar nicht selbst ausführt, sondern ihn weitergibt  
 38 an einen Dritten, der dann oft weitere Subunternehmen beteiligt. Dieses Vorgehen folgt nicht immer einer wirt-  
 39 schaftlichen Logik, sondern dient nur dazu, die Verantwortung zu verschleiern und die Löhne zu drücken. Vor  
 40 allem dann, wenn die weiteren Subunternehmer ihren Sitz im Ausland haben. Die Jusos Saar schlagen vor, die  
 41 Subunternehmerketten auf zwei Subunternehmer zu begrenzen und zu verlangen, dass die Subunternehmen  
 42 wenigstens einen Teil des Auftrages selbst ausführen müssen.

#### 43 **Unterbindung und Verfolgung von Scheinselbstständigkeit**

44 Mit den sogenannten Hartz-Gesetzen wurde auch die Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und  
 45 Selbstständigkeit dereguliert. Hierdurch sollte die Existenzgründung erleichtert werden. Doch es hat sich ge-  
 46 zeigt, dass viele Auftraggeber dies missbrauchen, um sich der Verantwortung für das Arbeitsverhältnis zu ent-  
 47 ziehen. Tatsächlich sind die Selbstständigen vielfach scheinselbstständig. Durch die Beschäftigung von Schein-  
 48 selbstständigen werden betriebliche und sozialrechtliche Risiken auf diese verlagert und Schutzbestimmungen  
 49 für die ArbeitnehmerInnen unterlaufen. Wir schlagen deshalb vor, die Kriterien für die Abgrenzung von Selbst-  
 50 ständigen und Scheinselbstständigen zu präzisieren und zu ergänzen. Im Wesentlichen sollte zum alten Recht  
 51 vor 2002 zurückgekehrt werden.

#### 52 **Definition von Werkverträgen**

53 Grundlage für den Abschluss eines Werkvertrages sind die §§ 631 ff BGB. Davon abzugrenzen ist der Dienst-  
 54 bzw. Arbeitsvertrag, der in den §§ 611 ff BGB geregelt ist.

55 Der Werkvertrag ist ein entgeltlicher, gegenseitiger Vertrag, durch die/den AuftragnehmerIn zur Herstellung  
 56 eines individuellen Werkes, die/der AuftraggeberIn zur Zahlung der vereinbarten Vergütung (Werklohn) ver-  
 57 pflichtet ist. Die/der WerkvertragsnehmerIn (WVN) schuldet also keine Tätigkeit, sondern ein bestimmtes Ar-  
 58 beitsergebnis. Entscheidend für das Vorliegen eines Werkvertrages ist die Herbeiführung eines bestimmten  
 59 Erfolges, d.h. dass durch die Arbeitsleistung der Werkvertragsnehmerin/des Werkvertragsnehmers das verein-  
 60 barte Werk geschaffen wird. Dies kann ein körperliches Arbeitsprodukt sein, z.B. Herstellung einer Sache aus  
 61 Materialien des Bestellers oder die Herbeiführung eines unkörperlichen Arbeitsergebnisses, z.B. Erstellung  
 62 eines Gutachtens.

63 Kennzeichnend für das Vorliegen eines Werkvertrages sind folgende Voraussetzungen

- 64 • Die/der AuftragnehmerIn trägt das Risiko und haftet bei Nichterfüllung,
- 65 • Die/der AuftragnehmerIn erbringt keine typischen Arbeitsleistungen der Auftraggeberin/des Auftrag-  
 66 gebers,
- 67 • Die Aufgabe wurde in der Vergangenheit nicht im Rahmen eines Dienstvertrages erfüllt,
- 68 • Die Vergütung richtet sich ausschließlich nach dem Ergebnis des erbrachten Werkes (Stücklohn, Pau-  
 69 schalonorar) und nicht nach Stundensätzen.

#### 70 **Schutz von Stammebelegschaften – Beschränkung von Werkverträgen**

71 Der Anteil der Stammebelegschaften in den Betrieben ist durch die Deregulierung und Flexibilisierung des Ar-  
 72 beitsmarktes stark zurückgegangen. Um die sozialversicherungspflichtigen Stammarbeitsplätze dauerhaft zu  
 73 schützen fordert der Arbeitskreis die Beschränkung der Beschäftigung von Werkvertragskräften auf höchstens  
 74 15% der Gesamtbeschäftigten eines Unternehmens. Klein und Kleinstbetriebe sollen nach Einzelfallprüfung  
 75 von der Quotenregelung ausgenommen werden können.

#### 76 **Gleiches Geld, gleiche Behandlung**

77 Es gilt sicher zu stellen, dass FremdarbeitnehmerInnen bereits ab dem ersten Tag ihres Beschäftigungsverhält-  
 78 nisses für die gleiche Arbeit das gleiche Entgelt erhalten wie Beschäftigte der Stammebelegschaft des gleichen  
 79 Unternehmens. Zudem ist zu garantieren, dass diesen Arbeitnehmer von Drittunternehmen die gleichen Ar-  
 80 beitsbedingungen zu teil werden wie der Stammebelegschaft. (Equal-Pay, bzw. Equal-Treatment Prinzip)

81 Forderung:

82 Zentrales Ziel der Jusos muss die Durchsetzung der Forderung „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen  
 83 Ort“ sein. Um den Missbrauch von Werkverträgen effektiv zu bekämpfen und „Gute Arbeit“, menschenwürdige



84 Arbeitsbedingungen und gute Löhne durchzusetzen, fordern die Jusos Saar:

- 85 • **Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung**
- 86 • **Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung**
- 87 • **Beweislast bei Missbrauch vom Werkvertrag durch Arbeitgeber**
- 88 • **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, sowie die Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen**
- 89 • **Besseren Schutz Ausländische ArbeitnehmerInnen**
- 90 • **Begrenzung von Kettenverträgen auf maximal zwei Subunternehmer**
- 91 • **Unterbindung und konsequente Verfolgung von Scheinselbstständigkeit**
- 92 • **Die Einführung einer genauen Definition von Werkverträgen auf gesetzlicher Grundlage**
- 93 • **Schutz von Stammebelegschaften – Beschränkung von Personen in Werkverträgen auf maximal**
- 94 **15% der Gesamtbelegschaft**
- 95 • **Wir fordern für FremdarbeitnehmerInnen einen Equal Pay plus 10% ab dem ersten Tag.**

# **C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung**

## **C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung**

---

C1	Bayern	Das Berufsbildungsgesetz besser machen!	24
----	--------	---	----

---

# C1

**Titel** Das Berufsbildungsgesetz besser machen!

**AntragstellerInnen** Bayern

---

## Das Berufsbildungsgesetz besser machen!

1 Im Koalitionsvertrag ist eine Evaluierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vereinbart: „Wir wollen die duale  
2 Ausbildung stärken und modernisieren. Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen  
3 prüfen, insbesondere in Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität  
4 und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamtes in den Prü-  
5 fungsgremien.“

6 Laut ursprünglichem Zeitplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hätte dieser Evaluations-  
7 prozess Ende 2015 abgeschlossen sein sollen, so dass eventuelle Gesetzesänderungen noch 2016 verabschie-  
8 det werden können. Dieser konnte nicht eingehalten werden. Damit die notwendige Novellierung des BBiG in  
9 dieser Legislaturperiode noch gelingt, gilt es nun den Prozess voranzutreiben – gemeinsam mit den Gewerk-  
10 schaftsjugendlichen.

11 Wir Jusos haben zur Berufsbildung gute Beschlusslagen. Diese gilt es nun mit Nachdruck in den Evaluations-  
12 prozess einzubringen, um zusätzliche, in der Diskussion stehende Aspekte zu erweitern und auf eine Reform  
13 des Berufsbildungsgesetzes zu fokussieren.

14 Das Berufsbildungsgesetz von 1969 ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von ArbeitnehmerInnen,  
15 ArbeitgeberInnen und des Staates für die Berufliche Bildung in Deutschland. Schon damals ein Kompromiss  
16 fehlen darin wesentliche Elemente wie die Finanzierung und das Recht auf Ausbildung. Zuständigkeiten und  
17 Geltungsbereich wurden allzu pragmatisch festgelegt.

18 Wir fordern daher, dass die gewöhnliche Ausbildungsdauer mindestens drei Jahre beträgt. Weiter fordern wir  
19 Regeln dafür, welche Qualifikation nach welcher Ausbildungszeit in welchem Beruf erreicht ist. Entsprechen-  
20 de Regeln sollen auch für Auszubildende ausgeschrieben werden, die durch einen Ausbildungsplatzwechsel,  
21 herausragende Leistungen während der Ausbildung oder die Anrechnung einer Einstiegsqualifizierung, be-  
22 ruflicher Vorbildung, oder eines allgemeinbildenden Schulabschlusses ihre Ausbildungszeit verkürzen oder  
23 vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung zugelassen werden. Die größeren Herausforderungen  
24 wurden nicht angegangen, diese gilt es nun endlich anzunehmen.

25 Ausbildung garantieren!

26 Eine Ausbildungsgarantie muss im BBiG verankert werden. Die Jusos fordern die Einführung des gesetzlichen  
27 Anspruchs auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu  
28 absolvieren. Diese Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz  
29 finden konnten soll spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten. Bei der  
30 Berufswahl sind die Berufswünsche und die Möglichkeiten der Mobilität der Jugendlichen maßgeblich.

31 Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, wird eine Ausbildung an einer be-  
32 rufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijähri-  
33 ge Ausbildungsdauer garantiert. Ein Anteil von mindestens 50 % betrieblicher Praxis muss dabei gesichert sein.  
34 Außerdem ist zu jedem Zeitpunkt ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung anzustreben. Die absolvierte  
35 Ausbildungszeit ist dabei anzurechnen. Außerbetriebliche Auszubildende müssen eine Ausbildungsvergütung  
36 entsprechend der orts- und branchenüblichen tariflichen Regelung erhalten. Die Betriebe müssen die Finan-  
37 zierung dieser zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten durch eine Umlagefinanzierung sicherstellen.

38 Ein BBiG für alle!

39 Zahlreiche berufliche Ausbildungsgänge und vergleichbare neue Ausbildungsstrukturen werden nicht nach  
40 dem BBiG geregelt. Im Ergebnis führt das in vielen Ausbildungen oftmals zu unklaren Rechtsverhältnissen  
41 oder schlechteren Ausbildungsbedingungen. Daher fordern wir die Ausweitung des BBiG zu einem einheitli-  
42 chen Ausbildungsgesetz, das gleiche Qualitätsstandards für alle Ausbildungsberufe sicherstellt. Dazu gehören  
43 z. B. die Gesundheits- und Pflegeberufe sowie ErzieherInnen. Ebenso muss das BBiG für alle betrieblichen  
44 Ausbildungsphasen von schulischen Ausbildungsgängen gelten. Ausgenommen sind derzeit Meisterprüfun-  
45 gen. Die Meisterprüfung im Handwerk ist in der Handwerksordnung (HwO) geregelt und unterliegt nicht dem  
46 Geltungsbereich des BBiG. Meisterprüfungsverordnungen werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und  
47 Energie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Forschung erlassen. Sie werden nicht unter  
48 der Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildung erarbeitet und nicht den Gremien des BBiG vorge-  
49 legt. Diese Ausklammerung der Meisterprüfungen aus der regulären Ausbildungsgesetzgebung führt zu einer  
50 stark arbeitgeberfreundlichen und arbeitnehmernachteiligen Prüfungsordnung. Um dies zu beheben, sollen  
51 die Normen des BBiG in die Regelungen zur Meisterprüfung einfließen unter Einbeziehung und Kontrolle des  
52 Bundesinstitut für Berufsbildung. Im Zuge dieser Umbildung sollen auch die anderen Regelungen der Hand-  
53 werksordnung (HwO) mit dem BBiG harmonisiert werden.

54 Duales Studium ins BBiG!

55 An der Schnittstelle von Hochschulen und Betrieben hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich das duale  
56 Studium als „hybrides“ Studienformat etabliert. Allerdings bildet sich die zunehmende Verzahnung von akade-  
57 mischer und beruflicher Bildung nicht in gesetzlichen Regelungen ab. Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken  
58 gibt, die es Unternehmen ermöglichen, dual Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutz-  
59 bestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern sollen. Hier besteht drin-  
60 gender Handlungsbedarf.

61 In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssiche-  
62 rung dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzli-  
63 che Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht. Für  
64 die dual Studierenden ergeben sich daraus zahlreiche Probleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Stu-  
65 dium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von  
66 gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es ei-  
67 ne Vergütung geben muss. Um die Qualität dieses Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung  
68 und Studium verzahnt und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums  
69 abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der  
70 Qualität. Deshalb fordern wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins BBiG auf-  
71 zunehmen, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals, eine Be-  
72 stimmung zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen Studieren-  
73 dem und Betrieb. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie einen Tag zur Vor-  
74 bereitung der Prüfungen und Studienzeiten muss ebenfalls im BBiG verankert werden. Die Kombination von  
75 Studium und Berufsausbildung soll Praxisnähe und Hochschulstudium zeitsparend miteinander verbinden.  
76 Leider wird zu wenig über die Kehrseiten gesprochen: Private Hochschulträger und verschiedene Formen des  
77 Dualen Studiums (z.B. Studium mit Praxisphasen, Studium mit integrierter Berufsausbildung oder Studiums  
78 mit externer IHK-Prüfung) sorgen für erhebliche Probleme. Wird der erworbene Bachelor-Abschluss an staat-  
79 lichen Hochschulen als Grundlage für ein Masterstudium anerkannt? Wie wird das zusätzliche Lernpensum  
80 für das Studium im Bezug zur Arbeitszeit gewertet? Was passiert, wenn am Ende kein Universitätsabschluss  
81 erworben wird und die betriebliche Ausbildung nur durch Praxisphasen gewährleistet werden sollte?

82 An dieser Stelle wird klar, dass auch das Duale Studium Einzug in das Berufsbildungsgesetz finden muss. Stu-  
83 dienzeiten müssen als Arbeitszeiten anerkannt werden. Vertragsstrafen aufgrund des Verlassens des Unter-  
84 nehmens nach dem Studium gehören abgeschafft. Und vor allem: Hochschulbildung muss staatlich kontrol-  
85 liert werden! Hier müssen klare Anforderungen an Hochschulträger definiert werden. Zudem soll das Duale  
86 Studium im Regelfall an einer staatlichen Hochschule absolviert werden. Hierzu bedarf es vielerorts einer No-  
87 vellierung der Hochschulgesetze. Mehr Sein, weniger Schein!

88 Gute Ausbildung braucht Zeit!

89 Junge Menschen brauchen nicht nur einen Ausbildungsplatz, sondern auch eine qualifizierte und gute Aus-  
90 bildung. Eine gute Ausbildung zu einem verantwortungsvollen Facharbeiter oder einer Facharbeiterin dauert

91 mindestens drei Jahre. Eine zweijährige "billigere" Schmalspur-Ausbildung, wie sie viele ArbeitgeberInnen und  
92 das Wirtschaftsministerium anstreben, kann das nicht leisten und bietet darüber hinaus kaum berufliche Ent-  
93 wicklungsperspektiven. Denn eine qualifizierte Ausbildung bildet nicht nur die Basis für eine interessantere  
94 und abwechslungsreichere Tätigkeit. Gut qualifizierte Ausgebildete werden auch deutlich seltener erwerbslos  
95 als gering Qualifizierte. Eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche umfassende Kompetenzvermitt-  
96 lung.

97 Eine sehr spezialisierte und nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbildung beeinträchtigt  
98 die Flexibilität und Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems und mindert seine Attraktivität und Qualität. Die  
99 Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit einher geht eine deutliche Verschlechterung  
100 der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Ausbildung  
101 würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern eher  
102 verringern. Eine grundsätzliche Verkürzung der Ausbildungsdauer von dreieinhalb auf drei Jahre und eine  
103 vermehrte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen lehnen wir daher ab.

104 Die BBiG-Reform 2005 hat zudem für die Regelung des Verhältnisses von zweijährigen und drei- bzw. dreiein-  
105 halbjährigen Ausbildungsberufen eine eklatante Regelungslücke hinterlassen. Es hat

106 a) ein Anrechnungsmodell (Zweijährige werden auf Dreijährige angerechnet) und

107 b) ein Ausstiegsmodell (der/die Auszubildende kann nach zwei Jahren aus einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen  
108 Ausbildungsverhältnis aussteigen) zugelassen.

109 Wir fordern daher, dass Ausbildungsverträge nur in mindestens dreijährigen Ausbildungsberufen abgeschlos-  
110 sen werden dürfen und eine verbindliche Regelung darüber, welche Qualifikation nach welcher Ausbildungs-  
111 zeit in welchen Beruf erreicht ist. Ausnahmeregelungen zur Verkürzung der Ausbildungszeit sollen für Aus-  
112 zubildende gelten, die durch einen entsprechenden Ausbildungsplatzwechsel, regelmäßiges Übertreffen der  
113 Ausbildungsziele oder die Anrechnung einer Einstiegsqualifizierung, beruflicher Vorbildung, oder eines allge-  
114 meinbildenden Schulabschlusses ihre Ausbildungszeit verkürzen oder vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur  
115 Abschlussprüfung zugelassen werden. Dies darf aber nicht zu einer Modularisierung führen. Wir stehen zum  
116 Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener Berufsbilder zugunsten einer Modulari-  
117 sierung der beruflichen Ausbildung ab. Um jungen Erwachsenen zu ermöglichen, Ausbildung und Familie mit-  
118 einander vereinbaren zu können, soll die Ausbildung in Teilzeit in § 8 BBiG als Rechtsanspruch ausgestaltet  
119 werden. Darüber hinaus muss die Verlängerung der Ausbildungszeit unproblematisch möglich werden und es  
120 müssen Ausstiegsmodelle mit gesetzlichem Rückkehranspruch geschaffen werden.

121 Sichere Perspektiven durch unbefristete Übernahme!

122 Eine sichere Perspektive ist gerade für junge Menschen sowohl beim Übergang von Schule in Ausbildung als  
123 auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben wichtig. Die Jusos fordern daher eine unbefristete  
124 Übernahmegarantie für alle Auszubildende. Nicht nur für die Unternehmensbindung, sondern insbesondere  
125 auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies entschei-  
126 dend.

127 Umfragen zeigen, dass nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen im Jahr vor ihrem Berufsabschluss eine feste  
128 Übernahmezusage und Perspektive im ihrem Ausbildungsbetrieb hat. Ein Drittel der Jugendlichen hat kurz vor  
129 Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine Informationen darüber ob sie übernommen werden oder nicht.  
130 Diese Unsicherheit darf jungen Menschen nicht weiter zugemutet werden. Deshalb muss § 24 BBiG analog  
131 zum § 78a Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) erweitert werden und die dreimonatige Ankündigungsfrist bei  
132 beabsichtigter Nicht-Übernahme auf alle Auszubildenden ausgeweitet werden.

133 Mindestausbildungsvergütung

134 § 17 BBiG schreibt eine angemessene Vergütung für die Ausbildung vor. Nach der Rechtsprechung darf die ein-  
135 zelvertraglich geregelte Ausbildungsvergütung nicht niedriger als 80% der üblichen tariflichen Ausbildungsver-  
136 gütung sein. In reinen Ausbildungsbetrieben sind weitergehende Abweichungen zulässig. Das hat schwerwie-  
137 gende Folgen. 27 % der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren Arbeitsverhältnis  
138 nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können.

139 Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so  
140 wenig verdienen, dass die sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss

141 Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen  
142 Facetten ermöglichen. Daher fordern wir die Einführung einer längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden  
143 Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAFÖG-Satzes. Gleich-  
144 zeitig halten wir an der geltenden Rechtsprechung fest, nach der 80% der tariflichen Ausbildungsvergütung  
145 Minimum ist, solange sie über der Mindestausbildungsvergütung liegt.

146 Ausbildungsqualität sichern!

147 Ausbildungsqualität lässt sich am besten durch die Mitbestimmung starker Jugend- und Auszubildendenver-  
148 tretungen sichern. Doch auch in Betrieben, in denen es keine Jugend- und Auszubildendenvertretung und kei-  
149 nen Betriebs-/Personalrat gibt – zum Beispiel in kleinen Betrieben auf Grund zu geringer Beschäftigtenzahlen  
150 – muss die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen kontrolliert werden.

151 Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten, sind unterbe-  
152 setzt und überfordert und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität zuständigen Berufskammern  
153 sind oft wenig geneigt bei Verstößen gegen die Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungs-  
154 bedingungen gegen die Unternehmen durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der  
155 Berufskammern finanzieren.

156 Erfahrungen zeigen, dass es für die betroffenen Auszubildenden häufig sehr schwierig ist wirkliche Verbesse-  
157 rungen über die eigentlich zuständigen Berufskammern durchzusetzen. Es mangelt hier an klaren Vorgaben.  
158 Dies liegt auch daran, dass die Formulierungen in § 79 des BBiG, der sich mit dem Berufsbildungsausschuss  
159 beschäftigt, bisher relativ unverbindlich sind. Sie müssen erweitert werden.

160 Berufsbildungsausschüsse brauchen ein Anhörungsrecht, zudem muss es eine feste Verankerung eines Unter-  
161 ausschusses zur Ausbildungsqualität geben. In den Kammern muss die Personalausstattung so gestaltet sein,  
162 dass die AusbildungsberaterInnen auch tatsächlich regelmäßige Kontrollen mindestens einmal jährlich in den  
163 Ausbildungsbetrieben durchführen können. Ihre Aufgaben müssen konkretisiert und gestärkt werden.

164 Die bisherige Regelung sieht vor, dass AusbildungsberaterInnen regelmäßig im Berufsbildungsausschuss ei-  
165 nen Bericht abgeben müssen. Die Doppelfunktion der Kammern verhindert aber im Konfliktfall die Durch-  
166 setzung von Qualitätsansprüchen in der Berufsausbildung, da diese sich mitunter gegen die Interessen der  
167 eigenen Mitglieder richten. Daher müssen im Bereich der Überwachung der Ausbildungsqualität unmissver-  
168 ständliche und klar definierte Standards und Kriterien bestehen, die im Zweifel durch Klagemöglichkeiten al-  
169 ler Bänke in den Berufsbildungsausschüssen kontrolliert werden können. Um die notwendigen qualitativen  
170 Voraussetzungen im Ausbildungsbetrieb zu gewährleisten, fordern wir eine deutlichere Formulierung in § 27  
171 (Eignung der Ausbildungsstätte), die die fachliche Ausstattung und zeitgemäße Ausbildungsmaterialien in der  
172 Ausbildungsstätte sicherstellt.

173 Ein betrieblicher Ausbildungsplan muss rechtsverbindlich vorgeschrieben sein und mit dem Ausbildungsver-  
174 trag ausgehändigt werden. Hierzu bedarf es einer eindeutigeren Formulierung in § 11 (Vertragsniederschrift)  
175 Absatz 1 Nr.1. So kann die Ausbildung vorausschauend geplant werden. In § 5 (Ausbildungsordnung) soll dar-  
176 über hinausgehend klargestellt werden, dass Abweichungen vom Ausbildungsrahmenplan nicht gestattet sind.  
177 Damit der Auszubildende und der die AusbilderIn einen Überblick über die bereits vermittelten Lerninhalte hat,  
178 ist entsprechend § 5 Absatz 2 Nr. 7 in mittlerweile fast Ausbildungsordnungen folgender Passus enthalten: „Die  
179 Auszubildenden haben einen schriftlichen Ausbildungsnachweis zu führen. Ihnen ist Gelegenheit allen zu ge-  
180 ben, den schriftlichen Ausbildungsnachweis während der Ausbildungszeit zu führen. Die Auszubildenden haben  
181 den schriftlichen Ausbildungsnachweis regelmäßig durchzusehen.“ Dieser muss ins BBiG aufgenommen wer-  
182 den. Die mittlerweile gängige Praxis in den auszubildenden Unternehmen der Industrie und des Handwerks hat  
183 sich bewährt und sollte für alle Ausbildungsberufe ein rechtlich fest verankerter Bestandteil werden.

184 Rolle der AusbilderInnen definieren!

185 Der/die AusbilderIn war traditionell zuständig für die betriebliche Unterweisung, die Durchführung von Lehr-  
186 gängen und simulierten Projekten in Lehrwerkstätten. Ihre Aufgaben sind heute andere. Bezeichnungen wie  
187 Lernbegleiter, Coach oder Trainer signalisieren den Rollenwechsel – in der Erstausbildung, aber auch in der  
188 Weiterbildung. Dazu kommt, dass sich AusbilderInnen heute oft zusätzlich um dual Studierende im Betrieb  
189 und um SchülerpraktikantInnen kümmern müssen. Das betriebliche Bildungspersonal soll Lernen ermögli-  
190 chen, anstatt zu unterweisen, zu belehren oder zu instruieren. Fehler können Lernchancen sein und werden  
191 daher wenn möglich zugelassen und für das Lernen genutzt und nicht von vorne herein verhindert. Es werden

192 Arbeitsaufgaben und Lernaufträge ausgewählt, die alternative Vorgehensweisen und Lösungen ermöglichen.  
193 AusbilderInnen verzichten weitgehend auf instruierende oder einführende Belehrungen. Sie zeigen stattdes-  
194 sen die Möglichkeiten, an Informationen zu kommen und Lösungshilfen zu beschaffen. Der/die AusbilderIn  
195 stehen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Sie geben Hilfestellungen, die sich auf den Arbeitsprozess, sei-  
196 ne Inhalte sowie sein Umfeld beziehen und keine rein fachliche Unterweisung darstellen.

197 § 29 BBiG (Persönliche Eignung) soll die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals regeln. Faktisch werden  
198 lediglich formale Ausschlussgründe benannt. Die Rolle der AusbilderInnen hat sich in den vergangenen Jahren  
199 in einem Ausmaß verändert, welches eine genauere Definition in § 29 notwendig macht: die Einhaltung einheit-  
200 licher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der AusbilderInnen sowie die verbindliche Vorausset-  
201 zung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche AusbilderInnen muss festgeschrieben wer-  
202 den. Diese muss modernisiert werden und um methodisch-didaktische und jugendpsychologische Kompeten-  
203 zen erweitert werden. Zudem muss in den §29 eine Weiterqualifizierungsverpflichtung inklusive Freistellung  
204 für die AusbilderInnen aufgenommen werden. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubilden-  
205 den zu garantieren muss ein Betreuungsschlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden. Die Be-  
206 rufsschule ist der „staatliche Arm“ der dualen Berufsausbildung. Hier sollen Auszubildende die theoretischen  
207 Fertigkeiten für ihren Berufsabschluss erlernen. Gleichzeitig ermöglicht sie das Erreichen der Fachhochschul-  
208 reife sowie des Abiturs mit bestimmten Schwerpunkten. Außerdem besuchen SchülerInnen die Berufsschule,  
209 die sich beispielsweise im Berufsgrundschuljahr befinden oder eine vollschulische Assistenzausbildung absol-  
210 vieren. Die Schulordnung der Berufsschulen ist in die Jahre gekommen. Elemente der Berufsbildung wie das  
211 Duale Studium werden in ihr gar nicht dargestellt. Die Einführung von Verbundklassen für Verbundstudieren-  
212 de wird durch die Landesschulordnung quasi ausgeschlossen. Eine grundlegende Reform der Schulordnung  
213 für Berufsschulen ist dringend erforderlich. Verstärkt muss an den Berufsschulen auch die Situation junger  
214 Azubis in Betrieb und Gesellschaft betrachtet werden. Die angehenden FacharbeiterInnen sollen nicht nur  
215 wissen, wie sie ihren Beruf korrekt auszuüben haben. Auch grundlegende politische Kenntnisse und Grund-  
216 züge der Politischen Ökonomie gehören in die Berufsschul-Lehrpläne! Außerdem soll dafür Sorge getragen  
217 werden, dass auch den Gewerkschaften der Zugang zum Berufsschulunterricht zum Beispiel im Rahmen der  
218 bekannten „Berufsschultouren“ barrierefrei ermöglicht wird.

219 Gute Weiterbildung!

220 Die Qualitätssicherung muss für den Bereich der Bildungsmaßnahmen und – anbieterInnen weiterentwickelt  
221 werden. Anknüpfungspunkte bieten die bereits bestehenden Bestimmungen im Aufstiegsfortbildungsförde-  
222 rungsgesetz (AFBG – „Meister-BaföG“). Eine Förderung ist abhängig von einer Mindeststundenanzahl der Bil-  
223 dungsmaßnahme. Das Verfahren für den Bereich der öffentlich geförderten Maßnahmen richtet sich nach  
224 dem Sozialgesetzbuch (SGB), bei dem verpflichtend einzuhaltende Standards (Zertifizierung) für Bildungsan-  
225 bieter und Maßnahmen vorgeschrieben sind.

226 Wir fordern deshalb Qualitätsdimensionen im BBiG zu verankern: Es müssen verbindliche Qualitätsanforde-  
227 rungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch die Verankerung eines Fort-  
228 bildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmenplänen in der beruflichen Ausbildung. Bildungsanbieter in der  
229 beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qualitätssicherungssystem verpflichtend anwen-  
230 den. Ebenso soll qualifiziertes Personal nachgewiesen werden. Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel,  
231 über Prüfungsstruktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prü-  
232 fung muss vom Bildungsanbieter sichergestellt werden.

233 Das BBiG enthält einen Paragraphen zur Umschulungsprüfungsregelung (§ 59). Zum weit überwiegenden Teil  
234 wird im Umschulungsbereich in anerkannten Ausbildungsberufen qualifiziert. Diese Praxis ist nach Aussage  
235 aller ausbildenden Einrichtungen der richtige Weg. Dementsprechend muss der Paragraph 59 ersatzlos gestri-  
236 chen werden.

237 Es gibt nur sehr wenige regional entwickelte Berufsprofile mit relevanten Absolventenzahlen. Für einen Einstig  
238 ins Berufsleben sind diese wenigen nicht bundeseinheitlichen Abschlüsse nur bedingt geeignet und auch nur  
239 regional bekannt. Für einen dauerhaften Verbleib im Beschäftigungssystem und für die notwendige räumliche  
240 Flexibilität der Beschäftigten bei der Arbeitssuche sind solche Abschlüsse ein falscher Weg. Beschäftigte mit  
241 nur regional bekannten Berufsbezeichnungen sind von Personalverantwortlichen in Unternehmen nur mit  
242 einem unzumutbaren Aufwand zu verorten und werden daher fast immer bei einem Bewerbungsprozess nicht  
243 in die engere Auswahl kommen. Auch der Trend, weniger Berufe anstatt mehr zu schaffen, wird hiermit unnötig

244 aufgeweicht.

245 Zeit zum Lernen!

246 Gemäß § 15 (Freistellung) haben Auszubildende die Auszubildenden für die Teilnahme am Berufsschulunterricht  
247 freizustellen, und nach § 19 (Fortzahlung der Vergütung) Absatz 1 ist für diesen Zeitraum die Ausbildungsvergü-  
248 tung fortzuzahlen. Bei der Frage der Anrechnung von Berufsschulzeiten bei Auszubildenden auf die Arbeitszeit  
249 wird bisher zwischen volljährigen und minderjährigen Auszubildenden unterschieden.

250 Wir fordern eine einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter, die über die  
251 Bestimmungen des § 9 (Berufsschule) Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) hinausgeht. Die Berufsschulzeit  
252 muss für alle Auszubildenden inklusive der Pausenzeit vollständig auf die betriebliche Arbeitszeit angerech-  
253 net werden. Der Weg vom Betrieb zur Berufsschule und zurück muss auf die Arbeitszeit angerechnet werden.  
254 Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb muss abgeschafft werden. Dabei soll ein Berufs-  
255 schultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksichtigt werden, um eine  
256 Benachteiligung der Auszubildenden zu verhindern, deren Berufsschulzeit sich nicht mit der Ausbildungszeit  
257 überschneidet bzw. um einen Missbrauch vor gezielter Vermeidung der Überschneidungszeiten durch Schicht-  
258 dienste abzuwenden. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit berücksich-  
259 tigt werden. Reisekosten und Spesen sind bei Berufsschulbesuchen und überbetrieblichen Ausbildungsmaß-  
260 nahmen, die eine auswärtige Übernachtung erfordern, gemäß Bundesreisekostengesetz (BRKG) direkt vom  
261 Arbeitgeber zu vergüten.

262 Damit Auszubildende genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung vorbereiten zu können fordern wir eine  
263 entsprechende Ergänzung des § 15, dass Auszubildende fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung  
264 bzw. gestreckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenre-  
265 levanten Prüfungen angemessen freigestellt werden.

266 Kostenfreie Bildung garantieren!

267 Wir fordern eine eindeutige Verankerung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit im BBiG. Um klarzustellen, dass  
268 die Berufsausbildung für die Auszubildenden und dual Studierenden kostenfrei stattfindet, erfordert es eine  
269 Ergänzung in § 14 (Berufsausbildung). Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müs-  
270 sen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel,  
271 Dienstkleidungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, eventuell  
272 anfallende Schulgelder ebenso wie die anfallenden Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbil-  
273 dungsstätten und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.

274 • Deshalb fordern wir zusammengefasst:

275 • Ausbildungsgarantie: gesetzlicher Anspruch auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung  
276 oder staatliche Garantie zur Ausbildung an berufsbildenden Schule oder außerbetrieblichen Bildungs-  
277 träger

278 • BBiG muss flächendeckend Geltung in allen Ausbildungen haben

279 • Duales Studium ins BBiG aufnehmen: gesetzliche Regelungen für das verzahnte Studium schaffen

280 • keine Verkürzung der Ausbildungszeit

281 • keine Modularisierung der beruflichen Ausbildung, Beibehaltung des Systems des Berufsprinzips

282 • unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildende

283 • Einführung einer flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens gemäß des -  
284 BAFÖG-Satzes

285 • Ausbildungsqualität durch Stärkung des Berufsbildungsausschuss sichern

286 • Definition der Rolle von AusbilderInnen gemäß berufspädagogischer Standards und Voraussetzung der  
287 Ausbildereignungsverordnung (AEVO)

288 • Gute Weiterbildung ermöglichen: verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung



- 289 • einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter zu Freistellung und Lohn-
- 290 fortzahlung während der Berufsschulzeit
- 291 • Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung für Auszubildende und dual Stu-
- 292 dierende
- 293 • Kostenfreie Bildung: Schulgeld- und Lernmittelfreiheit ins BBiG
- 294 • einen Anspruch auf Ausbildung in Teilzeit
- 295 • eine Einschränkung von Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit

# D Demokratie & Partizipation

## D Demokratie & Partizipation

---

D7	Hamburg	Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!	32
----	---------	---	----

---

# D7

**Titel** Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!  
**AntragstellerInnen** Hamburg

---

## Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!

- 1 Der Juso-Bundesvorstand wird aufgefordert, die Absenkung des Wahlalters auf 16 und damit einhergehend
- 2 Maßnahmen zur Politisierung von Erstwähler\*innen zu einem der Kernpunkte des Jugendwahlkampfes für die
- 3 nächste Bundestagswahl zu machen und innerparteilich dafür zu werben, dass die SPD diese Forderung im
- 4 Wahlkampf aktiv unterstützt.

# E Europa

## E Europa

---

E1	Nordrhein-Westfalen	Ein Europa mit Zukunft	34
E2	Sachsen	Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan	40

---

# E1

**Titel** Ein Europa mit Zukunft

**AntragstellerInnen** Nordrhein-Westfalen

---

## Ein Europa mit Zukunft

1 Am 23. Juni 2016 hat eine Mehrheit der britischen WählerInnen für einen Austritt des Vereinigten Königreichs  
2 aus der Europäischen Union gestimmt. Das Ergebnis war ein Schock und hat bei vielen Bestürzung ausgelöst.  
3 Bis zuletzt hatte man gehofft, dass es nicht soweit kommen würde. Im Anschluss an die Abstimmung haben  
4 antieuropäische Kräfte innerhalb und außerhalb der EU das Ergebnis als Fanal gefeiert und den baldigen Un-  
5 tergang der Staatengemeinschaft prophezeit. Zugleich haben die proeuropäischen Kräfte den Einzelfallcha-  
6 rakter der Entscheidung betont und überrascht Reformen gefordert, um die EU trotz Brexit zu stärken und  
7 den Menschen näher zu bringen. Es schien so, als ob die euroskeptische Haltung vieler BürgerInnen für vie-  
8 le einer Überraschung gleich kam. Dabei war nicht nur im Vorhinein und nur in Großbritannien klar, dass  
9 es eine Entfremdung zwischen dem europäischen Projekt und den Menschen in Europa gibt. Die Ablehnung  
10 der europäischen Verfassung durch die Referenden 2005 war das erste große Signal, dass die Entfremdung  
11 bereits fortgeschritten war. Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in vielen Ländern sowie breite Renatio-  
12 nalisierungsbestrebungen gingen über Jahre hinweg einher mit verstärktem antieuropäischem Denken. Ver-  
13 stärkt durch die Krise, in deren Zuge einseitiges Management zu Lasten der Menschen auch den Aufstieg  
14 antieuropäischer Bewegungen zur Linken beförderte, sitzen die AntieuropäerInnen in fast allen europäischen  
15 Parlamenten und stehen in einigen Mitgliedsstaaten vor dem Sprung in die Büros der Staats- und Regierung-  
16 chiefs, so zum Beispiel in Österreich und Frankreich. In Ungarn oder Polen lenken sie bereits die Geschicke des  
17 Staates. Gleichzeitig ist der Brexit ein Signal für die kaum wahrnehmbaren Vorteile, die die EU mit sich bringt.  
18 Die Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt und die damit verbundenen Arbeitsstellen werden in den kom-  
19 menden Jahren deutlich spürbar. Ein Aspekt, der die jungen BürgerInnen nicht überzeugen konnte sich am  
20 Referendum zu beteiligen. Denn auch wenn die Mehrheit der jungen Bevölkerung für einen Verbleib votierte,  
21 gingen viele aufgrund von Unsicherheit erst gar nicht zur Wahl. Ein Gewinn für die PopulistInnen, die mit ihrer  
22 verlogenen antieuropäischen Haltung klar im Vorteil lagen.

23 Doch der Erfolg der antieuropäischen und autoritären Rechten ist nicht im luftleeren Raum entstanden. Vie-  
24 le Menschen verbinden die europäische Idee nicht mehr mit einem Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen,  
25 sondern mit ökonomischer Unsicherheit und Abstiegsängsten. Bereits vor der Krise hat sich die Kluft zwischen  
26 arm und reich immer weiter aufgetan, die Globalisierung hat neben Gewinnerregionen auch Verliererregio-  
27 nen erzeugt. Die Liberalisierungspolitik der späten 90er und der 00er Jahre hat oft ihr übriges dazu getan,  
28 den internationalen Wettbewerb auf den Rücken der ArbeitnehmerInnen zu verlagern. Die Krise hat die Si-  
29 tuation weiter verschärft, noch verstärkt durch die menschenfeindliche Austeritätspolitik. Die schwache, teils  
30 rückläufige, wirtschaftliche Entwicklung, grassierende Arbeitslosigkeit, Abstiegsängste und fehlende öffentli-  
31 che Investitionen, dazu eine Rettungspolitik auf dem Rücken der Menschen, dazu Zwangsräumungen und ar-  
32 beitnehmerfeindliche Reformen, transnationaler Terrorismus und die außenpolitische Entwicklung, kreieren  
33 ein Klima, in dem es für viele undenkbar scheint, dass mehr Europa die Lösung der vielfältigen Probleme ist –  
34 scheint Europa doch Dank Freihandel, Liberalisierung, Austeritätspolitik und Unvermögen die Sicherheit ihrer  
35 BürgerInnen zu garantieren als Wurzel aller schlechten Entwicklungen.

36 Diese Entwicklungen betreffen manche Gesellschaftsgruppen mehr als andere. Ländliche Gebiete sind stärker  
37 in Mitleidenschaft gezogen, ärmere und bildungsferne Menschen eher gefährdet. Besonders betrifft es aber  
38 junge Menschen, deren Entwicklung, deren berufliche und private Zukunft, bedroht, behindert oder zerstört  
39 ist. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist weit höher als im Durchschnitt, die Möglichkeit eigenständig  
40 und selbstbestimmt zu leben bei vielen nicht vorhanden. Wir erleben die erste Generation, die weder Krieg  
41 noch eisernen Vorhang erleben musste – aber auch die erste Generation, der es wirtschaftlich nicht besser

42 geht als ihren Eltern. Die junge Generation ist entscheidend für Europas Zukunft und Europa entscheidend für  
 43 die Zukunft der jungen Generation. Europa kann es sich nicht leisten eine verlorene Generation zu generieren,  
 44 eine Generation, die sich von Europa abwendet, statt Europa gemeinsam weiter zu bauen. Die Antwort dar-  
 45 auf muss sein, dass wir besonders für junge Menschen neue Aufstiegshoffnungen und Perspektiven bieten.  
 46 Das funktioniert aber nicht, wenn staatliche Strukturen im allgemeinen Spardruck zunehmend handlungsun-  
 47 fähig werden. Wir brauchen aktive Staaten, die bereit sind, wirtschaftliche Innovationen zu ermöglichen und  
 48 Gerechtigkeit zu organisieren. Nur mit der Überwindung der marktradikalen Dogmatik wird es möglich sein,  
 49 neue pro-europäische Dynamiken zu wecken. Wir brauchen ein Europa, das mutig in seine zukünftigen Gene-  
 50 rationen investiert. Denn auch hier gilt: Europas Zukunft gibt es nicht für lau.

51 Bei der Neugestaltung Europas kommt der europäischen Sozialdemokratie eine natürliche Führungsrolle zu.  
 52 Die Sozialdemokratie stand immer für Fortschritt und gemeinsamen Wohlstand und wird an der Einlösung die-  
 53 ses Versprechens gemessen. Die in der SPE vereinigten Parteien haben wiederholt Lösungsansätze auf den  
 54 Tisch gelegt – jedoch kaum etwas umgesetzt. Teilweise liegt das an der fehlenden Mehrheit in den Institutio-  
 55 nen, teilweise an der selbst gewählten großen Kooperation mit der EVP, oft aber auch an der fehlenden Durch-  
 56 setzungskraft in Europas Hauptstädten. Es ist höchste Zeit, dass die europäische Sozialdemokratie sich ihrer  
 57 Rolle besinnt und Europa gemeinsam wieder zu einem Europa der Menschen macht. Dazu müssen unsere  
 58 Parteien ihre nationalen Interessen zurückstellen und bedingungslos an einem Strang ziehen. Die Lösungs-  
 59 vorschläge wurden bereits gemeinsam ausgearbeitet und müssen nun endlich umgesetzt werden. Besonders  
 60 hervorzuheben sind dabei die Forderungen aus dem Programm zur Europawahl 2014, die als Blaupause für  
 61 die nEUordnung gelten können.

## 62 **Europäischer Jugendplan**

63 Kürzlich haben SPE und YES gemeinsam den Europäischen Jugendplan veröffentlicht. Die Beweggründe sind  
 64 simpel: Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen sind die größten  
 65 Herausforderungen, vor denen Europa steht. Jeder fünfte Jugendliche in Europa ist arbeitslos, jedes vierte  
 66 Kind lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Dieser Zustand ist unakzeptabel! Wir unterstützen daher den  
 67 von SPE und YES entwickelten Europäischen Jugendplan, der beschäftigungs-, bildungs-, kultur- und kinder-  
 68 politische Maßnahmen umfasst. Wir rufen die SPD und ihre VertreterInnen in Parlamenten und Regierungen  
 69 dazu auf, die anstehende Halbzeitbewertung des EU-Budgets dazu zu nutzen, ausreichend Mittel zur effektiven  
 70 Umsetzung des Jugendplans bereitzustellen. Während wir einen Kurswechsel der gesamtwirtschaftlichen Aus-  
 71 richtung in Europa fordern, bietet der Europäische Jugendplan wichtige Maßnahmen, um die drängendsten  
 72 Probleme der Jugend Europas schnell und konkret anzugehen:

### 73 – *Beschäftigung: eine permanente und erweiterte Jugendgarantie*

74 Wir fordern, dass die Europäische Jugendgarantie ein permanentes Instrument der europäischen Arbeits-  
 75 marktpolitik wird. Dabei ist unbedingt darauf zu achten, dass die Angebote der Jugendgarantie hohe Quali-  
 76 tätsstandards erfüllen. Es müssen finanzielle Mittel für die Zeit nach 2016 bereitgestellt werden. Bis 2020 wer-  
 77 den mindestens weitere 20 Milliarden Euro im Rahmen der Europäischen Jugendinitiative benötigt. Zugang  
 78 zur Jugendgarantie muss für Jugendliche bis zum 30. Lebensjahr möglich sein.

### 79 – *Bildung: ein erweitertes Erasmus+ für SchülerInnen in weiterführenden Schulen und Auszubildende*

80 Reisen bildet. Und Reisen baut Vorurteile über andere Länder, Menschen und Kulturen ab. Wir fordern ein  
 81 „Erasmus für alle“, ein Erasmus-Programm, dass Erasmus+ auch für SchülerInnen weiterführender Schulen  
 82 und Auszubildende zugänglich wird. Das Erasmus-Programm muss daher finanziell besser ausgestattet wer-  
 83 den. Zugleich muss die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen europaweit verbessert wer-  
 84 den.

### 85 – *Kultur: Europäische Kulturschecks für Jugendliche für einfacheren Zugang zu Kultur*

86 Befassung mit Kultur – der eigenen, sowie der Kultur anderer Länder und Regionen – fördert Kreativität, kri-  
 87 tisches Denken und Verständnis für die Komplexität der modernen Welt – eben jene Fertigkeiten, welche für  
 88 die demokratische Teilhabe unabdingbar sind. Durch die Einführung von Kulturschecks für Europas Jugend –  
 89 von EU-Mittel ko-finanzierte Gutscheine zum freien Gebrauch der Jugendlichen für kulturelle Aktivitäten ihrer  
 90 Wahl – soll der Zugang der Jugend zur Kultur vereinfacht werden.

### 91 – *Kinderarmut: Die Kinderrechte auf Gesundheitsvor- und fürsorge, Bildung, Betreuung, Wohnen und Ernährung*

92 *sicherstellen*

93 Die Zukunftschancen junger Erwachsener werden zum Großteil im Kindesalter vorbestimmt. Die Kinderar-  
 94 mutsrate in Europa ist skandalös hoch. Armut im Kindesalter setzt sich somit oft im Jugend- und Erwachse-  
 95 nenalter fort. Um Chancengerechtigkeit (Chancengleichheit?) von Kleinauf zu schaffen, fordern wir die Schaf-  
 96 fung einer „Kindergarantie“. Europäische Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut sollen dafür in einem Fond  
 97 gebündelt und um zusätzliche Mittel aufgestockt werden. Die Kindergarantie soll Programme finanzieren, die  
 98 jedem in Armut lebendem oder von Armut bedrohtem Kind freien Zugang zu Gesundheitsvor- und fürsorge,  
 99 Bildung, Betreuung, einer guten Wohnung und Ernährung garantieren.

100 Die Jusos stehen vollkommen hinter dem Europäischen Jugendplan und unterstützen dessen Umsetzung. Den-  
 101 noch greift der Pact for the Youth zu kurz. Die Arbeitsplatzgarantie alleine schafft keine Stellen oder verbessert  
 102 die wirtschaftliche Lage, mit Kulturschecks alleine schafft man kein europäisches Bewusstsein. Die Probleme  
 103 sind tiefgehender, die nötigen Lösungen weitreichender. Die NRW Jusos fordern die Umsetzung aller gemach-  
 104 ten Reformvorschläge, wie z.B. im Wahlprogramm 2014 beschrieben. Insbesondere müssen folgende Bereiche  
 105 angegangen werden.

106

107 **1. Ein Europa der Chancen**

108 Ein grundlegendes Problem ist der Vertrauensverlust, ausgelöst durch Unsicherheit und fehlende Chancen. Es  
 109 muss Europa gelingen, wieder allen die Möglichkeit zu geben, sich privat und beruflich voll zu entfalten und  
 110 weiter zu entwickeln. Dass dazu ein offener Arbeitsmarkt und ausreichend Stellen grundlegend sind, ist klar.  
 111 Dazu muss aber das Prinzip der Gewinnmaximierung dem der Vorsorge weichen. Statt Menschen in Wettbe-  
 112 werb zueinander zu zwingen und den Arbeitsmarkt einseitig an den Interessen der Unternehmen auszurich-  
 113 ten, müssen wir die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Darum muss es auch bei der  
 114 Begegnung der aktuellen und zukünftiger Krisen gehen. Dass die Krisenreaktion auf den Rücken der Menschen  
 115 ausgetragen werden, dass Menschen durch die Krisenbekämpfung ihre Zukunft verlieren kann und darf nicht  
 116 sein. Die Austeritätspolitik muss ein Ende finden. Aber nicht nur bezüglich des Arbeitsmarktes, sondern in al-  
 117 len Bereichen muss Zukunft aktiv gestaltet werden, um allen alle Chancen zu ermöglichen – ohne Rücksicht  
 118 auf Herkunft oder Elternhaus. Die Staaten Europas müssen in öffentliche Infrastruktur investieren, um Mobi-  
 119 lität zur Chance zu machen, öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser sicherzustellen, Bildung für alle  
 120 bedingungslos zu ermöglichen, ein gesundes Leben zu sichern und Kultur zum Massenprodukt zu machen.  
 121 Nur dann bietet die Zukunft Chancen, nur dann kann Europa sich entwickeln.

122 Wir fordern:

- 123 • Einen echten europäischen Arbeitsmarkt, der sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet
- 124 • Die Aufkündigung des europäischen Fiskalpakts
- 125 • Die Schaffung eines auf Investitionen beruhenden Regionalentwicklungsplans für Südosteuropa
- 126 • Die Verwirklichung des Pact for Growth, eines Marshallplans für Europa
- 127 • Staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheitssystem und vieles mehr
- 128 • Eine echte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 129 • Die Schaffung von Euro-Bonds

130

131 **2. Ein Europa der Fairness**

132 Europa benötigt eine Neuregelung des Bankenwesens. Dies bedarf einer gesamteuropäischen Lösung. Das  
 133 letzte Jahrzehnt hat deutlich gemacht, dass Europa nicht einmal in dem offensichtlichsten Teil des Systems  
 134 funktioniert. EU Mitgliedsstaaten gehen finanziell zu Grunde, während andere mitteleuropäische Länder zu-  
 135 gucken oder gar existenzentscheidende Urteile fällen, ohne dabei an die sozialen Folgen zu denken.

136 Unabhängig von den politischen Gegebenheiten muss eine Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen  
 137 sichergestellt werden. Auch das gewerkschaftliche Spektrum findet sich im internationalen Kontext wieder,

138 spätestens wird dies in der Öffentlichkeit seit dem Diskurs um Freihandelsabkommen und den Einschränkungen für ArbeitnehmerInnen sichtbar. Unternehmen handeln global, die Lobby rund um ArbeitgeberInnen wächst stetig. Hier gilt es die europäischen Gewerkschaften zu stärken und VertreterInnen als gesellschaftliche VertreterInnen in soziale, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Prozesse auf europäischer Ebene einzubinden.

143 Wir fordern:

- 144 • Die gesetzliche Umsetzung des VerursacherInnenprinzips
- 145 • Die Regulierung des Bankensektors
- 146 • Die Einführung der Finanztransaktionssteuer
- 147 • Gemeinsame Untergrenzen für Unternehmenssteuern in der EU
- 148 • Ein europäisches Programm gegen Steuerflucht
- 149 • Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Großunternehmen
- 150 • Die europaweite Absicherung von ArbeitnehmerInnenrechten
- 151 • Maßnahmen, die in den Ländern mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen die Binnennachfrage stimulieren

153

### 154 **3. Ein Europa der Gleichheit**

155 Europa ist nicht gleich Europa, das macht sich besonders im Bereich der Bildung bemerkbar. Auch wenn Bologna für europaweit anerkannte Bildungsabschlüsse sorgen soll, so besteht nicht für jede\*n die Chance auf dem Arbeitsmarkt, sei der Abschluss noch so gut. Eine Entwicklung, die wir NRW Jusos mit Schrecken verfolgen und vergebens auf die europäische Ausbildungsgarantie bauen. Eine Jugendarbeitslosenquote von bis zu 60 Prozent in den südlichen Ländern muss bekämpft, Perspektiven geschaffen werden.

160 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Umverteilung. Noch immer ist die Spaltung zwischen Arm und Reich zu groß. Menschen mit geringem bis gar keinem Einkommen muss ein sicheres Leben und eine menschenwürdige Versorgung zugesichert werden. Das bezieht sich nicht nur auf das tägliche Leben, sondern auch auf das Gesundheitswesen. Europa muss eine Absicherung für Krankheit, Vorsorge und ein menschenwürdiges Lebensende schaffen.

165 Gleichheit bedeutet nicht nur Chancen für EuropäerInnen. Zugezogene Menschen und explizit geflüchtete Menschen müssen in unser Leben integriert werden. Staaten, die an das Mittelmeer grenzen, müssen bürokratisch und unbürokratisch entlastet werden. Für uns NRW Jusos kann ein soziales Europa nur funktionieren, wenn sich die Länder gleichermaßen an der Bewältigung des Zuzuges beteiligen, nicht ausgrenzen und den Menschen die Chance geben sich am sozialen Leben zu beteiligen. Für uns zählt zu einer gelungenen Integration auch die volle Anerkennung der Bildungsabschlüsse.

171

### 172 **4. Ein Europa der Menschen**

173 In der Diskussion um Europa wird oft der fehlende demokratische Charakter des aktuellen Systems angegriffen. Wahr ist, dass dem Parlament das Initiativrecht fehlt und es entscheidenden Verbesserungsbedarf im Gesetzgebungsprozess gibt. Das System EU ist jedoch in der Entwicklung begriffen und muss progressiv weiter gestaltet werden. Wahr ist auch, dass der für Deutschland typische Stimmengleichheitsgrundsatz zu Gunsten eines Sitzminimums zur Sicherstellung der breiten Interessensvertretung weit ausgelegt wird. Klar ist, dass es unterschiedlichste Traditionen gibt, die sich nicht einfach wegwischen lassen. Sie müssen durch einen modernen Föderalismus vereint werden. Der Eindruck, dass diese Dinge falsch sind, drängt sich vor allem aus drei Gründen auf. Zum ersten weil das Vertrauen in eine Politik für die Menschen abhandengekommen ist. Um Vertrauen in die Struktur zurückzugewinnen, müssen die Interessen und Nöte der BürgerInnen wieder in den Vordergrund gestellt werden. Um das zu erreichen ist zum Beispiel die Sozialunion unabdingbar. Zum zweiten ist das Misstrauen in die Eliten groß, weil die Möglichkeit der Beteiligung begrenzt ist. Durch fehlende Direkt-Wahlkreise ist das Verhältnis zwischen MandatsträgerInnen und WählerInnen weniger nah als auf



185 nationaler Ebene. Das zeigt sich gerade in der gesellschaftlichen Diskussion über kontroverse Themen wie Gly-  
 186 phosat und TTIP. Um dem entgegen zu wirken müssen einerseits Parteien ihre Mittlerfunktion wieder besser  
 187 wahrnehmen, zum anderen aber andere Beteiligungsmöglichkeiten besser ausgebaut werden. Verbindungs-  
 188 büros der Kommission müssen öffentlicher agieren, Konsultationen einfacher gestaltet und allen zugänglich  
 189 gemacht, die Möglichkeit der BürgerInneninitiative ausgebaut werden, die Rolle von Organisationen der Zivil-  
 190 gesellschaft zentraler verankert sein und die Einbindung von 'Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss'  
 191 und 'Ausschuss der Regionen' endlich ernstgenommen werden. Zugleich ist es aber notwendig die Dekretpo-  
 192 litik des Rates und vor allem die Hegemonialstellung Deutschlands zu beenden, um Politik durch Menschen  
 193 für Menschen überhaupt zu ermöglichen. Zu guter Letzt fehlt es an Transparenz und Verantwortung. Das  
 194 europäische System ist komplex und muss immer und immer wieder erklärt werden. Dabei ist es besonders  
 195 wenig hilfreich, wenn auch sozialdemokratische Ministerinnen in Streitfragen wie der Glyphosatzulassung den  
 196 Anschein erwecken, Brüssel oder die Kommission würde willkürlich Entscheidungen gegen das öffentliche In-  
 197 teresse treffen. Stattdessen müssen EntscheidungsträgerInnen Verantwortung für ihre Rolle im europäischen  
 198 politischen Prozess übernehmen und komplexe Strukturen erklären. Natürlich gibt es strukturelle Defizite,  
 199 insbesondere bei Durchführungsrechtsakten, zu denen Entscheidungen zumeist im Hinterzimmer getroffen  
 200 werden. Diese Defizite müssen diskutiert und abgebaut werden. Zudem gibt es tatsächlich und gefühlt Trans-  
 201parenzdefizite im Bereich der Interessensvertretung, die durch eine neue Transparenzinitiative gelöst werden  
 202 müssen.

203 Es ist vor allem dem Einsatz der sozialdemokratischen Parteien in Europa zu verdanken, dass bei der Euro-  
 204 pawahl 2014 erstmals gesamteuropäische SpitzenkandidatInnen angetreten sind. Das war ein wichtiger Mei-  
 205 lenstein zur Demokratisierung der EU-Kommission. Diese bei der Wahl 2014 eher inoffiziell durchgesetzte  
 206 Regelung muss fest ins europäische Recht gegossen werden.

207 Wir fordern:

- 208 • Die Überarbeitung des Wahlrechts für das Europäische Parlament in der Bundesrepublik mit der Schaf-  
 209 fung von Direktwahlkreisen
- 210 • Das Initiativrecht für das europäische Parlament
- 211 • Eine neue föderalistische Idee für die Zukunft Europas
- 212 • Den Ausbau der Kommunikationsstruktur der Kommission
- 213 • Den Ausbau der konsultativen Beteiligung von BürgerInnen
- 214 • Die Stärkung der europäischen BürgerInneninitiative
- 215 • Die Einführung zivilgesellschaftlicher Beratungsgremien parallel zu Wirtschaftsgremien für bestimmte  
 216 Politikbereiche
- 217 • Die Stärkung der Rolle von EWSA und AdR
- 218 • Die Stärkung der Rolle des Parlaments bei Rechtsakten
- 219 • Ein verpflichtendes Transparenzregister mit weitreichenden Informationen und den Ausschluss von  
 220 AkteurInnen im Falle der Nichteinhaltung
- 221 • Die Institutionalisierung und Demokratisierung des Euro-Raums

222

## 223 **5. Ein Europa der Rechte**

224 Letztendlich muss es aber immer auch um mehr gehen, als um Chancen und Strukturen. Die EU ist eine Werte-  
 225 gemeinschaft mit gemeinsamen Rechtstraditionen. Das Rechtsstaatsprinzip muss immer, überall und auf allen  
 226 Ebenen gelten. Kein Staat darf seinen BürgerInnen den Anspruch auf universal gültige Grundrechte verwehren.  
 227 Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und das Recht auf die Ausübung des eigenen Glaubens muss allen gewährt  
 228 sein. Kein Terroranschlag rechtfertigt die Einschränkung der Grundrechte für ganze Bevölkerungsgruppen.  
 229 Insgesamt und überhaupt müssen die Rechte, die Grundlage für die Aufnahme in die EU sind, dauerhaft ge-  
 230 währt werden. Dazu gehören die Kopenhagenkriterien bezüglich der Rechte für ethnische Minderheiten, wie

231 gleiche Rechte für alle, gleich ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Die EU muss hier befähigt sein, die Rechte auch nach der Aufnahme von Staaten durchzusetzen und im Zweifelsfall weitreichende Sanktionen zu verhängen.

234 Wir fordern:

- 235 • Die Rechtsstaatsgarantie in und für alle Mitgliedsstaaten der EU
- 236 • Die uneingeschränkte Gewährleistung aller Grundrechte
- 237 • Die Durchsetzung von Minderheitenrechten analog zu den Kopenhagenkriterien
- 238 • Die Gewährleistung der Gleichberechtigung Menschen jeglicher sexueller Orientierung oder Identität
- 239 • Eindeutige Sanktionskompetenzen für die EU

240

241 Um Europa wieder mit seinen Menschen zusammen zu bringen gibt es viel zu tun. Unser Forderungskatalog lässt sich auch stetig erweitern. Aber es ist Zeit, es nicht mehr bei Forderungen zu belassen. Es ist endgültig Zeit anzupacken und das gilt für alle. Alleine kann die Sozialdemokratie Europa nicht verändern. Aber ohne die Sozialdemokratie driftet Europa ganz sicher noch weiter ab. Noch weniger kann die SPD Europa alleine verändern. Aber ohne die SPD besteht wenig Hoffnung. Es gilt jetzt offen für unsere Ideale zu streiten und ohne Vorurteile Verbündete zu gewinnen, dabei darf uns keine große Koalition in Berlin oder große Kooperation in Brüssel abhalten. Wir haben nur diese Chance.

248 Hoch die internationale Solidarität!

# E2

<b>Titel</b>	Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan
<b>AntragstellerInnen</b>	Sachsen

---

## Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:
- 2 Im Angesicht kriegsbedingter Fluchtbewegung war die Zusammenarbeit mit Mittelmeeranrainerstaaten wie-
- 3 derholt Mittel der Wahl, um Menschen auf der Flucht davon abzuhalten, die Küsten Europas zu errei-
- 4 chen.
- 5 Auch der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei hat vor allem das Ziel, die Balkanroute zu schließen. Das europäische
- 6 Asylverfahren soll de facto in die Türkei ausgelagert werden. Einzig erkennbarer „Erfolg“ dieser Maßnahme ist
- 7 durch die verfehlte EU-Politik bedingte, wieder verstärkte Verlagerung der Nutzung der gefährlichen Flucht auf
- 8 die zentrale Mittelmeerroute über Italien, die bereits wieder zu zahlreichen Todesfällen geführt hat. Diejenigen
- 9 Geflüchteten, die dennoch den Weg über die Ägäis suchen und in einem der sogenannten „Hotspots“ landen,
- 10 müssen oft unter menschenunwürdigen Bedingungen leben.
- 11 Die türkische Regierung unter Präsident Erdoğan will mit dem Abkommen vornehmlich innenpolitisch Punkte
- 12 sammeln, indem sie im Gegenzug Visaerleichterungen für türkische BürgerInnen einfordert, die in die Euro-
- 13 päische Union einreisen wollen. Zudem wird „der Westen“, der sich zum Teil kritisch zur immer autoritäreren
- 14 Entwicklung in der Türkei äußert, als Buhmann verwendet, um innenpolitische Konflikte zu externalisieren.
- 15 Dennoch versuchen die europäischen Regierungen, allen voran die Bundesregierung, vieles in ihrer Macht
- 16 stehende, um das Flüchtlingsabkommen nicht zu gefährden und den Gesprächsfaden nach Ankara nicht ab-
- 17 reißen zu lassen.
- 18 Dabei hat Erdoğan bereits mehrfach bewiesen, dass er weder ein Freund der Grund- und Menschenrechte,
- 19 noch ein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner, noch ein stabilisierender Faktor in der Region ist. Schon
- 20 seit Jahren lässt er vermeintliche oder tatsächliche Oppositionelle wahlweise wegen Terrorismus(unterstüt-
- 21 zung) oder Beleidigung verfolgen, seien es nun Gezi-DemonstrantInnen, Linke, KurdInnen, JournalistInnen,
- 22 unliebsame Militärs oder religiöse Minderheiten. Das Scheidungsrecht von Frauen, das Recht auf Verhütungs-
- 23 mittel und Abtreibung lehnt er ab. Den Südosten seines Landes hat er, nach anfänglichen Friedensbemühun-
- 24 gen, in einen militärischen Ausnahmezustand geführt, bis hin zur Belagerung ganzer Städte. Den Bürgerkrieg
- 25 im Nachbarland Syrien hat er durch anfängliches gewähren lassen von IS-Terroristen in der Türkei und eigene
- 26 Waffenlieferungen mit befeuert. Eine der EU zugesagte Änderung der Anti-Terror-Gesetze will er nicht mehr
- 27 umsetzen.
- 28 Spätestens seit dem Putschversuch am 15. Juli hat die türkische Regierung jede noch vorhandene Zurück-
- 29 haltung abgelegt. Hunderttausende Menschen aus allen Berufen und Schichten fielen in kürzester Zeit einer
- 30 Säuberungswelle zum Opfer, wurden verhaftet, entlassen oder suspendiert. Angeblich am Putsch beteiligte
- 31 Personen wurden mit schweren Verletzungen im Fernsehen vorgeführt, was einen Verstoß gegen das Folter-
- 32 verbot zumindest nahelegt.
- 33 In vielen bekannt gewordenen Fällen von Verfolgung wurde die Gelegenheit genutzt, um weitere kritische
- 34 Stimmen auszuschalten. Viele davon, wie die Zeitung Cumhuriyet, hatten bereits vor der Gülen-Bewegung

35 gewarnt, als diese noch mit Erdoğan verbündet war. Jetzt wird ihnen Propaganda für oder gar Mitgliedschaft  
36 in ebenjener vorgeworfen.

37 Diese Liste ließe sich noch weiter ausführen, soll aber letztendlich nur verdeutlichen, dass von den Anfangs in  
38 Erdoğan gesetzten Hoffnungen auf eine weitere Modernisierung des Landes und eine Annäherung an Europa  
39 nichts mehr übrig geblieben ist. Der zuletzt von der EU-Kommission veröffentlichte Fortschrittsbericht zu den  
40 Beitrittsverhandlungen bescheinigt der Türkei ein bewusstes wegbewegen von Europa.

41 Gleichzeitig haben wir es mit einer Opposition zu tun, die nicht nur unter der Repression durch die Regierung  
42 zu leiden hat, sondern sich auch selbst im Weg steht. Die sozialdemokratische CHP und die linken Kurdenpartei  
43 HDP sind in sich heterogen. In beiden Parteien gibt es progressive Kräfte, welche offensiv für die republikanische  
44 Demokratie, individuelle Freiheit und Minderheitenschutz kämpfen. Gleichzeitig lassen sich regressive  
45 Tendenzen feststellen, wie die Unterstützung dubioser Strafverfahren gegen Oppositionelle durch einzelne  
46 CHP-Abgeordnete sowie die halbherzigen Distanzierungen vom Terrorismus einiger HDP-PolitikerInnen zeig-  
47 en. Die HDP ist darüber hinaus eine junge Partei, deren Entwicklung noch nicht abzusehen ist. Im Umgang  
48 müssen diese Unterschiede berücksichtigt, das heißt die progressiven Kräfte gestärkt werden.

49 Die Situation ist also verfahren. Während sich Erdoğan und die AKP für uns nicht als Verhandlungspartner  
50 anbieten, benötigt die Oppositionsbewegung Impulse und langfristige Solidarität von außen.

51 Deshalb fordern wir:

52

53 · Die Aufhebung des Flüchtlingsrücknahmeabkommens mit der Türkei

54 · Die Prüfung jeglicher weiterer Zusammenarbeit mit der aktuellen türkischen Regierung und ihrem Staats-  
55 präsidenten Erdogan und stattdessen eine verstärkte Zusammenarbeit mit progressiven und liberalen Kräf-  
56 ten

57 · Die Anstrengung einer Staatenbeschwerde nach Art. 33 EMRK um eventuelle Verstöße gegen das Folter-  
58 verbot untersuchen zu können

59 · Einen aktiven Austausch mit der deutschen und europäischen Sozialdemokratie mit den beiden assozi-  
60 ierten SPE-Mitgliedern CHP und HDP, sowie anderen progressiven Institutionen in der Türkei

61 · Jugendaustauschprojekte der Jusos mit Jugendverbänden, die unsere Werte und Ziele teilen, darunter  
62 auch die Jugendverbände o.g. Parteien

63 · Die Unvereinbarkeit einer SPD-Mitgliedschaft mit einer Mitgliedschaft bei der Union Europäisch-  
64 Türkischer Demokraten (UETD)

# G Gleichstellung, Feminismus & Gender

## G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G4	Thüringen	Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern	43
G8	Hannover	Gelebter Feminismus	45
G11	Hessen-Nord	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen	51
G13	Braunschweig	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung	52

# G4

<b>Titel</b>	Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern
<b>AntragstellerInnen</b>	Thüringen

---

## Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen\* verbessern

- 1 Die Jusos verstehen sich als progressiver, inklusiver und feministischer Jugendverband. Unser Ziel ist es nicht  
 2 nur, ungerechte und diskriminierende Strukturen aufzudecken, sondern auch aktiv an ihrer Überwindung zu  
 3 arbeiten.
- 4 Ein Ziel unserer Arbeit ist es, alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft und ihren Strukturen teilhaben  
 5 zu lassen. Wir kämpfen dabei besonders um und für diejenigen, die von dem neoliberalen und patriarchalen  
 6 System durch mehrfache Diskriminierung ausgeschlossen werden.
- 7 Arbeitswelt und Gesellschaft werden momentan von einem Gesundheitswahn beherrscht. Leistungseliten ge-  
 8 ben mit ihrer Besessenheit ein Pensum im Wettbewerb der Gesundheit vor, dass von kranken Menschen nicht  
 9 geleistet werden kann. Als ManagerIn gehört es zum guten Ton, mindestens einen Marathon pro Jahr zu lau-  
 10 fen. Oftmals gilt: Wer krank ist, ist selbst schuld, hat sich falsch verhalten, sich nicht genug bemüht. In diesem  
 11 Klima führt das Outing als chronisch kranke Person zu Stigmatisierung und oftmals zu negativen beruflichen  
 12 Konsequenzen.
- 13 Frauen\* werden nicht nur im Arbeitsalltag und auf der Straße diskriminiert, sondern auch im Gesundheits-  
 14 system. Liest man Artikel in medizinischen Fachzeitschriften, so fällt auf, dass folgenden Phrasen in fast je-  
 15 der Veröffentlichung über Krankheiten, die Frauen\* betreffen, vorkommen: sehr häufig, Ursache unbekannt,  
 16 nicht heilbar. Die Forschung anbezüglich dieser Krankheiten ist unterfinanziert, stockt oder ist gar nicht vor-  
 17 handen.
- 18 Laut Robert-Koch-Institut bezeichnen sich 42% der Frauen\* als chronisch krank. Krankheiten wie Endome-  
 19 triose, vaginaler Kandidose, Menorrhagie, polyzystisches Ovarsyndrom oder Myome treten häufig auf, die  
 20 Ursachen sind meist unbekannt oder können nur vermutet werden, eine langfristige Heilung konnte noch  
 21 nicht gefunden werden. Die meisten dieser Krankheiten lösen chronische Schmerzen aus, alle schränken die  
 22 Lebensqualität deutlich ein. Kommen weitere Autoimmunerkrankungen wie Fibromyalgie oder Lupus hinzu,  
 23 welche achtmal mehr Frauen\* als Männer\* betreffen, sowie das chronische Erschöpfungssyndrom oder An-  
 24 ämien, welche auch mehr Frauen\* als Männer betreffen, so leben mehr als 25% aller Menschen mit Uterus  
 25 weltweit mit chronischen Schmerzen und/oder chronischer Müdigkeit.
- 26 Chronische Schmerzen werden vor allem von Frauen\* erfahren, jedoch werden sie von medizinischen Profes-  
 27 sionellen weniger häufig ernst genommen oder behandelt. Ihnen wird zu verstehen gegeben, dass Schmerzen  
 28 auszuhalten seien, da sie zum Leben als Frau\* dazugehören würden. Viele chronisch kranke Frauen\* müs-  
 29 sen jahrelange Odysseen von SpezialistIn zu SpezialistIn erleiden, um eine Diagnose zu erhalten. Erschwe-  
 30 rend kommt hinzu, dass die meisten Medikamente nicht an Menschen mit Uterus getestet werden, bevor sie  
 31 auf den Markt kommen. Auch wenn die Gesetzeslage dazu in vielen Ländern als ausreichend erscheint, kann  
 32 sie von der Mehrheit von Pharmaunternehmen durch andere Regulierungsstandards umgangen werden. Ei-  
 33 ne Folge daraus ist, dass schwangere Menschen kaum Medikamente verschrieben bekommen (einschließlich  
 34 Medikamente bei psychischen Erkrankungen), da die Folgen für den Fötus nicht abschätzbar sind. Um den  
 35 Spagat zwischen der Gesundheit der Schwangeren und dem Schutz des ungeborenen Lebens zu lösen, muss  
 36 die weltweite Forschung in diesem Bereich beispielsweise durch den Einsatz von Multi-Organ-Chips zur Simu-  
 37 lation eines menschlichen Körpers intensiviert werden. Chronisch Kranke werden zusätzlich stark durch das

38 herrschende Wirtschaftssystem diskriminiert. Durch ihre Erkrankungen können sie häufig keine vollen Stellen  
39 annehmen, weisen viele Krankheitstage vor oder finden aufgrund ihrer Bedürfnisse keine passende Anstel-  
40 lung. Weiterhin fällt es vielen Frauen\* schwer, mit ihren meist männlichen Vorgesetzten über ihre Krankheit  
41 zu sprechen, da nur wenige ein ausreichendes Verständnis für „Frauenkrankheiten“ aufbringen können. Ohne  
42 ausreichende Kommunikation kommt es bei gehäuften krankheitsbedingten Ausfällen jedoch oft zu verringerten  
43 Karriere- und Aufstiegschancen, sowie bei jüngeren Erkrankten zwangsweise zu Rückschlägen in Schule  
44 und Ausbildung, da chronische Erkrankungen bei Fehltagen keinen Sonderstatus einnehmen. Dadurch kann  
45 es zu Finanzierungsproblemen von oftmals kostspieligen

46 Medikamenten, Behandlungsmethoden und/oder medizinischen Hilfsmitteln kommen, sodass Betroffene  
47 nicht das volle Potenzial der möglichen Lebensqualität ausschöpfen können.

48 Forderungen:

49 Die Jusos stehen kritisch zu der vorherrschenden Leistungs,- und Verwertungslogik des kapitalistischen Sys-  
50 tems, sehen aber bis zu dessen Überwindung die Notwendigkeit, Menschen zu unterstützen, welche dieser  
51 Logik entgegen ihrer eigentlichen Möglichkeiten aus gesellschaftlichem Zwang folgen müssen.

52 Darum fordern wir:

- 53 • eine verpflichtende Sensibilisierung von ÄrztInnen und ArbeitgeberInnen bezüglich „frauen\*typischer“  
54 Krankheiten durch Weiterbildungen,
- 55 • eine öffentlich finanzierte unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle für Betroffene,
- 56 • mehr finanzielle Hilfen für die Erforschung der genannten Erkrankungen,
- 57 • die Erweiterung des Leistungskatalogs der Krankenkassen um erfolgreiche Therapien für chronisch  
58 Kranke,
- 59 • eine gerechte Gesundheitsreform unter besonderer Berücksichtigung der Anliegen chronisch kranker  
60 Frauen\*,
- 61 • eine gesicherte staatliche Finanzierung von Hilfsmitteln und Medikamenten für chronisch Kranke,
- 62 • den Anspruch auf eine freie Einteilung der Pausenzeiten für alle Arbeitnehmenden, um eine stigmati-  
63 sierungsfreie Arbeitsweise für chronisch Kranke zu ermöglichen, solange dies der betriebliche Ablauf  
64 erlaubt,
- 65 • betriebliche Arbeitszeiten-Monitoringprogramme, welche Arbeitszeiten an die Bedürfnisse der Be-  
66 schäftigten anpasst,
- 67 • wir behalten unsere Forderung nach einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei.

68 Die Jusos setzen sich das Ziel, die Bedürfnisse von chronisch kranken Menschen in der Veranstaltungsplanung  
69 mitzudenken und ausreichend Pausen, kurze Wege und eine angemessene gesundheitliche Versorgungslage  
70 zur Verfügung zu stellen.



**Titel** Gelebter Feminismus

**AntragstellerInnen** Hannover

---

## Gelebter Feminismus

1 Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist von einem hierarchischen Verhältnis zwi-  
2 schen den Geschlechtern geprägt. Dies äußert sich konkret in der strukturellen Unterordnung von Frauen\*  
3 gegenüber Männern\* in vielen Lebensbereichen. Diese Unterordnung wird häufig als „natürliche“ biologische  
4 und kulturelle Gesellschaftsordnung erklärt. Gleichzeitig wird Frauen\* im Patriarchat die Verantwortung für  
5 Reproduktionsarbeit zugeschrieben. Dieses führt zu einer ungerechten Machtverteilung in der Gesellschaft, in  
6 welcher die zentralen Machtpositionen von Männern\* dominiert werden.

7 Macht bedeutet die Möglichkeit der Einflussnahme auf bestimmte Prozesse. Je mehr Macht jemand hat, des-  
8 to stärker kann diese Person in Prozesse eingreifen und sie bestimmen. Durch Macht kann aber auch das  
9 Verhalten von Menschen beeinflusst werden. Macht existiert somit auch jenseits von Posten und Positionen.  
10 Gerade diese Macht, die unabhängig von Posten und Positionen besteht, ist besonders schwer zu erkennen,  
11 zu definieren und gerecht zu verteilen.

12 Über die biologistischen und kulturalistischen Begründungen für die Ungleichbehandlung von Männern\* und  
13 Frauen\*, gibt es allerdings auch weitere Mechanismen, die patriarchale Strukturen fördern. Konkrete Beispiele  
14 dafür sind, auch sexuell konnotierte Bemerkungen und Sprüche über das Aussehen von Frauen\*, eine Reduk-  
15 tion auf körperliche Merkmale und das Nicht-Ernstnehmen aufgrund des Frau\*-Seins. In diesem Verhalten  
16 manifestieren sich patriarchale Strukturen.

17 Die SPD und die Jusos haben eine großartige feministische Tradition. Wesentliche frauen\*politische Fortschrit-  
18 te in Deutschland und Europa sind auf Initiative und Streben der Sozialdemokratie zu Stande gekommen. Das  
19 Frauen\*wahlrecht (1918), Berufswahlfreiheit (1977) und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
20 sind nur manche von diesen Fortschritten. Sowohl gesellschaftlicher Fortschritt, als auch frauenpolitische Po-  
21 sitionen innerhalb der Partei wurden maßgeblich von unseren sozialistischen Vorkämpferinnen errungen. Im  
22 Jahr 2016 haben viele Frauen\* es zu wichtigen Positionen wie Ministerpräsidentinnen\*, Bundesministerinnen\*  
23 und Staatssekretärinnen\* gebracht. Trotzdem lässt sich natürlich auch die SPD nicht völlig loslösen von den  
24 diskriminierenden Strukturen in unserer Gesellschaft.

25 In unseren eigenen Strukturen sind wir noch weit davon entfernt gleichgestellt zu sein. Der strukturelle Se-  
26 xismus zeigt sich am deutlichsten in den nach wie vor häufig männlich\* dominierten Vorständen und ins-  
27 be26sondere Vorsitzendenposten. Folglich prägen die gesellschaftlichen Strukturen, die SexistInnen schützen  
28 auch die Sozialdemokratie und die Jusos. Männer\* stützen und schützen sich regelmäßig bei ihrem Fortkom-  
29 men in der Partei, vor allem gegenüber den Ambitionen von Frauen\*, aber auch bei Vorwürfen von Sexismus  
30 und Diskriminierung.

31 Diesen Strukturen ist es geschuldet, dass regelmäßig TäterInnen sexistischen oder übergriffigen Verhaltens  
32 in Positionen mit deutlich mehr Macht sind als ihre Betroffenen. TäterInnen haben in der Regel mehr Macht  
33 als Betroffene von Sexismus und Diskriminierung. Sexistische Übergriffe und sexualisierte Gewalt stellen die  
34 absolute Machtausübung im Patriarchat dar.

35 40

36 Innerhalb unserer Strukturen gibt es erhebliche Hürden in der Bekämpfung sexistischer Vorfälle. In der  
37 Vergangenheit mussten wir immer wieder systematische Verdeckungsstrategien und -handlungen beobach-  
38 ten.



39 Sexistisches Verhalten beinhaltet jede Verhaltensweise gegenüber Personen und Personengruppen mit sexu-  
 40 ellem oder sexualisiertem Bezug, die seitens der Betroffenen unerwünscht ist, die Personen aufgrund ihres  
 41 Geschlechts herabwürdigt und/oder eine Nichtakzeptanz von Frauen und Männern als gleichwertige Diskus-  
 42 sionspartnerInnen zur Konsequenz hat. Dazu gehören vor allem:

43 -anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkungen gegenüber der betroffenen Person

44 -sexistische Sprüche und Witze

45 -Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterherpfeifen

46 -unerwünschte Telefonanrufe/Briefe/E-Mails/SMS/Chatnachrichten/Privatnachrichten in sozialen Medien mit  
 47 zumindest latent sexuellen oder sexualisierten Bezug

48 -Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von sexistischer Pornographie

49 -unerwünschte Körperkontakte und wiederholt aufdringliches Verhalten

50 -zweideutige meist unerwünschte Einladungen

51 -Annäherungsversuche, die mit Versprechen von Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einhergehen und  
 52 das Ausnutzen von Vertrauenspositionen in diesem Zusammenhang

53 -Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen

54 -Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung

55 **Konkret zeigt sich das wie folgt:**

56 **1.** Sexismus ist ein Ergebnis von patriarchalen Strukturen und findet unabhängig von Amt oder Mandat, statt  
 57 und wird von diesen Strukturen begünstigt, die in sich ein Machtgefälle hervorbringen. Das Inne-haben einer  
 58 Position potenziert diese Macht zusätzlich. Die patriarchalen Machtstrukturen und insbesondere Machtgefäl-  
 59 le zugunsten von Männern\* sorgen immer wieder dafür, dass sexistische Vorfälle und übergriffiges Verhalten  
 60 nicht thematisiert werden. Gleichzeitig sind es gerade diese Machtstrukturen, die Sexismus in Verband und  
 61 Partei ermöglichen, indem Menschen, die Macht haben, ihre Position ausnutzen. Gerade exponierte Posi-  
 62 tionen, die in der Regel mit besonders viel politischem Einfluss einhergehen, führen dazu, dass TäterInnen sich  
 63 besonders gut schützen können. Mit Einfluss wird dadurch Schweigen erkaufte.

64 **2.** In Fällen, in welchen eine Thematisierung von Sexismus und sexistischen Vorfällen stattfindet, passiert dies  
 65 allzu häufig nur, um der Debatte um den konkreten Vorfall ein Ende zu setzen.

66 **3.** Betroffene sexistischer Vorfälle und Übergriffe werden deutlich später und zögerlicher wieder in die Ver-  
 67 bandsstrukturen integriert als die jeweiligen TäterInnen. Oft erfahren überhaupt nur die Betroffenen, die ei-  
 68 nen solchen

69 **4.** Gerade wo Sexismus innerhalb unseres Verbands aufgedeckt und angesprochen wird, dienen leider häufig  
 70 politische Intrige und Machtkalkül als Erklärung gegenüber den erhobenen Vorwürfen. Anstatt einer kritischen  
 71 Reflexion des angeprangerten Verhaltens und einer Aufarbeitung des Vorfalls wird der/die TäterIn verteidigt  
 72 vor dem vermeintlichen Angriff auf seine politische Position. Die Thematisierung von Sexismus gerät damit in  
 73 den Verruf einer politischen Waffe.

74 **5.** Wenn innerhalb der Jusos Sexismus und übergriffiges Verhalten deutlich häufiger Thema sind als in der  
 75 Partei, ist das keineswegs ein Zeichen dafür, dass nur die Jusos ein Sexismus-Problem hätten. Es ist vielmehr  
 76 Ausdruck unseres feministischen Grundsatzes, dass wir uns kontinuierlich – wenn auch noch viel zu selten –  
 77 bemühen Sexismus aufzudecken. Während die Partei in der Aufarbeitung von Sexismus noch deutlich grö-  
 78 ßeren Nachholbedarf hat, wird dieser leider ausgeblendet und stattdessen das Problem sexistischer Vorfälle  
 79 allein bei den Jusos verortet. Weil sexistische Diskriminierung und sexualisierte Gewalt juristisch nicht immer  
 80 strafbar sind können sie auch in Schiedsverfahren innerhalb der Partei nur unter erheblichen Schwierigkei-  
 81 ten verfolgt werden. Ein Problem ist auch, dass eine nötige Sensibilisierung in diesem Gremium unzureichend  
 82 vorhanden ist. Das verstärkt die Erfahrung fehlender Unterstützung..

83 Typischerweise wird Feminismus innerhalb unseres Verbandes und vielmehr noch innerhalb unsere Partei  
 84 als „Frauen\*thema“ verstanden, von dem Männer\* wenig verstehen würden und sich noch weniger damit  
 85 auseinandersetzen brauchen. Damit gerät die Verwirklichung von Feminismus als themenübergreifendes

86 Anliegen oft in den Hintergrund. Ein konkretes Beispiel ist die fehlende allgemeinpolitische Betrachtung femi-  
87 nistischer Anliegen. Feministisch geprägte Anträge zu verschiedenen inhaltlichen Bereichen, wie etwa Arbeits-  
88 oder Gesundheitspolitik, werden nur unter dem feministischen Hintergrund betrachtet und nicht unter den  
89 fachpolitischen Forderungen diskutiert.

90 Eine nach wie vor vorherrschende stereotype Erwartungshaltung an das jeweilige Geschlecht lässt sich auch  
91 in der Wahrnehmung von Menschen bei ihrer politischen Arbeit feststellen. Als typisch männlich\* konotierte  
92 Verhaltensweisen werden bei Männern\* meistens respektiert und sogar honoriert. Zeigen dagegen Frauen\*  
93 ein solches Verhalten oder eignen sie sich die gleichen Verhaltensmuster an, um gegenüber ihren männlichen\*  
94 Peers nicht zurückzustehen, wird ihr Gebaren schnell als dominant oder zickig abgetan.

95 Wir sind trotz allem Bemühen um Emanzipation auch Produkte unserer Gesellschaft. Die gesellschaftliche  
96 Sozialisierung von Frauen\* führt regelmäßig zu Unsicherheiten im Streben der Frauen\* nach Selbstverwirk-  
97 lichung. Um Gleichberechtigung zu verwirklichen, brauchen wir daher andere Maßnahmen und Werkzeuge  
98 um Frauen\* zu ermöglichen, ihr Potential auszuschöpfen. Viel zu selten erhalten Frauen\* Unterstützung, Be-  
99 stärkung und Zuspruch, wenn sie Verantwortung in unserer Partei und unserem Verband übernehmen. Wo  
100 Männer\* sich vor allem untereinander stützen, fehlt den Frauen\* dieser Rückhalt oftmals.

101 Anstelle von Unterstützung wird auf Frauen\* gerade in der Partei eher Druck ausgeübt: Angesichts der ge-  
102 ringeren Zahl aktiver Frauen\* und verpflichtender Quoten kommt es vor, dass von Frauen\* erwartet wird,  
103 ihnen angetragene Ämter 101unabhängig von persönlichem Interesse und individueller Leistungsfähigkeit zu  
104 übernehmen. Die Einführung und Einhaltung der Quotenregelung stellen uns immer wieder vor große Her-  
105 ausforderungen und Widersprüche. Frauen\* erfahren oft Doppelt- und Mehrfachbelastungen, denn oft über-  
106 nehmen sie vermehrt undankbare, arbeitsaufwendige und nach außen eher „unsichtbare“ Aufgaben. Diese  
107 Widersprüche sind für uns nicht vollständig aufzulösen. Die Quote ist für uns nach wie vor ein Instrument,  
108 um die Repräsentation von Frauen zu gewährleisten. Dabei darf die Quote nicht als universales Werkzeug  
109 betrachtet werden, welches die ungleiche Verteilung von Funktionen und Mitgestaltungsmöglichkeiten allei-  
110 ne abschaffen wird. Strukturelle Machtgefälle in der Arbeitsaufteilung und Mehrfachbelastungen müssen wir  
111 im Blick behalten und uns dafür einsetzen, dass Frauen\* vermehrt in Spitzenpositionen kommen, da diese  
112 nicht von Quotenregelungen reglementiert sind. Außerdem muss es uns gelingen, dass mehr Frauen\* in un-  
113 sere Strukturen eingebunden und aktiv werden, sodass auch die Umsetzung der Quotierung ohne Belastung  
114 einzelner Frauen\* möglich ist.

115 Als feministischer Richtungsverband kann diese Situation für uns nicht akzeptabel sein. In der gesamten Ge-  
116 schichte der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Bewegung war die Bekämpfung patriarchaler  
117 Machtstrukturen immer ein zentrales Anliegen. Es darf uns daher nicht egal sein, wenn diese Machtstrukturen  
118 innerhalb unserer Partei und unseres Verbandes reproduziert werden.

## 119 **Unsere Forderungen:**

120 Die derzeitige Situation ist für uns nicht mehr hinnehmbar. Als feministischer Richtungsverband werden wir  
121 konkret bei der Bekämpfung von Sexismus.

## 122 **Konsequentes Verhalten**

### 123 **1. Sexistische Vorfälle thematisieren. Frühzeitig. Offen. Konsequent.**

124 Ein zentraler Bestandteil stellt für uns die Benennung von sexistischen Vorfällen dar. Wir sehen es in unserer  
125 politischen Verantwortung, uns mit sexistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Wir lehnen es ab, irgendwel-  
126 che Vorfälle unter den Teppich zu kehren. Für uns ist klar: sexistisches Verhalten bleibt immer ungesühnt wenn  
127 es nicht ans Licht gebracht wird. Die Entscheidung, ob ein sexistischer Vorfall öffentlich thematisiert wird, muss  
128 natürlich zu jeder Zeit und vorbehaltlos bei der betroffenen Person liegen.

### 129 **2. Bewusstsein schaffen.**

130 Wir wollen ein Bewusstsein, was sexistische Grenzüberschreitungen sind, was sie darstellen und was sie be-  
131 deuten, schaffen. Nur FunktionsträgerInnen, die Sexismus und sexistische Verhaltensweisen erkennen, kön-  
132 nen auch dagegen vorgehen. Alle Gremien sollten einen Teil ihrer politischen Arbeit dazu aufwenden, dieses  
133 Bewusstsein zu schaffen. Jeder Form von Sexismus muss mit couragierten Handeln entgegengetreten werden,  
134 insbesondere von Menschen in Funktionen

### 135 **3. Feminismus geht uns alle an!**

136 Feminismus muss ein Thema für alle im Verband sein. Dies gilt umso mehr für die Menschen, die Verant-  
 137 wortung in unserem Verband tragen. Feminismus darf dabei kein Thema sein, dass nur Frauen\* betrifft. Die  
 138 Überwindung des Patriarchats kann nur durch gemeinsame Anstrengung erreicht werden. Von echter Gleich-  
 139 berechtigung profitiert die gesamte Gesellschaft, sie führt zu besserem sozialem Ausgleich, ökonomischem  
 140 Erfolg und mehr individueller Freiheit. Deshalb brauchen wir auch und gerade von Männern\* nicht nur Lip-  
 141 penbekenntnisse zu feministischen Forderungen, sondern echte Feministen\*. Feminismus betrifft alle.

### 142 **4. Null-Toleranz.**

143 Als FeministInnen machen wir uns für eine Null-Toleranz-Grenze in der SPD und bei den Jusos stark was sexistische  
 144 Vorfälle angeht.

### 145 **Verhalten bei Vorfällen sexualisierter Gewalt**

146 Sexualisierte Gewalt ist ein Problem in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es immer wieder erhebliche Pro-  
 147 bleme im Umgang mit konkreten Fällen. Als politischer Verband müssen wir aber die Grundlagen politischen  
 148 Handelns schaffen im Umgang mit solchen Vorfällen.

### 149 **1. Unsere Vorstellung vom Umgang mit sexualisierter Gewalt- unsere Diskussion zum Ansatz der Defi- 150 nitionsmacht**

151 142

152

153 Die Betroffenen von übergriffigem Verhalten können nur selbst definieren, wann für sie eine Grenzüberschrei-  
 154 tung erreicht ist. Neben den durch die patriarchale Gesellschaft im Diskurs als Norm der Definition erklärten  
 155 und im Strafgesetzbuch abgebildeten Formen sexualisierter Gewalt gibt es viele weitere Grenzüberschreitun-  
 156 gen. Diese Grenzüberschreitungen, die z.B. durch unerwünschten Körperkontakt oder anzügliche Äußerungen  
 157 geschehen sollten auch ernst genommen werden. Vorfälle Kleinzureden oder gar Betroffene unter Generalver-  
 158 dacht falscher Anschuldigungen und Übertreibung zu stellen, lehnen wir ab. Das jeweilige subjektive Erleben  
 159 von Betroffenen muss ernst genommen werden.

160

161 Feministische Diskurse und Praxen waren zuletzt durch eine Auseinandersetzung um das Konzept der Defi-  
 162 nitionsmacht geprägt. Dieses Konzept wurde entwickelt, um den Kriterien der bürgerlichen Rechtsprechung  
 163 etwas entgegenzusetzen, die vielmals nicht in der Lage ist, die Erfahrungen der Betroffenen sexualisierter Ge-  
 164 walt hinreichend zu berücksichtigen.

165

166 Definitionsmacht ist das Recht von Betroffenen sexualisierter Gewalt zu definieren, was sexualisierte Gewalt  
 167 ist. Das subjektive Erleben ist ausschlaggebend.

168

169 In der Praxis zeigte sich vielmals, dass durch den kompletten Verzicht auf objektive Kriterien ein Angebot von  
 170 individueller Unterstützung kaum möglich ist und insbesondere der Begriff der sexuellen Nötigung und der  
 171 Vergewaltigung entleert und relativiert werden können, was ein nicht wünschenswerter Effekt ist. Aus unserer  
 172 Sicht muss es nicht darum gehen, dem Geschehenen einen Namen zu geben, sondern vielmehr individuelle  
 173 Hilfen und Maßnahmen zu geben. Die Unterstützung für die Betroffenen steht für uns an erster Stelle.

174

175 Für uns als feministischen Richtungsverband ist es also klar, dass hierdurch gesellschaftliche Debatten über  
 176 sexualisierte Gewalt nicht obsolet wird. Im Gegenteil: Wir werden weiter darüber diskutieren, durch welche  
 177 Verhaltensweise die Grenzen der Privats- und Intimsphäre von einzelnen Personen überschritten werden kön-  
 178 nen.“

179

### 180 **2. Freiräume schaffen und schützen.**

181 Um Betroffenen von sexualisierter Gewalt auch weiterhin Beteiligungsmöglichkeiten zu geben, müssen für  
182 diese Freiräume geschaffen und geschützt werden. Betroffene dürfen nicht gezwungen sein, sich aus ihrer  
183 politischen Arbeit zurückzuziehen, um ein Aufeinandertreffen mit dem TäterInnen zu umgehen.

#### 184 **3. Beratung wahrnehmen.**

185 Um das Defizit der Partei im Umgang mit genannten Vorfällen zu beheben, sollte die Partei auch externe  
186 professionelle Beratung dazu in Anspruch nehmen. Die Partei braucht ein Konzept für den Umgang mit patri-  
187 archaler Gewalt und muss vor allem ihre FunktionärInnen dazu schulen.

#### 188 **4. TäterInnen aus Funktionen entfernen.**

189 Durch die fortwährende Konfrontation der Betroffenen sexualisierter Gewalt mit ihren TäterInnen und damit  
190 auch den Vorfällen wird Erlebtes wieder hervorgerufen und haben diese oft keine Wahl als sich aus ihrem po-  
191 litischem Umfeld zurückzuziehen um dem zu entgehen. Wenn erforderlich müssen wir partei- und verbands-  
192 interne Strukturen auch dazu nutzen, TäterInnen aus ihren Funktionen zu entfernen um dem bestehenden  
193 Machtgefälle entgegen zu wirken und deutlich zu machen, dass unsere Werte niemals und unter keinen Um-  
194 ständen mit sexistischem Denken und der Ausübung patriarchaler Gewalt vereinbar sind.

#### 195 **Strukturen verändern**

196 156Gleichzeitig muss auch jenseits von einzelnen Situationen dafür Sorge getragen werden, dass unsere Struk-  
197 turen sich dahingehend verändern, dass Frauen\* empowered werden und Unterstützung erfahren  
198 zu können.

#### 199 **1. Support your local girlgang.**

200 163

201 Frauen\*solidarität ist für uns zentraler Bestandteil von Frauen\*vernetzung und feministischer Politik. Wir  
202 wollen Strukturen aufbrechen in denen Frauen\* sich in Situationen wiederfinden in denen sie sich durch  
203 patriarchale Wirkmechanismen in Konkurrenz gesetzt sehen. Selbstverständlich ist für uns aber auch, dass  
204 ein Streben nach der Überwindung des Patriarchats eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller Geschlechter  
205 ist.

206

#### 207 **2. Empowerment von Frauen\*.**

208 Wir müssen Frauen\* in unserem Verband und unserer Partei gezielt stärken. Damit wollen wir ihnen nicht  
209 nur die Fähigkeiten zu höheren Positionen und verantwortungsvolleren Aufgaben an die Hand geben, son-  
210 dern sie vor allem dazu ermutigen, diese Aufgaben auch anzustreben und damit ihr Potential auszuschöpfen.  
211 Empowerment muss daher Aufgabe der Vorstände und insbesondere der Vorsitzenden sein. Es sollte un-  
212 abdingbares Qualitätsmerkmal für eine/n Vorsitzenden sein, aktiv Frauen\*-Empowerment zu betreiben und  
213 damit Frauen\* zu fördern und zu bestärken. Eine weitere Hürde für Frauen\* stellt ihr immer noch höherer  
214 Anteil an Care-Arbeit dar. Deshalb gehört für uns zum Abbau von Hindernissen für die politische Beteiligung  
215 von Frauen\* auch ein familienfreundliches Umfeld einschließlich einer Kinderbetreuung ab einer gewissen  
216 Veranstaltungsgröße.“

#### 217 **3. Awareness Teams und -konzept.**

218 Um Sexismus effektiv entgegenzuwirken, um sexistisches Verhalten aufzuzeigen und zu bekämpfen, brauchen  
219 wir ein Awareness-Konzept. Es muss für sämtliche größeren Veranstaltungsformen Awarenessteams geben,  
220 die nicht nur besonders aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als AnsprechpartnerInnen  
221 dienen und bei Vorfällen reagieren. Wir fordern, die Schiedskommissionen auch in Fällen sexueller und se-  
222 xualisierter Gewalt konsequent anzurufen. Darüber hinaus sollte eine dauerhafte Struktur zur Ansprache ge-  
223 nannter Vorfälle ermöglicht werden.

#### 224 **4. Lila Faden bei Veranstaltungen, Quotierung bei ReferentInnen und Grußwörtern.**

225 Feminismus betrifft alle Bereiche unseres Lebens, das muss sich auch in unserer konkreten politischen Ar-  
226 beit widerspiegeln. Das Thema muss sich deshalb als lila Faden durch die Veranstaltungen ziehen. Gleichzeitig

227 gehört dazu auch eine Quotierung sämtlicher ReferentInnen und GrußwortrednerInnen auf unseren Veran-  
228 staltungen.

229 **5. Sexismus kampagnenmäßig bekämpfen.**

230 192Hier könnte die Kampagne „Deine Stimme für Vernunft“ als Vorbild dienen. Wo eine Anti-Rassismus-  
231 Kampagne möglich war, muss auch eine Anti-Sexismus-Kampagne folgen.

# G11

<b>Titel</b>	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen
<b>AntragstellerInnen</b>	Hessen-Nord

---

## Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 In der Mitgliederverwaltung der SPD ist es jedoch immer noch so, dass ein Geschlecht in Form einer Zuschreibung in „männlich“ oder „weiblich“ eingetragen wird. Die SPD sollte Möglichkeiten schaffen, dass sich alle
- 3 Menschen in ihr wiederfinden können.
- 4
- 5 Wir fordern deshalb, die MAVIS auf diskriminierende Strukturen zu überprüfen und die bereits bestehende
- 6 Möglichkeit der Eintragung abseits von „männlich“ und „weiblich“ zu nutzen. Den Geschäftsstellen wird ein
- 7 Leitfaden bereitgestellt. Gleichzeitig muss erhält der JUSOS und in der SPD ein Prozess gestartet werden um
- 8 Konsequenzen dieser Regelung auf gleichstellungspolitische Instrumente zu thematisieren. Außerdem for-
- 9 dern wir, dass auch bei der Anmeldung zu Veranstaltungen eine solche Eintragung abseits von „männlich“
- 10 und „weiblich“ ermöglicht wird.10

11

# G13

<b>Titel</b>	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung
<b>AntragstellerInnen</b>	Braunschweig

---

## Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung

### 1 **Stoppt die Gewalt...stoppt die Folter...stoppt diesen Wahnsinn**

2 In rund 30 Staaten der Erde werden auch heute noch jedes Jahr etwa 3 Millionen Mädchen und Frauen (meist  
3 schon im Kindesalter) an ihren Genitalien verstümmelt. Weltweit sind vermutlich mehr als 200 Millionen Frauen  
4 betroffen; die Dunkelziffer ist wahrscheinlich doppelt so hoch. Anerkannte Studien gibt es für den Sub-Sahara-  
5 raum, Ägypten und Irak aber auch im Nahen Osten und Südostasien werden Frauen verstümmelt. In Somalia  
6 beträgt die Rate betroffener Frauen annähernd 98%. Der Eingriff wird meist unsteril und unter unzureichen-  
7 der Hygiene und ohne Betäubung durchgeführt. Mit Messern, Rasierklingen, Glasscherben oder Deckeln von  
8 Metalldosen(selten werden medizinische Instrumente wie Skalpelle benutzt) werden(je nach Variante der Be-  
9 schneidung) die Klitoris, sowie komplett oder teilweise die inneren und äußeren Schamlippen entfernt, ausge-  
10 schält oder gekürzt. Die UN unterscheidet, je nach Region, 3 Varianten der Beschneidung: 1. es wird nur die  
11 Klitoris entfernt, 2. Es werden Klitoris und innere sowie zum Teil die äußeren Schamlippen entfernt, 3. die so-  
12 genannte „pharaonische Beschneidung“(Infibulation) - > komplette Entfernung der äußeren Geschlechtssteile  
13 und anschließendes Zunähen der Scheide mit Nylonfäden oder Zusammenknüpfen mit Dornen bis auf eine  
14 winzige Öffnung für Urin und Menstruationsblut. Im Laufe ihres Lebens werden die zugenähten Frauen im-  
15 mer wieder aufgeschnitten und wiederzugenäht, um den Geschlechtsverkehr nach der Eheschließung sowie  
16 Geburten möglich zu machen. Jeder einzelne dieser Eingriffe kann dabei aufgrund des Hygienemangel und  
17 daraus resultierenden Infektionen tödlich sein. Die betroffenen Frauen erleiden dabei multiple physische und  
18 psychische Traumata, die ihr ganzes Leben anhalten können.

19 Seit 2013 ist weibliche Genitalverstümmelung als eigener Straftatbestand im StGB aufgenommen und ver-  
20 jährt erst mit dem 41. Geburtstag der Betroffenen; seit 2014 ist es in die Katalog der Auslandsstraftaten auf-  
21 genommen. Dennoch werden immernoch Verstümmelungen der Genitalien von Mädchen und Frauen zur  
22 angeblichen Kontrolle ihrer Sexualität vorgenommen. Bei den Frauen wird jegliches Empfindungsvermögen  
23 24 mit Verstümmelung der Nervenenden ihres Geschlechts zerstört, was in den praktizierenden Regionen ei-  
24 nen hohen Wert hat, da die Schmerzen die Tugend und Enthaltensamkeit der Frauen sicherstellen sollen. Die  
25 Beschneidung soll des weiteren die weibliche Reinheit aufrecht erhalten, ohne die ein Leben innerhalb der  
26 jeweiligen Gemeinschaft nahezu unmöglich gemacht wird. Unbeschnittene Frauen haben meist keine Zukunft  
27 weil sie keinen Ehemann finden und im schlimmsten Fall von der Gemeinschaft verstoßen werden, da die-  
28 se sie als unrein betrachten. Auch in Deutschland leben etwa 19 000 Frauen mit verstümmelten Genitalien  
29 und schätzungsweise 4000 Mädchen sind in Gefahr Opfer von Genitalverstümmelung zu werden (European  
30 Institute for Gender Equality). Aufklärung, das Einbeziehen von Menschen, vor allem Frauen aus denen von  
31 Genitalverstümmelung betroffen MigrantInnen-Communities und direkter Zugang zu medizinischer Hilfe sind  
32 Schlüssel zur Bekämpfung von

33 weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland.

34 Der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung ist ein Kampf gegen tief verankerte Traditionen, un-  
35 menschliche religiöse Praktiken und gegen ein von Männern dominiertes Frauenbild. Es ist ein Kampf gegen  
36 die Gewalt an Frauen, gegen Folter und gegen Unterdrückung. Es muss ein weitreichender Aufklärungs- und  
37 Bildungsprozess stattfinden sowie betroffenen Frauen hierzulande Hilfe, Zuflucht und medizinische Versor-  
38 gung geboten werden.

39 **Wir Jusos fordern deshalb:**

- 40 • Darauf hinzuwirken, weibliche Genitalverstümmelung weltweit durch internationale Bündnisarbeit, eine
- 41 Schaffung einheitlicher weltweiter Verbote sowie wirksamer Sanktionen zu verbieten
- 42 • medizinische und psychologische Betreuung betroffener Frauen und Mädchen
- 43 • Genitalverstümmelung als geschlechtsspezifischen Asylgrund anzuerkennen und gefährdeten Frauen
- 44 ein uneingeschränktes Bleiberecht zu erstatten
- 45 • Wiederherstellungsoperationen sollen als Kassenleistung ohne Zuzahlung gelten
- 46 • Bereitstellung von Geldern für Aufklärungs- und Bildungsprojekte in Deutschland und in Regionen mit
- 47 hoher Akzeptanz von Genitalverstümmelung
- 48 • bessere Aufklärung von Personen aus Risikogruppen
- 49 • Hilfsangebote in Deutschland aufzuzeigen, um hier lebenden Frauen und Mädchen, die eine Genital-
- 50 verstümmelung haben, ihre Möglichkeiten und Rechte aufzuzeigen
- 51 • Schaffung von flächendeckende und kompetente Beratungsstellen für Frauen



# I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

## I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

---

15	Hessen-Süd	Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!	55
----	------------	---	----

---

# 15

**Titel** Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!

**AntragstellerInnen** Hessen-Süd

## Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!

1 Wir Jusos kämpfen für eine weltoffene, liberale und solidarische Gesellschaft. Dennoch ist uns bewusst, dass  
 2 diesem auch ein anderes Bild gegenübersteht. Vor allem konservative sowie rechtspopulistische Stimmen se-  
 3 hen die (öffentliche) Sicherheit immer mehr gefährdet und äußern Forderungen, die einer Law-and-Order-  
 4 Logik folgen, um die Sicherheit wiederherzustellen. Dabei wird vorrangig die Polizei als verlängerter Arm für  
 5 die Durchsetzung von „Recht und Ordnung“ betrachtet und in vielen Fällen ein Generalverdacht für bestimm-  
 6 te gesellschaftliche Gruppen ausgesprochen. Anstelle von Individuen auszugehen, werden FeindInnenbilder  
 7 konstruiert, denen mit voller Härte und oftmals unreflektiert entgegen getreten wird. Als Resultat ist vielerorts  
 8 eine Einschränkung der Menschenrechte zugunsten der vermeintlichen öffentlichen Sicherheit zu beobachten.  
 9 Zwar dient die Polizei als Exekutive zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und soll so Menschenrechte  
 10 schützen, doch verstoßen die Sicherheitskräfte selber zunehmend in hohem Maße gegen diese. Die Instru-  
 11 mentalisierung der Einsatzkräfte gegen politische GegnerInnen verletzt nicht nur demokratische Prinzipien,  
 12 sondern führt in der öffentlichen Darstellung zudem zu Stigmatisierungen gesellschaftlicher Gruppen. Anstatt  
 13 auf deeskalierende Maßnahmen, wird auf repressives Agieren gesetzt, wodurch nicht zuletzt die Hemmschwel-  
 14 le innerhalb der Polizei zu Übergriffen steigt. Die Forderungen nach mehr Polizei ist daher keine Lösung für  
 15 die Verbesserung des Sicherheitsgefühls – im Gegenteil. Erst eine progressive, auf ein solidarisches Mitein-  
 16 ander ausgerichtete Polizei, die vor allem geschichts-politische Bildung erfahren hat sowie deeskalierende  
 17 Handlungsweisen kennt, ist ein richtiger Schritt zur Verbesserung. Wir Jusos setzen uns dafür ein, politische  
 18 Reformen anzustoßen und das Feld der inneren Sicherheit nicht konservativen Kräften zu überlassen. Wir set-  
 19 zen uns außerdem für Reformen ein, die die Polizei demokratischer gestalten sodass diese eine solidarische  
 20 Gesellschaft unterstützt und nicht bekämpft!

### 21 **Ausbildung als Grundstein**

22 Um von PolizistInnen erwarten zu können, dass sie ausnahmslos die Menschenrechte achten und verteidigen,  
 23 ist es fundamental, dass die AnwärterInnen eine gute Ausbildung erhalten. Grundbestandteil darf dabei nicht  
 24 nur das abstrakte Erklären von Menschenrechten sein. Es ist vielmehr wichtig den AnwärterInnen konkret  
 25 beizubringen wie sie in welcher Situation mit ihrem Handeln Menschenrechte achten und schützen.

26 Daneben müssen beispielsweise Kampfsportausbildungen, bei denen gelehrt wird als erstes in das Gesicht  
 27 des Gegenübers zu schlagen der Vergangenheit angehören. Ein zentraler Aspekt muss dabei die kommunika-  
 28 tive Kompetenz, insbesondere auf Mediation ausgerichtete Konfliktlösungsstrategien, in der Ausbildung sein.  
 29 Daneben sollen die Einsatzkräfte auch befähigt werden, sich selbst im Notfall zu verteidigen. Daher sprechen  
 30 wir uns für eine Fokussierung auf Selbstverteidigung anstatt konfrontative Kampfsportarten als Teil der Aus-  
 31 bildung aus.

32 Damit PolizistInnen angemessen ausgebildet werden und ihre Verantwortung für eine weltoffene und freie  
 33 Gesellschaft übernehmen können, bedarf es einer Neuausrichtung der Ausbildung sowie permanenter Wei-  
 34 terbildungsangebote.

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Mehr Investitionen in die Ausbildung von PolizeianwärterInnen
- 37 • Eine intensive, konkrete Menschenrechtsbildung in der Polizeiausbildung und jährlichen Fortbildungen
- 38 • Unterrichtsreihen innerhalb der Ausbildung, die sich mit dem Thema „Rassismus sowie „Rechtsextre-

39 mismus“ beschäftigen und in Zusammenarbeit mit Verbänden/Institutionen, die sich mit politischer  
40 Bildungsarbeit gegen diese einsetzt.

41 • AusbilderInnen die speziell für die Polizeiausbildung geschult sind und selbst eine Menschenrechtsaus-  
42 bildung erfahren haben

43 • Einen Fokus auf die Schulung von Deeskalationstechniken

44 • Das Ende von Sparversionen der Polizeiausbildung, wie bei der Wachpolizei

45 • Die Zusammenarbeit mit Kulturvereinen und Initiativen um bei Polizistinnen und Polizisten ein dif-  
46 ferenziertes Bild zu entwickeln.

#### 47 **Unabhängige Ermittlung ermöglichen**

48 Zu einer demokratischen Kontrolle der Polizei gehören unabhängige Ermittlungsverfahren im Falle einer An-  
49 zeige oder des Verdachts von Straftaten durch PolizistInnen. Ermittlungen werden zwar von den zuständigen  
50 Staatsanwaltschaften geleitet. Diese sind jedoch eng mit den betroffenen Polizeistellen verzahnt. Die Dienst-  
51 stellen übernehmen dabei den Großteil der Ermittlungsarbeit für die Staatsanwaltschaft; KollegInnen ermitteln  
52 gegen KollegInnen. Ermittlungen gegen PolizistInnen laufen daher oft schleppend und oberflächlich; zu Ankla-  
53 gen kommt es nur in Ausnahmefällen. Polizeiliche Misshandlungen und Straftaten bleiben so oftmals ohne  
54 Konsequenzen. Gegenanzeigen seitens der Polizei laufen dagegen in der Regel schnell und gründlich.

55 Eine Institution, die maßgebend für einen Rechtsstaat ist, darf von diesem nicht ausgeschlossen werden.

56 Deshalb fordern wir:

57 • Von der Polizei unabhängige Ermittlungs- und Beschwerdestellen für Anzeigen oder Hinweise gegen  
58 PolizistInnen nach Hamburger Vorbild

59 • Dass Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen, die Straftaten im Dienst begangen haben sollen, nicht  
60 mehr von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden können.

61 • Dass nur noch RichterInnen Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen führen dürfen.

#### 62 **Racial/Ethnic Profiling stoppen**

63 Wir lehnen verdachtsunabhängige Kontrollen ab. Außerdem verurteilen wir sämtliche Fahndungsmuster, die  
64 auf rassistischen Ansätzen beruhen. Die Polizei muss in ihrer Funktion für eine diskriminierungsfreie Arbeit  
65 stehen und Fälle von Diskriminierung oder Rassismus transparent und konsequent aufklären.

66 Deshalb fordern wir:

67 • Umfassende unabhängige Studien zu Racial/Ethnic Profiling zu erheben und Gegenmaßnahmen daraus  
68 abzuleiten

69 • Ein Quittungssystem für kontrollierte Menschen, bei dem der Grund der Kontrolle angegeben werden  
70 muss und die Option für die Kontrollierten besteht, ihre Religion, Hautfarbe oder sonstige Merkmale  
71 freiwillig anzugeben, um o.g. Statistiken zu ermöglichen

72 • Die Anerkennung von rassistischen Fahndungsmustern als Problem in Deutschland von Politik, der  
73 Polizei und ihren Gewerkschaften

74 • Dem Entgegenwirken von rassistischen Fahndungsmustern durch gezieltes Fördern von Awareness  
75 innerhalb der polizeilichen Ausbildung sowie regelmäßige verpflichtende Workshops zu diesem Thema  
76 im späteren Verlauf des Berufs.

77 • Rassismus in Aus- und Weiterbildung entgegenzuwirken

78 • Unabhängige Beschwerdestellen für Betroffene

79 • Die Abschaffung von § 22 Abs. 1a BPolG und vergleichbaren Rechtsnormen auf Länderebene

#### 80 **Misshandlungen verhindern**

81 In Gewahrsam ist jeder Mensch möglichen Misshandlungen schutzlos ausgeliefert. Wir gehen davon aus, dass  
 82 Misshandlungen in Polizeigewahrsam die absolute Ausnahme sind, dennoch ist auch jeder Einzelfall zu verhin-  
 83 dern. Daneben entsprechen die Räumlichkeiten für Gewahrsamnahmen, insbesondere bei Großdemonstra-  
 84 tionen, nicht immer menschenrechtlichen Standards. Die Polizei hat, gerade durch das entstandene Macht-  
 85 gefälle im Rahmen von Inhaftierungen, eine besondere Verpflichtung hinsichtlich der Unversehrtheit der in  
 86 Gewahrsam genommenen Menschen. Eine Nichtbeachtung dieser, insbesondere von Misshandlungen, leh-  
 87 nen wir entschieden ab!

88 Deshalb fordern wir:

- 89 • Kameraüberwachung in Gewahrsamstellen, die den o.g. Ermittlungs- und Beschwerdestellen unverän-  
 90 dert zu Verfügung stehen müssen
- 91 • Menschenrechtliche Standards für Gefangenensammelstellen (bei Demonstrationen etc.). Diese müs-  
 92 sen beheizt und sauber sein, ein Mindestmaß an Platz bieten, daneben kostenlose Toiletten, Trinkwas-  
 93 ser, Tageslicht und bei längeren Aufenthalten Verpflegung und Duschen bieten
- 94 • Inhaftierte müssen umgehend in der Lage sein einen Rechtsbeistand, Angehörige oder medizinische  
 95 Hilfe per Telefon zu erreichen
- 96 • Inhaftierte sind umgehend über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und schnellstmöglich richterlich  
 97 Anzuhören
- 98 • Bei Gefangenensammelstellen ist PressevertreterInnen, Abgeordneten, StaatsanwältInnen, Strafvertei-  
 99 digerInnen und RichterInnen jederzeit Zugang zu gewähren. PressevertreterInnen ist nach vorheriger  
 100 Anmeldung Zugang zu Gefangenensammelstellen zu gewähren, sofern die allgemeine Gefahrenlage  
 101 es zulässt. Die Berichterstattung wird angelehnt an die Vorlagen von GerichtsreporterInnen und unter  
 102 Wahrung der Persönlichkeitsrechte.
- 103 • Sollten die Standards nicht eingehalten werden können, sind Gefangene unverzüglich zu verlegen oder  
 104 zu entlassen

### 105 **Versammlungsrecht schützen**

106 Das Versammlungsrecht ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Ausübung der Meinungsfreiheit und  
 107 damit Maß für eine funktionierende Demokratie. Die Polizei hat dabei die Aufgabe Versammlungen als Men-  
 108 schenrecht zu schützen und diese nicht durch Eingriffe einzuschränken.

109 Deshalb fordern wir:

- 110 • Die Offenlegung der polizeilichen Gefahrenanalysen von Versammlungen nach ihrer Durchführung
- 111 • Einen Fokus auf Deeskalationstechniken während Aus- und Fortbildung bei der Polizei
- 112 • Einen intensiveren Einsatz von polizeilichen Communicator-Gruppen, die deeskalativ wirken und einen  
 113 ständigen Dialog mit DemonstrantInnen, Presse, BürgerInnen und der Polizei führen
- 114 • Kooperationen mit den VeranstalterInnen, um Gefahren und Konflikten im Vorfeld abzuwenden
- 115 • Die Einführung eines unabhängigen DemonstrationsbeobachterInnen-Status, der im Vorfeld von der  
 116 Polizei, auch auf Vorschlag des Veranstalters, an Personen vergeben werden kann. Personen mit die-  
 117 sem Status sollen sich frei jederzeit frei in der Versammlung und zwischen den Einsatzkräften bewegen  
 118 können
- 119 • Die sofortige richterliche Überprüfung auf die Rechtmäßigkeit von freiheitsentziehenden Maßnahmen,  
 120 wie dem sog. Polizeikessel
- 121 • Verdachtslose Vorkontrollen, die friedlichen DemonstrantInnen davon abhalten an der Versammlung  
 122 teilzunehmen, zu verbieten
- 123 • Den Einsatz von chemischen Reizstoffen bei Demonstrationen zu verbieten, da diese häufig für Kollektiv-  
 124 maßnahmen missbraucht werden
- 125 • Sitzblockaden müssen endlich entkriminalisiert werden.

## 126 **Kennzeichnungspflicht endlich umsetzen**

127 Im Jahr 2008 wurde beispielsweise in Hessen die Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen in Form eines Na-  
 128 mensschildes eingeführt. Für geschlossene Einsätze gilt diese Pflicht allerdings nicht. Daneben machen vie-  
 129 le PolizistInnen ihre Kennzeichnung unkenntlich indem sie beispielsweise etwas in ihre Brusttasche stecken  
 130 und damit die Kennzeichnung verdecken. Gerade bei behelmteten Einheiten ist es damit unmöglich polizeiliche  
 131 Straftaten zu ahnden, die Hemmschwelle solche zu begehen sinkt. Auch wenn es sich hierbei um Ausnahmen  
 132 handelt, müssen diese so gut es geht verhindert werden.

133 Deshalb fordern wir:

- 134 • Die konsequente Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen. Diese kann auch in Form ei-  
 135 ner anonymisierten Kombination von Nummern und Buchstaben erfolgen, die zufällig generiert sind  
 136 und rotieren und muss zurück verfolgbar sein. Dies muss auch für Einsätze von Sicherheitskräften aus  
 137 anderen Bundesgebieten gelten, die beispielsweise bei Demonstrationen als Unterstützung angefor-  
 138 dert werden.
- 139 • Mehr als eine Kennzeichnung bei Einsatzkräften während Demonstrationen. Diese ist auf der Brust,  
 140 dem Helm und dem Rücken zu tragen.

## 141 **Dialog statt Aufrüstung**

142 Statt einer fortschreitenden Aufrüstung der Polizei mit Sturmgewehren und Maschinenpistolen fordern wir  
 143 Jusos:

- 144 • Eine Verbesserung der Ausbildung hinsichtlich deeskalierender Dialogtechniken
- 145 • Keine Bewaffnung während des Bürodienstes
- 146 • Ein Verbot, die Dienstwaffen außerhalb der Dienstzeiten zu tragen
- 147 • Keine Schusswaffen in erster Reihe bei Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen
- 148 • Eine stetige Kontrolle und ggf. eine Verbesserung der Schutzausrüstung im Streifendienst

149 Außerdem wollen wir mit unseren PartnerInnen bei den Gewerkschaften über weitere Möglichkeiten zur Re-  
 150 duzierung von Schusswaffen im Polizeidienst diskutieren.

## 151 **Gute Arbeit würdigen**

152 Voraussetzung unsere Forderungen umzusetzen sind kompetente und zuverlässige Menschen, die bei der  
 153 Polizei ihren Dienst leisten. Der Beruf verlangt ein hohes Maß an ethischen und moralischen Grundsätzen,  
 154 Belastbarkeit sowie sozialer als auch kommunikativer Kompetenz. Die Anerkennung dafür nimmt in den letz-  
 155 ten Jahren immer weiter ab. Der Polizeidienst muss aber weiterhin attraktiv bleiben für Menschen, die seinen  
 156 Ansprüchen gerecht werden.

157 Wir zeigen uns solidarisch mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB. Die Deutsche Polizeigewerkschaft  
 158 (DPolG) ist unseren Augen reaktionär, rechtspopulistischen und rassistisch! Sie ist für uns daher untragbar, sie  
 159 widerspricht dem Gedanken der gewerkschaftlichen Idee. Wir als Jusos lehne jede Zusammenarbeit mit der  
 160 DPolG ab.

161 Daher fordern wir zur Unterstützung der GdP eine Abkehr vor dem jahrelang betriebenen Sparkurs, der bei der  
 162 Polizei betrieben wurde. PolizistInnen müssen wieder gerecht entlohnt und zeitlich entlastet werden

## 163 **Polizeiliche Fortbildung stärken**

164 Polizisten sprechen von ihrem Beruf gerne als „Erfahrungsberuf“. Bis ein/e PolizistIn alle Standardsituationen  
 165 polizeilichen Handelns erfahren und Handlungssicherheit erlangt hat, vergehen oft mehrere Jahre.

166 Gleichzeitig kommen PolizistInnen häufig in körperlich, vor allem aber auch seelisch belastende Situationen.  
 167 Positive wie negative Erfahrungen werden im polizeilichen Alltag im engen Kollegenkreis – der sog. Dienstgrup-  
 168 pe – besprochen. Es entstehen enge, oftmals fast familiäre Bindungen – und es entsteht eine Gruppendynamik.  
 169 In den meisten Fällen sorgt diese Gruppendynamik dafür, dass Dienstgruppen effizient und handlungssicher  
 170 vorgehen. Allerdings können sich beispielsweise rassistische Vorurteile, Mobbing oder überzogene Gewaltan-  
 171 wendung verstärken, wenn diese Erfahrungen nicht aufgearbeitet werden.

172 Um negativen Effekten der Gruppendynamik entgegen zu wirken, muss die polizeiliche Fortbildung gestärkt  
173 werden. Wir fordern die Polizeibehörden dazu auf, ihre Dienstgruppen jährlich zur Teilnahme an einer mehrtä-  
174 gigen Schulung zu verpflichten. Hierbei sollen Pflichtbestandteile, wie z.B. die jährliche Schusswaffenschulung  
175 und die Unterweisungen zu relevanten Gesetzesnovellen einfließen. Für uns Jusos ist klar, dass die Anwen-  
176 dung deeskalierender Einsatztaktiken in solchen Schulungen regelmäßig trainiert werden muss. Weiter soll  
177 in Wahlbestandteilen auf die Bedürfnisse und Fragen der Dienstgruppen eingegangen werden. Diese Schu-  
178 lungen sollen sozialpädagogisch begleitet werden. Im Rahmen einer Supervision wird auf sich abzeichnende  
179 Probleme in der Gruppendynamik eingegangen. So wirken Fortbildungen auch als ein Frühwarnsystem für  
180 sich abzeichnende Probleme auf der operativen Ebene.

# M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

## M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M1	Projektgruppe	Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen	61
M2	Nordrhein-Westfalen	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft	66
M4	Berlin	Geflüchtete*r ist kein Job	79

# M1

<b>Titel</b>	Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen
<b>AntragstellerInnen</b>	Projektgruppe

---

## Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen

### 1 Flucht und Flüchtende im 21. Jahrhundert

2 Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Seit dem zweiten Weltkrieg gab es keine größere Bewe-  
3 gung von Flüchtenden. Nie haben sich mehr Menschen in Folge von Kriegen, Konflikten, sich wirtschaftlich oder  
4 auch klimatisch wandelnden Bedingungen, die ihre Heimat zerstören, gezwungen gesehen diese zu verlassen  
5 und sich auf einen lebensgefährlichen Weg mit der Hoffnung auf ein besseres Leben zu machen.

6 Flucht und Migration prägen also wie keine andere gesellschaftliche Veränderung das 21. Jahrhundert. Umso  
7 wichtiger ist es sie ins Zentrum unserer globalen Gerechtigkeitspolitik zu rücken. Es gilt Antworten auf die viel-  
8 fältigen Ursachen und Gründe von Flucht und Migration zu geben und einen möglichst umfangreichen Schutz  
9 für Menschen zu schaffen. Sowohl die persönlichen Schutzrechte von Geflüchteten, wie auch der dafür erforderliche  
10 Rechtsstatus als Flüchtling sind in der Genfer Flüchtlingskonvention und den ihr anhängenden Pro-  
11 tokkollen definiert. Gerade für die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts stellt diese jedoch eine besondere  
12 Herausforderung dar. Geflüchtete, die Europa heute erreichen, stellen nur einen geringen Teil der global  
13 vertriebene Menschen dar. Die meisten sind innerhalb ihrer Heimatländern selbst oder in die angrenzenden  
14 Nachbarstaaten geflohen

15 Nicht alle dieser Menschen haben daher den Rechtsstatus als Flüchtling, denn laut der Genfer Flüchtlingskon-  
16 vention sind nur Personen, die sich außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen,  
17 sowie Staatenlose die sich deshalb außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden, Flüchtling. Hin-  
18 zu kommt noch, dass nicht jeder individuelle Grund und erst recht nicht die dahinterstehenden Ursachen auf-  
19 grund derer Menschen ihre Heimat verlassen müssen laut UN Flüchtlingskonvention anerkannt sind. Weder  
20 Kriege, noch Konflikte, sich wirtschaftlich oder auch klimatisch wandelnden Bedingungen gelten als hinreichen-  
21 de Ursache zur Begründung eines Flüchtlingsstatus. Vielmehr kommt es auf die spezifischen Fluchtgründen an,  
22 die sich fallweise auch aus den Fluchtursachen ergeben können. Flüchtlinge im Sinne der Konvention sind nur  
23 Menschen, die aufgrund ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten  
24 sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden.

25 Viele Menschen, die ihre Heimat verlassen haben fallen somit aus dem Raster der UN Flüchtlingskonvention  
26 und genießen somit auch keinen Rechtsschutz. Sei es weil sie sich aufgrund von „falschen“ Gründen dafür ent-  
27 scheiden mussten ihre Heimat zu verlassen oder sie sogenannte Binnenflüchtende sind. Für uns Jusos ist die  
28 Auseinandersetzung mit Flucht und Migration zentraler Bestandteil unseres Kampfes für ein gutes Leben für  
29 alle. Wir haben dabei einen doppelten Anspruch. Wir wollen das Recht zu bleiben sichern. Das heißt Lebensbe-  
30 dingungen vor Ort zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen Langfristiges Ziel bleibt für uns das Recht  
31 auf globale Bewegungsfreiheit. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Wohlstand

32 Statt langfristige Lösungen zu entwickeln, zielen europäische Diskurse zur Bekämpfung von Fluchtursachen  
33 darauf ab, Migration zu verhindern, statt sie zu gestalten. Klar ist: Zentrale Ursachen von Konflikten und die  
34 Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen sind viel zu komplex, um sie mit schnellen Lösungen nach-  
35 haltig anzugehen. Die Handlungsoptionen europäischer AkteurInnen enden nicht an den EU-Außengrenzen.  
36 Die Bekämpfung von Fluchtursachen verstehen wir als Teil einer globalen Gerechtigkeitspolitik. Auf den rech-  
37 ten Diskurs der Fluchtursachenbekämpfung als Migrationsverhinderung müssen wir einen alternativen Dis-



38 kurs entwickeln. Dazu ist Verständnis über die historische, politische sowie ökonomische Mitverantwortung  
 39 Deutschlands und Europas bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und erzwungener Migration von zentra-  
 40 ler Bedeutung. **Handlungsfelder für nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen sind für uns dabei vor  
 41 allen Dingen die Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik. 2011 und 2015 haben wir umfang-  
 42 reiche Beschluslagen erarbeitet. Dieser Antrag soll diese weder wiederholen noch ersetzen, sondern  
 43 unsere zentralen Forderungen in den Kontext der Debatte um die Bekämpfung von Fluchtursachen  
 44 setzen.**

#### 45 Fluchtursachen und Fluchtgründe

46 Ein Zustand oder ein Ereignis gilt dann als Ursache, wenn durch ihn eine Wirkung herbeigeführt wird (A->B), Es  
 47 besteht somit Kausalität. Ein Grund ist ein Element rationaler Überlegungen oder Begründungen. Eine Flucht-  
 48 ursache ist demzufolge dann ein Zustand oder ein Ereignis(Dürre) wenn durch ihn eine Wirkung herbeigeführt  
 49 wird (Dürre -> Ernteausfall+Hunger). Die Wirkung die die Fluchtursache entfaltet kann auch den Fluchtgrund  
 50 darstellen (Hunger), muss dies aber nicht, da auch Fluchtursachen als Wirkung eine Fluchtursachen nach sich  
 51 ziehen können, sozusagen sekundäre und primäre Fluchtursachen (Klimawandel-> Dürre).

52 Die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen sind vielfältig und viele Menschen sehen sich aufgrund  
 53 anderer Gründe als den in der UN Flüchtlingskonvention festgelegten Gründen – der Verfolgung aufgrund  
 54 ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder  
 55 ihrer politischen Überzeugung – dazu gezwungen ihre Heimat zu verlassen-

56 Ein großer Teil der Geflohenen haben durch eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben ihre Heimat ver-  
 57 lassen. Diesen einfach nachvollziehbaren Gründen für eine Flucht, liegen jedoch multikausale Ursachen zu  
 58 Grunde.

59 Der Fokus von Maßnahmen darf daher nicht nur die Bekämpfung von direkten Ursachen von internen Konflik-  
 60 ten oder anderen menschengemachten Krisen sein. Auch die Lösung von sowohl tiefverwurzelten und lang-  
 61 fristigen Ursachen, welche die Bevölkerung einer Gefährdung aussetzen könnten, müssen in Blick genommen  
 62 werden. Hierbei stellen sich aktuell als besondere Herausforderung die Begegnung der Ursachen für Staats-  
 63 zerfall oder Konflikte um Ressourcen. Dies beinhaltet zudem präventiv die Schaffung einer effektiven Durch-  
 64 setzung von Menschenrechten, die gerade in außerordentlichen Fällen einer kriegerischen Handlung nicht an  
 65 Beachtung verlieren dürfen.

66 Auch die hinter den individuellen Fluchtgründen stehenden primären Fluchtursachen sind mannigfaltig. Sie  
 67 alle lassen sich aber zumeist im Kern auf drei sekundäre Fluchtursachen zurückführen, die sich gegenseitig,  
 68 sowie auch primäre Fluchtursachen verstärken können.

69 1. Wirtschaftsbedingte Fluchtursachen

70 2. Umweltbedingte Fluchtursachen

71 3. Unser Fokus liegt darauf auf den Fluchtursachen, den Fluchtgründen, die bisher nicht ausreichend  
 72 durch die Genfer Flüchtlingskonvention berücksichtigt werden

#### 73 Wirtschaftsbedingte Fluchtursachen

74 Wirtschaftsbedingte Fluchtgründe haben wirtschaftsbedingte Fluchtursachen. Die wirtschaftsbedingten  
 75 Fluchtursachen sind primär von der weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren, Entwick-  
 76 lungspotenzialen und der bestehenden Handelsstruktur bedingt. Doch hinter all diesen primären Fluchtur-  
 77 sachen steht der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Während bei einigen wenigen Ländern die Pro-  
 78 duktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen und zu steigendem Wohlstand geführt  
 79 hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Der technische  
 80 Fortschritt, wie er vom globalen Norden genutzt und weiterentwickelt wird und wie er auch nicht allen glei-  
 81 chermaßen zur Verfügung steht, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch einmal  
 82 verschärft.

83 Die anhaltende Ausbeutung des Globalen Südens durch den Globalen Norden ist das Grundmuster der welt-  
 84 weiten Ordnung. An der ungerechten Verteilung der vorhandenen Ressourcen hat sich seit kolonialer Herr-  
 85 schaft nichts geändert. Daher sind Armut und Hunger eine Folge einer internationalen neoliberalen Wirt-  
 86 schaftspolitik im Kapitalismus. Das drückt sich beispielsweise in einer ungerechten Handelspolitik, nicht nach-

87 haltigen Entwicklungszusammenarbeit, in Korruption, dem Handel mit Grundnahrungsmittel und Wasser so-  
88 wie der daraus resultierenden Ressourcenverknappung mit einem für viele Menschen eingeschränkten Zu-  
89 gang aus. Ferner stellen das bestehende soziale Gefüge und klimatische wie auch umweltbedingte Verände-  
90 rungen negative Einflussfaktoren dar. Diese daraus resultierende Armut stellt ein sich selbst reproduzierende  
91 soziale Lage dar. Instabile Wirtschaft, instabiler Staat und fehlende Daseinsvorsorge sowie kaum Bildungs-  
92 zugang und medizinische Versorgung verfestigen diese Zustand, dass ein Großteil der Bevölkerung in Armut  
93 leben muss. Die schlechten Arbeitsbedingungen – vorwiegend durch transnationale Unternehmen des Globa-  
94 len Nordens, aber auch der lokalen ArbeitgeberInnen – verhindern ein sicheres Auskommen und Perspekti-  
95 ven auf eine bessere Zukunft. Die durch die Lebensbedingungen wachsende Perspektivlosigkeit für viele treibt  
96 Menschen auf eine lebensbedrohliche Flucht, in der Hoffnung auf gesicherte Lebensgrundlage.

97 Gerade die fehlende staatliche Fürsorge, die sich in einem Abbau von Bildung und medizinischer Versorgung  
98 ausdrückt und gesellschaftliche, wie wirtschaftliche Entwicklung hindert, führen zu einem Abbau von Mög-  
99 lichkeiten besserer arbeitsmarktpolitischer Mechanismen. Dies führt unweigerlich zu schlechten Arbeitsbe-  
100 dingungen, hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Perspektivlosigkeit. Aus dieser Perspektivlosigkeit wächst  
101 der Wunsch nach einem besseren Leben, welches oftmals nur in anderen Regionen durch Flucht für möglich  
102 gehalten wird. Ein weiteres Problem von finanziell schwachen Regionen ist ein gewisser Braindrain, bei dem  
103 die „Bildungselite“ das Land verlassen kann und nationale Entwicklungschancen hemmen.

104 Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechte Wohlstandsverteilung moralisch und poli-  
105 tisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann,  
106 wenn es gelingt, Verteilungs- und Ressourcenkonflikte als Ursache für Krieg und Bürgerkrieg durch eine ge-  
107 rechtere Wohlstandsverteilung aufzulösen. Diese stellen für viele Menschen ebenso wie Armut und Hunger  
108 wirtschaftsbedingte Fluchtgründe dar.

#### 109 Umweltbedingte Fluchtursachen

110 Fluchtgründe haben verschiedene umweltbedingte Fluchtursachen – sowohl von Menschen verursachte als  
111 auch natürliche. Jedes Jahr werden Millionen von Menschen aufgrund von Dürren, tropischen Stürmen, Über-  
112 schwemmungen, Erdbeben, Starkregen und anderer Extremwetterereignisse dazu gezwungen, ihre Unter-  
113 künfte und ihre Heimat zu verlassen. Man kann davon ausgehen, dass viele dieser Fluchtursachen durch den  
114 menschengemachten Klimawandel in Zukunft sowohl in ihrer Häufigkeit als auch in ihren Auswirkungen ver-  
115 stärkt werden. Dies wird bereits bestehende Stressoren in Gebieten, die besonders gefährdet sind, verstärken  
116 und vor allem Länder des globalen Südens treffen, die bereits jetzt besonderen Bedarf an Anpassungsmaß-  
117 nahmen besitzen.

118 Umweltbedingte Fluchtbewegungen resultieren in erster Linie aus Umweltkatastrophen und dem Klimawan-  
119 del. Während erstere unmittelbar zur oft spontanen Flucht führen, ist letzterer für uns Jusos keine eigenständ-  
120 ige Fluchtgrund. Vielmehr verstärkt der Klimawandel bestehende Fluchtursachen. Zwar gibt es wenige Fälle,  
121 in denen der Klimawandel tatsächlich zur erzwungenen Migration führt. Dazu gehören die Gefährdung fla-  
122 cher Meeresinseln und lokale Rekordhitzen. Durch den Klimawandel bedingte ökologische Veränderungen  
123 führen aber nicht automatisch zu mehr Fluchtbewegungen. Technische Entwicklungen und Anpassungsmaß-  
124 nahmen können den Einfluss von Extremwetterereignissen und den Verlust von Lebensgrundlagen in der  
125 Regel kompensieren. Auch wenn für uns die Bekämpfung des Klimawandels ein zentrales Ziel internationaler  
126 Politik ist, erkennen wir an, dass in vielen klimatischen Umfeldern gelebt werden kann. So führt beispiels-  
127 weise Desertifikation nicht notwendigerweise zu Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Flucht. Vielmehr sind  
128 die materiellen Verhältnisse und Ungerechtigkeiten ausschlaggebend: Gerade in versandeten Gebieten sind  
129 soziale Sicherungssysteme, Strukturen zur gerechten Verteilung von Vermögen im lokalen und globalen Kon-  
130 text sowie ein effektiver Wissens- und Technologietransfer notwendig. Ihr Fehlen ist im Widerspruch zwischen  
131 Kapital und Arbeit begründet. Die Auflösung dieses Widerspruchs verhindert Fluchtursachen auch unter den  
132 Bedingungen des Klimawandels. Jenseits der grundsätzlichen Analyse, verbunden mit einer unerschütterli-  
133 chen Hoffnung auf eine bessere Welt, erkennen wir zweitens an, dass der Klimawandel im globalen Kapita-  
134 lismus ein Problem darstellt. Die bereits beschriebenen Fluchtursachen werden durch ihn massiv verstärkt.  
135 Ohne Verteilungsgerechtigkeit und ohne Sozialisierung von Produktivgütern führt er direkt zur Verelendung  
136 und letztlich zur Flucht. Darüber hinaus erhöht der Klimawandel die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterer-  
137 eignissen und Umweltkatastrophen. Auch jene Fluchtursachen werden somit verstärkt. Um Fluchtursachen  
138 in Bezug auf den Klimawandel zu bekämpfen, braucht es daher eine progressive Doppelstrategie: Einerseits  
139 muss mit dem Klimawandel ein wichtiger Multiplikator von Fluchtursachen bekämpft werden. Andererseits

140 verstärkt er die Notwendigkeit der Überwindung des globalen Kapitalismus. Uns ist bewusst, dass der Kampf  
141 gegen Fluchtursachen als zentrales Element von globaler Gerechtigkeitspolitik ein langfristiges Projekt ist, das  
142 Recht zu bleiben anzuerkennen. Wollen wir aber auch das Recht zu bewegen anerkennen.

#### 143 Geschlechtsbedingte Fluchtursachen

144 Geschlecht ist ein zentraler gesellschaftlicher Platzanweiser und beeinflusst alle Lebensbereiche. Auch die die  
145 Auseinandersetzung mit Fluchtursachen kommt nicht ohne einen Blick auf bestehende Geschlechterverhält-  
146 nisse aus. Laut der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR waren 2015 knapp die Hälfte aller geflüchteten Perso-  
147 nen weltweit Frauen\*. Aufgrund finanziell begrenzter Mittel aber auch von Care-Pflichten befinden sich ge-  
148 flüchtete Frauen oftmals auf Binnenflucht oder auf Flucht in benachbarten Staaten. Genauso wie Männer\*  
149 fliehen Frauen\* fliehen auf Grund von Armut, Krieg, Folter, staatlicher Repression oder anderen Menschen-  
150 rechtsverletzungen.. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung kann dabei als verstärkender Faktor be-  
151 stehender Fluchtursachen verstanden werden, beispielsweise bei näherer Betrachtung der Flucht aufgrund  
152 von Armut. Während Frauen einen Großteil der Arbeitskraft stellen, und oftmals für den Familienunterhalt  
153 sorgen, erhalten sie jedoch nur ein zehntel des Welteinkommens und ein hundertstel des Welteigentums und  
154 sind also überproportional von Armut betroffen..

155 Die geschlechterspezifischen Ursachen sind beispielsweise: Genitalverstümmelung, Vergewaltigung (im Rah-  
156 men von Bürgerkriegen und anderen Konflikten), Steinigung, Ehrenmorde, Zwangsprostitution, Zwangsab-  
157 treibung oder Zwangsverheiratung. Frauen und LGBTQI\*, erfahren strukturelle Diskriminierung in allen Le-  
158 bensabschnitten und sind daher verwundbarer bei unvorhergesehenen Katastrophen, aber auch allgemein  
159 ökonomisch, sozial und politisch schlechter gestellt.

160 Geschlechtsspezifische Verfolgung ist als Fluchtgrund einzustufen und muss als solcher stärker in den Vor-  
161 dergrund gerückt werden. Sexualisierte Gewalt und sexistische Diskriminierung richtet sich spezifisch gegen  
162 Menschen, die einer bestimmten sozialer Gruppe angehörig sind und können damit nach der Genfer Flücht-  
163 lingskonvention als Geflüchtete berücksichtigt werden. In der Praxis gestellter Asylanträge wurden jedoch be-  
164 nannte geschlechtsspezifische Fluchtgründe oftmals aufgrund fehlender Zielgerichtetheit der Verfolgung ab-  
165 gelehnt. Rechtssicherheit schafft dabei eine Erweiterung der in den Genfer Flüchtlingskonventionen genann-  
166 ten Fluchtgründe um die Verfolgung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung.

167 Aus diesen drei Analyseschritten ergibt sich : Die Genfer Flüchtlingskonvention um die Fluchtgründe Armut,  
168 Hunger und geschlechtsspezifische Verfolgung auszuweiten, ist unsere kurzfristige Antwort auf die zuneh-  
169 menden Fluchtgründe. Weiterhin fordern wir, dass Binnenflüchtlinge denselben Schutz genießen wie Geflüch-  
170 tete nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Mittelfristig muss es eine globale Gerechtigkeitspolitik geben, wo-  
171 für wir in einer unmittelbaren Verantwortung, als Teil des Globalen Nordens stehen. Deren Schwerpunkte müs-  
172 sen u.a. die Entwicklungszusammenarbeit, Handelspolitik, Umweltpolitik und Geschlechterpolitik sein.

#### 173 Entwicklungszusammenarbeit

174 Bereits 2011 und 2015 haben wir beschlossen und gefordert, dass wir eine eigenständige und vor allem neue  
175 Form der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wollen. An der zentralen Forderung, dass Entwicklungszusam-  
176 menarbeit ein eigenständiges Politikfeld sein muss und mindestens 0,7 Prozent des BIP jährlich in den Etat  
177 der EZ fließen halten wir fest. Dabei können die 0,7 Prozent jedoch nur ein Anfang sein. Einen besonderen  
178 Fokus möchten wir dabei auf die zunehmende Problematik der klima- und umweltbedingten Flucht legen. Wir  
179 fordern, dass Gelder der EZ nicht in den Katastrophenschutz fließen, sondern der nachhaltigen Prävention  
180 klimabedingter Flucht dienen müssen. Hier gilt wie an vielen anderen Stellen: Entwicklungszusammenarbeit  
181 darf nicht Symptombekämpfung sein, sondern muss die Ursachen bekämpfen.

182 Die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands und der EU muss auf europäischer Ebene harmonisiert wer-  
183 den, um gemeinsam höhere Wirkungen zu erreichen und kohärente Strategien umsetzen zu können. National-  
184 staatliche Entwicklungszusammenarbeit die vor allem nationalen Eigeninteressen dienst, darf es nicht geben.  
185 Dazu muss die Entwicklungspolitik auch institutionell gestärkt werden Die DG DEVCO und das Europäische  
186 Parlament müssen aufgewertet und auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.

187 Gendermainstreaming und ein Fokus auf die besondere Rolle von Frauen\* müssen sowohl bei der Analyse, als  
188 auch bei den Zielen und deren Umsetzung eine besondere Rolle spielen. Frauen\* sind in den meisten Fällen  
189 mehrfach von Armut, Ungerechtigkeiten, Auswirkungen von Klimawandel und patriarchalen Strukturen betrof-  
190 fen und bedürfen daher besonderer Unterstützung. Gleichzeitig kommt ihnen in vielen Fällen eine zentrale

191 Rolle in der Umsetzung von EZ-Projekten zu und es können sich neue Wege und Ansätze ergeben.

192 Wir Jusos fordern daher:

- 193 1. eine neue und eigenständige Form der Entwicklungszusammenarbeit.
- 194 2. mindestens 0,7 Prozent des BIP jährlich in den Etat der Entwicklungszusammenarbeit zu investieren.
- 195 3. einen Fokus auf die Problematik der klima- und umweltbedingten Flucht verstärken.
- 196 4. Gelder der EZ dürfen nicht nicht in den Katastrophenschutz fließen, sondern müssen der nachhaltigen  
197 Prävention klimabedingter Flucht dienen.
- 198 5. Die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands und der EU muss auf europäischer Ebene harmoni-  
199 siert werden.
- 200 6. Die DG DEVCO und das Europäische Parlament müssen aufgewertet werden.
- 201 7. Gendermainstreaming und ein Fokus auf die besondere Rolle von Frauen\* müssen sowohl bei der  
202 Analyse, als auch bei den Zielen und deren Umsetzung eine besondere Rolle spielen

203 Handelspolitik

204 Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit bleiben reine Symptombekämpfung, solange  
205 nicht ein Handelspolitisches Umdenken stattfindet. Die aktuelle Weltwirtschaft, eingebettet in das kapitalisti-  
206 sche System, wird immer Ungerechtigkeiten, arm und reich und eine Gefälle zwischen dem globalen Norden  
207 und Süden produzieren. Um die Ursachen für Flucht effektiv bekämpfen zu können, halten wir an unserem  
208 Ziel, der Überwindung des Kapitalismus, fest. Bis dieses Ziel erreicht ist, sind Grundlegende Reformen der  
209 globalen Wirtschaft und der globalen Handelspolitik notwendig.

210 Wir Jusos fordern daher:

- 211 1. eine globale multilaterale Handelsarchitektur, die Ungleichgewichte zwischen dem globalen Norden  
212 und dem globalen Süden überwindet.
- 213 2. eine Reform und Demokratisierung der internationalen Finanz- und Handelsorganisationen.
- 214 3. umfassende Einschränkung des Export von Rüstungsgütern.
- 215 4. grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards müssen innerhalb dieser globalen Handelsarchi-  
216 tektur Anwendung finden.
- 217 5. Fairer Handel statt Freihandel.
- 218 6. EPAs (Economic Partnership Agreements) sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der  
219 AKP-Gruppe als Ganzes geführt, aber individuelle Bedarfe aller PartnerInnen berücksichtigt werden.

220 Wir Jusos fordern daher:

- 221 1. Hunger, Klimakatastrophen und Armut als Fluchtgrund in die UN Flüchtlingskonvention aufzunehmen.
- 222 2. Krieg und Menschenrechtsverletzungen als Fluchtgrund in die UN Flüchtlingskonvention aufzunehmen.
- 223 3. Binnenflüchtende den vollen Schutz eines Flüchtlings zukommen zu lassen.

# M2

<b>Titel</b>	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft
<b>AntragstellerInnen</b>	Nordrhein-Westfalen

---

## Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft

- 1 Terrorismus, Kriege, bittere Armut, Klimawandel: Die Welt des frühen 21. Jahrhunderts ist eine Welt voll  
2 unüberschaubarer Krisen. Als Folge dieser Krisen befinden sich mehr als 60 Millionen Menschen auf der  
3 Flucht. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass globale Migrations-  
4 bewegungen langfristig anhalten werden.
- 5 Gleichzeitig erleben wir in unserer Wohlstandsgesellschaft eine gegenläufige Entwicklung. Der demografische  
6 Wandel führt dazu, dass dem Arbeitsmarkt mittelfristig Fachkräfte fehlen werden und es gerade im ländlichen  
7 Raum immer schwieriger wird, Strukturen aufrecht zu erhalten. Begleitet wird diese Entwicklung von einem  
8 sozialen Auseinanderbrechen der Gesellschaft und – seit der einschneidenden neoliberalen Politik seit den  
9 1980er Jahren – teil- und schrittweisen Rückzug des Staates aus seinen Kernaufgaben.
- 10 Wenn die Gesellschaft es also schafft, Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nach Deutschland  
11 kommen, zu integrieren, ist das nicht nur die Erfüllung unserer menschlichen Pflicht – schon gar nicht ist es  
12 eine barmherzige Geste, die mit der Arroganz der oben stehenden vollzogen wird – , sondern eine Chance für  
13 die gesamte Gesellschaft.
- 14 Damit das gelingen kann, ist eine progressive staatliche Integrationspolitik notwendig. Derzeit wirkt der Staat  
15 an vielen Stellen überfordert und handelt in vielen Integrationsbelangen eher improvisierend als geplant. Wir  
16 wollen Strukturen schaffen, die ohne Improvisation Integration für alle Menschen ermöglicht, die durch Ein-  
17 wanderung zu uns gelangen. Bedenkt man, dass nicht alle geflüchteten Menschen dauerhaft in Deutschland  
18 bleiben wollen, brauchen wir Integrationsstrukturen für mehr als eine Million einwandernde Menschen im  
19 Jahr. Das heißt natürlich nicht, dass das Asylrecht auf eine Million Menschen begrenzt wird. Das Asylrecht muss  
20 ein unangetastetes individuelles Recht bleiben. Sollte also durch stärkere Fluchtbewegungen die Zahl der Ein-  
21 wanderInnen steigen, müssen schon vorbereitete Strukturen vorhanden sein. Wir wollen Strukturen schaffen,  
22 die unabhängig von der Zahl und des Bleibewillens der Geflüchteten funktionieren können. Wir können nicht  
23 länger zusehen, wie der Staat soweit kaputt gespart wird, dass eine staatlich koordinierte Integrationspolitik  
24 nur mit Improvisation möglich ist. Um die Improvisation zu vermeiden, muss sich der Staat zu der Inklusi-  
25 on der Geflüchteten in der Gesellschaft uneingeschränkt bekennen. Aufgrund der verschiedenen Absichten  
26 der Regierungsparteien in der Großen Koalition, was mit den Geflüchteten langfristig passieren sollte, wurden  
27 viele Maßnahmen nicht konsequent durchgesetzt. Die CDU/CSU hat in ihrer Politik darauf gesetzt, dass die Ge-  
28 flüchteten bald in ihre Heimat zurückkehren können und deshalb nicht in die Gesellschaft integriert werden  
29 müssten. Mit dieser Agenda wurden jegliche Anstrengungen unterbunden, die eine erfolgreiche Inklusion er-  
30 zielten. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der ohne Improvisation mehr als einer Million Menschen  
31 im Jahr Integrationsstrukturen bietet.
- 32 Die politisch Konservativen diskutieren das Thema Integration als selbstständige Aufgabe von Eingewander-  
33 ten. Das konservative Integrationsdogma lautet „Anpassung sonst Strafe“. Dieses Motto hilft vielleicht um an  
34 Stammtischen Stimmung zu machen, der vor uns liegenden Aufgabe wird es nicht gerecht. Funktionierende  
35 Integration hat drei Dimensionen: Da in unserer Gesellschaft Anerkennung und sozialer Aufstieg nach wie vor  
36 in erster Linie über die Erwerbstätigkeit generiert werden, ist die Herstellung einer materiellen Aufstiegs- und  
37 Teilhabeperspektive zentraler Bestandteil gelingender Integration. Die zweite Dimension ist die institutionelle

38 Anerkennung. Wer anerkannter Teil einer demokratischen Gesellschaft sein will, braucht ein politisches Mit-  
 39 sprache und-gestaltungsrecht. Als dritte Dimension ist ebenfalls die Anerkennung individueller Identität und  
 40 die Akzeptanz kollektiver Identitäten und Symbolik im engen sozialen Umfeld von wesentlicher Bedeutung.  
 41 Diese drei Dimensionen bilden die Grundlage, auf der wir in diesem Antrag politische Forderungen als Rah-  
 42 menbedingung funktionierender Integration entwickeln wollen.

43 Schlüssel in allen drei Dimensionen ist die Sprache. Nur wer sich verständigen kann, hat die Chance auf wirt-  
 44 schaftlichen und sozialen Aufstieg, auf politische Mitgestaltung und auf Kontakt im engen sozialen Umfeld.  
 45 Um Integration zu stärken, muss der Spracherwerb im Zentrum stehen.

46 Um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der be-  
 47 reit ist, in die Zukunft der Gesellschaft zu investieren. Die konservative Politik der Schwarzen Null schwächt die  
 48 Wirtschaft und lässt die Gesellschaft zunehmend auseinanderbrechen. Gerade mit Blick auf die anstehende  
 49 Transformation in eine digital-technisierte Wirtschaft und den damit verbundenen sozialen Risiken brauchen  
 50 wir Innovation und Wachstum. Und der Blick in die Geschichte zeigt: Immer, wenn technologische Innovation  
 51 zu wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat, hatte ein aktiver Staat die Finger im Spiel. Halten wir weiter an den  
 52 konservativen Dogmen von Schwarzen Nullen, Schuldenbremsen und Austerität fest, vererben wir den kom-  
 53 menden Generationen wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen, eine marode Infrastruktur, einen  
 54 handlungsunfähigen Sozialstaat und Kommunen, die nur noch verwalten und nicht mehr gestalten.

55 Das betrifft auch die Integration: Nur mit massiven staatlichen Investitionen ist diese große Aufgabe möglich.  
 56 Aber diese Investitionen sind kein zum Fenster rausgeworfenes Geld, sondern die Grundlage dafür, dass wir ei-  
 57 ne zukunftsfähige Gesellschaft mitgestalten. Klar ist aber auch: Die Herausforderungen sind in ganz Europa zu  
 58 groß, als dass sie allein von Nationalstaaten gelöst werden könnten. Deshalb ist der Vorstoß des italienischen  
 59 Regierungschefs Matteo Renzi, europäische Integrations-Anleihen einzuführen, unterstützenswert.

60 In den Debatten um Flucht und Integration wird zumeist wie selbstverständlich von einer Gruppe junger Män-  
 61 ner ausgegangen, die ihre Familien zurückgelassen haben und nach Europa geflüchtet sind. Dass Frauen ein  
 62 Drittel aller geflüchteten Menschen ausmachen wird sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in  
 63 Maßnahmen der Unterbringung und Integration meist vergessen. Frauenspezifische Problemen der Flucht –  
 64 wie sexualisierte Gewalt und damit einhergehend fehlende Schutzräume in Unterbringungssituationen – wird  
 65 wenig Beachtung gezollt. Dies gilt auch für die Gruppe der geflüchteten Menschen mit LSBTTI\*-Hintergrund  
 66 und ihr Bedarf an besonderen Schutzräumen und Ansprechpersonen. Darüber hinaus werden auch geflüch-  
 67 tete Männer aufgrund der ihnen zugeschriebenen Geschlechterrolle täglich mit rassistischen Vorurteilen kon-  
 68 frontiert, was ebenfalls ein genderspezifisches Problem der Flucht darstellt. Sie müssen in allen Bereichen der  
 69 Integration querschnittartig mitgedacht werden.

70 Wir fordern:

- 71 • Die Gesundheitskarte muss endlich allen Geflüchteten zur Verfügung stehen, um vor allem Frauen, die  
 72 sexualisierte Gewalt erfahren haben, den Zugang zu ärztlichen Untersuchungen zu erleichtern.
- 73 • Die EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33), die im Juli 2013 in Kraft getreten ist, soll diesen Frauen einen be-  
 74 sonderen Schutz zusichern. Um für diese Frauen aber auch wirklich bundesweit auf Basis einer Rechts-  
 75 grundlage besseren Schutz zu gewährleisten, muss sie endlich in nationalstaatliches Recht umgesetzt  
 76 werden.

77 Für das Chaos in der Organisation der Asylpolitik ist unter anderem das fehlende Einwanderungsgesetz ver-  
 78 antwortlich. Die Einwanderungsregeln der Bundesrepublik sind zu komplex, sodass viele Einwanderungswil-  
 79 lige 73den Weg über das Asylrecht versuchen. Dort abgelehnt, werden sie abgeschoben, statt einen ande-  
 80 ren Einwanderungsprozess zuzulassen. Deshalb ist ein Einwanderungsgesetz, das Einwanderung abseits des  
 81 Asylrechts ermöglicht und ordnet, längst überfällig. Dieses Einwanderungsgesetz darf allerdings kein Eliten-  
 82 Programm werden, das nur Einwanderung für Spitzenfachkräfte ermöglicht.

### 83 **Ohne gerechtere Asylpolitik gibt es keine Integration**

84 Damit die Integration geflüchteter Menschen gelingen kann, bedarf es zunächst einer gerechteren europäi-  
 85 schen Asylpolitik. Die abgeschottete Festung Europa ist der Grund, dass laut IOM Global Report in den letzten  
 86 20 Jahren mehr als 60 000 Menschen an den europäischen Außengrenzen gestorben sind. Damit ist die Grenze  
 87 Europas die gefährlichste und tödlichste Grenze der Welt. Diese Abschottung muss beendet werden.

## 88 Wir fordern:

- 89 • Die bereits bestehenden Möglichkeiten der legalen Einreise in die Europäische Union wie der Familiennachzug müssen ausgebaut und neue Möglichkeiten, wie die Vergabe humanitärer Visa, müssen  
90 geschaffen werden. Außerdem fordern wir, dass Geflüchtete Visum an allen Botschaften der Mitglied-  
91 staaten der Europäischen Union beantragen können. Hierzu müssen die Kapazitäten der Botschaften  
92 je nach Nachfrage vergrößert werden. Die jeweiligen Einreisezentren der Botschaften müssen die An-  
93 tragsstellerInnen über ihre Möglichkeiten in den Ländern informieren und bei der Wohnungs- und Job-  
94 suche Unterstützung anbieten.
- 96 • Auch eine unentgeltliche und uneigennützig Fluchthilfe darf nicht weiter unter das Verbrechen des  
97 "Schleusens" gefasst werden. Wir brauchen eine umfassende Entkriminalisierung.
- 98 • Mit der Deklaration immer weiterer „sicherer Herkunftsstaaten“ versucht die Bundesregierung Men-  
99 schen aus Herkunftsstaaten mit geringerer Asyl- Anerkennungsquote den Zugang zu Asyl nahezu un-  
100 möglich zu machen. Das Asylrecht muss ein individuelles Recht bleiben. Das Prinzip der „sicheren Her-  
101 kunftsstaaten“ ist abzuschaffen, ebenso der Ansatz der Europäischen Kommission zur einheitlichen  
102 Einstufung der Mitgliedsstaaten der EU als sichere Herkunftsstaaten.
- 103 • Eine europäische Seenotrettung, die, gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten finanziert und vom Eu-  
104 ropäischen Parlament legitimiert, nicht nur direkt vor der europäischen Küste, sondern im gesamten  
105 Mittelmeer gekenterte Menschen aufammelt, muss geschaffen werden.
- 106 • Das seit März 2016 bestehende Abkommen zwischen der EU und der Türkei zur Rückführung von Ge-  
107 flüchteten stellt keine menschenwürdige Lösung dar. Das Abkommen muss aufgekündigt und der Tür-  
108 kei der Status als „sicherer Drittstaat“ aberkannt werden.
- 109 • Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von geflüchteten Men-  
110 schen in der gesamten Europäischen Union. Das Hin- und Herschieben von geflüchteten Menschen  
111 zwischen den EU-Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsa-  
112 men europäischen Schutzraums für Asylsuchende. Bei der Verteilung ist der Willen der AntragsstellerIn  
113 maßgeblich zu beachten.
- 114 • Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Die riesigen Geflüchteten-Unterkünfte in den syrischen An-  
115 rainerstaaten sind stark unterfinanziert. Ein erster Schritt wäre es, diese Unterkünfte mit ausreichend  
116 Ressourcen auszustatten und so die Menschen zu unterstützen, die auf eine schnelle Rückkehr nach  
117 Syrien hoffen. Dazu gehören Schulen für alle Kinder, gesundheitliche Versorgung für alle und mit ge-  
118 meinsamen Standards ausgestattete Unterkünfte. Die UNHCR, die vor Ort für die Versorgung der Un-  
119 terkünfte verantwortlich ist, muss mit finanziellen Mitteln zu unterstützt werden. Mittelfristig dürfen  
120 sich Deutschland und die EU aber nicht darauf ausruhen, diese Unterkünfte zu unterstützen – in der  
121 Hoffnung, dass dann keine Menschen mehr nach Europa fliehen. Wichtigstes Instrument ist, die euro-  
122 päische Entwicklungspolitik auszubauen. In Deutschland ist der Anteil an Entwicklungsausgaben zwar  
123 gestiegen, aber nur, weil Ausgaben für geflüchtete Menschen in Deutschland mit eingerechnet wurden.  
124 Diese Schönrechnerei muss unterbunden und ausreichend Geld für nachhaltige Entwicklungspolitik  
125 bereitgestellt werden. Wenn Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit nur in Verknüpfung mit einem  
126 Abschiebeabkommen bereitgestellt werden, ist das höchst zynisch. Solche Abkommen etwa mit nord-  
127 afrikanischen Ländern oder Afghanistan, wo die Sicherheits- und Menschenrechtslage schwierig ist,  
128 müssen beendet werden.
- 129 • Wer Integration will, der kann nicht gleichzeitig eine "Kultur der Abschiebung" fordern. Trotzdem wer-  
130 den vor allem Möglichkeiten diskutiert, wie die Bleibeperspektive geflüchteter Menschen zum Beispiel  
131 durch sichere Herkunftsländer und schnellere Prüfungsverfahren verschlechtert werden kann. Wir wol-  
132 len uns aber nicht am Wettbewerb der nackten Abschiebezahlen beteiligen, sondern die Einzelfallprü-  
133 fung für jede/n Schutzsuchende/n stärken. Denn oftmals ist die genaue Menschenrechtslage in den  
134 Herkunftsländern der Menschen ungewiss: Verfolgung von LGBTTIAQ\*, Frauen\*, religiösen und eth-  
135 nischen Minderheiten, sowie die politische Verfolgung Andersdenkender ist oft nur schwierig einzu-  
136 schätzen. Häufig sind es Menschen, die hier seit Jahren in einem festen sozialen Umfeld leben, den  
137 dann der Aufenthaltsstatus entzogen wird, weil sie volljährig geworden sind oder sich der Status ihres  
138 Landes geändert hat. Das bedeutet die jahrelange Integrationsarbeit ohne Not zu zerstören. Diese Pra-

139 xis kann bei den Betroffenen nicht folgenlos bleiben. So führt eine Abschiebung oft auch zu schweren  
 140 psychischen Problemen bis hin zum – dokumentierten – Suizid. Wir schlagen deshalb vor, dass zur Prü-  
 141 fung eines Abschiebeantrags auch der bereits bewältigte Integrationsprozess, sowie das soziale Umfeld  
 142 des Geflüchteten herangezogen wird. Gescheiterte Asylverfahren führen Menschen in die Illegalität  
 143 und damit in soziale Notlagen, wie Obdachlosigkeit oder Schwarzarbeit. Wir wollen außerdem, dass  
 144 die Praxis der Abschiebehaft gestoppt wird. Der Freiheitsentzug von Asylsuchenden ist qualitativ und  
 145 quantitativ unverhältnismäßig. Qualitativ wird die Praxis der Abschiebehaft von Menschenrechtsorga-  
 146 nisationen seit Jahren kritisiert. Da die Abschiebehaft rechtlich nicht als Strafe gilt, haben unzulässig  
 147 in Haft Genommene kein Recht auf Schadensersatz. Dabei ist die Fehleinschätzung bei Asylverfahren  
 148 besonders hoch. Es reicht ein bloßer Verdacht, dass sich der Geflüchtete der Abschiebung widerset-  
 149 zen könnte. Die in Haft Genommenen müssen auch ihre eigenen Haftkosten selbst tragen. Bei einer  
 150 durchschnittlichen Haftzeit von drei Monaten kommen so Kosten von über 30.000 Euro zusammen.  
 151 Quantitativ ist Abschiebehaft unverhältnismäßig, da z.B. das einzige Abschiebegefängnis NRW in Bü-  
 152 ren tatsächlich nur einhundert Menschen Platz bietet. Für diese rechtlichen "Härtefälle" müssen sich  
 153 auch andere Lösungen finden. Deshalb können und sollten wir gänzlich auf Abschiebehaft verzichten.  
 154 Das Abschiebegefängnis in Büren darf nicht ausgebaut, sondern muss schnellstmöglich geschlossen  
 155 werden. Abschiebung an sich lehnen wir weiterhin ab.

### 156 **Unbegleitete minderjährige Geflüchtete – ein ganz besonderer Schutz**

157 Eine ganz besondere Herausforderung stellt die Betreuung und die Integration von unbegleiteten minderjäh-  
 158 rigen Geflüchteten dar. Viele von ihnen wissen nicht, was aus ihren Eltern und ihrer Familie geworden ist, weil  
 159 sie entweder alleine auf die Flucht geschickt wurden oder sich während der Flucht aus den Augen verloren ha-  
 160 ben. Wenn es nicht von Anfang an gelingt, Traumata von der Flucht zu behandeln und eine Perspektive in die  
 161 Gesellschaft zu eröffnen, schafft man sehenden Auges eine neue Generation dauerhaft Ausgegrenzter.

162 Wir fordern:

- 163 • Integration findet für Minderjährige in erster Linie in der Schule statt. Der Zugang zur Schule muss  
 164 schneller und vor allem unabhängig vom Aufenthaltsstatus erfolgen. Deshalb fordern wir die Auswei-  
 165 tung der Schulpflicht auf schulpflichtige Geflüchtete ab dem ersten Tag in der Erstaufnahme.
- 166 • In riesigen Massenunterkünften kann der besondere Schutz, den Kinder und Jugendliche ohne Kontakt  
 167 zur eigenen Familie brauchen, schnell unter die Räder geraten. Deshalb sind gerade für unbegleitete  
 168 minderjährige Geflüchtete kleinere Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte zu bevorzugen.  
 169 Wir fordern, dass für jede/n unbegleitete/n minderjährige/n Geflüchtete/n eine zugeordnete Sozialar-  
 170 beiterIn als Betreuungsperson zur Verfügung gestellt wird.
- 171 • Besonders unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind nach der Flucht auf psychologische Betreuung  
 172 angewiesen. Darauf haben sie bislang kein grundsätzliches Recht. Das muss sich ändern. Gerade was  
 173 die medizinische Versorgung betrifft, sind unbegleitet minderjährige Geflüchtete gegenüber gesetz-  
 174 lich krankenversicherten Kindern erheblich schlechter gestellt. In medizinischen Fragen sollte nicht der  
 175 Aufenthaltstitel, sondern das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.
- 176 • Die Aussetzung des Familiennachzugs auch bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist schlicht-  
 177 weg unmenschlich. Diese Aussetzung muss zurückgenommen werden.
- 178 • Die meisten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten haben kein rechtmäßiges Aufenthaltsrecht  
 179 und sind in Deutschland nur geduldet. Um nicht in ständiger Angst vor Abschiebungen zu leben, müs-  
 180 sen sie schnell einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Um dabei in den komplizierten Fragen des  
 181 Asylrechts nicht allein gelassen zu werden, muss ihnen eine ErgänzungspflegerIn (z.B. eine Rechtsan-  
 182 wältIn) zur Verfügung gestellt werden, sofern der Vormund nicht in der Lage ist, das Mündel in dieser  
 183 Angelegenheit zu vertreten. Um das Kindeswohl auch rechtlich in den Mittelpunkt zu stellen, muss auch  
 184 klar sein: Solange das Aufenthaltsrecht nicht geklärt ist, gilt das Jugendhilferecht vor den Asylgesetzge-  
 185 bungen.
- 186 • Die Zusammenführung von auf der Flucht getrennten Familien ist elementar. Deshalb muss die Ver-  
 187 netzung der Träger von Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften mit den Suchdiensten der  
 188 Hilfsorganisationen verbessert und von der Politik mehr unterstützt werden.



189 • Zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter steht noch immer zu wenig Geld zur Verfü-  
190 gung. Hier müssen die Bundesmittel aufgestockt werden.

191 • Es gibt gute Projekte, in denen Familien unbegleitete minderjährige Geflüchtete bei sich aufnehmen.  
192 Das ist weder für die Familien noch für die geflüchteten Kinder eine einfache Angelegenheit und erforder-  
193 tert viel Empathie auf beiden Seiten. Aber in solchen Projekten steckt ein großes Integrationspotenzial.  
194 Deshalb braucht es eine angemessene materielle und finanzielle Förderung solcher Projekte.

195

### 196 **Aktive Arbeitsmarktpolitik – gute Qualifikation und Arbeit für alle!**

197 Eine fortschrittliche Einwanderungsgesellschaft muss allen Menschen eine Perspektive bieten. Der Anspruch  
198 der Sozialdemokratie muss dabei sein, Absteigsängste bei der arbeitnehmenden Mittelschicht auszuräumen;  
199 Langzeitarbeitslosen endlich neue Perspektiven zu bieten; und jungen Menschen sowie EinwanderInnen flexi-  
200 ble Einstiege zu ermöglichen – vor allem in Aus- und Weiterbildungsprogramme. Es gibt bereits vielfältige er-  
201 folgsversprechende Ansätze. Schluss sein muss jedoch mit der politischen Mangelverwaltung, die sich gerade  
202 in den politisch „langen bleiernen Jahren“ der schwarzen-gelben Bundesregierungen unter Helmut Kohl durch-  
203 gesetzt hat. Politik und Wirtschaft müssen endlich klotzen, statt kleckern! Wir brauchen massive Zukunftsin-  
204 vestitionen, um allen Menschen in unserer wohlhabenden, technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft eine  
205 Perspektive zu geben. Umfangreiche, kostenintensive Programme zur Berufsbildung und Arbeitsmarktintegra-  
206 tion sind dabei alles andere als illusorisch, sondern aus volkswirtschaftlicher Sicht die beste, weil rentabelste  
207 Investition, die möglich ist.

208 Wir fordern:

209 • Schluss mit dem Dogma des bedingungslosen Sparens. Wir brauchen ein Arbeitsmarkt-  
210 Investitionspaket.

211 • Die betriebliche Mitbestimmung bei Einstellungen und Ausbildungen muss stärker wahrgenommen  
212 und gesetzlich ausgebaut werden: Solidarische Initiativen der Beschäftigten, die EinwanderInnen oder  
213 Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in Ausbildung und Beruf geben wollen, sind ein guter Weg. Klar ist:  
214 Wenn Menschen neu auf unserem Arbeitsmarkt sind – oder seit Längerem nicht arbeiten konnten – ,  
215 dann ist ihre Integration in Ausbildung und Beruf aufwändiger. Unternehmen wollen – kapitalistischer  
216 Logik folgend – diesen Mehraufwand und entsprechende Mehrkosten vermeiden. Umso entschiedener  
217 müssen wir dafür streiten, dass Unternehmen gesellschaftlich stärker in die Verantwortung genommen  
218 werden, wenn es um Ausbildung und Arbeitsmarktintegration geht.

219 • Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben mit dem Konzept eines Integrationsjahres (für  
220 EinwanderInnen und Langzeitarbeitslose) bereits ein tarifpolitisches Ausrufezeichen gesetzt. Solche  
221 Ansätze gilt es auf allen Ebenen zu unterstützen (gesetzlich; durch Ausweitung bestehender Förder-  
222 programme etc.).

223 • Eine Förderung (und falls notwendig: Verpflichtung) betrieblicher Integrationsarbeit sollte durch öf-  
224 fentliche Fortbildungsprogramme gewährleistet werden.

225 • Insbesondere junge Mädchen aus geflüchteten Familien müssen gezielt gefördert und durch Coaching-  
226 Programme mit der Vielfalt des deutschen Arbeitsmarktes vertraut gemacht werden. Auch in Program-  
227 men wie dem Girls Day oder Förderprogrammen für Frauen in MINT-Fächern (Mathe, Informatik, Na-  
228 turwissenschaft, Technik) sollen sie Einblicke in Berufsfelder bekommen, zu denen der Zugang sonst  
229 erschwert ist.

230 • Der aktuell verfolgte Ansatz der schnellstmöglichen Erfassung von schulischen und beruflichen Kennt-  
231 nissen ist richtig. Die Anfänge, die mit den Integration Points in NRW geschaffen wurden, müssen  
232 schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden. Zentral ist, dass das Arbeits- und Bildungspro-  
233 filing von Fachleuten durchgeführt wird. Alle Menschen, die zu uns kommen, müssen dabei gleich  
234 behandelt werden. Eine Bestenauslese ist ebenso inakzeptabel wie die Qualifikationserfassung durch  
235 Nicht-Fachleute. Im Zusammenhang mit der Erfassung beruflicher und schulischer Qualifizierung muss  
236 eine vereinfachte Anerkennung (von Abschlüssen etc.) erfolgen – damit allen EinwanderInnen zielge-  
237 richtete Angebote gemacht werden können.

- 238 • Wir brauchen konkrete Schritte, um schnellstmöglich eine flächendeckende Ausbildungsumlage durch-  
 239 zusetzen: Seit Jahren sind die angebotenen Ausbildungsplätze rückläufig – sogar in vielen wirtschaft-  
 240 lich erfolgreichen Regionen. Gleichzeitig klagen Unternehmensverbände und Betriebe abstrakt über  
 241 angeblichen „Fachkräftemangel“. Tatsächlich werden wirtschaftliches Wachstum in Boom-Branchen  
 242 sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten zu einem hohen  
 243 Arbeits- und Fachkräftebedarf führen. In der aktuellen Situation tun die Unternehmen aber alles an-  
 244 dere, als sich für ihren zukünftigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu rüsten. Sie akkumulieren  
 245 lieber kurzfristige Gewinne als für die Zukunft gute Ausbildungsplätze und Weiterbildungsstrukturen  
 246 zu schaffen. Weil die kapitalistische Akkumulationslogik – in eigentlich selbstzerstörerischer Manier  
 247 – Zukunftsinvestitionen systematisch vermeidet, müssen gewerkschaftlicher Arbeitskampf und poli-  
 248 tische Initiativen der Sozialdemokratie eine gesellschaftlich verantwortliche Lösung erstreiten: Durch  
 249 die schrittweise Einführung regionaler Ausbildungsumlagen, die alle Betriebe in die organisatorische  
 250 und finanzielle Verantwortung für die vor Ort gesellschaftlich notwendigen Ausbildungsplätze zwingen,  
 251 kann bei der Berufsausbildung das Gemeinwohl gegenüber kurzfristigen Profitinteressen die Ober-  
 252 hand behalten.
- 253 • Wir müssen Kapazitäten massiv ausweiten: Eine Einwanderungsgesellschaft kann sich keine Behörden  
 254 leisten, die häufig mehr als ein Jahr brauchen, um Menschen einen Aufenthaltsstatus zu gewähren,  
 255 der ihnen ermöglicht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen müssen im Bundesamt für  
 256 Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Landes- und kommunalen Behörden sowie Arbeitsagenturen  
 257 und Jobcentern viele neue Stellen geschaffen werden, um Menschen schnell zu versorgen: mit Doku-  
 258 menten, zielgerichteten Informationen, zugeteilten Sprach- und Integrationskursen.
- 259 • Unserer wohlhabenden Gesellschaft ist es absolut unwürdig, aktuell mehr als einer Million Langzeitar-  
 260beitslosen keine Perspektive anzubieten. Weil die Steuerungsfähigkeit des allgemeinen Arbeitsmarktes  
 261 gerade in einem offenen Einwanderungsland nicht ausreichen wird, um den beruflich aktuell ausge-  
 262 schlossenen Menschen eine Perspektive zu bieten, brauchen wir endlich einen sozialen Arbeitsmarkt.  
 263 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene muss die Politik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft –  
 264 mit Gewerkschaften, NGOs, gemeinnützigen Unternehmen, Vereinen etc. – gesellschaftliche Arbeitsfel-  
 265 der definieren, in denen wertvolle Arbeit vom Markt nicht geleistet werden kann. Um diese Aufgaben zu  
 266 erfüllen, müssen würdige soziale Arbeitsplätze geschaffen werden, die Menschen einen Neustart mit  
 267 Perspektiven ermöglichen. Entsprechende Konzepte müssen schnellstens erarbeitet werden. Finanzi-  
 268 elle Mittel sind von öffentlichen Programmen zu gewährleisten.
- 269 • Eine demografisch tendenziell schrumpfende Wohlstandsgesellschaft kann sich keine jungen Men-  
 270 schen leisten oder wünschen, die keinen guten Platz im Arbeitsleben finden oder im Bildungssystem  
 271 keine Chance sehen. Neben den zu schaffenden regionalen Ausbildungsumlagen, deren Schritt-für-  
 272 Schritt-Realisierung etwas Zeit braucht, muss die öffentliche Hand schnelle Zusatzangebote ermögli-  
 273 chen, um den Weg in selbstbestimmte Berufstätigkeit zu unterstützen.256

#### 274 **Bildung als Menschenrecht verwirklichen – Systeme öffnen und flexibilisieren!**

275 Für alle Menschen führt der Weg in ein selbstbestimmtes Leben über Bildung. Ein demokratisches  
 276 Einwanderungsland muss dem Menschenrecht daher höchste Priorität geben. Es geht um Allgemein-  
 277 wie Fachwissen, die Selbstverwirklichung der Menschen und ein tieferes Bewusstsein einer demokra-  
 278 tischen Gesellschaft. Dass Bildung dabei auch die Arbeitstätigkeit in einer hochprofessionalisierten,  
 279 durchrationalisierten Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht, ist nur eine Teilfunktion der Bildung.

280 Strukturell gilt für das gesamte Bildungssystem, was für den Teilbereich der beruflichen Bildung be-  
 281 reits ausgeführt wurde: Ein offenes Einwanderungsland muss die dauerhaft vorgehaltenen Kapazitäten  
 282 massiv ausbauen.

283 Wir fordern:

- 284 – Der Trend, Schulen zu schließen und LehrerInnenstellen höchstens auf unterem Niveau zu stabi-  
 285 lisieren, muss umgekehrt werden. Die Einstellung neuer LehrerInnen und pädagogischer sowie  
 286 verwalterischer Fachkräfte darf nicht an leeren Kassen scheitern. Deswegen muss das Koope-  
 287 rationsverbot in der Bildungspolitik schnellstmöglich aufgehoben werden, damit der Bund Geld  
 288 für Stellen zur Verfügung stellen kann.

- 289 – Das Erlernen von Sprache ist elementar. Deshalb müssen auch die Schulen nachrüsten: Deutsch  
290 als Zweit-/Fremdsprache muss zu einer echten Lehramtsbefähigung aufgewertet und als Spezia-  
291 lisierung im Masterstudiengang für LehramtsanwärterInnen oder als Weiterbildungsmöglichkeit  
292 für LehrerInnen, die bereits Sprachvermittlungskompetenzen besitzen angeboten werden.
- 293 – . Außerdem müssen Schulen die durchgängige Sprachbildung als verpflichtenden Bestandteil  
294 aller Fächer ansehen.
- 295 – Mehr Lehr- und andere Fachkräfte werden sowohl an allgemeinbildenden, berufsbildenden und  
296 Volkshochschulen gebraucht. Wichtig ist, dass politisch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Ar-  
297 beit“ von Anfang an Gültigkeit besitzt: Es ist nicht hinnehmbar, wenn die fachqualifizierte Sprach-  
298 vermittlung durch prekäre Beschäftigung gewährleistet wird.
- 299 – Die in den Schulen eingerichteten Willkommensklassen für geflüchtete Kinder und Jugendliche  
300 müssen auf die individuellen Erfahrungen, die die SchülerInnen von der Flucht mitbringen, ein-  
301 gehen können und dürfen deshalb eine maximale Größe von 12 SchülerInnen haben.
- 302 – Die kommunalen Erfahrungen zeigen: Gerade EinwanderInnen, die vor Krieg, Not und Elend ge-  
303 flohen sind, finden bei uns meistens ein längerfristigeres Zuhause – auch dann, wenn ihnen offi-  
304 ziell kein dauerhafter Aufenthaltstitel gewährt wurde. Deswegen dürfen Fragen des Status- bzw.  
305 Aufenthaltstitels nicht mehr darüber entscheiden, wer bei uns Zugang zu Bildung und Arbeit  
306 bekommt. Die wichtigste Schlussfolgerung: Alle EinwanderInnen müssen von Anfang an einen  
307 Rechtsanspruch auf deutschen Sprachunterricht haben. Das heißt auch: Alle AsylbewerberInnen  
308 müssen das Recht auf einen Integrationskurs vor der Anerkennung haben, da die Zeit von der  
309 Ankunft in Deutschland bis zur ihrer Anerkennung sinnvoll gestaltet werden muss. Wenn die  
310 Perspektivlosigkeit erst einsetzt, ist es schwierig die Menschen wieder zu motivieren. Durch den  
311 schnelleren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sind die Menschen sechs bzw. neun Mo-  
312 nate beschäftigt und können in der Zeit die deutsche Sprache zu erlernen, damit im Anschluss  
313 ein aufbauender Kurs besucht werden kann. Jedoch fehlen Kurse, die über einen B1 Abschluss  
314 hinaus gehen. Ausbildungen und ein Studium kann erst bei einem Sprachniveau von B2 / C1  
315 begonnen werden. Je früher die Menschen die Chance bekommen die Sprache zu erlernen, des-  
316 to schneller können sie nach ihrer Anerkennung in den Arbeitsmarkt integriert werden. So lässt  
317 sich vermeiden, dass EinwanderInnen, die fachlich mehr können aber die deutsche Sprache nicht  
318 beherrschen, als Hilfskräfte eingesetzt werden.
- 319 – Die Vernetzung zwischen den Kommunen und den Sprach- und IntegrationskursanbieterInnen  
320 muss verbessert werden. Die Integrationskurse dürfen nur von PädagogInnen durchgeführt wer-  
321 den, sodass die Qualität der Kurse mehr oder weniger gleich ist. Es müssen jedoch allgemeine  
322 Standards für Lehrkräfte für alle anderen Kurse erstellt werden.
- 323 – Gerade jungen Menschen, die zu uns kommen, müssen wir mehr Bildungschancen und flexible  
324 Einstiege ermöglichen. Um Bildungsabschlüsse nachzuholen und an Hochschulen einen Einstieg  
325 zu finden, müssen sie einen einfachen Zugang zum BAföG-System bekommen. Darüber hinaus  
326 braucht es eine Vereinfachung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse auch oh-  
327 ne Nachweise. An Hochschulen und Berufsschulen müssen zudem flexible Einstiegsprogramme  
328 für Neuankömmlinge geschaffen werden. An Berufsschulen fängt dies damit an, dass Geflüch-  
329 tete zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr bundesweit eine gesetzliche Zugangsberechtigung  
330 brauchen. An Hochschulen soll ein modularisiertes, teils anrechenbares Zusatzprogramm zur  
331 Sprachvermittlung und Institutionenlehre angeboten werden.
- 332 – Bildungspolitik beginnt in der Kindertagesstätte. Wir brauchen Investitionen in frühkindliche Bil-  
333 dung. Dafür brauchen wir ein Bundesprogramm zur Schaffung neuer Kita-Plätze und zur Einstel-  
334 lung weiterer ErzieherInnen. Für ErzieherInnen müssen Weiterbildungsangebote zur interkultu-  
335 rellen Kompetenzen und zum Umgang mit traumatisierten Kindern geschaffen werden.
- 336 – Weiterhin müssen wir auch spezielle Bildungsangebote für ältere Geflüchtete und auch Alpha-  
337 betInnen schaffen, die ihren Bedürfnissen angepasst sind. Denn nur so gelingt es diesen Men-  
338 schen eine neue Chance zu bieten.
- 339

340 **Teilhabe gibt es nur vor Ort – Starke Kommunen statt Privatisierungen kommunaler Aufgaben**  
 341 **an das Ehrenamt!**

342 Praktisch ist Teilhabe ein Thema des nahen sozialen Umfelds. Deshalb ist auch keine politische Ebene  
 343 so wichtig wie die Kommune. Von der Erstunterkunft bis zur strategischen Stadtplanung haben die  
 344 Kommunen die Möglichkeit, Ghettoisierung und Parallelgesellschaften zu verhindern. Über den Bau  
 345 und die Unterhaltung von Schulen und die kommunale Wirtschaftsförderung wird in den Kommunen  
 346 mitentschieden, ob EinwanderInnen eine Aufstiegsperspektive finden. Und in den Kommunen wird das  
 347 Ehrenamt koordiniert.

348 Über die ehrenamtliche Arbeit entstehen persönliche Kontakte und Freundschaften, die den Schlüssel  
 349 zur Integration der Geflüchteten darstellen. Wo wäre ist man besser integriert, als in Mitte von Freun-  
 350 dInnen? Im gesamten Bundesgebiet haben sich im vergangenen Jahr Freiwillige um Hilfsorganisationen  
 351 oder autonom organisiert. Sie haben ein Netz an Hilfsangeboten geschaffen, das von der Begleitung  
 352 bei Behördengängen über Kleiderkammern und Sprachkurse, bis hin zu Fahrdiensten und Sozialbera-  
 353 tung reicht. Der Hauptteil der ehrenamtlich Tätigen investiert dabei fünf bis zehn Wochenstunden in  
 354 die Arbeit mit Geflüchteten.

355 Diese Hilfsbereitschaft ist beispielhaft und bewundernswert, allerdings darf vor dem Hintergrund die-  
 356 ser positiven Entwicklung die Rolle des Staates nicht vernachlässigt werden. Es ist aus unserer Sicht  
 357 Kernaufgabe des Staates, Migrationsbewegungen zu steuern und zu integrieren. Fehlende Strukturen,  
 358 undurchsichtige bürokratische Hürden und lange Wartezeiten, welche die Notwendigkeit einer so gro-  
 359 ßen zivilgesellschaftlichen Unterstützung erst erforderlich gemacht haben, dürfen nicht als billige Lö-  
 360 sung dienen. Ehrenamtliche Strukturen können nicht der kostenlose Ersatz für staatliche Integrations-  
 361 maßnahmen sein. Die urstaatlichen Aufgaben der Integrationspolitik dürfen nicht privatisiert werden.  
 362 Stattdessen muss der Staat durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen die ehrenamtliche Struktur  
 363 stützen. Denn aus sozialdemokratischer Sicht bedeutet die Unterstützung des Ehrenamtes gleichzeitig  
 364 eine Stärkung des Ehrenamtes.

365 Wir fordern:

366 – Gute Arbeit vor Ort gibt es nur in starken Kommunen. Damit die Kommunen ihre Integrations-  
 367 arbeit leisten können, brauchen sie finanziellen Spielraum. Deshalb müssen Bund und Länder  
 368 die Kommunen kostendeckend bei dieser Aufgabe unterstützen.<sup>347</sup>

369 \* Ehrenamtlichkeit darf nicht Hauptamtlichkeit ersetzen. Wir wollen einen starken Staat, der  
 370 seine Aufgaben nicht privatisiert oder in ehrenamtliche Hände gibt. Trotzdem ist die ehren-  
 371 amtliche Geflüchtetenhilfe ein wichtiger Baustein im Integrationsprozess. Doch statt Per-  
 372 sonen wollen wir Projekte fördern, denn Ehrenamtlichkeit ist auf gute Bedingungen ange-  
 373 wiesen. Deshalb wollen wir auch keine Sozialgeschenke für Ehrenamtliche, die das Ehren-  
 374 amt in der Geflüchtetenhilfe einseitig honorieren, sondern breit die finanzielle Ausstattung  
 375 der einzelnen Projekte stärken. Ehrenamtliche Hilfe ist nicht bezahlbar. Die Bedingungen,  
 376 unter der sie stattfinden muss, aber schon. Gerade im Bereich des Versicherungsschutzes  
 377 von ehrenamtlichen Kräften muss mehr Aufklärung und Hilfe von staatlicher Seite betrie-  
 378 ben werden. Oft sind die bürokratischen Hürden hier sehr hoch, sodass interessante und  
 379 wichtige Projekte bürgerlichen Engagements scheitern.

380 \* Wir wollen Verwaltungsstrukturen schaffen, die ehrenamtliche Arbeit vernetzen und aus-  
 381 bauen. Über EhrenamtskoordinatorInnen und QuartiersmanagerInnen sollen unter demo-  
 382 kratischer Mitwirkung der BürgerInnen soziale Strukturen im Stadtteil wiederbelebt wer-  
 383 den. Die oder der EhrenamtskoordinatorIn soll einen Budgetrahmen für Miniprojekte ver-  
 384 walten und für ehrenamtliche Arbeit ansprechbar sein, um Projekte zu vernetzen oder in  
 385 rechtlichen Fragen weiterhelfen zu können. Damit die Arbeit aber auch vor Ort im Stadtteil  
 386 ankommt, sind QuartiersmanagerInnen notwendig, die als eine Verwaltungsaußenstelle im  
 387 Stadtteil agieren. Sie sollen die Bewohnerschaft im Quartier vernetzen und unterschiedliche  
 388 Interessengruppen und lokale AkteurInnen im Mitwirkungsprozess einbinden. Durch Orte  
 389 der Begegnung kann so ein Miteinander besonders in problematischen Stadtteilen entste-  
 390 hen, wo andere Sozialsstrukturen, wie beispielsweise Vereine oder Kirchen, weggebrochen  
 391 sind. Durch wechselnde, mobile Angebote sollen zudem die Beteiligungshemmschwelle

- 392                    möglichst niedrig gehalten werden. Um die Kommunen bei der Finanzierung solcher Stel-  
393                    len nicht alleine zu lassen, werden ein Länderprogramme zur Unterstützung benötigt.
- 394                    \* Gerade in den Kommunen stoßen viele Öffentlich Bedienstete an ihre Belastungsgrenze.  
395                    Kommunale Verwaltungen dürfen bei immer mehr Aufgaben personell nicht mehr an der  
396                    Unterkante besetzt sein. Starke Kommunen gibt es nur mit einer Stärkung des Öffentlichen  
397                    Dienstes. Es muss eine ausreichende Betreuung und Hilfestellung für AsylbewerberInnen  
398                    sichergestellt werden. Diese kann nur geleistet werden, wenn das Verhältnis eine Sozial-  
399                    arbeiterIn / eine Verwaltungsfachkraft für 60 AsylbewerberInnen nicht überschreitet.
- 400                    \* Vereine aus Kultur und Sport leisten eine hervorragende Integrationsarbeit. Unterstützun-  
401                    gen wie die unbürokratische Einmalförderung über 500 Euro des Landes NRW an Sport-  
402                    vereine, die Projekte mit Geflüchteten initiieren, haben die Vereine darin unterstützt, Start-  
403                    gelder zu finanzieren oder die sportliche Erstausrüstung bereit zu stellen. Solche Unter-  
404                    stützungen gilt es fortzuführen und auszubauen.
- 405                    \* Die Aufgabe der Integration wird essentiell von der Frage der Unterbringung bestimmt.  
406                    Zentrale Unterbringung in Massenunterkünften fördert die Exklusion von Geflüchteten,  
407                    da nahezu keine Kontakte zur ansässigen Bevölkerung bestehen. Dabei ist aber auch zu  
408                    beachten, dass der Kontakt zu anderen Geflüchteten für die Bewältigung von Traumata,  
409                    aber auch des Alltags förderlich sein kann. Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen  
410                    werden um den Begegnungen und Austausch unter Geflüchteten einen entsprechenden  
411                    Raum zu bieten.
- 412                    \* Wer dezentrale Unterbringung fordert, muss dann aber konsequenterweise auch Mobilität  
413                    garantieren. Wir brauchen einen ÖPNV, der auch außerhalb der Zentren für eine gute Mo-  
414                    bilität sorgt und der für Geflüchtete über vergünstigte Angebote wie Sozialtickets attraktiv  
415                    wird.
- 416                    \* Frauen machen ein Drittel aller Geflüchteten aus und trotzdem gibt es für sie in vielen  
417                    Unterbringungen weder Rückzugsräume noch getrennte Sanitäreinrichtungen. Gerade für Frau-  
418                    en, die schon auf der Flucht sexualisierte Gewalt erfahren haben, sich vor Ort in Situati-  
419                    onen befinden, die Schutzräume verlangen oder für Frauen, die zum Stillen ihrer Säuglinge  
420                    Ruhe brauchen, sind diese Verhältnisse unzumutbar. Gewaltschutzkonzepte wie zum Bei-  
421                    spiel das des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sollen in allen Erstaufnahmeeinrichtun-  
422                    gen eingerichtet werden. Die Positionierung gegen Gewalt soll nicht nur im Leitfaden der  
423                    Unterkunft verankert und damit für alle BewohnerInnen verpflichtend sein, sondern auch  
424                    MitarbeiterInnen sollen für genderspezifische Probleme wie sexualisierte Gewalt und Dis-  
425                    kriminierung sensibilisiert werden. Des Weiteren bedarf es eines flächendeckenden und  
426                    sichtbaren Beratungsangebotes für Frauen, das Themen wie sexualisierte Gewalt, aber  
427                    auch Arbeitssuche, Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behan-  
428                    delt.
- 429                    \* Sexuelle Orientierungen und queere Identitäten können ein Fluchtgrund sein. Viele les-  
430                    bisch, schwule, bisexuelle, transsexueller, transgender oder intersexuelle Menschen wer-  
431                    den in ihren Heimatländern deshalb verfolgt und suchen jetzt Schutz. Aber auch für sie  
432                    fehlt es in Unterkünften an Schutzräumen, sensibilisierten Personal und Beratung. Auch in  
433                    Unterkünften in Deutschland kommt es durch Personal zu Diskriminierung oder durch ho-  
434                    mophobe Einstellungen der DolmetscherInnen zu verhindertem Asyl. Für Geflüchtete mit  
435                    LSBTTI\*-Hintergrund müssen ebenfalls Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen etabliert  
436                    werden.
- 437                    \* Ein Wohnsitzauflage löst das Problem von Ghettoisierung nicht. Im Gegenteil: Menschen  
438                    in strukturschwache Regionen abzuschieben generiert erst recht Perspektivlosigkeit und  
439                    schafft Desintegration und Parallelgesellschaften. Stattdessen wird ein gezieltes Investi-  
440                    tionsprogramm in kleinere und mittlere Kommunen zur Schaffung von Arbeits- und Integri-  
441                    tionsangeboten benötigt, damit besonders diese Kommunen für EinwanderInnen attraktiv  
442                    werden.

443

444

**Für eine neue Ära des Sozialen Wohnungsbaus**

445

446

447

448

Die erfolgreiche Geschichte des öffentlichen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik hat ein jähes Ende gefunden, als in den 1980er Jahren mit dem neoliberalen Wandel der Wirtschaftspolitik die erfolgreichen Programme aus ideologischen Gründen eingestellt wurden. Heute spüren wir die Folgen: Bis 2020 müssen jährlich zirka

449

450

451

140 000 Wohnungen gebaut werden, um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum vor allem in Ballungs- und Universitätszentren zu begegnen. Davon sind 80 000 Sozialwohnungen und 60 000 Wohneinheiten im „bezahlbaren Preissegment“ zu bauen.

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

Dabei gibt es jedoch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen je nachdem ob unterm Strich mehr Menschen zu- oder wegziehen. Folglich gibt es nicht eine einheitliche Lösung, die für alle passt. Idealerweise sollte die öffentliche Hand deshalb ein mehr als ausreichendes Angebot vorhalten und Leerstand als Puffer nicht kritisch gesehen werden. Jedenfalls erscheint dieser nicht so kritisch, wie die akute Wohnungsnot oder Kaufkraftverluste bei ArbeitnehmerInnen infolge rasant steigender Immobilienpreise. Wichtig ist die Erschließung neuen Baulands und vor allem die Verhinderung von Schweinezyklen, also Zeitverzögerungen bei der Anpassung des Angebots an den Markt. Der Mangel an sozialem Wohnraum ist vor allem aus dem Grund entstanden, weil die öffentliche Hand in den letzten 30 Jahren dazu tendierte, sich prozyklisch zu verhalten, also die Marktentwicklungen zu duplizieren. Sie hat in Krisenzeiten zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung kommunale Wohnungen verkauft, als die Preise im Keller waren. Nun, wo die Mietpreise in die Höhe geschossen sind, rückt die Rekommunalisierung der Wohnungswirtschaft wieder auf die Tagesordnung.

465

466

467

468

469

470

471

472

473

474

475

476

477

478

479

480

481

Freie Wohnungsmärkte verhalten sich aufgrund des Zustroms von spekulativem Kapital stark prozyklisch. Sobald an einem bestimmten Ort steigende reale Nachfrage prognostiziert wird, tritt ein spekulativer Herdentrieb ein. Kapital fließt zu und auf einen Schlag wird eine große Anzahl an Luxuswohnungen in Auftrag gegeben, weil diese Projekte die größte Profitmarge versprechen. Die Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnbestand kommt in dieser Phase zu kurz. Deshalb muss die öffentliche Hand im Bereich des sozialen Wohnungsbau wieder handlungsfähig werden. Ein wichtiger Indikator ist hierbei, ob es bei einem gegebenen Angebot und einer gegebenen Nachfrage für AntragstellerInnen möglich ist, in angemessener Zeit eine Wohnung anmieten zu können. Der entscheidende Vorteil von Antragsfristen als Gleichgewichtsindikator anstatt Preisen liegt in folgendem Zusammenhang begründet: Wenn der Staat Wohnraumangebot und Wohnraumnachfrage ausgleichen soll, dann fällt so die Rolle der Spekulationskasse der AnlegerInnen weg. Oder mit anderen Worten: Steigende Nachfrage zieht kein spekulatives Kapital an, weil Wohnungen in der staatlichen Wohnraumverwaltung nicht mit Geld erworben werden, sondern per Antragsstellung. Nicht mehr die Preisentwicklung ist der Indikator dafür, ob Angebot und Nachfrage in einem Gleichgewicht zueinander stehen, sondern die Frist zwischen Antragsstellung und Antragsbewilligung.

482

Wir fordern:

483

484

485

486

487

488

489

\* Die Privatisierung öffentlicher Wohnungssubstanz zur kurzfristigen Bausubstanz ist zu vermeiden. Mittelfristig muss auch eine Rekommunalisierung von Wohnungseigentum das Ziel sein. Instrumente sind öffentliche Wohnungsgesellschaften. Auch im sozialen Wohnungsbau gilt, dass soziale Teilhabe am besten gegen steigende Mieten schützt. Deshalb unterstützen wir insbesondere genossenschaftliche Wohnungsbaumodelle. Bei der Erweiterung des sozialen Wohnungsbestandes ist auf Barrierefreiheit und demografiefeste Baussubstanz zu achten.

490

491

\* In Bedarfsregionen sind Mittel und Wege zu berücksichtigen, wie auch neues Land erschlossen werden kann.

492

\* Mittels geeigneter Indikatorenmodelle ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in

493 verschiedenen Regionen zu prüfen. Hier ist nicht etwa nur die ortsübliche Miete oder der  
 494 Grundstückpreis ein Thema, sondern es müssen auch Tests durchgeführt werden, ob es  
 495 für Menschen in prekären Situationen möglich ist, an bezahlbarem Wohnraum zu kommen.  
 496 Geeignete Indikatorenmodelle können zum Beispiel auf Antragsfristen basieren, die mittels  
 497 Testanmietungen ermittelt werden.

498 \* Puffer: Grundsätzlich gilt ein Richtwert, dass – regional differenziert – 30 Prozent der neu-  
 499 gebauten Wohnungen im 5-Jahresmittel dem öffentlichen sozialen Wohnungsbau zuge-  
 500 rechnet werden müssen.

501

## 502 **Wehrhafte Demokratie – Keinen Meter den Rechten!**

503 Integration heißt, einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Dafür brauchen  
 504 wir eine neue Diskussion über die Werte unserer demokratischen Gesellschaft. Das betrifft nicht  
 505 nur Menschen, die neu zu uns kommen, sondern vor allem auch viele Menschen, die schon lange  
 506 hier leben.

507 Die Demokratie war seit Bestehen der Bundesrepublik wohl noch nie in einer solchennGefahr  
 508 wie heute: Rechte Meinungen verfassungsrechtlich immer weiter in der Mitte der Gesellschaft, rechte  
 509 Gewalt gehört mehr und mehr zur Tagesordnung und eine rechte Partei wird in den Parlamen-  
 510 ten immer einflussreicher. Statt Diskussionen über „sichere Herkunftsländer“ brauchen wir eine  
 511 Diskussion über Deutschland als sicheres Ankunftsland.

512 Für uns ist klar: Sozialdemokratische Politik wird sich von der Zunahme rechter Meinungen nicht  
 513 erpressen lassen. Wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen Gesellschaft  
 514 und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und friedli-  
 515 chen Europa. Wir werden für die Demokratie kämpfen.

516 Das bedeutet auch Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzuge-  
 517 winnen. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer den Glauben an die Demokratie ver-  
 518 loren haben, zurückzugewinnen, heißt aber ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der Rechten  
 519 zu begeben. Es gibt keine berechtigten Ängste vor Überfremdung. Wer sich so auf die Sprache  
 520 und Narrative der Rechten einlässt, stärkt sie damit nur.

521 Stattdessen brauchen wir eine eigene Vision einer starken und offenen Integrationsgesell-  
 522 schaft, eine Erneuerung des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens. Der Dreiklang unse-  
 523 res Kampfes gegen Rechts lautet: Investitionen in Aufstiegsperspektiven, Demokratie lernen be-  
 524 deutet Demokratie zu leben und keinen Platz für menschenfeindliche Thesen.

525 Wir fordern:

526 \* Zu guter Schulpolitik gehört guter Demokratieunterricht. Oft mangelt es bei den Schüle-  
 527 rInnen und späteren Erwachsenen an Grundkenntnissen über das demokratische System,  
 528 weil Politik- oder Sozialwissenschaftsunterricht oft als erstes gekürzt oder fachfremd un-  
 529 terrichtet werden.

530 \* Die Erziehung zur mündigen BürgerIn und nicht die Vorbereitung auf die eigene wirtschaft-  
 531 liche Verwertbarkeit muss das Kernziel schulischer Bildung sein.

532 \* Demokratiekompetenz muss fächerübergreifend gefördert werden. Wirtschaftsunterricht  
 533 beispielsweise darf nicht normative Diskussionen vernachlässigen und die eigene wirt-  
 534 schaftliche Situation alternativlos erscheinen lassen.

535 \* Die antirassistische und antisexistische Wertevermittlung sollte dabei ebenso im Fokus  
 536 stehen, wie eine Vermittlung demokratischer Praxis inner- und außerhalb des Unterrich-  
 537 tes.502

538 · Demokratie lernen heißt in erster Linie, Demokratie anzuwenden. Partizipation  
 539 von SchülerInnen an Entscheidungen der Schule muss eine Leitlinie aller Schulen  
 540 sein. Deshalb ist eine konsequente Umsetzung der Drittelparität unerlässlich, um

- 541 SchülerInnen-Vertretungen das Mitbestimmungsrecht der SchülerInnen an Schulen  
542 institutionell zu verankern.
- 543 · Gendersensible Wertevermittlung muss für unsere gesamte Gesellschaft verstärkt  
544 werden. Durch sexistische Werbung in Medien oder abwertende Sprüche auf dem  
545 Schulhof, in denen Frauen lediglich ein Objekt darstellen, wird Heranwachsenden  
546 ein Frauenbild vermittelt, das eindimensional, abwertend und alle andere als gleich-  
547 gestellt ist. Für eine gendersensible und emanzipative Wertevermittlung muss das  
548 Bildungssystem eine tragende Rolle spielen.
- 549 · Es braucht dringend eine Reform des Wahlrechtes um möglichst viele Menschen an  
550 demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wer in Deutschland lebt, der sollte auch  
551 mitbestimmen dürfen und erhält somit das passive und aktive Wahlrecht sowohl auf  
552 kommunaler Ebene, als auch auf Landes- und Bundesebene. Außerdem treten wir  
553 für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre ein, damit diejeni-  
554 gen früh mit ihren demokratischen Rechten und Pflichten in Berührung kommen, die  
555 später mit politischen Entscheidungen leben müssen.
- 556 · Nirgendwo ist unsere demokratische Gesellschaft so lebendig und erfahrbar wie in  
557 der Vereinslandschaft. Sie bilden den wirksamsten Schutz gegen antidemokratische  
558 Strukturen. Der Staat darf sich dabei aber nicht aus seiner Verantwortung verabschie-  
559 den: Es war wichtig, dass die Bundesfördermittel im Programm „Demokratie leben“  
560 für kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus verdoppelt wur-  
561 den, aber es braucht dort auch eine langfristige Finanzierungsperspektive. Die Eta-  
562 blierung von demokratischen Netzwerken vor Ort dauert Jahre und darf nicht dem  
563 Wohlgefallen wechselnder Regierungskonstellationen ausgesetzt werden. Dazu wird  
564 eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung eingeführt.
- 565 · Besonders stark tritt der öffentliche Hass in sozialen Netzwerken zu Tage. In Pos-  
566 tings, Kommentaren oder Blog-Beiträgen werden vermehrt Menschen oder Men-  
567 schengruppen angegriffen, beleidigt oder bedroht. Dieser unregulierte Hass tritt  
568 nicht mehr nur in eher geschlossenen Räumen wie Foren oder Online-Chats auf, son-  
569 dern auch in aller Öffentlichkeit auf Twitter oder den Pinnwänden bei Facebook. Die  
570 gefühlte Anonymität der einzelnen TeilnehmerInnen führt zu einer vollkommenen  
571 Entgrenzung des Hasses und jegliche Hemmungen fallen. Der Hass wird jedoch nicht  
572 mehr nur unter Pseudonymen geteilt, sondern immer mehr unter den Klarnamen  
573 der jeweils Beteiligten. Diskussionen werden durch einen fehlenden direkten Kontakt  
574 zum Gegenüber entmenschlicht und entgrenzt. Die Hass-Postings übertreten hierbei  
575 häufig die Grenzen der Meinungsfreiheit. Straftatbestände der Beleidigung, Volksver-  
576 hetzung oder gar das Anstiften zu Straftaten sind anzutreffen. Obwohl hier eine kla-  
577 re Verletzung von geltendem Recht auftritt, unternehmen die Betreiber der Portale,  
578 etwa Facebook oder Twitter, nichts gegen diese Vorkommnisse. Die Unternehmen  
579 ziehen sich häufig hinter der Argumentation zurück, dass die Beiträge in ihrem Her-  
580 kunftsland (den USA) nicht illegal sind. Auch nach einer Meldung der Postings durch  
581 Nutzer wird nichts unternommen. Das rechtliche Mittel der Anzeige ist bei der Masse  
582 der Gesetzesverstöße mühselig und langwierig. Im Internet gelten die gleichen Geset-  
583 ze wie in der analogen Welt. Soziale Netzwerke sind mit öffentlichen Räumen gleich-  
584 zusetzen. De facto sind Äußerungen, die auf diesem Plattformen getätigt werden,  
585 mit Äußerungen in der analogen Öffentlichkeit gleich. Aus diesem Grund müssen sie  
586 auch gleich und konsequent verfolgt werden. In der Öffentlichkeit muss ein Bewusst-  
587 sein dafür geschaffen werden, dass es auch in sozialen Netzwerken eine Grenze zwi-  
588 schen Meinungsäußerungen und Straftaten gibt. Ein leichteres Anzeigen von online  
589 begangenen Straftaten kann hierbei ein erstes Schritt sein. Es müssen aber auch die  
590 Betreiber der Netzwerke verstärkt in die Pflicht genommen werden. Sie müssen dazu  
591 gedrängt werden, dass bei Meldungen oder Löschanträgen das nationale Recht be-  
592 achtet wird. Ein Zurückziehen hinter das nationale Recht des Herkunftslandes darf  
593 hierbei keine Ausrede mehr sein. Eine Lösung kann es nur europäisch geben.



594 · Dem Problem des Rechtsterrorismus wird zu wenig Beachtung geschenkt. Es braucht  
595 einen handlungsfähigen demokratischen Staat, der aus den rechtsterroristischen  
596 Verbrechen der letzten Jahre gelernt hat. Rechter Terror muss als solcher benannt  
597 und konsequent geahndet werden, wofür eine enge Zusammenarbeit der ermittelnden  
598 Behörden erforderlich ist. Dabei muss eine strenge demokratische, transparente  
599 und unabhängige Kontrolle gewährleistet sein. Auftretende Fälle von Rassismus  
600 und Menschenfeindlichkeit innerhalb der Behörden müssen ebenfalls demokratisch,  
601 transparent und unabhängig untersucht und sanktioniert werden können. Die vor  
602 uns liegenden Aufgaben sind groß und die politischen Debatten, die wir darüber führen  
603 müssen, werden schwierig. Aber es ist umso wichtiger: Die Zukunft Deutschlands  
604 und die Zukunft Europas darf nicht die Abschottung sein. Wir wollen eine offene, eine  
605 mutige, eine gerechte und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir  
606 kämpfen: Für eine gute Zukunft statt Grenzen.

# M4

**Titel** Geflüchtete\*r ist kein Job

**AntragstellerInnen** Berlin

---

## Geflüchtete\*r ist kein Job

1 In der heutigen Gesellschaft spielt Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle. Um aktiv am gesellschaftlichen Leben  
2 teilhaben zu können, ist daher ein einfacher Einstieg in den Berufs- und Ausbildungsmarkt unabdingbar. Doch  
3 insbesondere für Geflüchtete bestehen hier zu hohe Hürden, obwohl gerade ihnen mit besonderer Dringlich-  
4 keit der Arbeitsalltag zugänglich gemacht werden muss. Dies ist nicht nur durch den erleichterten Erwerb von  
5 Sprachfähigkeiten und sozialer Kontakte innerhalb eines Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisses be-  
6 dingt. Nur wer die Möglichkeit hat, am Arbeitsleben teilzuhaben, hat die Chance ein selbstbestimmtes Leben  
7 zu führen. Der Aufbau von zusätzlichen Hürden oder gar ein generelles Verbot, Erwerbsarbeit nachzugehen,  
8 bedeuten daher tiefe Einschnitte in das Leben Betroffener, die nicht hinnehmbar sind. Gerade jungen Men-  
9 schen wird aufgrund von mangelndem politischen Willen ein Einstieg in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt  
10 erschwert oder unmöglich gemacht. Auch das Asylpaket II hat die Probleme nicht behoben, sondern vielfach  
11 noch verstärkt. So wurden durch die bisherigen Maßnahmen wichtige Bausteine der persönlichen Entwicklung  
12 verwehrt und Perspektiven genommen.

13 Das Hauptproblem für einen Arbeitsmarktzugang ist ein ungeklärter Aufenthaltsstatus.

14 *Finanz- und Rechtsunsicherheit beseitigen*

15 Noch immer gibt es viel zu wenig Ausbildungsplätze für Geflüchtete. Hauptursache hierfür ist nicht nur der  
16 teils mangelnde Wille der Unternehmen Geflüchteten einen Ausbildungsplatz anzubieten. Vielmehr liegt die  
17 Ursache, laut Aussage einiger Unternehmen, in dem enorm hohen Aufwand, der mit der Einrichtung eines  
18 Ausbildungsplatzes für Geflüchtete einhergeht. Dieser wirkt oftmals abschreckend und trägt zu dem noch  
19 eher zurückhaltenden Engagement der Unternehmen bei. Die meisten UnternehmerInnen fühlen sich schlecht  
20 über die erforderlichen Bedingungen, Geflüchteten einen Ausbildungsplatz zu bieten, beraten. Aber auch die  
21 Geflüchteten selbst haben nur wenige Möglichkeiten, sich über Ausbildungsplätze und ihre Rechte innerhalb  
22 der Ausbildung zu informieren.

23 Handlungsbedarf besteht nicht nur bei der Aufklärung der Rechtslage gegenüber den potenziellen Ausbil-  
24 dungsunternehmen sowie in und außerhalb der Ausbildung, sondern auch im Blick darauf, dass Geflüchtete  
25 zwei Rechtskreisen zugeordnet sind. Für Asylsuchende und Geduldete gelten die Bestimmungen des SGB III  
26 in der Zuständigkeit der Arbeitsagenturen, während für Geflüchtete mit positiver Anerkennung des Asylge-  
27 suchts das SGB II im Zuständigkeitsbereich der kommunalen Jobcenter gilt. Wenn die Geflüchteten somit einen  
28 positiven Bescheid erhalten, kommt es zu einem Wechsel der Rechtskreise, was zum Abbruch von Förder-  
29 maßnahmen, wie der Ausbildungsplatzförderung, führen kann. Zudem werden durch den Wechsel erneute  
30 bürokratische Hürden aufgebaut, die eine erfolgreiche Integration sowohl in den Ausbildungs- als auch in  
31 den Arbeitsmarkt weiter erschweren. Wir fordern daher Behördenbremsen endlich abzubauen, indem eine  
32 zentrale Anlaufstelle für rechtliche Aufklärung und Betreuung einzurichten ist. Diese soll in Anlehnung an das  
33 Modell der Jugendberufsagenturen als zentrale Servicestelle für Geflüchtete und (Ausbildungs-) Unternehmen  
34 gestaltet sein.

35 Zudem ist die Begrenzung der Ausbildungsförderung auf 2018 für Geflüchtete mit BÜMA/Aufenthaltsgestat-  
36 tung oder mit dem Status der Duldung eine integrationspolitische Fehlentscheidung. Grundsätzlich lehnen wir  
37 das Konzept der Duldung und der damit einhergehenden Probleme ab. Laut dem Integrationsgesetz kann bis  
38 Ende 2018 die sogenannte Berufsbildungsbeihilfe beantragt werden, jedoch gibt es keine Rechtssicherheit die  
39 über den besagten Zeitraum hinausgeht. Den Unternehmen und Ausbildungsuchenden wird mit der 3+2 Re-  
40 gelung, die besagt, dass Geflüchtete für die 3 Jahre Ausbildung und weitere 2 Jahre in dem Unternehmen nicht

41 abgeschoben werden können, mehr Rechtssicherheit gewährt. Jedoch wird durch die begrenzte Förderung  
42 die Entscheidung, eine Ausbildung anzufangen, noch unattraktiver. Viele Geflüchtete haben ganze Familien zu  
43 versorgen und sehen somit ihre finanzielle Absicherung als wichtigstes Ziel an.

44 Daher fordern wir eine bessere Aufklärung durch die zu gründende zentrale Servicestelle über rechtliche Si-  
45 cherheiten und finanzielle Möglichkeiten (Finanzierungsmodelle), die besonderen Wert auf die gezielte Ver-  
46 mittlung von Ausbildungsplätzen legt. Wir fordern, dass finanzielle Förderung nicht nur für Fachkräfte bereit-  
47 gestellt werden und rechtssicher über den gesamten Ausbildungszeitraum hinweg eine finanzielle und soziale  
48 Absicherung ermöglichen. Wir sehen aber auch die Unternehmen in der Pflicht sich aktiver an der Schaffung  
49 von Ausbildungsplätzen zu beteiligen.

50 Wir fordern, dass Geflüchteten reale zukunftsgerichtete Perspektiven im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gebo-  
51 ten werden, die über das Jahr 2018 hinausgehen. Maßnahmen können nicht auf Grundlage der Legislatur-  
52 perioden der Bundesregierung zeitlich begrenzt werden, um mögliche Verlängerungen von Maßnahmen auf  
53 nachfolgende Regierungen zu verlagern. Wir fordern, dass die Erleichterung der Zugänge für den Ausbildungs-  
54 und Arbeitsmarkt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht als Wahlkampfeslogan verstanden wird. Daher  
55 setzen wir uns auch weiterhin für eine Ausbildungsplatzabgabe (Ausbildungsumlage) ein, die bereits seit dem  
56 Kölner Parteitag von 1996 Beschlusslage der SPD ist, jedoch nachwievor keine Anwendung in den deutschen  
57 Unternehmen findet.

#### 58 *Kinderbetreuung für Auszubildende ermöglichen*

59 Eine weitere Maßnahme sehen wir in der konsequenten Umsetzung einer angemessenen Kinderbetreuung  
60 auch für Geflüchtete, die sich für eine Ausbildung oder Studium entscheiden. Diese wird im Integrationsge-  
61 setz zwar für sogenannte Integrationskurse berücksichtigt, findet aber bisher in den Ausbildungsmaßnahmen  
62 keine Erwähnung. Somit werden insbesondere Alleinerziehende und geflüchtete Frauen\*, denen aufgrund  
63 geschlechterstereotypischer Rollenbilder Reproduktionsarbeit grundsätzlich zugeschrieben wird, bei der Öff-  
64 nung der Ausbildungsplätze benachteiligt. Eine Förderung der Kinderbetreuung insbesondere für Geflüchtete  
65 in Ausbildung und Studium sehen wir als essentiell an, um eine gleichberechtigte Inklusion aller Geflüchteter  
66 zu ermöglichen. Dabei soll die Kinder- und Jugendbetreuung für alle minderjährigen Geflüchteten offenste-  
67 hen.

#### 68 *Angebot der Sprachkurse ausbauen und fachspezifisch erweitern*

69 Um in einem deutschsprachigen Betrieb arbeiten zu können, ist es notwendig über ein gewisses Sprachni-  
70 veau zu verfügen. Insbesondere berufsqualifizierende Sprachkurse, die ihren Fokus auf die Vermittlung des  
71 im jeweiligen Berufsfeld benötigten Vokabulars richten, sind daher notwendig. Bisher ist das Angebot fachspe-  
72 zifischer Sprachkurse jedoch deutlich geringer als die Nachfrage nach ihnen. Wer keinen solchen Sprachkurs  
73 besuchen kann, hat jedoch kaum eine Möglichkeit, Arbeit als Fachkraft zu finden. Daher fordern wir, dass das  
74 Sprachkursangebot des BAMF ausgeweitet wird. Ferner müssen Möglichkeiten, einen Sprachkurs parallel zur  
75 Ausbildung besuchen zu können, erarbeitet und bestehende Modelle weiter ausgebaut werden. Unternehmen  
76 müssen die Teilnahmemöglichkeiten an den Sprachkursen sicherstellen. Überstunden dürfen nicht anfallen,  
77 um kein Hindernis für die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen zu sein. Eine durch das Asylpaket II  
78 eingeführte finanzielle Eigenbeteiligung an Sprachkursen lehnen wir ebenso wie Sanktionen bei Nichtteilnah-  
79 me ab.

#### 80 *Anerkennung von Abschlüssen entbürokratisieren und beschleunigen*

81 Menschen, die vor ihrer Flucht bereits in einem Beruf gearbeitet haben, sollten die Möglichkeit bekommen,  
82 auch nach ihrer Flucht in diesem Bereich Arbeit zu finden. Allerdings ist die Anerkennung von im Ausland  
83 gemachten Abschlüssen noch immer mit zahlreichen Problemen verbunden. Gerade Geflüchtete haben häu-  
84 fig nicht alle hierzu benötigten Papiere vorliegen und selbst wenn, ist die Anerkennung von Abschlüssen mit  
85 hohem bürokratischen Aufwand verbunden.

86 Die Anforderungen nach Original Zeugnissen von Geflüchteten aus Kriegsgebieten sind vollkommen unrealis-  
87 tisch. Dadurch ist eine Anerkennung von Abschlüssen an den Universitäten oder Ausbildungsbetrieben oftmals  
88 sehr langwierig, wenn nicht unmöglich. Daher sollen zukünftig auch Fotos und Fotokopien von Abschlüssen  
89 und Qualifikationen als Anerkennungsgrundlage genutzt werden können.

90 Die Anerkennung und die Nachweise von Abschlüssen müssen zukünftig möglichst einfach und unbürokra-

91 tisch möglich sein. Geflüchtete, deren Abschlüsse nicht anerkannt werden, sollten nicht den gesamten Ausbil-  
92 dungsprozess wiederholen müssen, sondern lediglich den Nachweis erbringen, dass sie die im Ausbildungs-  
93 prozess vermittelten Fähigkeiten beherrschen. Laut des BMBF, gibt es nun die Möglichkeit die Prüfungen in  
94 handwerklichen Ausbildungen bei den Handwerkskammern und Ausbildungen aus dem Bereich der gewerbli-  
95 chen Wirtschaft bei den Industrie- und Handelskammer abzulegen. In einem mehrtägigen Test wird das Wissen  
96 des/der Geflüchteten getestet, um so seine/ihre Abschlüsse nachzuweisen. Bestandteil dieser so genannten  
97 Qualifikationsanalyse sind beispielsweise ein Fachgespräch oder eine Probearbeit in einem Betrieb durch den  
98 die Kompetenzen praktisch nachgewiesen werden sollen.

99 Wir unterstützen die Möglichkeit bereits vorhandene Qualifikationen erneut nachweisen zu können, sehen  
100 jedoch bei dem vorliegende Konzept noch Lücken, die es zu schließen gilt. Zwar können durch diese so ge-  
101 nannten Tests handwerkliche Berufe nachgewiesen werden, andere Berufsgruppen lassen sich mit dieser Me-  
102 thode jedoch schwer testen. Desweiteren erfolgt die Qualifikationsanalyse in deutsch und die Kosten für die  
103 Analyse, wie auch eine/n DolmetscherIn müssen vorher beantragt werden. Zudem obliegt die Anerkennung  
104 von Berufsabschlüssen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen. So regelt das Anerkennungsgesetz des Bun-  
105 des nicht die Berufe, für die die Länder zuständig sind, wie zum Beispiel Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen,  
106 Ingenieure und Architekten. Für diese Berufe wird die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch  
107 Ländergesetze geregelt. Erneut werden hier große bürokratische Hürden aufgebaut, die eine Anerkennung  
108 von Abschlüssen enorm erschweren.

109 Wir sehen die Länderkompetenz zur Anerkennung von ausländischen Ausbildungs- und Berufsabschlüssen  
110 (die so genannten Länder-Anerkennungsgesetze) als sehr kritisch. Diese bieten, wie bereits bei den Länder-  
111 Ausnahmen der Vorrangprüfung, große Spielräume für Benachteiligungen und Verletzungen des Gleichheits-  
112 prinzipis, dass allen die gleichen Chancen auf Anerkennung ihrer Abschlüsse gewähren sollte. Wir fordern da-  
113 her, dass die Tests länderübergreifend vereinheitlicht werden. Dazu sollen der Deutsche Industrie- und Han-  
114 delskammertag (Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern) und der Zentralverband des Deut-  
115 schen Handwerks gemeinsam mit Berufsschulen, Gewerkschaften und weiteren Akteuren auf dem Gebiet  
116 der beruflichen Ausbildung angeregt werden, einheitliche Tests und Standards zu konzipieren und über die  
117 Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern umzusetzen.

118 Weiterhin fordern wir, dass nicht nur bereits geleistet Abschlüsse anerkannt, sondern auch Angebote für Nach-  
119 qualifikationen geschaffen werden, um so mit gerechte Zukunftschancen zu ermöglichen. In Bezug auf die in  
120 deutsch stattfindende Qualifikationsanalyse fordern wir auch, dass Geflüchteten die Möglichkeit gegeben wird,  
121 den Test zur Anerkennung der vorhandenen Berufsabschlüsse bei Bedarf zu wiederholen.

#### 122 *Bessere Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote anbieten*

123 Es gibt bereits verschiedene Projekte der Bundesagentur für Arbeit, die auf dem Modellprojekt "Early Inter-  
124 vention" aufbauen. Ziel des Projektes war es, Geflüchteten bereits während des laufenden Asylverfahrens bei  
125 der Abschlussanerkennung zu helfen, sowie die Geflüchteten in Arbeitsförderungsmaßnahmen einzubeziehen  
126 und entsprechend ihrer beruflichen Potenziale in den regulären Arbeitsmarkt und in Ausbildungsmöglichkei-  
127 ten zu vermitteln. Eines davon ist das Projekt „Perspektiven für Flüchtlinge“ (PerF), das Geflüchteten einen  
128 frühzeitigen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Parallel dazu soll berufsbezogener Sprachunterricht  
129 erfolgen. Dies ist ein Fortschritt und eine gute Entwicklung die Inklusion in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt  
130 zu beschleunigen und ein besseres Vermittlungs- und Qualifizierungsangebot anzubieten. Jedoch sind die bis-  
131 her geschaffenen berufsbezogenen Sprachangebote bei weitem noch nicht genug, um dem vorhandenen Be-  
132 darf gerecht zu werden. Die Projekte sind bisher auf ein minimales Volumen ausgelegt. Für 2016 ist gerade  
133 mal eine Kapazität von 6.000 bis 6.500 TeilnehmerInnen vorgesehen, was nicht im entferntesten die Zahl der  
134 benötigten Stellen abdeckt.

135 Zudem müssen für alle Geflüchteten gleichermaßen die Möglichkeiten der Abschlussanerkennung sowie der  
136 Arbeitsförderungsmaßnahmen gelten. Die minimalen Volumen der angebotenen Projekte macht eine faire,  
137 gerechte und solidarische Unterstützung unmöglich. Auch hier gilt: alle müssen gleichen Zugang zu den Ange-  
138 boten haben, ansonsten wird das soziale Ungleichgewicht nur weiter verschärft und wir verpassen die Chance,  
139 den Menschen eine gute Perspektive auf dem Arbeitsmarkt ohne jegliche sozialrechtliche Benachteiligung zu  
140 ermöglichen. Daher fordern wir den sofortigen Ausbau der Anerkennungs- und Arbeitsförderungsmaßnah-  
141 men und berufsbezogenen Sprachkursen. Dabei mindern wir mit unserer Forderung keineswegs die Bedeu-  
142 tung von allgemeinen Sprachkursen ab.

143 *Vorrangprüfung konsequent abschaffen*

144 Geflüchtete werden häufig in Jobs gedrängt, die sie persönlich nicht für sich gewählt hätten. Einer der Ursachen  
145 hierfür war in der Vergangenheit vor allem die Vorrangprüfung. Wir konzentrieren uns in diesem Abschnitt auf  
146 die Problematik der Vorrangprüfung, wissen jedoch aus persönlichen Erfahrungen mit Geflüchteten, dass wei-  
147 tere Faktoren eine Rolle spielen. So trägt beispielsweise auch die Nicht-Anerkennung von Berufsabschlüssen  
148 und die Wohnsitzauflage, wie auch Residenzpflicht dazu bei, Geflüchteten den Zugang zu den qualitativ guten  
149 Ausbildungsplätzen mit Perspektive zu erschweren.

150 Die Vorrangprüfung besagt, dass Personen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung ein Arbeitsverhältnis nur  
151 antreten dürfen, wenn die Arbeitsagentur diesem ausdrücklich zustimmt. Im Regelfall geschieht dies nur, wenn  
152 nachgewiesen wurde, dass es keine Bewerbungen von EU-BürgerInnen gibt, die für den betreffenden Job ge-  
153 eignet wären. Einige Berufe sind von dieser Regelung ausgenommen, beispielsweise Kranken- und Altenpflege.  
154 Dieses Vorgehen verurteilen wir. Wer in Deutschland Arbeit sucht, soll die Möglichkeit dazu bekommen- und  
155 zwar unabhängig davon, ob er/sie eine Aufenthaltserlaubnis, eine Duldung oder die deutsche StaatsbürgerIn-  
156 nenschaft besitzt.

157 Mit dem Integrationsgesetz wurde die Vorrangprüfung befristet für drei Jahre bei

158 Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie geduldeten Geflüchteten ausgesetzt. Jedoch können die Bundes-  
159 länder selbst bestimmen, in welchen Regionen die Regelung zum Tragen kommt, um Spannungen in Regionen  
160 mit hoher Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das wiederum nutzten sowohl CDU/CSU gesteuerte Bundesländern  
161 wie Bayern, als auch im Wahlkampf befindenden Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, um ein Aussetzen  
162 der Vorrangprüfung zu verhindern.

163 Das immer wieder aufkommende Argument der Vermeidung von Spannungen zwischen Geflüchteten und  
164 Langzeitarbeitslosen, vor allem in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, ist nachweislich ein Scheinargument.  
165 ExpertInnen haben wiederholt bestätigt, dass sich die angesprochenen Gruppen vorwiegend nicht in den  
166 gleichen Berufsgruppen wiederfinden würden. Besonders dann nicht, wenn Geflüchtete durch bessere und  
167 schnellere Anerkennung ihrer bereits erlernten Qualifikationen in ihre Ursprungsberufe zurückkehren kön-  
168 nen. Zudem wäre selbst bei einer Überschneidung der Berufsgruppen das Gleichheitsprinzip durchzusetzen.  
169 Jede/r BewerberIn – egal welcher Staatsangehörigkeit – muss die gleiche Chance erhalten, sich im Bewerbungs-  
170 prozess aufgrund seiner/ihrer Qualifikationen durchzusetzen. Die Argumentation des "Wettbewerbs" zwischen  
171 Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten halten wir daher für Augenwischerei, die für rechte Argumentationen  
172 rassistische und diskriminierende Grundlage gegen Geflüchtete liefert.

173 Daher fordern wir, dass die Vorrangprüfung endgültig – ohne jegliche zeitliche Begrenzungen oder Ausnahmen  
174 der Bundesländer – Deutschlandweit abgeschafft wird. Denn sie widerspricht sämtlichen jungsozialistischen  
175 Grundsätzen!

176 *Wohnsitzauflage und Residenzpflicht müssen abgeschafft werden*

177 Wir halten weiterhin an unserem Grundsatz fest, die Wohnsitzauflage wie auch die Vorrangprüfung komplett  
178 abzuschaffen. Die angebotenen Ausnahmen führen auch weiterhin noch zu einem herum geschachere, bei  
179 dem Geflüchtete nur verlieren können, denn kein/e ArbeitgeberIn wird monatelang auf den Abschluss des  
180 Vorgangs und damit der Genehmigung des Wohnsitzwechsels warten.

181 Ebenso machen wir erneut deutlich, dass wir die Residenzpflicht wie die Wohnsitzauflage verurteilen und ihre  
182 sofortige Abschaffung fordern.

183 Durch die Möglichkeit, jederzeit abgeschoben werden zu können, leben viele Geflüchtete in großer Unsicher-  
184 heit. Dies wirkt sich auch auf ihren Arbeitsalltag aus. Wir Jusos fordern nach wie vor, dass generell niemand  
185 abgeschoben wird. Insbesondere aus festen Arbeitsverhältnissen sollte in keinem Fall abgeschoben werden  
186 können. Dies ist ein erster, wichtiger Schritt, um Sicherheit für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zu  
187 schaffen.

188 **Zusammengefasst möchten wir die folgenden Forderungen hervorheben, die den Zugang zum**  
189 **Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Geflüchtete erleichtern sollen:**

190 *Finanz- und Rechtsunsicherheit beseitigen:*

191 • Wir fordern Behördenbremsen endlich abzubauen und eine bessere Aufklärung über rechtliche Sicher-  
192 heiten und finanzielle Möglichkeiten, sowie Förderungen, indem eine zentrale Anlaufstelle für rechtli-  
193 che Aufklärung und Betreuung eingerichtet wird. Diese soll in Anlehnung an das Modell der Jugend-  
194 berufsagenturen als zentrale Servicestelle für Geflüchtete und (Ausbildungs-)Unternehmen gestaltet  
195 sein.

196 • Wir fordern Unternehmen auf sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich aktiv an der Schaffung von  
197 Ausbildungsplätzen zu beteiligen.

198 • Wir fordern, dass Geflüchteten reale zukunftsgerichtete Perspektiven im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt  
199 geboten werden, die über das Jahr 2018 hinausgehen.

200 *Kinderbetreuung für Auszubildende ermöglichen:*

201 • Wir fordern eine angemessenen Kinderbetreuung für alle Auszubildenden unabhängig ihrer Staatsan-  
202 gehörigkeit, da wir diese als essentiell ansehen, um eine gleichberechtigte Inklusion aller, insbesondere  
203 von Geflüchteten, zu ermöglichen.

204 *Angebot der Sprachkurse ausbauen und fachspezifisch erweitern, sowie bessere Vermittlungs- und Qualifizierungs-*  
205 *angebote anbieten*

206 • Wir fordern dass das Sprachkursangebot des BAMF sowohl von der Anzahl der Sprachkurse her, als  
207 auch von der Art der Kurse weiter ausgeweitet wird. Die Möglichkeiten einen Sprachkurs parallel zur  
208 Ausbildung besuchen zu können, müssen für alle Ausbildungswege ermöglicht und bestehende Model-  
209 le weiter ausgebaut werden. In der Ausbildung sollte die Sprachkurse dabei idealerweise im Rahmen  
210 des Berufsschulbesuchs stattfinden.

211 *Anerkennung von Abschlüssen entbürokratisieren und beschleunigen:*

212 • Wir fordern einen einheitlichen Test im Gegensatz zu der aktuellen länderspezifischen Qualifikations-  
213 analyse, der möglichst vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Zentralverband des  
214 Deutschen Handwerks und weiteren ausbildungspolitischen AkteurInnen länderübergreifend entwi-  
215 ckelt und durchgesetzt wird und so dem einheitlichen Nachweis von Ausbildungs- und Berufsabschlüs-  
216 sen dient. In Bezug auf die in Deutsch stattfindende Qualifikationsanalyse fordern wir auch, dass Ge-  
217 flüchteten die Möglichkeit gegeben wird, den Test zur Anerkennung der vorhandenen Berufsabschlüs-  
218 se bei Bedarf zu wiederholen.

219 • Weiterhin fordern wir, dass nicht nur bereits geleistet Abschlüsse anerkannt, sondern auch Angebote  
220 für Nachqualifikationen geschaffen werden, um so mit gerechte Zukunftschancen zu ermöglichen.

221 *Vorrangprüfung konsequent abschaffen:*

222 • Wir halten weiterhin an unserem Grundsatz fest, die Wohnsitzauflage wie auch die Vorrangprüfung  
223 komplett abzuschaffen.

224 • Wir fordern ein bedingungsloses Bleiberecht für alle Geflüchteten.

# N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

## N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N1	Baden-Württemberg	Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital	85
N3	Brandenburg	Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube	93

# N1

**Titel** Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital

**AntragstellerInnen** Baden-Württemberg

## Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital

1 Unsere Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur befinden sich in einem globalen und tiefgreifenden Um-  
2 bruch: Die digitale Revolution hat unser Leben in kürzester Zeit tiefgreifend verändert. Dabei gelingt es der  
3 Politik aktuell nicht, diesen rasanten Prozess zu steuern. Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisie-  
4 rung aller Lebensbereiche liegen dabei oft nah beieinander.

5 Die Realität ist den nötigen, tiefgreifenden Reformprozessen voraus. Wir Jusos haben den Anspruch, die Digi-  
6 talisierung politisch zu gestalten. Wir wollen Antworten darauf geben, wie unser Verständnis einer gerechten,  
7 freien und solidarischen Gesellschaft im digitalen Zeitalter aussieht. Dabei ist die Politik in der Pflicht, Regeln  
8 und Gesetze zu schaffen, damit durch das Internet nicht das Recht des/der Stärkeren Einzug erhält

9 Es braucht eine neue Ordnung, die den Schutz von BürgerInnenrechten und der Freiheit jedes/jeder Einzelnen  
10 auch in Zeiten von großflächiger Datenerhebung gewährleistet. Der Wandel der Arbeitswelt geht mit konkreten  
11 Chancen und Risiken für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen einher und auch die Art und Weise unseres  
12 Wirtschaftens steht mit der Vernetzung und Industrie 4.0 vor tiefgreifenden Veränderungen. Es muss gelingen,  
13 die Menschen bei dieser Entwicklung nicht außen vor zu lassen und durch Bildung und Vorbereitung für die  
14 digitale Welt zu wappnen. Hierfür wollen wir Jusos unsere Antworten geben, mit denen wir diesen politischen  
15 Prozess gestalten können.

16 Dabei wissen wir: Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik, ob bei BürgerInnenrechten, der Arbeit, Wirtschaft oder  
17 Bildung – verschiedenste Reformen müssen in Gang gesetzt werden, um ein Leben in Freiheit und Gerechtig-  
18 keit zu ermöglichen.

### 19 **BürgerInnenrechte und Demokratie 4.0**

20 Für uns Jusos ist klar: Mit der Digitalisierung haben sich die Anforderungen an unsere grundlegenden Rech-  
21 te und Freiheiten verändert. Wir Jusos stehen für eine vernetzte Gesellschaft, in der unveräußerliche Rechte  
22 die Teilhabe für alle Menschen gewährleisten werden müssen. Deshalb sprechen wir Jusos uns für einen un-  
23 einschränkbareren Rechtsanspruch auf Internetzugang aus. Jeder Mensch muss die Hoheit über seine eigenen  
24 Daten beibehalten und hat einen Anspruch auf Datensouveränität. Dabei ist unser Anspruch als Jusos, die  
25 Selbstbestimmtheit und Freiheit auch in Zeiten von Algorithmen zur NutzerInnenanalyse und zielgerichteten  
26 Verhaltensvorhersage zu gewährleisten. Wir stehen für ein Internet, in dem Meinungsfreiheit und -pluralität  
27 genauso gewährleistet werden wie der Schutz vor Hass, Hetze und Beleidigung und die konsequente Strafver-  
28 folgung von im Besonderen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Internetkriminalität.

29 Mit der Digitalisierung entstehen neue Herausforderungen, für eine gerechte Teilhabe an der digitalen  
30 Wertschöpfung zu sorgen und gleichzeitig das Netz als neutralen Raum zu verstehen, in dem ein Kräftegleich-  
31 gewicht zwischen den einzelnen AkteurInnen gewährleistet sein muss und kein Recht des Stärkeren vorherr-  
32 schen darf.

33 Zu einer gerechten Gesellschaft gehört für uns Jusos allerdings auch das Recht darauf, zwischen digitaler und  
34 analoger Welt zu wählen. Deshalb muss die Teilhabe an unserer Gesellschaft, am Arbeitsleben und der Kultur  
35 auch weiterhin den Menschen offen stehen, die an der digitalen Gesellschaft nicht teilhaben können oder  
36 wollen.

### 37 **Meine Daten gehören mir – Datensouveränität gewährleisten**



38 Für uns Jusos ist klar: Jeder Mensch hat das Recht über seine persönlichen Daten selbst zu bestimmen. Die  
39 Daten gehören nicht dem Unternehmen, das diese sammelt, sondern dem Verbraucher oder der Verbrau-  
40 cherin.

41 Deswegen treten wir für das Recht jedes Verbrauchers und jeder Verbraucherin ein, auf Wunsch alle erhobe-  
42 nen personenbezogenen Daten in einem offenen, standardisierten Format bei einem Anbieter herunterzula-  
43 den und bei Bedarf vollständig löschen zu lassen. Damit wird nicht nur ein AnbieterInnenwechsel erleichtert,  
44 sondern auch die Privatsphäre gestärkt.

45 Wir sprechen uns für eine gesetzliche Regelung aus, die gewährleistet, dass NutzerInnen über das Speichern,  
46 Verwenden, Verarbeiten sowie die Art und Weise des Umfangs leicht verständlich und vollständig informiert  
47 werden müssen. Daher fordern wir Jusos, dass alle NutzerInnen regelmäßig vom Unternehmen, das die Daten  
48 sammelt, einen Datenbrief, optional in Papierform, erhalten. Für uns ist klar: Die Kosten für einen Datenbrief  
49 dürfen nicht auf die NutzerInnen abgewälzt werden.

50 Wir fordern außerdem, dass erhobene Daten mit Personenbezug einer strengen Zweckbindung unterliegen.  
51 Das bedeutet, dass ausschließlich Daten mit expliziter Zustimmung der NutzerInnen für den genannten Zweck  
52 genutzt werden dürfen. Sie dürfen nur nach Zustimmung an Dritte weitergeleitet werden. Es dürfen keine Da-  
53 ten ohne Zustimmung erhoben werden. Jegliche personenbezogenen Daten, die ohne Zustimmung erhoben  
54 werden, müssen vernichtet werden und dürfen nicht genutzt werden.

55 Um zu gewährleisten, dass Daten mit Personenbezug nicht dauerhaft verfügbar sind, fordern wir ein gesetzlich  
56 verankertes Recht auf Vergessenwerden. Personenbezogene Daten sollen sich automatisch nach drei Mona-  
57 ten löschen – außer der Nutzer wünscht es anders. Dieser Mechanismus soll jedoch, wie alle anderen Privat-  
58 sphäreinstellungen nicht erst vom Nutzer eingestellt, sondern schon als Grundeinstellung nach dem Privacy-  
59 by-Default-Prinzip bestehen. Das Privacy-by-Design-Prinzip soll für InternetdienstleisterInnen zur Pflicht wer-  
60 den. Daher begrüßen wir die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Datenschutzgrundverordnung.

61 Ein Recht auf Vergessenwerden darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, Meinungsfreiheit im Internet ein-  
62 zuschränken – hier gilt es einen Ausgleich zwischen Persönlichkeitsrecht und Recht auf freie Meinungsäuße-  
63 rung zu finden. In Streitfällen sollen Gerichte über Löschungen entscheiden, anstatt, wie bisher, die jeweiligen  
64 Unternehmen.

65 Das Sammeln und Auswerten von Daten nimmt für Unternehmen einen immer höheren wirtschaftlichen Wert  
66 ein. Die durch die NutzerInnengemeinschaft erzeugten Daten kommen in teils unverhältnismäßigem Ausmaß  
67 den Unternehmen zugute, während VerbraucherInnen und die Öffentlichkeit nicht ausreichend profitieren.  
68 Das Sammeln von Daten bringt auch für die Unternehmen eine große Verantwortung mit sich. Wir wollen des-  
69 wegen Daten sammelnde Unternehmen dazu verpflichten, jährlich zu veröffentlichen, wie sie für den Schutz  
70 der Daten der VerbraucherInnen Sorge tragen.

71 Für uns Jusos stellen personenunabhängige Daten allerdings ein Allgemeingut dar, ihre Nutzung darf der Öff-  
72 fentlichkeit nicht vorenthalten werden. Deshalb sprechen wir Jusos uns für eine rechtlich bindende Verpflich-  
73 tung aus, anonymisierte NutzerInnendaten nach einer angemessenen Zeit der Allgemeinheit für private wie  
74 wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, ohne dass entsprechende Zugangsbarrieren einen Zugriff  
75 erschweren. Dieses Open Data-Prinzip soll für Unternehmen wie Behörden gleichermaßen gelten.

#### 76 **Staatliche Aufgabe: Datenschutz statt Datenmissbrauch**

77 Auch der Staat sammelt immer mehr Daten über seine BürgerInnen. Wir Jusos sind uns bewusst, dass dies  
78 zu einem gewissen Anteil auch gerechtfertigt ist, um bestmöglich das Zusammenleben zu regeln und Abläufe  
79 effizient gestalten zu können. Doch sind es insbesondere diese Daten, die den BürgerInnen gehören. Eine  
80 ökonomische Nutzung personenbezogener Daten durch den Staat lehnen wir daher ab.

81 Insbesondere höchstpersönliche Daten sind für uns Jusos besonders schützenswert. Pauschale Einschränkun-  
82 gen und Eingriffe in die persönlichen Sphären dürfen deshalb niemals flächendeckend und pauschal erfolgen,  
83 sondern müssen Ausnahmen unter strengen Auflagen bleiben. Hierbei müssen insbesondere die Grundrechte  
84 wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt werden.

85 Wir Jusos wissen: Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit. Deswegen lehnen wir Überwachung, au-  
86 ßer im begründeten Verdachtsfall, ab. Staatlicher Überwachung stehen wir kritisch gegenüber. Deshalb lehnen

87 wir die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung auch weiterhin ab und sprechen uns für eine Abschaf-  
88 fung der Speicherpflicht und für eine Höchstspeicherfrist von Verbindungsdaten aus. Niemals darf ein Nach-  
89 richtendienst oder Verfassungsschutz unbeschränkt auf die akkumulierten Daten zugreifen können.

90 Außerdem fordern wir eine Aufwertung der Datenschutzbeauftragten in Land und Bund gegenüber öffentli-  
91 chen Einrichtungen und den Sicherheitsbehörden, um Kontrolle zu üben und die Öffentlichkeit informiert zu  
92 halten.

93 128

94 Ein starker Schutz für Whistleblower, also Personen, die Missbrauch aufdecken und damit häufig ein hohes  
95 persönliches Risiko eingehen, kann hier ein ähnlich mächtiges Instrument sein.

#### 96 **Globale Digitalisierung – Das Netz endet nicht an der Grenze**

97 Das Internet endet nicht an Landesgrenzen. Damit entstehen neue Herausforderungen für die Politik, globale  
98 Lösungen für Fragen des Datenschutzes, den Schutz des Urheberrechts aber auch für die Vermeidung von  
99 Internetkriminalität und staatlich lancierten Cyberangriffen zu finden.

100 Wir Jusos sprechen uns daher für eine umfassende bilaterale und multilaterale Verhandlungsagenda der Eu-  
101 ropäischen Union aus, die flächendeckende, verbindliche Datenschutzabkommen zum Ziel haben soll. Um  
102 transparente Kriterien für bi- oder multilateralen Datenaustausch zu definieren, soll ein offizieller Anforde-  
103 rungskatalog der Bundesrepublik definiert und durchgesetzt werden. Für uns ist dabei klar: Wenn grundle-  
104 gende Standards in Bezug auf Datenschutz von höchstpersönlichen Daten von BürgerInnen vor Staaten und  
105 Unternehmen nicht gewährleistet sind, müssen auch Abkommen, beispielsweise im Bereich des freien Han-  
106 dels, auf den Prüfstand gestellt werden. Datenschutzabkommen dürfen dabei nicht aus ökonomischen oder  
107 außenpolitischen Erwägungen verhandelt werden. Auch der Zugang zum Internet muss international für alle  
108 Menschen zugänglich sein. Um diese internationale Gleichberechtigung zu erreichen fordern wir daher, dass  
109 der Ausbau des Internets, sowie die Verteilung internetfähiger Geräte durch internationale Entwicklungspro-  
110 jekte von Deutschland und der EU unterstützt bzw. gefördert werden.

111 Langfristig muss eine internationale digitale Grundrechtscharta das Ziel sein, in der sich Staaten auf grundle-  
112 gende Freiheiten, Datenschutz und Ablehnung von Zensur verständigen.

113 Für einen uneingeschränkten Zugang zum Internet, sollte es verboten werden, Inhalte auf ein Land zu redu-  
114 zieren und so deutsche BürgerInnen im Ausland und BürgerInnen andere Länder von diesen Inhalten auszu-  
115 schließen.

#### 116 **Digitalisierung in Europa**

117 Auch auf europäischer Ebene gilt es, einheitliche Regeln für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu  
118 formulieren. Die Novellierung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung halten wir Jusos für einen  
119 längst überfälligen Schritt, um persönliche Daten von EU-BürgerInnen besser zu schützen und das massenhaf-  
120 te Sammeln dieser einzuschränken. Wir setzen uns jedoch für eine weitere Verschärfung dieser ein. Auch auf  
121 europäischer Ebene muss eine Datensouveränität für jeden BürgerIn gewährleistet werden und ein umfassen-  
122 des Auskunftsrecht für alle NutzerInnen bestehen. Deshalb soll auch auf europäischer Ebene die Einführung  
123 eines Datenbriefs geprüft werden.

124 Die durch die EU verhandelten Datentransfers sensibler Daten, wie etwa Fluggastdaten zu Staaten der so-  
125 genannten „Five Eyes“, lehnen wir ab, solange ein Eingriff in Grundrechte europäischer BürgerInnen durch  
126 Geheimdienste dieser Staaten nicht glaubwürdig ausgeschlossen werden können. Dabei ist für uns klar: Da-  
127 tenaustausch muss strengen Kriterien unterliegen und darf zu keiner anlasslosen Massenüberwachung füh-  
128 ren.

129 Das zwischen den USA und der EU verhandelte Abkommen „Privacy Shield“ halten wir aktuell für unzureichend.  
130 Erst wenn sichergestellt werden kann, dass das Datenschutzniveau in den USA unseren Mindestansprüchen  
131 genügt, kann ein derartiges Abkommen in Kraft treten. Für EU-BürgerInnen muss es einen effektiven Rechts-  
132 schutz für Beschwerden gegenüber Geheimdiensten und Unternehmen geben, die diese strengen Kriterien  
133 nicht einhalten.

#### 134 **Demokratie online – direkter, transparenter, verständlicher**

135 Auch vor Ort sehen wir die Digitalisierung als große Chance, jedem Bürger und jeder Bürgerin den Zugang zu  
136 Informationen einfacher zu ermöglichen und mehr Transparenz für politische Entscheidungen zu erreichen.  
137 Außerdem bietet sie die Möglichkeit, mehr Menschen in den politischen Prozess miteinzubeziehen. Für uns ist  
138 dabei jedoch klar: Demokratische Standards müssen auch im digitalen Zeitalter eingehalten werden.

### 139 **Smart Grid – Energiepolitische Zukunft gestalten**

140 Auch die Energiewende kann von der Digitalisierung nicht ausgenommen werden. Wir Jusos sprechen uns für  
141 eine Stärkung von intelligenten Stromnetzen, den sogenannten „Smart Grid“, aus, gleichwohl erkennen wir,  
142 dass damit auch Risiken und Nachteile für VerbraucherInnen einhergehen können. Nichts desto trotz bietet  
143 ein Smart Grid auch gewaltige Chance, die Energiewende intelligent zu gestalten.

144 So ist es möglich, über ein Smart Meter intelligente Endgeräte anzusteuern damit diese dann laufen, wenn der  
145 Strom günstig ist, oder das Netz dies zulässt. Insbesondere im Bezug einer erwarteten stärkeren Verbreitung  
146 von Elektroautos und anderen Elektromobilen wird man an gesteuerten Ladesäulen nicht umhin kommen,  
147 wenn der Netzausbau im Niederspannungsnetz Verhältnismäßig bleiben soll. Langfristig ist zu hinterfragen,  
148 ob persönliche Kraftfahrzeuge überhaupt eine Zukunft haben.

149 Eine dezentrale Energieversorgung macht auch eine Dezentrale Datenerhebung unerlässlich. Wichtig ist hier-  
150 bei, dass die gesammelten Informationen Sicher Sind. Sicher im Sinne, der Ausfallsicheren Übertragung, als  
151 auch Sicher vor dem Zugriff unbefugter. Um die Gefahr, aus Informationen über den Stromverbrauch Rück-  
152 schlüsse auf den Alltag der VerbraucherInnen schließen zu können müssen Persönliche Daten so weit es geht  
153 anonymisiert und gesammelt übertragen werden.

### 154 **Privatsphäre schützen**

155 Durch intelligente Messsysteme können teils sehr detaillierte Rückschlüsse über das Verhalten der Konsumen-  
156 tInnen gezogen werden. Gleichwohl sind sie Voraussetzung für einen wirkungsvollen Ausbau von Smart Grid.  
157 Die Nutzung der Daten darf daher nur unter strengen Auflagen und anonymisiert erfolgen. Außerdem muss  
158 geprüft werden, ob ausschließlich gebündelte Datensätze mehrerer VerbraucherInnen übertragen werden  
159 können, in denen Daten von mehreren Haushalten über eine kurze Zeitspanne oder Daten eines einzelnen  
160 Haushalts über eine größere Zeitspanne zusammengefasst werden.

### 161 **Forschung als Investition**

162 Wir begrüßen die verschiedenen Initiativen des Landes, wie beispielsweise das Förderprogramm „Smart Grids-  
163 Forschung – digital vernetzt“, um in die weitere Erforschung der Potenziale und konkreten Umsetzungsmög-  
164 lichkeiten des Smart Grids zu investieren. Besonders in sicherheitssensiblen Bereichen ist eine genaue tech-  
165 nische Kenntnis von großer Bedeutung, um die Gefahr von Systemausfällen zu minimieren. Wir Jusos unter-  
166 stützen die Idee des Smart Grid. Gleichwohl muss ausführlich geprüft werden, ob eine Einführung intelligenter  
167 Messsysteme in Deutschland mit einem verhältnismäßigen Mehrwert verbunden ist. Erst wenn dieser Mehr-  
168 wert sichergestellt ist und der Datenschutz flächendeckend gewährleistet werden kann, halten wir die Aus-  
169 breitung intelligenter Messsysteme für sinnvoll.

170 Bisherige Regelungen verpflichten Haushalte erst ab einem Jahresverbrauch von mehr als 6000 kWh zu einem  
171 Einbau intelligenter Messsysteme. Nach Planungen der Bundesregierung soll der Ausbau dieser aber weiter  
172 vorangetrieben werden. Wenn ein Nutzen des Ausbaus der Systeme erkennbar ist, begrüßen wir zwar deren  
173 Verbreitung, für uns ist aber klar, dass die finanzielle Belastung dabei nicht einseitig bei MieterInnen landen  
174 darf. Selbst wenn sich ein Einbau rechnet, müssen private VerbraucherInnen ein Widerspruchsrecht, auch  
175 beim sogenannten „optionalen Einbau“, haben.

### 176 **Smart Cities fördern**

177 Die digitale Revolution wird auch die Städte der Zukunft nachhaltig prägen. Seien es Verkehrsdaten oder an sta-  
178 tistische Daten angepasste Polizeistrategien; die Smart City ist längst keine Utopie mehr. Wir Jusos sehen viele  
179 dieser Entwicklungen als sehr positiv an. Die Smart City ist eine Vision, deren Umsetzung auch finanziell deut-  
180 lich stärker gefördert werden muss. Wir wollen den Wandel der Städte konstruktiv begleiten; ein besonderes  
181 Augenmerk soll dabei jedoch auch auf der Privatsphäre der BürgerInnen liegen. Da die Smart City Dreh- und  
182 Angelpunkt der Digitalisierung sein wird, fordern wir die verstärkte Unterstützung von Modellstädten durch  
183 den Bund, dabei dürfen jedoch auch ländliche Regionen nicht außen vor bleiben. Ein integraler Bestandteil von  
184 „Smart City“ ist die effiziente, emissionsarme und kostengünstige Mobilität. Dies betrifft sowohl den individual,

185 als auch den öffentlichen Verkehr. Der Individualverkehr kann durch den Einsatz von intelligenten Systemen  
186 gezielt gesteuert werden, wodurch Verkehrsprobleme ohne den Neubau von Straßen beseitigt werden kön-  
187 nen indem die bestehende Infrastruktur effizienter genutzt wird. In den letzten Jahren wurde die Aufstellung  
188 von Verkehrsleitsystemen und den Umbau von Ampelanlagen mit verkehrsabhängiger Steuerung in Angriff  
189 genommen, dies begrüßen wir ausdrücklich. Dennoch müssen weitere Schritte unternommen werden. Dabei  
190 gilt zu prüfen, in wie weit private Navigationssysteme miteingeschlossen werden können, da diese einer effi-  
191 zienten Verkehrssteuerung durch individuell vorteilhafte Wegeberechnungen entgegenwirken. Wir erkennen  
192 die Chancen, die durch eine Digitalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs entstehen, diesen indivi-  
193 dueller zu gestalten. Durch eine anonyme Datenerhebung können die bisherigen Systeme an die Bedürfnisse  
194 angepasst werden. Darüber hinaus erlaubt sie die Möglichkeit, spontane, bedarfsgerechte Verkehrsangebote  
195 bereitzustellen, wie zum Beispiel zusätzliche Busse oder Bahnen und auf der anderen Seite auch unnötige  
196 Leerfahrten zu vermeiden. Diese Maßnahme sorgt für eine höhere Attraktivität des ÖPNV und sorgt gleichzei-  
197 tig für eine höhere Effizienz bei gleichzeitigen Kostenersparnissen. Langfristig verspricht auch die Einbindung  
198 von selbstfahrenden Automobilen in den ÖPNV eine signifikante Attraktivitäts- und Effizienzsteigerung des  
199 öffentlichen Verkehrs – durch diese kann zum Beispiel der Weg vom Zuhause zum Bahnhof zeiteffizient be-  
200 werkstelligt werden ohne dass dazu ein eigenes Auto benötigt wird. Wir fordern, diese Technologie als Teil des  
201 öffentlichen Verkehrs zu betrachten und nicht als Spielzeug für Besserverdienende. Durch die Bereitstellung  
202 einer Informationsinfrastruktur kann die Verknüpfung von individuellem und öffentlichem Personenverkehr  
203 erleichtert werden, was insbesondere die Verkehrssituation den Städten entspannt. Bei allen Maßnahmen  
204 dürfen der Datenschutz und die individuellen Rechte der BürgerInnen nicht vernachlässigt werden. Da per-  
205 sonenbezogene Mobilitätsdaten einer besonderen Sensibilität unterliegen, ist zu gewährleisten, dass diese  
206 anonym und zweckgebunden genutzt werden. Eine Nutzung der Daten für kommerzielle Zweitverwertung  
207 oder Strafverfolgung lehnen wir entschieden ab. Die Digitalisierung wird die Mobilität aller Menschen massiv  
208 beeinflussen, es liegt an uns dazu beizutragen, dass die Kosten dafür gerecht verteilt werden.

209 Der Fortschritt muss im ganzen Land ankommen! Ziel ist es, durch intelligente Abläufe Ressourcen und Kosten  
210 einzusparen. Die frei werdenden Mittel sollen dem Allgemeinwohl zu Gute kommen. Im Sinne der nachhaltigen  
211 Entwicklung wollen wir dabei insbesondere die Gebühren des ÖPNV weiter absenken und langfristig abschaf-  
212 fen sowie dessen Ausbau stärker fördern.

### 213 **Neue Regeln braucht das Netz**

214 Viele Bestimmungen und Gesetze, die unser Zusammenleben, unser Handeln und unsere Art und Wirtschaft-  
215 tens bislang geregelt haben, können die mit der Digitalisierung einhergehenden neuen Anforderungen nicht  
216 mehr erfüllen. Wir Jusos erkennen, dass es neuer Regeln bedarf, um auch in Zeiten der Digitalisierung unser  
217 Zusammenleben gerecht zu gestalten

### 218 **Netzneutralität bewahren**

219 Einige Telekommunikationsunternehmen versuchen durch die schrittweise Abschaffung der Netzneutralität  
220 ihre Profite zu erweitern. Damit brechen sie mit einem der Grundprinzipien des Internets – auf Kosten der  
221 EndnutzerInnen. Die Netzneutralität stellt sicher, dass jedes Datenpaket gleich behandelt und somit gleich  
222 schnell weitergeleitet wird. Die Abschaffung der Netzneutralität würde nicht nur zu einer Steigerung der Prei-  
223 se für die EndnutzerInnen führen, sondern auch großen Unternehmen einen massiven Wettbewerbsvorteil  
224 verschaffen. Deshalb halten wir auch in Zukunft am Prinzip der Netzneutralität fest und wollen diese national  
225 wie europäisch gesetzlich verankern.

### 226 **Urheberrecht**

227 Unser heutiges Urheberrecht ist nicht mehr zeitgemäß für das 21. Jahrhundert und muss weiterentwickelt  
228 werden. Forderungen nach der Abschaffung des Urheberrechts stellen wir uns als Jusos dabei entschieden  
229 entgegen. Die Forderung nach der Abschaffung löst keine Probleme und gefährdet vielmehr den notwendi-  
230 gen Schutz von geistigem Eigentum. Ein neues Urheberrecht muss vielmehr das "Recht auf Remix", also das  
231 Recht auf Weiterentwicklung von fremdem geistigem Eigentum als grundlegende Voraussetzung für Kunst und  
232 Meinungsfreiheit gesetzlich verankern und zugleich den Schutz geistigen Eigentums berücksichtigen.

233 Darüber hinaus halten wir Creative-Commons-Lizenzen, durch die NutzerInnen sofort erkennen können, unter  
234 welchen Bedingungen sie geistiges Material nutzen oder weiterverändern können, für eine sinnvolle Weiter-  
235 entwicklung des Urheberrechts und setzen uns als Jusos deswegen für eine weitere

236 Stärkung des Systems der CC-Lizenzen ein. Das Urheberrecht ist jedoch nur so stark, wie es bekannt ist. Daher  
237 fordern wir eine Aufklärungskampagne des Justizministeriums und die Verknüpfung des Urheberrechts in der  
238 schulischen Bildung. Verantwortungsbewusstes Surfen muss erklärt werden!

### 239 **Verhinderung von Monopolisierung**

240 Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Monopolen und Oligopolen, für die es einer politischen  
241 Antwort bedarf. Wir Jusos sprechen uns dafür aus, in Zeiten datenintensiver großer Unternehmen die euro-  
242 päischen und deutschen Kartellbehörden zu stärken. Immer höhere Markteintrittsbarrieren für neue Markt-  
243 teilnehmerInnen verhindern, dass Unternehmen wie Microsoft, Google, Facebook, Amazon oder Alibaba sich  
244 einem ernstzunehmenden Wettbewerb aussetzen müssen. Es muss möglich sein, notfalls durch Zerschlagung  
245 einzelner Unternehmen zu verhindern, dass VerbraucherInnen keine Ausweichmöglichkeiten für die Nutzung  
246 bestimmter Produkte mehr haben. Das Sammeln von Daten in sozialen Netzwerken und die Platzierung eige-  
247 ner Produkte auf anderer Ebene mit den akkumulierten Daten ist Wettbewerbsverzerrung im äußersten Maße  
248 und muss verboten werden. Mit der Einführung des Open Data-Prinzips kann der Entwicklung einer Daten-  
249 Monopolbildung entgegnet werden können. Durch eine internationale Vernetzung zwischen unterschiedlichen  
250 Kartellbehörden muss gewährleistet werden, dass auch solche Konzerne an Monopolbildungen gehindert wer-  
251 den, die durch undurchsichtige Strukturen und Niederlassungsstrategien nationale Regelungen umgehen wol-  
252 len. Gerade datenintensive, digitale Unternehmen sind hierfür anfälliger als ProduzentInnen herkömmlicher  
253 Güter.

### 254 **Ausschluss individualisierter Preispolitik**

255 Mit der Digitalisierung haben sich völlig neue Möglichkeiten zur Preisdifferenzierung ergeben. Durch die Ana-  
256 lyse von Surfverhalten und Nutzungsdaten versuchen Online-Shop-BetreiberInnen die individuelle Zahlungsbereitschaft eines jeden Kunden oder jeder Kundin möglichst genau kalkulieren zu können und bieten den  
257 potenziellen KundInnen dementsprechend individualisierte Preise an. Während diese Idee unter der Prämisse  
258 „Arme zahlen weniger, Reiche mehr“ zunächst nach einem sehr gerechten Modell klingt, stellt sich jedoch das  
259 Gegenteil heraus: Die Kriterien, nach denen die Einteilung erfolgt, sind häufig auch Wohnort oder vorheriges  
260 Konsumverhalten. Wir sind als Jusos der Überzeugung, dass der Preis, der für ein Produkt gezahlt wird, nicht  
261 davon abhängen darf, in welchem Stadtviertel ein Mensch wohnt oder zu welcher Tageszeit er ein Produkt  
262 bestellt. Wir sprechen uns daher ausdrücklich gegen jegliche Form der Preisdiskriminierung aus und fordern,  
263 einen Ausschluss individualisierter Preispolitik gesetzlich zu verankern, insbesondere bei Onlineshops und  
264 Versicherungen. Ein Missbrauch von Tracking und wearables mit dem Ziel der individualisierten Preispolitik  
265 muss ausgeschlossen werden.  
266

267 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass Versicherungen keine personenbezogenen Daten, die durch individuelle  
268 Dokumentation des Alltages von Versicherten gewonnen werden, erfassen und nutzen dürfen. Dies beinhaltet  
269 insbesondere das Verbot von individuellen Versicherungstarifen die auf der Analyse von Daten beruhen.  
270 Dies soll dem Schutz der Privatsphäre dienen. Ausgenommen von dieser Regelung sind freiwillige Versiche-  
271 rungen.

### 272 **Starker VerbraucherInnenschutz**

273 Datenschutzbelange der VerbraucherInnen haben infolge der stark wachsenden Nutzung digitaler  
274 Dienste einen besonderen Stellenwert erlangt. Mangelnde Befugnisse der Datenschutzbehörden bei der Sper-  
275 rung, Löschung oder Vernichtung von Daten und die quantitativ wie qualitativ hinter dem Anstieg an Daten-  
276 erhebungen und -verarbeitungen zurückfallende Fortentwicklung der Rechtsprechung machen deutlich, dass  
277 wir eine Novellierung der Klagebefugnis in Bezug auf Regelungen des VerbraucherInnendatenschutzes brau-  
278 chen. Deshalb fordern wir die Erweiterung der Unterlassungsklage bei VerbraucherInnenrechts- und anderen  
279 Verstößen auf datenschutzrechtliche Normen, um VerbraucherInnenverbänden ein Instrument an die Hand  
280 zu geben, VerbraucherInnen vor der unzulässigen Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung ihrer perso-  
281 nenbezogenen Daten durch Unternehmen zu schützen.

### 282 **Schutz von Unternehmen vor Cyberkriminalität**

283 Beim Thema des Umgangs mit Daten ist es uns aber nicht nur ein Anliegen, die individuellen Daten besser zu  
284 schützen, auch Daten von Unternehmen sind ständigen Angriffen ausgesetzt. Allein in den beiden Jahren 2013  
285 und 2014 entstand deutschen Unternehmen dabei ein Schaden von über 54 Milliarden Euro durch Cyberan-

286 griffe, sei es aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität oder durch gezielte Angriffe von ausländischen  
287 Geheimdiensten. Wenn wir aber eine größere digitale Vernetzung in unseren Betrieben herstellen wollen, et-  
288 wa durch das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, werden in Zukunft noch mehr sensible Daten anfallen, die wir  
289 besser schützen müssen.

290 Die Schaffung eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrum war dabei ein erster wichtiger Schritt, dieses muss aber  
291 dringend zu einer eigenständigen Behörde entwickelt werden und deutlich mehr Ressourcen erhalten. Auch  
292 Meldepflichten bei Cyberangriffen müssen dringend ausgebaut werden, wir fordern, dass jedes Unterneh-  
293 men mit über 250 Mitarbeitern bei Cyberangriffen zur anonymen Meldung an das Bundesamt für Information  
294 und Sicherheit verpflichtet wird. Langfristig wollen wir die Herausforderungen aber gemeinsam mit unseren  
295 europäischen Partnern angehen und die Kompetenzen in eine Agentur der EU verlagern. Zur effizienten Auf-  
296 klärung von Cyber-Kriminalität müssen darüber hinaus Schwerpunktsstaatsanwaltschaften eingerichtet wer-  
297 den.

## 298 **Digitale Bildung**

299 Ein erfolgreicher Übergang der Gesellschaft ins digitale Zeitalter kann nur gelingen, wenn den Menschen durch  
300 Bildung der Umgang mit digitalen Angeboten vermittelt wird. Dafür bedarf es umfassender Investitionen in  
301 den Bildungs- und Weiterbildungssektor. Unser Ziel als Jusos ist es, dass junge Menschen lernen, die digitale  
302 Welt der Zukunft mitzugestalten und nicht nur als KonsumentInnen wahrzunehmen. Digitale Bildung muss  
303 fest in der Schule verankert werden. Aus diesem Grund fordern wir einen Schwerpunkt auf Informatik und  
304 Medienkompetenz in den MINT-Fächern der 9./10.Klassen zu legen, um ein grundlegendes Verständnis für  
305 die technischen Grundlagen der digitalen Welt (Datenschutz, Funktionsweise des Internet und insbesondere  
306 Social Media, Grundlagen des Programmierens, etc.) zu schaffen.

## 307 **Digitale Bildung fest verankern**

308 Darüber hinaus müssen sämtliche Fächer digitalisiert werden. Inhaltlich muss die digitale Schule der Zukunft  
309 das Thema Medienkompetenz aufgreifen. Dabei geht es uns nicht nur darum, SchülerInnen im sicheren und  
310 bewussten Umgang mit digitalen Medien zu schulen, sondern auch die Grundlagen für das Verstehen digitaler  
311 Kommunikation zu vermitteln: Deshalb ist eine Beschäftigung mit den Basics der Rechnerarchitektur, Informa-  
312 tik und der Netzwerktechnologie unerlässlich. Erst auf dieser Grundlage lassen sich die Dynamiken, Chancen  
313 und Risiken der digitalisierten Welt richtig begreifen.

314 Deswegen muss Medienkompetenz fest und umfassend als Querschnittsaufgabe in den Bildungsplan veran-  
315 kert werden. Dennoch erschöpft sich die Digitalisierung nicht beim Informatik- und Medienkompetenzunter-  
316 richt. Fachinhalte aller Fächer müssen auf das digitale Zeitalter hin ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass im  
317 Kunstunterricht Bildbearbeitung, im Physikunterricht Computersimulation und im Deutschunterricht die Ana-  
318 lyse von digitalen Medien auf dem Lehrplan stehen müssen. Die Bildungs- und Lehrpläne müssen vor diesem  
319 Hintergrund ständig aktualisiert und überarbeitet werden.

## 320 **Ausstattung verbessern**

321 Auch hinsichtlich der Arbeitsmedien und Lehrmethoden brauchen wir eine Digitalisierung. Wir fordern daher  
322 eine umfassende Aufrüstung der technischen Ausstattung von Schulen. Mobile Endgeräte sowie Tablets ge-  
323 hören für uns ebenso dazu wie leistungsfähige PCs, Software und 3D-Drucker. Der Einsatz von Soft- und Hard-  
324 ware darf jedoch nicht finanziell an die SchülerInnen gebunden sein bzw. von der finanziellen Situation dieser  
325 abhängig sein. Im Sinne der Gleichberechtigung müssen alle SchülerInnen Soft- und Hardware von der Schule  
326 bereitgestellt bekommen. Durch eigene Anschaffung dieser darf kein Vorteil entstehen. Da die Anschaffung  
327 der digitalen Ausstattung die kommunalen Schulträger finanziell überfordern würde, sind Kooperationen mit  
328 den Ländern und dem Bund zu schließen. Die jeweils zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene  
329 sollen Investitionsprogramme aufsetzen.

330 Smartboards und Beamer sind in vielen Schulen bereits jetzt Standard, den es auszubauen gilt. Um einen  
331 sachgerechten und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen, braucht es eine professionel-  
332 le IT-Infrastruktur und entsprechende Wartung. Wir fordern daher, dass Schulen schulübergreifend mit IT-  
333 Administratoren sowie funktionsfähigen und sicheren internen Netzwerken, die regelmäßig gewartet werden,  
334 ausgestattet werden.

335 Für uns Jusos ist dabei auch klar, dass sich Schulen bei der Ausstattung mit aktueller Software und Hardware

336 nicht von einem Anbieter oder einer Anbieterin abhängig machen dürfen. Die Schulen sollen hierbei vorrangig  
337 Open-Source-Lösungen einsetzen und auf die Vernetzbarkeit der Produkte achten. Nur wenn es keine prak-  
338 tikablere Lösung aus dem Open-Source-Bereich gibt sollen proprietäre Lösungen eingesetzt werden dürfen.  
339 AnbieterInnen von IT-Lösungen und Verlage sind wichtige PartnerInnen bei der Digitalisierung der Bildung  
340 und können Bildungsinnovationen entwickeln, die die öffentliche Hand nicht sinnvoll ersetzen kann. Dennoch  
341 haben geschlossene Systeme eines einzelnen Anbieters an Schulen keinen Platz. Vielmehr ist auf die Vielfalt  
342 der Angebote zu achten.

343 612

#### 344 **Weiterbildung und Forschung fördern**

345 Eine Schule, die mit digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet ist, bringt noch keinen Lernerfolg, solange Lehrkräfte  
346 nicht dazu befähigt werden, diese auch zielgerichtet einzusetzen. Deshalb muss bereits bei der LehrerInnenbil-  
347 dung auf mehr Digitalisierung gesetzt werden. Um die Lehrkraft auf dem aktuellen Stand der Digitalisierung zu  
348 halten, müssen ebenso entsprechende Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Für uns Jusos steht nicht  
349 nur das schulische Lernen und die Erstausbildung im Fokus der Digitalisierung, wir sehen Bildung als eine  
350 lebenslanges Aufgabe an, die sowohl von ArbeitgeberInnenseite, aber auch von staatlicher Seite im Rahmen  
351 der Arbeitsversicherung unterstützt werden muss. Deshalb fordern wir auch im Bereich der Erwachsenenbil-  
352 dung und Weiterbildung eine digitale Bildungsoffensive, um ArbeitnehmerInnen, Arbeitssuchenden aber auch  
353 RentnerInnen einen selbstbestimmten Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen.

354 Wir fordern darüber hinaus umfassende Investitionen in Forschung zur digitalen Bildung, damit nützliche päd-  
355 agogische Konzepte und deren Umsetzung von der Forschung beleuchtet werden können.

356

# N3

<b>Titel</b>	Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube
<b>AntragstellerInnen</b>	Brandenburg

---

## Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube

- 1 2Die Jusos setzen sich dafür ein, dass verpflichtende Regelungen zur Kennzeichnung von Werbeinhalten für in  
2 Deutschland zur Verfügung gestellte Videos für Online-Videoportale und Livestreams sowie andere Influencer-  
3 Inhalte wie Blogs oder Vblogs geschaffen werden, um insbesondere minderjährige ZuschauerInnen, die oft den  
4 überwiegenden Teil der ZuschauerInnen ausmachen, klar und deutlich auf die Werbefunktion von häufig als  
5 unabhängig wahrgenommenen Videos hinzuweisen.
- 6 Die Jusos fordern daher:
- 7 • Da §58, Rundfunkstaatsvertrag zur Regelung von gewerblichen Produktplatzierungen auf Youtube nur  
8 begrenzte, tatsächliche Regelungswirkung besitzt, muss dieser um eine Definition einer ausreichenden  
9 Kennzeichnung ergänzt werden. Diese muss für alle potentiellen ZuschauerInnen eindeutig erkennbar  
10 sein.
  - 11 • Des Weiteren ist das Gesetz bezüglich der sogenannten Produktionshilfen zu ändern. Produktionshilfen  
12 sind Produkte für die YoutuberInnen keine finanzielle Zuwendung erhalten, diese jedoch gezielt für  
13 Werbezwecke geschenkt bekommen. Bisher müssen Produktionshilfen erst kenntlich gemacht werden,  
14 wenn diese mehr als 1 % der Produktionskosten oder 1000,- Euro ausmachen. Diese Grenze ist auf 50,-  
15 Euro zu senken. Auch hier ist eine verpflichtende Definition für eine eindeutig erkennbare Kennzeich-  
16 nung zu finden.
  - 17 • Des Weiteren ist ein Gesetz zu schaffen das vorschreibt, sogenannte „Affiliate Links“ (Links zu den Pro-  
18 dukten in der Infobox) als Werbung zu kennzeichnen, da es sich hierbei um eine klare Kaufempfehlung  
19 handelt.“



# O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

## O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

---

O1	Projektgruppe , Land, Struktur verändern“ über Bundesvorstand	Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!	95
O4	Mecklenburg- Vorpommern	Wohnraum ist Menschenrecht!	112

---

# O1

<b>Titel</b>	Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!
<b>AntragstellerInnen</b>	Projektgruppe , Land, Struktur verändern“ über Bundesvorstand

---

## Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!

- 1 Mit dem Beschluss unseres aktuellen Bundesarbeitsprogramms im Rahmen des Bundeskongresses 2015 haben wir Jusos uns für ein Perspektivprojekt "Stadt, Land, Struktur verändern" ausgesprochen. Wir sind überzeugt, damit eine maßgebliche Frage der Zukunft unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Blick genommen zu haben: Wie sollen ländliche und urbane Räume künftig politisch gestaltet werden, um sie zu gleichwertig guten Lebensorten entwickeln zu können? Dabei begreifen wir uns als entschiedene politische FürsprecherInnen beider Lebensräume. Jungsozialistische Strukturpolitik verfolgt den Anspruch, diese Räume im Sinne unserer Ideale zu gestalten und nicht etwa, Partei für einen zu ergreifen.
- 8 Wir Jusos haben hohe und auch gerechtfertigte Ansprüche an ein gutes Leben, das selbstverständlich allen möglich sein muss. Gute Bildung und Arbeit, die Gleichberechtigung aller, der Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge, zu Kultur und echten Freiräumen zum Beispiel. Oder auch ein diskriminierungsfreies Zusammenleben, die Absicherung im Falle von Erwerbslosigkeit oder Krankheit, die Sicherung des Lebensstandards im Alter sowie Möglichkeiten echter politischer Partizipation für alle. Diese Ansprüche sind unteilbare Ansprüche, sie sollen jedem Menschen zustehen. Und das bedeutet neben vielen anderen Aspekten eben auch, dass die Wahl des Wohnortes keinen Einfluss darauf haben darf, ob diese Ansprüche verwirklicht werden können.
- 15 Stadt und Land sind in gesellschaftliche Großtrends eingebettet und können nicht getrennt von ihnen betrachtet werden. Migration beispielsweise hat unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten zu einem vielfältigeren Ort mit vielschichtigeren Potenzialen und Bedürfnissen gemacht. Bereits heute sind 20% der in der Bundesrepublik lebenden Menschen selbst zugewandert oder haben mindestens einen Elternteil, der nicht in Deutschland geboren ist. Gleichzeitig macht der demographische Wandel mit seinen lange Zeit sinkenden Geburtenraten vielen Regionen zu schaffen. Auch wenn dieser Trend freilich nicht für jede Stadt und jedes Dorf gilt, leben wir in einer Zeit wachsender Städte und schrumpfender Dörfer. Mit neuen Herausforderungen für Wohnen und Bauen, Mobilität und Daseinsvorsorge sowie Demokratie und Teilhabe sowohl in ländlichen als auch in urbanen Räumen. Digitalisierung hat nicht nur unsere Kommunikation dynamisiert, sondern bietet auch zahlreiche andere Potenziale. Klimawandel und Energiewende wollen vor Ort organisiert sein. Gleichzeitig sind Lohnunterschiede und massiv ungerechte Vermögensverteilung zu beklagen und herrscht vielerorts noch immer eine neoliberale Deutungshoheit, die Privatisierungen und sonstigen "Verschlankungen" des Staates das Wort redet.
- 28 Diese und viele andere Faktoren beeinflussen das Leben in der Großstadt, auf dem Dorf und in allen Formen des Zusammenlebens dazwischen – und das jeweils ganz individuell. Unser Anspruch ist deshalb nicht, individuell maßgeschneiderte Lösungsansätze zu präsentieren, die der einzelnen Lebenswelt in jeder Facette gerecht werden. Unser Anspruch ist vielmehr die Manifestierung des Anspruches auf wirklich gleichwertige – gute – Lebensverhältnisse. Und dessen Unterfütterung mit konkreten politischen Vorschlägen, deren Umsetzung wir vorantreiben wollen, damit alle schon morgen links leben können.

**34 Recht auf Stadt! Für Alle.**

35 Wir erheben das Recht auf Stadt für alle! Dieses Recht ist universell. Es formuliert ein Recht auf Zugang, Teil-  
36 habe, Mitgestaltung und Aneignung von urbanen Räumen und Ressourcen. Es ist damit auch ein Recht auf  
37 individuelle und kollektive Selbstbestimmung.

38 Das Recht auf Stadt zielt auf im Ursprung urbane Qualitäten, die im Zusammentreffen, in der Begegnung, im  
39 gemeinsamen Gestalten von Neuem und in der Möglichkeit zu Differenz und individuellen Lebensentwürfen  
40 jenseits tradierter Normen liegen. Hier heben sich Zwänge und Normalitäten auf und schaffen Platz für Unvor-  
41 hergesehenes und Unkonventionelles. Unser Recht auf Stadt steht aber auch für ein gesamtgesellschaftliches  
42 Anrecht auf diese Qualitäten. Es ist deshalb kein Exklusivrecht für StadtbewohnerInnen, sondern formuliert  
43 einen Anspruch für alle, unabhängig vom Wohnort. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten  
44 Bundesgebiet bleibt für uns unverhandelbar! Dies meint auch gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und  
45 Land. Ein gutes Leben auf dem Land ebenso, wie ein gutes Leben in der Stadt.

46 Jeder Mensch soll Zugang zu den Einrichtungen und Qualitäten der städtischen Gesellschaft haben. Bildungs-  
47 und Kultureinrichtungen gehören dazu genauso, wie z.B. Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Frei-  
48 zeitgestaltung. Es geht uns aber auch um Freiräume und Gemeingüter jenseits kapitalistischer Verwertungslo-  
49 gik, die individuell und kollektiv genutzt, gestaltet und angeeignet werden können. Selbstbestimmung bedeutet  
50 für uns individuelle Entscheidungsfreiheit *und* Zugang zu politischen Debatten und Mitsprache über künftige  
51 Entwicklungen. Mit anderen Worten: Rechte in der Stadt *und* Rechte an der Stadt.

52 Städtische Räume sind, ebenso wie ländliche Räume, nicht einfach gegeben, sondern Produkt gesellschaftlicher  
53 Einflüsse und politischer Entscheidungen. Sie werden durch gesellschaftliche Machtverhältnisse geformt,  
54 verändert und reproduziert. Der schöpferische Überschuss des Urbanen, die Kreativität und Diversität seiner  
55 BewohnerInnen, sind dem städtischen Raum ebenso eingeschrieben wie Geschlechterverhältnisse und andere  
56 Herrschaftsverhältnisse. Gerade wegen dieser unterschiedlichen und widersprüchlichen Einschreibungen er-  
57 geben sich vielfältige Anknüpfungspunkte und mögliche Entwicklungspfade. Diese wollen wir gestalten.

58 Unsere heutigen Städte und Orte sind zum überwiegenden Teil nicht barrierefrei. Sie sind daher nicht behin-  
59 dertengerecht. Und genauso wenig werden sie den Anforderungen anderer gesellschaftlicher Gruppen ge-  
60 recht: Sie drängen Frauen, LSBTTIQ\*, Minderheiten, aber z.B. auch Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürf-  
61 nisse an den Rand. Wir erleben, dass vormals öffentliche Räume privatisiert und so dem gesellschaftlichen  
62 Zugriff entzogen werden. Wir leben in Städten, die den motorisierten Individualverkehr über alle anderen Mo-  
63 bilitätsformen bevorzugen. Wir sind damit konfrontiert, dass städtische Plätze bewusst unattraktiv gestaltet  
64 werden, um vermeintliche Störungen durch Jugendliche oder andere gesellschaftliche Randgruppen zu un-  
65 terbinden. Wir sehen uns einer zunehmenden Versicherheitlichung demokratischer Räume gegenüber, die  
66 selbige bedroht. Diese und andere Praxen schließen Menschen aus, die nicht in die gängigen Kategorien von  
67 vermeintlicher gesellschaftlicher Normalität passen. „Anders sein“ führt folglich zu Diskriminierungen, wäh-  
68 rend die, die dem Ideal entsprechen, Privilegien genießen.

69 Dagegen wollen wir städtische und ländliche Räume setzen, die alle BewohnerInnen und NutzerInnen zu glei-  
70 chen Teilen am Zugang und an der Gestaltung von Arbeit, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Erholung, öffentli-  
71 chem Raum und Wohnraum beteiligen. Allen Menschen steht das Recht auf individuelle Lebensentwürfe und  
72 das Ausleben ihrer Persönlichkeit zu. Wir wollen den Stadtraum nach gesellschaftlichen Bedürfnissen umge-  
73 stalten und neue öffentliche Räume schaffen. Wir wollen Spielplätze für Kinder, Freizeitorte für Jugendliche  
74 und frei zugängliche Räume und Orte für gesellschaftliches Miteinander. Unsere Stadt ist eine Stadt der kur-  
75 zen Wege. Sie zeichnet sich aus durch Zugänglichkeit, Funktionsvernetzung, Verkehrsentschleunigung, eine  
76 höhere Sicherheit und die Erleichterung reproduktiver Arbeit. Unsere Stadt ist deswegen auch eine queerfe-  
77 ministische Stadt, die sich abkehrt von patriarchal-heterosexuellen Strukturen.

78 Allein die Veränderung des äußerlichen, oberflächlichen Raums wird dabei freilich nicht zur Änderung ge-  
79 gesellschaftlicher Strukturen ausreichen. Doch der Zugang zu Wissen, urbaner Infrastruktur und Orten des Zu-  
80 sammentreffens schafft wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche und politische Teilhabe und damit für  
81 gesellschaftliche Veränderung. Mit dem Recht auf Stadt kämpfen wir deshalb an der Seite vieler AktivistInnen,  
82 BürgerInnen und Initiativen für eine inklusive Stadt, für eine Stadt für Alle.

**83 Finanzausstattung der Kommunen verbessern**

84 Um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die Kommunen zur Einlösung des Rechts auf Stadt für  
85 ihre EinwohnerInnen erbringen müssen, braucht es eine Vielzahl von Rahmenbedingungen, die nur gesamt-  
86 staatlich zu gewährleisten sind. In allererster Linie sind aber handlungsfähige Kommunen die Grundvorausset-  
87 zung für kommunale Demokratie und die Selbstbestimmung lokaler Gemeinwesen. Handlungsfähige Städte  
88 und Gemeinden wiederum brauchen nicht nur die notwendigen Entscheidungskompetenzen, sondern sind  
89 vor allem auf eine ausreichende Finanzausstattung angewiesen.

90 Während sich die Kommunen aber in den vergangenen Jahren wachsenden Aufgaben und Herausforderungen  
91 gegenüber sehen, bleibt die finanzielle Ausstattung bisher hinter den Anforderungen zurück. Obwohl funktio-  
92 nierende Kommunen für politische Planbarkeit dringend auf die Verstetigung des Steueraufkommens ange-  
93 wiesen sind, ist insbesondere die Gewerbesteuer als ihre Hauptsteuereinnahmequelle in heutiger Form hoch-  
94 gradig volatil und den Schwankungen der wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Unternehmen im Stadtge-  
95 biet ausgeliefert.

96 Wir fordern daher die Rückkehr zur Dreigliedrigkeit der Gewerbebesteuerung, die neben der Umsatzbesteue-  
97 rung auch wieder eine Besteuerung des Unternehmenskapitals und der Lohnsumme enthalten soll und damit  
98 die Weiterentwicklung der Gewerbebesteuerung zur echten kommunalen Wertschöpfungssteuer. Ferner soll  
99 die Gewerbesteuer so reformiert werden dass, „freie Berufe“ einbezogen werden und es für Unternehmen  
100 nicht mehr möglich ist, Verluste im Ausland mit den Gewinnen vor Ort zu verrechnen. Über lokal anpassbare  
101 Hebesätze der unterschiedlichen Gewerbesteuerarten können damit auch passgenauer individuelle steue-  
102 rungspolitische Ziele verfolgt werden. Zur Zeit bestehen durch unterschiedliche kommunale Hebesätze diver-  
103 se Konkurrenzsituationen zwischen einzelnen Kommunen. Um der Verlockung des niedrigsten Steuersatzes  
104 unter den Kommunen Einhalt zu gebieten, sollen sich benachbarte Städte und Gemeinden, innerhalb eines  
105 Landkreises und auch über Landkreis- und Landesgrenzen hinweg, gemeinsam auf verbindliche Korridore für  
106 die Besteuerung konsensual einigen.

107 Weiterhin wollen wir die Grundsteuer zu einer echten, flächennutzungsbezogenen Grundeigentumsabgabe  
108 mit kommunalen Hebesätzen nach Nutzungsart weiterentwickeln, die zusätzliche steuerungspolitische Ansät-  
109 ze bezogen auf die Art der baulichen Nutzung von Grundstücken ermöglicht. Dazu bedarf es der Abschaffung  
110 der Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf die Mieten und einer Neuregelung der Bewertungsproblema-  
111 tik.

112 Der Einkommens- und Umsatzsteueranteil der Kommunen muss ausgeweitet werden, um sie unabhängiger  
113 von der direkten wirtschaftlichen Lage der Unternehmen im Stadtgebiet zu machen. Um die Gleichwertigkeit  
114 der Lebensverhältnisse auch auf kommunaler Ebene zu gewährleisten, braucht es zudem nicht nur einen funk-  
115 tionierenden kommunalen Finanzausgleich auf Länderebene. Wir fordern, dass die kommunale Finanzkraft  
116 bei der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems stärker als bisher Beachtung findet. Er-  
117 gänzend soll ein Bundesfonds „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingerichtet werden, um Kommunen mit  
118 besonderem Finanzbedarf (z.B. durch Strukturwandel und Struktur Anpassung) zielgerichtet von Bundesebe-  
119 ne zu unterstützen.

**120 Wohnen, wo Du willst!**

121 Das Ziel jungsozialistischer Wohnungspolitik ist, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an  
122 Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu ermöglichen. Und zwar unabhängig davon, ob man auf dem Land oder  
123 in der Stadt lebt. Das gelingt allerdings nur, wenn die unterschiedlichen Lebensentwürfe, sozio-ökonomischen  
124 Voraussetzungen und individuellen Bedürfnisse der Menschen bei der Planung, Weiterentwicklung und Ge-  
125 staltung von Wohnraum berücksichtigt werden. Gerade marginalisierte und finanziell benachteiligte Gruppen  
126 haben erfahren müssen, dass attraktiver Wohnraum sowie das Wohnen in kulturell ansprechenden und zen-  
127 tralen Gegenden in den vergangenen Jahren zu Luxusgütern geworden sind. Der sozialräumlichen Spaltung,  
128 die sich an vielen Orten abzeichnet, wollen wir mit bezahlbarem, bedarfsgerechten, Ressourcen schonenden  
129 und inklusiven Wohnangeboten und folgendes weiteren Punkten entgegenwirken.

**130 Wohnen in der Stadt**

131 Ein bezahlbares Dach über dem Kopf, das genug Raum darunter bietet, um bedarfsgerecht leben zu können,  
132 ist für uns ein Grundrecht. Aber gerade in städtischen Ballungsgebieten ist kostengünstiger Wohnraum meis-  
133 tens eine Mangelware. Deshalb kommt es darauf an, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neue, für alle  
134 Menschen erschwingliche Wohnungen zu bauen. Hiermit und der Weiterentwicklung des 1999 aufgelegten  
135 Programms „Soziale Stadt“ wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass die soziale Spaltung in Städten und zwi-  
136 schen privilegierten und marginalisierten Stadtvierteln sukzessive abgebaut wird. Denn: Die Stadt ist für alle  
137 da.

138 Die “Stadt für alle” ist durch die Vielfalt und die Verschiedenheit der Menschen geprägt, die in ihr wohnen und  
139 arbeiten. Unser Ziel ist der Erhalt und die Schaffung einer ausgewogenen Mischung zwischen den verschie-  
140 denen Einkommensgruppen, sozialen und kulturellen Hintergründen und der Vielfalt der Lebenssituationen  
141 und Lebensentwürfe, die die Stadt prägen. Wir wollen die gemeinsame Stadt für eine vielfältige Stadtgesell-  
142 schaft.

**143 “Soziale Stadt” und Quartiersmanagement weiterentwickeln**

144 Im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes hat sich das Programm “Soziale Stadt” vielerorts als geeig-  
145 netes Mittel erwiesen, um das noch stärkere Auseinanderdriften armer und reicher Stadtteile wenigstens zu  
146 bremsen. Die von der SPD gegen Widerstände durchgesetzte Erhöhung der Mittel im Rahmen der letzten bei-  
147 den Doppelhaushalte waren dabei ein notwendiger, aber bei weitem noch nicht ausreichender Schritt.

148 “Soziale Stadt” ist für Quartiere vorgesehen, in denen Erwerbslosigkeit, Bildungsarmut, soziale Konflikte  
149 und/oder die Vernachlässigung des öffentlichen Raumes virulent sind. Neben der zu geringen finanziellen  
150 Ausstattung scheitern viele Kommunen derzeit an ihren qua Definition zu kleinen Quartieren, die deshalb  
151 nicht anspruchsberechtigt sind, Mittel aus dem Programm abrufen zu dürfen. Andere Quartiere, die bereits  
152 Teil des Programms und insbesondere in wachsenden Metropolen zu finden sind, klagen über eine unge-  
153 wollte Beschleunigung von Gentrifizierungseffekten im Rahmen der Arbeit von Quartiersmanagements. Beide  
154 Phänomene rufen nach einer stärkeren individuellen Anpassung der Förderung sowie der in ihrem Rahmen  
155 vereinbarten Maßnahmen, um lokale Besonderheiten zu berücksichtigen und vor Ort entwickelte politische  
156 Strategien nicht zu konterkarieren.

**157 Die Mietpreisbremse verschärfen, Zweckentfremdung stoppen**

158 Die Einführung der Mietpreisbremse war als politisches Signal ein Meilenstein, dessen konkrete Implementie-  
159 rung vor Ort jedoch mitunter stark zu wünschen übrig lässt. Die Beweislast einseitig den MieterInnen zuzuwei-  
160 sen hat sich aufgrund nachvollziehbarer Abhängigkeiten gegenüber den VermieterInnen als praktisch wenig  
161 taugliches Modell erwiesen. Wir schließen uns daher den Forderungen der meisten MieterInnenvereine an,  
162 wonach VermieterInnen verpflichtet werden sollen vor Vertragsabschluss die zuvor erhobene Miete unauf-  
163 gefordert zu benennen. Auch etwaige Modernisierungskosten sind verpflichtend und detailliert anzugeben.  
164 Gegebenenfalls zu viel gezahlte Miete muss, nebst einem Bußgeld, zurückgezahlt werden. Mittelfristig muss  
165 die Mietpreisbremse bundesweit flächendeckend eingeführt werden. Mieten, die die Vergleichsmieten um  
166 mehr als 20% übersteigen, sind dabei grundsätzlich als Ordnungswidrigkeit zu ahnden. Dabei müssen Mög-  
167 lichkeiten für Kleinvermieter geschaffen werden, diese Regelungen mit einem möglichst geringen Aufwand  
168 umzusetzen.

169 Für Städte und Regionen mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt braucht es ein entschiedenes Eingrei-  
170 fen des Gesetzgebers, um Zweckentfremdungen von Wohnraum zu verhindern. Bestehende Erfahrungen mit  
171 der Zurückdrängung von Ferienwohnungen und anderer gewerblicher Nutzung zeigen, dass dies ein proba-  
172 tes Mittel ist. Gleichzeitig konnten noch keine erfolgreichen und rechtlich wasserdichten Lösungen gefunden  
173 werden, um spekulativen Leerstand per Gesetz anzugreifen. Der neuen Bundesregierung wird die Aufgabe  
174 zukommen, sich zügig um eine effektive Lösungsfindung verdient zu machen.

**175 Mietspiegel weiterentwickeln**

176 Das Instrument des Mietspiegels muss geschärft und zu einem realistischen Indikator realer ortsüblicher Mie-  
177 ten weiterentwickelt werden. Da bisher in den Mietspiegel nur die Neuvermietungen der letzten vier Jahre  
178 einbezogen werden, liegt dieser bisher häufig über den realen Bestandsmieten im Quartier und kann zu Preis-  
179 steigerungen beitragen, anstatt sie wirksam zu begrenzen. Daher fordern wir die Einbeziehung von Bestands-  
180 mieten in die Berechnung des Mietspiegels, sowie die Ausweitung des Berechnungszeitraums auf zehn Jah-  
181 re.

**182 Erhaltungssatzungen stärken**

183 Erhaltungssatzungen nach §§172 Baugesetzbuch sind ein wichtiges kommunales planungsrechtliches Instru-  
184 ment um vorhandene Sozialstrukturen in einem Gebiet zu schützen. In den Erhaltungssatzungsgebieten kann  
185 die Stadt Luxussanierungen und – sofern durch das Bundeslang freigeschalten – Umwandlung von Miet- in Ei-  
186 gentumswohnungen verhindern, sowie bei allen Verkäufen von Miethäusern ein kommunales Vorkaufsrecht  
187 ausüben. Wir fordern die baurechtliche Stärkung der Milieuschutzsatzungen nach § 172 BauGB, der Durch-  
188 setzungsmöglichkeiten von Umwandlungsvorbehalten und die explizite rechtliche Verankerung kommuna-  
189 ler Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften als Nutznießer der „Ausübung des kommunalen Vor-  
190 kaufsrechts zu Gunsten dritter“ nach §27a BauGB.

**191 Sozialgerechte Bodenordnung**

192 Die Abschöpfung von Planwertzuwächsen für die Schaffung sozialer und technischer Infrastruktur, sowie  
193 bezahlbaren, sozial geförderten Wohnraums muss explizit als Einsatzmöglichkeit von städtebaulichen Ver-  
194 trägen nach §11 BauGB verankert werden. Unser Ziel ist es bei allen Neubauprojekten auf angespannten  
195 Wohnungsmärkten eine feste Quote sozial gefördertem Wohnungsbau durchzusetzen (Beispiel Münchner Mi-  
196 schung).

197 Um auch in Gebieten mit vorrangiger Innenentwicklung und dominierender Nachverdichtungstätigkeit den  
198 Erhalt einer sozialen Mischung und bezahlbaren Wohnraums durchsetzen zu können bedarf es auch einer  
199 baugesetzlichen Rechtsschärfung, die ein kommunales Planungsbedürfnis bei der Bebauung in Gebieten mit  
200 bestehenden Baurechten nach §34 BauGB auf Basis entstehender sozialer Spannungen begründbar macht  
201 und damit erst den Einsatz Städtebaulicher Verträge erst ermöglicht.

202 Trotz der Bedeutung aller baurechtlichen Instrumente zum Erhalt sozial gemischter Städte bleibt klar, dass  
203 sie nur in der Lage sind bestehende Entmischungsprozesse zu dämpfen und zu verzögern. Langfristig kann  
204 nur die Schaffung eines echten öffentlichen und gemeinschaftlichen Gegengewichts zum privaten, rein ge-  
205 winnorientierten Wohnungsmarkt den dauerhaften Erhalt bezahlbaren Wohnraums und sozial gemischter  
206 Stadtstrukturen sicherstellen. Deshalb Bedarf es der Förderung öffentlichen sozialen Wohnungsbaus sowie  
207 von Wohnungsbaugenossenschaften.

**208 Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit**

209 Die in den 1990er Jahren abgeschaffte Wohnungsgemeinnützigkeit soll in neuer, mit europäischem Recht ver-  
210 einbarer Form wiedereingeführt werden. So soll ein gemeinnütziger Sektor auf dem Wohnungsmarkt geför-  
211 dert werden um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften,  
212 Baugenossenschaften oder Bauvereine sollen als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt werden  
213 können und im Gegenzug für eine dauerhafte Schaffung von bezahlbarem, sozial gebundenem Wohnraum für  
214 ihre gemeinnützige Tätigkeit von Grunderwerbs-, Gewerbe- sowie Körperschaftssteuer befreit sein. Entschei-  
215 dend sollen dabei insbesondere Bindungsdauern sein.

216 201

**217 Förderung sozialer Wohnungsbau**

218 Der Anteil öffentlichen sozialen Wohnungsbaus ist im Vergleich viel zu gering und die Privaten bauen fast  
219 ausschließlich in höherpreisigen Marktsegmenten neu. Sogenannte Sickereffekte, die von Konservativen bei  
220 diesem Thema immer angeführt werden, gibt es in der Praxis nicht. Auch wenn auch die Schaffung von hoch-  
221 preisigem Wohnraum als eine Ausweitung des Angebots an Wohnungen verstanden werden kann, führt dies in  
222 der Regel nicht zu sinkenden Mietpreisen. Daran sieht man, dass es sich beim Wohnungsmarkt nicht um einen  
223 normalen Markt im herkömmlichen Sinne handelt. Die geringe Elastizität der Nachfrage birgt hier immer die  
224 Gefahr, dass es in großem Umfang zu Marktineffizienzen kommt. Diesen muss im Interesse der MieterInnen  
225 durch die Schaffung und Ausweitung eines dem privaten Wohnungsmarkt entzogenen und als Gegengewicht  
226 wirkenden Marktsegments entschieden begegnet werden.

227 Da der Bedarf im Bereich der Sozialwohnungen am größten ist und private InvestorInnen diesen Bedarf nur  
228 unzureichend abdecken, muss der Staat hier endlich – etwa nach Vorbild des Wiener Modells – kräftig inves-  
229 tieren. Der Bund muss die Kommunen dabei unterstützen, Wohnungsbestand auszubauen und Baugrund  
230 größtenteils (wieder) in städtischen Besitz zu bringen. Wo Liegenschaften des Bundesvermögens als Kon-  
231 versionsflächen abgestoßen werden sollen, dürfe diese nicht zum Höchstpreis an private verkauft werden  
232 sondern müssen den Kommunen zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau preislimitiert angeboten wer-  
233 den. Das heißt, es muss Schluss sein mit der Privatisierung des Wohnungsmarktes. Stattdessen brauchen wir  
234 eine Rekommunalisierungs-Offensive. Es ist wichtig, dass hierbei jede Kommune individuell anhand ihrer Be-  
235 völkerungsstruktur den Bedarf ermittelt und individuell Lösungsansätze findet, um den Bedürfnissen gerecht  
236 zu werden. Daher fordern wir, dass Kommunen verpflichtet werden, nach der rechtlichen Umsetzung und  
237 im weiteren Verlauf alle fünf Jahre ein Handlungskonzept bzw. Masterplan bezüglich der wohnbaupolitischen  
238 Ausrichtung zu erstellen.

239 Die Qualität des Wohnraums sollte sich zuerst an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientieren und darf  
240 nicht der „marktüblichen“ Beschaffenheit von Wohnraum hinterherhinken. Wir wollen gute Wohnbedingun-  
241 gen für Alle! Ein Grundsatz, der gerade in Zeiten der schwarzen Null wichtig ist. Sozialer Wohnungsbau darf  
242 nicht dort entstehen, wo freifinanzierte Wohnungen aufgrund hoher Lärm- oder Luftschadstoffbelastungen  
243 gar nicht erst entstehen würden. Umweltbelastungen durch Lärm und Schadstoffe gehören in der heutigen  
244 Großstadt zu den größten gesundheitlichen Herausforderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass jede/r nach  
245 gleichen gesetzlichen Maßstäben ein Recht auf gesunden Wohnraum hat.

**246 Mehr Wohnungen für junge Menschen in Bildung und Ausbildung**

247 Viele Hochschulstandorte durchleben einen grundlegenden Wachstumsprozess. Durch diesen und das man-  
248 gelnde staatliche Engagement beim sozialen Wohnungsbau ist studentisches Wohnen in Groß- und Hochschul-  
249 städten in den letzten Jahren wesentlich teurer geworden und stellt die Betroffenen vor enorme Herausfor-  
250 derungen: Probleme bei der Suche nach einer adäquaten und kostengünstigen Wohnung, große räumliche  
251 Distanzen zur Hochschule, stetig steigende Mietpreise. Letztere führen dazu, dass Studierende mittlerweile  
252 mehr als 40% ihres Monatsbudgets für das Gut „Wohnen“ ausgeben müssen und somit ein selbstbestimmtes  
253 und unabhängiges Studium in weite Ferne rückt. Trotz dieser Situation stagniert das Angebot an staatlich ge-  
254 förderten Studierendenwohnheimen. Deshalb sind wir der Überzeugung: Ein Ausbau von Wohnheimplätzen  
255 als Teil einer generellen Ausweitung staatlicher Aktivitäten auf dem Wohnungsmarkt ist zwingend notwen-  
256 dig! Gerade öffentlich geförderte Wohnungen sind eine adäquate Möglichkeit um preisgebundenen und/oder  
257 mietgeminderten Wohnraum zu schaffen. Hier ist es wichtig gerade mehr Single-Wohnungen zu schaffen, die  
258 trotz ihrer kleineren Größe genug Privatsphäre bieten. Darüber hinaus ist auch WG-taugliche Beschaffenheit  
259 für Studierende eine Notwendigkeit, worauf Kommunen verstärkt achten müssen. Eine weitere wichtige Rolle  
260 spielt auch das Studierendenleben. Hierbei muss neben der räumlichen Nähe von Studierenden auch genug  
261 Platz für Entfaltung in Form öffentlicher Plätze geschaffen werden. Außerdem hat sich der Mietpreis für stu-  
262 dentischen Wohnraum ausschließlich an die BAföG-Wohnpauschale in Höhe von 224 Euro zu richten.

263 Neben Studierenden stehen aber auch Auszubildende vor großen Herausforderungen bei der Wohnungssu-  
264 che. Dabei soll zunächst ein Trugschluss aufgelöst werden: Dass Azubis genug verdienen, um sich gleich eine  
265 eigene Wohnung leisten zu können, ist nämlich ein weit verbreiteter Irrtum. Häufig erschweren Bürgschaf-  
266 ten, Kautionen oder Sicherheiten die Suche nach den ersten eigenen vier Wänden. Deshalb treten wir für die

267 Schaffung und Förderung von kommunalen Ausbildungswohnzentren ein, die, ähnlich wie Studierendenhei-  
268 me, Auszubildenden und jungen Beschäftigten günstigen Wohnraum in Verbindung mit Gemeinschaftsein-  
269 richtungen bieten. Gleichzeitig fordern wir Unternehmen auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, und Auszu-  
270 bildendenwohnheime zu schaffen. Dabei ist eine gute Kooperation von Seiten der Kommune von Nöten. Hier  
271 ist insbesondere auch ein Augenmerk auf die Bedürfnisse von Auszubildenden mit Kind zu richten.

272 Wir wollen nicht, dass Auszubildende und Studierende gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb fordern  
273 wir allgemein eine Ausweitung des Angebots an günstigem Wohnraum, der dem Bedarf dieser Gruppen ent-  
274 spricht, d.h. vor allem Single-Wohnungen und WG-Zimmer. Da für uns der Grundsatz der sozialen Durchmi-  
275 schung maßgebend ist, muss diese unter Einbeziehung anderer sozialer Gruppen geschehen, wie jungen Fa-  
276 milien, Menschen mit Behinderung, Geflüchteten oder SeniorInnen.

## 277 **Wohnen auf dem Land**

### 278 **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse**

279 Für uns Jusos bleibt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein maßgebliches und zu  
280 verwirklichendes Ziel der Raumordnungspolitik. Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen wollen wir al-  
281 len Menschen den unkomplizierten Zugang zu öffentlichen Ressourcen gewährleisten und ein gutes Leben  
282 ermöglichen. Dieser Grundsatz muss aber aus jungsozialistischer Sicht unteretzt werden, damit er mehr als  
283 eine Floskel ist. Für uns ist offensichtlich, dass öffentliche Infrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten vor al-  
284 lem in ländlichen Gebieten unter angeblichen Effizienz Gesichtspunkten abgebaut wurde und vielfach nur noch  
285 die unmittelbaren Grundbedürfnisse befriedigen kann. Trotz aller zu beobachtenden Abwanderungstenden-  
286 zen wird selbst der periphere ländliche Raum der Bundesrepublik auch in Zukunft der Wohn- und Lebensort  
287 von vielen Millionen Menschen sein.

### 288 **Innen- vor Außenentwicklung**

289 Bei der baulichen Entwicklung des ländlichen Raumes gelten für uns feste Grundsätze, die eine gesteuerte und  
290 nachhaltige Entwicklung prägen müssen. Der Innenentwicklung ist auch im ländlichen Raum Vorrang vor der  
291 Außenentwicklung zu gewähren. Wir wollen die vorhandenen baulichen Strukturen in den Ortskernen erhalten  
292 und neuen Nutzungen zuzuführen. Dafür fordern wir die Schaffung und Ausweitung von Förderprogramme  
293 für Innenentwicklung der Dörfer sowie die Sanierung von Immobilien. Die Ausweisung neuer Baugebiete zur  
294 Förderung der Eigentumsbildung hat für uns nur eine nachgeordnete Bedeutung. In Einzelfällen kann dies  
295 zwar sinnvoll sein, jedoch sind die aus den letzten Jahrzehnten resultierenden raumplanerischen und ökolo-  
296 gischen Probleme in weiten Teilen Deutschlands unübersehbar.

### 297 **Abgestimmte Regionalentwicklung**

298 Um diese Fehlentwicklungen in Zukunft zu verhindern wollen wir Jusos eine wirklich abgestimmte und verbind-  
299 liche Regionalplanung etablieren, die klar definiert, in welchem Maße bauliche Neu- und Weiterentwicklungen  
300 stattfinden. Hierfür sollen Regionale Planungsverbände und interkommunale Zusammenarbeit gestärkt und  
301 gezielt gefördert werden. Grundlage für eine abgestimmte Regionalplanung ist ein abgestimmtes Zentren-  
302 konzept. Verschiedene Orte haben unterschiedliche Aufgabenzuschritte, die wiederum die notwendige bauli-  
303 che Entwicklungen definieren. Die Regionalplanung soll zu einer gesamtgesellschaftlichen und selbstverständ-  
304 lich demokratisch legitimierten Aufgabe weiterentwickelt werden. Interkommunale Zusammenarbeit muss die  
305 teilweise schädliche Konkurrenz zwischen verschiedenen Gemeinden ablösen.

### 306 **Soziale Durchmischung**

307 Bei der Weiterentwicklung ländlicher Strukturen wollen wir die soziale Durchmischung in all ihren Dimensio-  
308 nen stärker verankern. Ökonomisch stärkere und schwächer Personen, alte und junge Menschen, Frauen und



309 Männer sollten sich wiederfinden. Bei der Revitalisierung und Erneuerung von Ortskernen soll dieser Aspekt  
310 durch entsprechende Initiativen (Angebote für Jugendliche, Mehrgenerationenprojekte etc.) einen besonderen  
311 Stellenwert erhalten.

## 312 **Gegensteuern und Anpassungsstrategien**

313 Die schon skizzierten Trends, also insbesondere die zunehmende Verstädterung der Bundesrepublik und mas-  
314 siver Zuzug von jungen Menschen in die Großstädte, sind mittlerweile recht stabil. Der ländliche Raum kann  
315 durch eine an der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse orientierten Politik wieder attraktiver werden. Al-  
316 lerdings werden wir die globalen Trends kaum umkehren können. Daher wird die Anpassung an sinkende  
317 Bevölkerungszahlen stellenweise nicht zu vermeiden sein. Trotzdem bleibt für uns die Aufrechterhaltung der  
318 öffentlichen Daseinsvorsorge weiterhin zentral. Aktives Gegensteuern und die Anpassung an sich ändernde  
319 Gegebenheiten sollten immer Hand in Hand gehen. Das bedeutet planvolle Konzentration auf der einen, aber  
320 eben auch Investition in Infrastruktur, auf der anderen Seite.

## 321 **Leerstandsmanagement**

322 Vor allem auf dem Land, aber auch in Städten in eher peripheren Räumen entwickelt sich der Leerstand von  
323 Wohnungen und Geschäften und ganzen Häusern zu einem Problem, dass die Kommunen in ihrem funktiona-  
324 len Zusammenhalt bedroht. Dies ist der Beginn einer Abwertungsspirale. Denn je mehr Leerstand und Verfall  
325 der aufgegebenen Objekte, umso mehr potenzielle MieterInnen oder InvestorInnen werden abgeschreckt und  
326 Verfallstendenzen verfestigen sich. Grund für den Leerstand ist die Abwanderung aus peripheren Räumen, im  
327 Bereich der Ladenlokale unter anderem auch die Schwächung des Einzelhandels durch den zunehmenden  
328 Internethandel. Dieser Leerstand der Innenstädte und im ländlichen Raum kann als Problem gesehen werden  
329 – oder als Chance auf Veränderung! Politik und Verwaltung sind aufgefordert die Ansiedlung von jungen, krea-  
330 tiven Projekten, Start-Ups und kulturellen Angeboten durch die Schaffung eines kommunalen Leerstandsma-  
331 nagement zu fördern. Die bürokratischen und finanziellen Hürden bei der (Zwischen-)Nutzung – insbesondere  
332 bezogen auf städtische Liegenschaften – sind so niedrig wie möglich zu halten. Im Bereich der Wohnungen lie-  
333 gen die Gründe für den Leerstand zum einen im demographischen Wandel, zum anderen aber bleiben oft  
334 ganze Wohnblocks ungenutzt, weil dies für EigentümerInnen profitabler ist als eine komplette Sanierung, Frei-  
335 machung oder Neubau.

336 In großen Städten findet sich teils ein von finanziellen Einzelinteressen geprägter Leerstand: Lokalitäten, die  
337 nicht zu einem erwarteten Mietniveau auf den Markt gebracht werden können, werden lieber leer stehen  
338 gelassen, als sie "unter Wert" zu vermieten.

339 Abgesehen vom beschriebenen Leerstand in Ladenlokalen zeigt sich auch ein gewollter Leerstand von Wohn-  
340 flächen. Hier ist politisch einzuschreiten, wenn ein hohes öffentliches Interesse an der Umsetzung der ange-  
341 dachten Nutzung als Wohnraum besteht. Denn die Bekämpfung vom Leerstand ist nicht nur ein gesellschaftli-  
342 ches Anliegen. Immobilien verkommen zu lassen oder Grundstücke brachliegen zu lassen verstößt gegen das  
343 Grundgesetz. Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich  
344 dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Hier darf Politik nicht einfach nur zuschauen. Eigentum verpflichtet,  
345 egal wo!

346 Eine Möglichkeit diesen Entwicklungen entgegenzutreten liegt für uns Jusos in einem kommunalen Leerstands-  
347 management. Dieses besteht aus der laufende Kartierung von leerstehenden Immobilien, die Analyse und  
348 Einordnung der Ursachen für den jeweiligen Leerstand sowie der Erfassung von Leerstandsrisiken. Im nächs-  
349 ten Schritt müssen mit den betreffenden AkteurInnen auf Basis des bestehenden oder potenziellen Bedarfs  
350 zukünftige Nutzungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Das kommunale Leerstandsmanagement tritt hier als  
351 Vermittlerin von Angebot und Nachfrage auf. Bei der Katalogisierung des vorhandenen Leerstands sind Poli-  
352 tik und Verwaltung in mehrfacher Hinsicht gefragt: Es müssen vorhandenen Kataster zur Verfügung gestellt  
353 und ausgeschöpft werden; die Stadt muss Bereitschaft dazu zeigen, städtische Liegenschaften zur Verfügung  
354 zu stellen. Zudem sollen bestehende Kooperationen im Immobilienmanagement ausgebaut werden, sodass  
355 Eigentümer der Gebäude und Freiflächen (Privatpersonen, Firmen, Erbgemeinschaften, Banken, Immobili-  
356 engesellschaften) an einen Tisch gebracht werden können. Auch Zwischennutzungskonzepte sollen verwirk-

357 licht werden um gemeinnützigen, (sozio-)kulturellen, gemeinschaftlichen Initiativen aber auch Gewerbe- und  
 358 Büroraum befristet kostengünstigen Raum zu Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Häuser in bewohn-  
 359 barem Zustand zu halten. Auf dem Dorf könnten leerstehende Häuser übergangsweise auch als BürgerIn-  
 360 nenhäuser oder gemeinschaftlich geführte Dorfläden genutzt werden und so auch zur Belebung des Dorfes  
 361 beitragen.

362 Die Wandlung der Stadtzentren von reinen Einkaufs- und Dienstleistungszentren hin zu lebendigen, kulturell  
 363 aufgewerteten Gegenden geht mit einer veränderten Wahrnehmung der Innenstadt als öffentlichen Lebens-  
 364 raum einher. Sie induziert ein Mehr an sozialer Kontrolle, eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls und potentiell  
 365 auch einen Rückgang von Vandalismus und öffentlichem Zerfall. Ein gut geplantes und umgesetztes Leer-  
 366 standsmanagement kann frühere Versäumnisse in Stadtplanung aufarbeiten sowie Trostlosigkeit und Lücken  
 367 in der Stadtgestaltung bekämpfen.

368 Je nach Organisation der Stadtverwaltung sowie den genauen Zielen des lokalen Leerstandsmanagements  
 369 kann die Aufgabe beispielsweise im Stadtmarketing, in der kommunalen Wirtschaftsförderung oder den Stadt-  
 370 entwicklungsorganen angesiedelt sein

371

### 372 **Besetzung legalisieren!**

373 Immer wieder wird Leerstand so lange ungenutzt gelassen, bis es von Menschen besetzt wird. In der Regel  
 374 folgen dann Räumungsklagen und die Immobilie bleibt weiterhin ungenutzt. Im besten Fall hat die Besetzung  
 375 eine solche öffentliche Diskussion angeregt, dass der oder die EigentümerIn unter Druck gesetzt wurde. Wir  
 376 fordern daher die Legalisierung der Nutzung von länger bestehendem Leerstand auch ohne explizite Einwil-  
 377 ligung des Eigentümers bzw. der Eigentümerin. Dabei muss die Immobilie vorher einen längeren Zeitraum  
 378 ungenutzt gewesen sein und dem Eigentümer / der Eigentümerin darf kein finanzieller Schaden entstehen,  
 379 laufende Kosten und Reparaturen müssen also von den NutzerInnen gezahlt werden. Wenn der Eigentümer  
 380 oder die Eigentümerin eine beabsichtigte Weiternutzung nachweisen kann, kann den BewohnerInnen binnen  
 381 einer Frist gekündigt werden. Dabei wollen wir uns an bestehende europäische Modelle anlehnen.

### 382 **Investitionen in Infrastruktur**

383 Um dem Leerstand auf dem Land offensiv entgegenzusteuern, bedarf es einer Strategie für Investitionen in  
 384 Infrastruktur, um Wohnen auch im ländlichen Raum wieder attraktiver zu machen. Technische Infrastruktur  
 385 für Vernetzung und Digitalisierung aber auch die Investition in Mobilität können geeignet sein die traditionellen  
 386 Nachteile des ländlichen Raumes aufzuheben, und es ermöglichen, dass seine Stärken zum tragen kommen  
 387 können.

388 Zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedarf es Investitionen in Infrastruktur und Mobi-  
 389 lität. Mit ausreichend schnellem Internet und Ausbau der Breitbandversorgung können sich auch gewerbliche  
 390 Nutzungen im ländlichen Raum ansiedeln. In Kombination mit neuen Konzepten im Bereich der E-Mobilität  
 391 soll der bestehende ÖPNV weiterentwickelt werden und so auch den BewohnerInnen in ländlicheren Gebie-  
 392 ten Zentralität im weiteren Sinne garantieren. Das Pendeln vom Dorf in näher gelegene Städte könnte so  
 393 attraktiver werden und gleichzeitig die Umweltverschmutzung reduzieren.

### 394 **Für gerechtes Wohnen fordern wir:**

- 395 • **Wir wollen guten und bezahlbaren Wohnraum für alle. Jede/r soll in der Lage sein, sich frei zu**  
 396 **entscheiden, wo und wie er oder sie leben möchte. Egal ob Stadt oder Land.**
- 397 • **Aufstockung und erfahrungsbasierte Weiterentwicklung des Programms "Soziale Stadt" im Rah-**  
 398 **men der Städtebauförderung.**
- 399 • **Schärfung und Anwendung vorhandener wohnungspolitischer Instrumente, wie der Mietpreis-**  
 400 **bremse, des Mietpreisspiegels und Milieuschutz- und Zweckentfremdungssatzungen.**

- 401 • **Schaffen von neuem, preisgebundenem und/oder mietgemindertem Wohnraum durch öffent-**
- 402 **lich geförderten sozialen Wohnungsbau. Außerdem Ausweitung zielgruppenspezifischer Wohn-**
- 403 **angebote für Studierende und Auszubildende (Singlewohnungen, WG-taugliche Wohnungen,**
- 404 **Studierenden- und Auszubildendenwohnheime).**
- 405 • **Sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten bedarf es eines intelligenten Leerstandsma-**
- 406 **agements, der Investitionen in Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung sowie einer abge-**
- 407 **stimmten Regionalplanung und Raumordnungspolitik.**

#### 408 **Mobilität als Schlüssel zur Daseinsvorsorge**

409 Ziel staatlichen Handelns muss es sein, jedem Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht und sozialer Schicht  
 410 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Folglich ist dies auch der Anspruch an die Mobilität. Sie  
 411 ist ein Grundrecht und zwingende Voraussetzung dafür, dass nicht der Wohnort eines Menschen darüber  
 412 entscheidet, ob ihm oder ihr wirklich alle Wege offen stehen. Mobilität ist öffentliche Daseinsvorsorge und als  
 413 solche, wie alle anderen Elemente der Daseinsvorsorge auch, ein öffentliches Gut. Der diskriminierungsfreie  
 414 Zugang zu Mobilität, zu Energie- und Wasserversorgung, zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Sport und  
 415 vielem mehr ist nicht weniger als der Schlüssel zu den zentralen Errungenschaften unserer Gesellschaft. Ob  
 416 wir eine gerechte Gesellschaft sind, das hängt wesentlich an der Frage, ob dieser Zugang wirklich allen offen  
 417 steht.

418 Insbesondere der ländliche Raum, der vielerorts seit Jahren aus Gründen der Demographie, insbesondere  
 419 aber auch aus Gründen der politischen Phantasielosigkeit durch einen Abbau verschiedener Formen der In-  
 420 frastruktur gekennzeichnet ist, braucht schlüssige Mobilitätskonzepte als Türöffner für zukunftsfähige und  
 421 inklusive Gesellschaftsentwürfe. Die Gewährleistung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung, die Abde-  
 422 ckung wesentlicher Bildungsbedürfnisse oder auch die Bereitstellung vielfältiger kultureller Angebote werden  
 423 allein schon haushalterisch vielerorts zu echten Herausforderungen oder sind es bereits. Mobilität allein ver-  
 424 mag keine Klammer zu sein, die all diese Probleme unmittelbar lösen kann. Doch keines der Probleme wird  
 425 ohne schlüssige Mobilitätskonzepte zu lösen sein.

426 Mobilität hat die Aufgabe, subjektiv oder objektiv lange, vielleicht gar unüberwindbare Wege für Menschen  
 427 kurz zu machen. Eine Mobilität, die unseren jungsozialistischen Ansprüchen gerecht wird, macht Räume kom-  
 428 pakter und lässt verschiedene Infrastrukturen im Sinne einer bestmöglichen Nutzbarkeit ineinander greifen  
 429 – beispielsweise durch die bewusste Implementierung von Verkehrsknotenpunkten an Orten der sozial oder  
 430 kulturell relevanten Orten. Kurz: Mobilität ist der Zugang zu unabdingbaren Angeboten der Gesellschaft und  
 431 des Sozialstaates, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht vor der Haustür einer oder eines jeden  
 432 angeboten werden können.

#### 433 **Städtische Mobilität**

##### 434 **Mobilität schafft Hierarchien**

435 Um 1900 konnte der öffentliche Straßenraum noch vielfach unreguliert und frei genutzt werden, da vornehm-  
 436 lich langsame Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs waren. Mit der Zunahme des Autoverkehrs kam es auch  
 437 vermehrt zu Unfällen, die dieser unter den „normalen“, gegebenen Bedingungen produzierte. Dies machte  
 438 eine strengere Regulierung notwendig. Doch anstatt die Freiheit des Einzelnen zu sichern, wurde das Auto  
 439 im Straßenverkehr privilegiert. Die Menschen sollten sich, bspw. durch die systematische Verkehrserziehung,  
 440 schneller an die Motorisierung anpassen. Dieser Prozess bedeutete, dass sich der oder die Schwächere der  
 441 oder dem Stärkeren anzupassen hatte. Das Automobil eroberte gewissermaßen den öffentlichen Raum ‚Stra-  
 442 ße‘. Die übrigen StraßenbenutzerInnen wurden an den Rand gedrängt und ihr Verhalten durch die Reglemen-  
 443 tierungen stark eingeschränkt. Dadurch büßte die Straße ihre Funktion als eigentlicher Lebensraum ein und  
 444 wurde zum reinen Transitraum.

445 Und trotz der Omnipräsenz des Autos in den Städten beträgt der Anteil des Autoverkehrs an den Gesamt-  
 446 verkehrsleistungen weniger als die Hälfte. Denn der größte Teil der Strecken in der Stadt wird immer noch

447 per Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zurückgelegt, da die alltägliche Mobilität darin be-  
448 steht nur kurze Distanzen zu überwinden. Dieses Verhältnis spiegelt sich nicht in der Verkehrsinfrastruktur  
449 wider.

450 Seit den 1960er Jahren wird das Auto in der Planung der Stadt und der Straßenräume privilegiert. Durch die  
451 Planung für das Auto manifestieren sich Machtstrukturen. Männlicher Verkehr und weiblicher Verkehr, wohl-  
452 habend und arm. Zusätzlich schadet das Auto fortwährend der Umwelt.

#### 453 **Den MIV in seine Schranken weisen**

454 Die Sozialdemokratie muss sich den alten, aber auch den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für  
455 Mobilität in urbanen Räumen stellen. Einerseits steigt der private und wirtschaftliche Verkehr weiterhin an,  
456 was zu einer Verknappung von öffentlichen Flächen führt und andererseits steigt mit zunehmender Mobili-  
457 tät die Belastungen der Umwelt. Beide Komponenten erfordern ein Umdenken in der urbanen Mobilität. Der  
458 öffentliche Raum in unseren Städten ist zumeist so gestaltet, dass er dem Auto, als stärkstem Verkehrsteilneh-  
459 mer, ein Maximum an Rechten einräumt. Für das Auto wurden die Straßen gebaut, auf denen es zum größten  
460 Teil uneingeschränkt Vorfahrt hat. Andere Verkehrsteilnehmer werden buchstäblich an den Rand gedrängt.  
461 Wer am Straßenverkehr teilnehmen will, muss sich der Straßenverkehrsordnung unterordnen, die diese Ver-  
462 hältnisse zementiert. Ziel muss es sein diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Zentraler Punkt ist die  
463 Stärkung des Umweltverbundes in Kern- und Innenstädten gegenüber dem bisher dominierenden motorisier-  
464 ten Individualverkehr (MIV). Rückgrat des Umweltverbundes ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV).  
465 Diesen gilt es – in Einklang mit den lokalen Voraussetzungen und Bedürfnissen – auszubauen und darauf zu  
466 achten, die Konnektivität zu anderen Mobilitätsformen des Umweltverbundes, also Fuß- und Radverkehr, als  
467 auch Bike- und Carsharing zu verbessern. Die Konnektivität ist wesentlich, um den Umweltverbund langfristig  
468 zu stärken. Dies umfasst einen optimalen Übergang zwischen den einzelnen Mobilitätsformen des Umwelt-  
469 verbundes durch zu verbessernde Mobilitätsstationen als auch ein gemeinsames Abrechnungssystem. Auch  
470 ein Umstieg vom MIV mittels Park & Ride muss in den peripheren Stadtlagen verstärkt werden. Um dies zu  
471 ermöglichen bedarf es mehr finanzieller Unterstützung von Bund und Ländern, die eine urbane Mobilitäts-  
472 transformation langfristig ermöglichen müssen.

#### 473 **Mobilität(en) der Zukunft politisch forcieren**

474 Weiterhin muss es zu einem Umdenken in der Planung von Mobilität kommen. Mobilitätsbedürfnissen wer-  
475 den durch die Fortbewegungsform gestillt, die opportun erscheint. Folglich wird die Mobilitätsform gewählt,  
476 die am einfachsten zu realisieren ist. Wichtige Größen sind hierbei der Zeit- und Kostenaufwand. Diese kann  
477 der Staat beeinflussen. Ermöglicht wird dies nicht nur durch den Ausbau des ÖPNV und die Verstärkung der  
478 Konnektivität zwischen den Mobilitätsformen des Umweltverbundes, sondern durch die Stärkung aller Mobi-  
479 litätsformen des Umweltverbundes. Somit müssen verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen, Fußgänger-  
480 zonen, Car- und Bikesharingstationen ausgebaut werden. Es gilt die bestehende Bevorzugung des MIV hin zu  
481 einer stärkeren Gleichberechtigung der unterschiedlichen Mobilitätsformen voran zu bringen. Dies ist ohne  
482 einen mobilitätspolitischen Kulturkampf leistbar.

483 Insbesondere ist aber bei der Förderung neuer Mobilitätsformen und vernetzter Intermodalität nicht aus dem  
484 Blick zu verlieren, dass nicht alle in unserer Gesellschaft einen Zugang zu den digitalen Kommunikationsmitteln  
485 besitzen, die viele der neuen Formen der geteilten Mobilität erst ermöglichen. Wir müssen verhindern, dass  
486 diese „digitale Spaltung“ zu sozialer Benachteiligung führt, Teilhabe am öffentlichen Leben verhindert und  
487 Erscheinungsformen der Mobilitätsarmut befördert.

488 Neben der Stärkung des Umweltverbundes müssen negative Auswirkungen des MIV, wie Luftverschmutzung,  
489 Lärm und Flächenverbrauch, reduziert werden. Mögliche Mittel sind hierbei Temporeduktion, der Ausbau von  
490 Umweltzonen oder die Schaffung von Mautbereichen. Eine effizientere Parkraumbewirtschaftung, die den  
491 Wert einer innerstädtischen Parkfläche voll einpreist, als auch modernere Stellplatzsatzungen, die die Poten-  
492 tiale von Fahrrad und Sharingsystemen beachten, sind wichtige Stellgrößen, die es zu ändern gilt. Ziel ist es  
493 Durchgangsverkehr des MIV umzuleiten und Pendlerströme des MIV mit Mobilitätsformen des Umweltverbun-

494 des zu substituieren. Anliegerverkehr soll weiterhin möglich sein, sollte jedoch stärker kontrolliert werden, um  
 495 nicht bloße Scheinregelung zu sein.

#### 496 **Ländliche Mobilität**

#### 497 **Mobilität als Schicksalsfrage der (peripher) ländlichen Räume**

498 Auch ländliche Räume stehen vor Herausforderungen, die allgemeine Trends schaffen. Eine geringe Gebur-  
 499 tenrate und das negative Wanderungssaldo führen in peripheren Räumen zu einer Reduktion der Bevölke-  
 500 rungsdichte. Zugleich steigt der Anteil der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung. Bedingt wird dies unter  
 501 anderem durch geburtenstarke Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in das Rentenalter eintreten, als auch  
 502 durch die steigende Lebenserwartung. Eine weitere Herausforderung, die damit einher geht, ist eine stärker-  
 503 re Konzentration der Bevölkerung und der öffentlichen Daseinsvorsorge in Unter- und Mittelzentren. Diesen  
 504 Herausforderungen gilt es für eine zukünftige Mobilität in der ländlichen Peripherie Rechnung zu tragen, die  
 505 den eingangs gestellten Zielen Rechnung trägt.

506 Folglich verfolgt öffentliche Mobilität das Ziel, alle Menschen zu befähigen, ihr Leben frei und selbstbestimmt  
 507 gestalten zu können und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Gerade eine schrumpfende und alternden  
 508 Bevölkerung bedarf neuer öffentlicher Mobilitätskonzepte. Oftmals sind die Nahverkehrspläne und damit der  
 509 ÖPNV primär auf den SchülerInnenverkehr ausgerichtet. Da wir Jusos uneingeschränkt hinter der Forderung  
 510 "kostenfreie Bildung" stehen, diese jedoch durch indirekte Kosten immer wieder umgangen wird, ist ein weite-  
 511 rer Schritt in diese Richtung die direkte finanzielle Beteiligung des Bundes an der kostenfreien SchülerInnen-  
 512 und Azubibeförderung. Ein sinkender Anteil an SchülerInnen an der Gesamtbevölkerung wird bei Beibehal-  
 513 tung

514 437des bisherigen ÖPNV zu weiteren Ineffizienzen führen. Hauptproblem stellen die individuellen Mobilitäts-  
 515 bedürfnisse dar, die schwer mit einem starren ÖPNV zu vereinbaren sind. Es gilt, neue Konzepte zu entwickeln,  
 516 die die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt rücken, die aus sozialen und körperlichen Gründen  
 517 nicht auf den MIV zurückgreifen können und daher auf ein staatliches Angebot angewiesen sind. Ziel muss es  
 518 sein, diesen den Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich immer mehr auf die Unter- und Mittelzen-  
 519 tren zurückzieht, zu ermöglichen. Bund und Länder müssen die peripheren Landkreise und Kommunen dabei  
 520 unterstützen, neue öffentliche Mobilitätskonzepte zu entwickeln und dabei auch über starre Zuständigkeits-  
 521 grenzen hinaus zu denken.

#### 522 **Ohne Mobilität keine Daseinsvorsorge – und vice versa**

523 Schlüsselemente eines modernen ÖPNV müssen flexiblere Angebote, wie z.B. Anruf-Sammel-Taxi (AST) sein.  
 524 Auch muss in betracht gezogen werden, wie bisheriger MIV als Hybrid fungieren und ÖPNV-Leistungen so-  
 525 mit ergänzen kann. Hier gilt es, technische Infrastruktur bereit zu stellen, die Landkreise und Kommunen nur  
 526 schwer allein zur verfügung stellen können. Konkret ist der Bund gefordert, Schlüsselemente zu finanzie-  
 527 ren. Dies sind öffentliche Mobilitätskonzepte, die Bereitstellung von Angebotsplattformen für AST und MIV-  
 528 Mitnahme. Zudem muss, und das scheint die Schlüsselfrage für die Zukunftsfähigkeit der Infrastruktur im  
 529 ländlichen Raum zu sein, die sonstige öffentliche Daseinsvorsorge intelligent an den ÖPNV angebunden sein.  
 530 Ein Schwimmbad oder eine Stadtbibliothek, die nicht oder nur unzureichend an den ÖPNV angebunden ist,  
 531 muss der Vergangenheit angehören. Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Mobilität müssen gemein-  
 532 sam gedacht, geplant und verzahnt werden.

#### 533 **Unsere Forderungen für einen ÖPNV, der Sozialräume stärkt:**

- 534 • **Stärkung des ökologischen und nachhaltigen ÖPNV und Entlastungen der verdichteten Wohn-**  
 535 **quartiere vom MIV.**

- 536 • **Förderung und qualitative Evaluierung neuer und weitgehend unerprobter Mobilitätsformen,**
- 537 **ihres intelligenten Managements und ihrer Teilhabemöglichkeiten (Anruf-Sammel-Taxis, Kombi-**
- 538 **Funktions-Busse, lokale Sharing-Modelle u.ä.).**
- 539 • **Die zweckgebundene und bedarfsgerechte Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bun-**
- 540 **des, bei der kein Bundesland und Stadtstaat zum Status quo benachteiligt wird**
- 541 • Finanzielle Beteiligung des Bundes an der kostenfreien SchülerInnen- und Azubibeförderung
- 542 • **Die Förderung zielgruppenspezifischer Ticketangebote (z.B. SchülerInnen-, Azubi-, Sozial- oder**
- 543 **Jobtickets), um die betreffenden Gruppen zu mobilisieren und gleichzeitig eine zusätzliche Nach-**
- 544 **frage für den ÖPNV zu generieren.**
- 545 • **Die Auswahl, Förderung und wissenschaftliche Begleitung von Modellregionen, in denen fahr-**
- 546 **scheinloser ÖPNV praxisnah erprobt werden kann mit dem Ziel, solche Angebote flächende-**
- 547 **ckend zu etablieren.**
- 548 • **Die Etablierung eines festen Angebotes aus den Bundesministerien für Verkehr und Bauen, um**
- 549 **Landkreisen bei der Erarbeitung eines individuellen, inklusiven und zukunftsgerichteten Kon-**
- 550 **zepts für eine kombinierte Raum-, Mobilitäts- und Daseinsvorsorge-Strategie zu unterstützen.**
- 551 •

## 552 **Mehr Demokratie und Teilhabe verwirklichen**

553 Für uns Jusos ist "Mehr Demokratie wagen" bis heute eines der Leitmotive und Antrieb unseres politischen  
 554 Wirkens. Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung und Vertretung sind daher wichtige Prinzipien, die wir für alle Bür-  
 555 gerInnen auf allen politischen Ebenen verwirklicht sehen wollen. Wir wissen, dass Partizipation an Vorausset-  
 556 zungen und Ressourcen wie Zeit, Geld, Wissen und Fähigkeiten geknüpft ist. Deshalb wollen wir Vorausset-  
 557 zungen schaffen, zur Beteiligung befähigen und Partizipationshürden abbauen. Selbstwirksamkeitserfahrun-  
 558 gen sind das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit und antidemokratische Einstellungen. Sie lassen sich  
 559 am besten vor Ort realisieren. Den eigenen Kiez, die eigene Nachbarschaft, Stadt oder Dorf mitzugestalten  
 560 schafft unmittelbare Veränderungen im eigenen Lebensumfeld. Bürgerschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten  
 561 auf kommunaler Ebene sind daher zentral für unserer Demokratie.

562 Dennoch verschließen wir unsere Augen nicht davor, dass Beteiligungsinstrumente Menschen mit unter-  
 563 schiedlichen Voraussetzungen sehr unterschiedliche reale Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidun-  
 564 gen eröffnen. Bei aller sozialen Selektivität, die wir auch bei Wahlen beobachten müssen, bleiben sie doch  
 565 auf allen Ebenen das wichtigste und breitenwirksamste Beteiligungselement unserer Demokratie. Keine an-  
 566 dere Partizipationsform wird durch annähernd so viele Menschen genutzt und kann vergleichbar gut unter-  
 567 schiedliche Interessen und Perspektiven in den politischen Prozess einspeisen. Repräsentativ-demokratische  
 568 Verfahren sowie Entscheidungshoheiten von Parlamenten und Räten wollen wir deshalb durch direkte Betei-  
 569 ligungsmöglichkeiten ergänzen, nicht ersetzen.

## 570 **Beteiligung organisieren**

571 Gerade auch strukturpolitische Maßnahmen und Veränderungsprozesse in Stadt und Land können nicht oh-  
 572 ne die angemessene Beteiligung der BürgerInnen erfolgen. Ihre Mitnahme ist Grundlage für die Akzeptanz  
 573 politischer Entscheidungen und Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft. Um jedem Menschen ein selbst-  
 574 bestimmtes Leben zu ermöglichen, müssen im urbanen und ländlichen Raum vermehrt Möglichkeiten ge-  
 575 schaffen werden, die eigene Lebensrealität und die Entwicklung der Gesellschaft und des gegenwärtigen und  
 576 zukünftigen Lebensraums mit zu gestalten. Dabei soll für die Bedarfe aller Menschen Sichtbarkeit geschaffen  
 577 werden, um sie in die Umsetzung einzubeziehen. Hierzu gilt es vor allem die Beteiligung von Frauen und LSBT-  
 578 TIQ\* sicherzustellen und gezielt zu fördern, damit Gender-Mainstreaming in der Regional- und Stadtplanung  
 579 konsequent umgesetzt werden kann.

580 Bereits heute bestehen zahlreiche Möglichkeiten zur Beteiligung, sie sind jedoch oft bürokratisch, kompliziert  
581 und zu wenig an den Bedürfnissen von BürgerInnen orientiert. Um niedrigschwellige und breite BürgerInnen-  
582 beteiligung zu organisieren, reicht die Bekanntmachung eines Bebauungsplans im Amtsblatt und dessen Ausle-  
583 gung in einem Seitenzimmer des Rathauses nicht aus. Deshalb wollen wir die frühzeitige, voraussetzungsarme  
584 und bürger- statt verwaltungsorientierte Einbeziehung von möglichst allen EinwohnerInnen an Planungspro-  
585 zessen auf kommunaler Ebene flächendeckend sicherstellen. Deshalb wollen wir, dass Beteiligung offen ist,  
586 indem Anliegen, Bedürfnisse und Ideen z.B. auf Bürgerversammlungen, Bürgerforen oder Zukunftswerkstät-  
587 ten eingebracht werden können. Dabei setzen wir auf projektbezogene Beteiligung, die in zeitlich begrenztem  
588 Rahmen zu klar abgesteckten Themen erfolgt und dadurch Möglichkeiten schafft, sich auch kurzfristig und  
589 punktuell entsprechend der eigenen Interessen und Ressourcen einzubringen. Um ein Grundsatzproblem ge-  
590 lingender Beteiligung möglichst vieler Menschen zu lösen, sollen öffentliche Sitzungsunterlagen kommunaler  
591 Gremien im Internet (bspw. in Form von Ratsinformationssystemen) zugänglich gemacht werden. Des Weiteren  
592 sollen die zuständigen Landesregierungen den Kommunen Musterexemplare von Transparenzsatzungen  
593 zur Verfügung stellen.

594 Gelingende Beteiligung setzt Transparenz von Abläufen und Verfahren ebenso voraus, wie über Handlungss-  
595 spielräume und Grenzen von Entscheidungsmöglichkeiten. Um diese zu erweitern, müssen Kommunen über  
596 entsprechende Ressourcen verfügen. Das bedeutet zum einen, durch eine angemessene Finanzausstattung  
597 der Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, die über die Erfüllung von Pflichtaufgaben substan-  
598 ziell hinausgehen und dadurch reale Entscheidungsmacht in die Hände von kommunalen Parlamenten und  
599 BürgerInnen legen. Zum anderen kann auch verwaltungsseitig Beteiligung nicht nebenbei organisiert werden.  
600 Es braucht die notwendigen Ressourcen, um zentrale AnsprechpartnerInnen für Bürgeranliegen zu etablieren  
601 und Personalstrukturen zur Organisation von Beteiligungsprozessen zu schaffen.

602 Die gebotene Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung kann und soll die Arbeit kommunaler Räte und Parla-  
603 mente nicht ersetzen, sondern sie ergänzen und unterstützen. Starke Kommunalparlamente sind dazu ebenso  
604 notwendig wie reale Möglichkeiten zur Beteiligung an Kommunalpolitik. Gerade auch hier müssen strukturelle  
605 und gesellschaftliche Hemmnisse abgebaut werden, die Frauen\* an einer effektiven Selbstrepräsentation hin-  
606 dern, weil auf ihnen in besonderer Weise zusätzliche Kosten für Kinderbetreuung und Mobilität lasten, wenn  
607 sie ehrenamtlich tätig sind. Arbeitsweise, Sitzungszeiten, Arbeitsbelastung im Ehrenamt und weitere Rahmen-  
608 bedingungen müssen daher so gestaltet sein, dass sie Vereinbarkeit mit Beruf und Familie ermöglichen. Dies  
609 ist im Interesse aller kommunalpolitisch Engagierten, gleichzeitig aber auch ein wichtiger Beitrag zu mehr Ge-  
610 schlechtergerechtigkeit in der lokalen Demokratie.

## 611 **Moderne Verwaltung und Digitalisierung voranbringen**

612 Die Digitalisierung von Verwaltungsstrukturen bietet gewaltige Potentiale, Verwaltungsabläufe effizienter und  
613 bürgernäher zu gestalten, Ressourcen zu sparen und Prozesse für Verwaltungende sowie für BürgerInnen zu ver-  
614 einfachen und zu demokratisieren. Dazu müssen flächendeckend Formen der E-Governance entwickelt und  
615 eingeführt werden. Leichter verfügbare Informationen und entfallende Wege bieten Vorteile für alle. Beson-  
616 ders profitieren könnten jedoch ländliche Räume mit weiten Wegen und Menschen mit Mobilitätseinschrän-  
617 kungen durch körperliche Behinderung, Krankheit, Alter oder knappe finanzielle Ressourcen.

618 Die notwendigen Anstrengungen zum Verwaltungsumbau sind von den Kommunen allein nicht zu bewälti-  
619 gen. Wir fordern daher, dass der Bund verbindliche und handhabbare Standards schafft – z.B. bei der elek-  
620 tronischen Signatur – und offene Softwarelösungen für die digitale Verwaltung voranbringt, die auch für die  
621 Kommunen nutzbar sind. Ein Bundesprogramm Digitale Verwaltung soll die flächendeckende technische Aus-  
622 stattung von Behörden sowie die notwendige Weiterbildung und Schulung der VerwaltungsmitarbeiterInnen  
623 sicherstellen. Mit der Einführung verbundene Herausforderungen wie die effektive Sicherstellung des Daten-  
624 schutzes und wirksame Maßnahmen zum schließen des digital divide – sowohl zwischen jung und alt als auch  
625 zwischen reich und arm – sollen dabei zwingend Beachtung finden.

626 Eine moderne Verwaltung muss jedoch nicht nur mit dem technischen Wandel Schritt halten, sie muss sich  
627 auch gesellschaftlichen Veränderungen stellen und ihnen offen begegnen. Gleichstellung innerhalb von Ver-  
628 waltungsstrukturen ist deshalb ebenso notwendig, wie die effektive Berücksichtigung gleichstellungspoliti-  
629 scher Belange aller Art und die Unterbindung jeglicher Diskriminierung. An vielen Stellen braucht es dafür

630 einen umfassenden Kulturwandel, der mit Einzelmaßnahmen eingeleitet und angestoßen werden kann. Wir  
631 fordern daher den flächendeckenden Einsatz anonymisierter Bewerbungen, die Stärkung interkultureller Kom-  
632 petenz in der Verwaltung durch Fortbildungsmaßnahmen, den Ausbau und die bedarfsgerechte Ausstattung  
633 entsprechender Beauftragtenstellen, erhöhte Investitionen in Barrierefreiheit sowie verpflichtende und stan-  
634 dardisierte Verfahren zur Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten im Verwaltungshandeln.

### 635 **Ehrenamt fördern**

636 Das Ehrenamt bietet für viele Menschen in Deutschland einen Ort zur Selbstverwirklichung und zur Gestal-  
637 tung des eigenen gesellschaftlichen Umfelds. Es schafft nicht nur Orte des Teilhabens und Teilseins im ge-  
638 meinsamen Handeln, sondern trägt in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Aufgaben und Angebote, die  
639 entscheidend für die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden sind und zu einem solidarischen Mitein-  
640 ander beitragen. Dies gilt für Stadt und Land gleichermaßen, ist aber in Regionen mit geringer Angebotsdichte  
641 besonders zentral.

642 Wir wollen deshalb ehrenamtliches Engagement stärker fördern und unterstützen. Dies bedeutet für uns zual-  
643 lerererst, dass Ehrenamt nicht zum Lückenfüller für einen Rückzug des Staates werden darf. Zentrale Aufgaben  
644 der öffentlichen Daseinsvorsorge sind durch den Staat zu erbringen und gute Rahmenbedingungen für ehren-  
645 amtliches Engagement durch ihn zu gewährleisten. Langfristiges und selbstorganisiertes Engagement braucht  
646 Unterstützung in Form von Personal zur Koordination, Räumen und Sachmitteln, die über Regelstrukturen und  
647 gezielte Förderprogramme gesichert werden müssen. Wo nötig, sollen ehrenamtliche Aufgabengebiete durch  
648 hauptamtliche AkteurInnen unterstützt werden.

649 Ausschlaggebend für eine gute Basis ehrenamtlichen Engagements sind auch Orte der Begegnung, die Anlauf-  
650 punkte zum Austausch und Räume für gemeinsame Arbeit sind. Es braucht Treffpunkte, die generationsüber-  
651 greifend und multikulturell funktionieren und unabhängig von Einkommen und Bildung für alle gleicherma-  
652 ßen zugänglich sind. Um solche Gemeinschaftsorte zu stärken, sollen BürgerInnenhäuser und Stadtteilzentren  
653 möglichst flächendeckend etabliert und aufrechterhalten werden. In Dörfern können auch ehrenamtlich und  
654 gemeinnützig betriebene Cafés oder Tante-Emma-Läden Anlauf- und Treffpunkte schaffen. Wir setzen uns  
655 deshalb dafür ein, dass die Schaffung und Unterstützung von Begegnungsorten in die Förderprogramme von  
656 Bund und Ländern bedarfsgerecht einbezogen wird.

657 Darüber hinaus gilt es, an den unmittelbaren Bedarfen von Engagierten anzusetzen, um sie in ihrer Arbeit ab-  
658 zusichern, anzuerkennen und zu unterstützen. Wir wollen deshalb die gesetzliche Unfallversicherung über die  
659 derzeit erfassten Formen freiwilligen Engagements hinaus ausdehnen und für alle Ehrenamtlichen umfassen-  
660 den Versicherungsschutz gewährleisten. Mit dem Modell der Ehrenamtskarte sollen intensiv und langfristig  
661 tätigen Ehrenamtlichen Vergünstigungen ermöglicht werden. Vor Ort wollen wir uns für die Schaffung von Mi-  
662 krofonds stark machen, die schnell und unbürokratisch geringe Geldsummen für Kleinprojekte zur Verfügung  
663 stellen.

### 664 **Demokratie verteidigen, Zivilgesellschaft stärken**

665 Die Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind eine ge-  
666 samtgesellschaftliche Daueraufgabe. Sie kann nicht gelingen, ohne klare Haltung und aktives demokratisches  
667 Agieren staatlicher VerantwortungsträgerInnen. Gleichermäßen unerlässlich sind aber eine starke und unab-  
668 hängige Zivilgesellschaft, die durch entsprechende Unterstützungsstrukturen begleitet wird. Angesichts der  
669 enormen Herausforderungen setzen wir uns für eine Ausweitung des Bundesprogramms "Demokratie le-  
670 ben!" auf eigener gesetzlicher Grundlage ein, welche die dauerhafte, mehrjährige sowie institutionelle Förde-  
671 rung wichtiger Strukturprojekte insbesondere in den Bereichen Mobile Beratung und Opferberatung sicher-  
672 stellt.

673 Angebote der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wollen wir massiv ausweiten und stärker in Schu-  
674 le und Berufsschule verankern. Wissen über Demokratie und Partizipationsmöglichkeiten ist aber nur eine  
675 der Voraussetzungen für aktive politische Teilhabe. Demokratische Aushandlungsprozesse, Beteiligung und  
676 gemeinsame Entscheidungsfindung müssen auch praktisch erlernt und erfahrbar gemacht werden. Deshalb



677 wollen wir die demokratische Beteiligung in Bildungseinrichtungen vertiefen und das Wahlalter auf 16 Jahre  
678 absenken.

#### 679 **Kinder und Jugendliche ernst nehmen**

680 Kinder und Jugendliche sind an allen sie betreffenden Entscheidungen angemessen und altersgerecht zu be-  
681 teiligen. Selbstbestimmung, Gestaltungsmacht und praktische Selbsterfahrung sind der Grundstein für aktive  
682 Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen und für zukünftiges Engagement. Um die Rechte von Kindern und  
683 Jugendlichen zu stärken wollen wir sie im Grundgesetz verankern.

684 Kinder- und jugendfreundliche Kommunen lassen sich nur gestalten, wenn junge Menschen ihre Ideen artiku-  
685 lieren können, mitentscheiden dürfen und ihre Perspektive in planerische Prozesse einbezogen wird. Wir spre-  
686 chen uns daher für die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros aus, die entsprechende Beteiligungsprozesse  
687 organisieren und eine Schnittstelle zu Politik und Verwaltung schaffen. In Kinder- und Jugendparlamenten se-  
688 hen wir ebenfalls eine ergänzende Möglichkeit zum politischen Ausprobieren und zur inhaltlichen Beteiligung  
689 junger Menschen, wenn ihre Ergebnisse realen Einfluss auf politische Entscheidungen erlangen und nicht zu  
690 Scheinbeteiligung führen.

691 Jugend braucht Freiräume zur selbstbestimmten Gestaltung. Dies setzt eine materielle Absicherung voraus, die  
692 wir in Form einer Kindergrundsicherung gewährleisten wollen. Ebenso wesentlich ist ein ausreichendes Maß  
693 an selbst gestaltbarer Freizeit, die frei von schulischen und anderweitigen Verpflichtungen zur Verfügung ste-  
694 hen muss. Und es braucht Orte und Möglichkeiten, gemeinsam mit anderen aktiv zu werden. Deshalb wollen  
695 wir Jugend- und Jugendverbandsarbeit flächendeckend absichern und selbstverwaltete Jugendzentren stärker  
696 fördern. Aus den genannten Gründen ist es deshalb für uns von essentieller Wichtigkeit, dass Stadt- sowie  
697 Kreisjugendringe ausreichend ausfinanziert sind. Oft lässt diese Unterstützung auch in wohlhabenden Kom-  
698 munen mehr als zu wünschen übrig. Wir setzen uns für eine verbindliche Quote für Jugendarbeit in den kom-  
699 munalen Haushalten ein.

#### 700 **Für mehr Demokratie und Teilhabe in Stadt und Land fordern wir:**

- 701 • **zentrale AnsprechpartnerInnen für Bürgeranliegen und zur Organisation von Beteiligungspro-**  
702 **zessen in den Kommunalverwaltungen**
- 703 • **verbindliche und handhabbare Standards für E-Government sowie vom Bund bereitgestellte of-**  
704 **ffene Softwarelösungen für die digitale Verwaltung**
- 705 • **ein Bundesprogramm Digitale Verwaltung für die flächendeckende technische Ausstattung von**  
706 **Behörden sowie die notwendige Weiterbildung und Schulung der VerwaltungsmitarbeiterInnen**
- 707 • **den flächendeckenden Einsatz anonymisierter Bewerbungen, die Stärkung interkultureller**  
708 **Kompetenz in der Verwaltung durch Fortbildungsmaßnahmen sowie verpflichtende und stan-**  
709 **dardisierte Verfahren zur Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten im Verwaltungshan-**  
710 **deln**
- 711 • **Unterstützung in Form von Personal zur Koordination, Räumen und Sachmitteln für langfristiges**  
712 **und selbstorganisiertes ehrenamtliches Engagement**
- 713 • **dass die Schaffung und Unterstützung von Begegnungsorten in die Förderprogramme von Bund**  
714 **und Ländern bedarfsgerecht einbezogen wird**
- 715 • **die gesetzliche Unfallversicherung über die derzeit erfassten Formen freiwilligen Engagements**  
716 **hinaus auszudehnen und für alle Ehrenamtlichen umfassenden Versicherungsschutz zu gewähr-**  
717 **leisten**
- 718 • **die Ausweitung des Bundesprogramms "Demokratie leben!" auf eigener gesetzlicher Grundlage,**  
719 **welche die dauerhafte, mehrjährige sowie institutionelle Förderung wichtiger Strukturprojekte**  
720 **sicherstellt**

- 721 • **die Absenkung des Mindestwahlalters auf höchstens 16 Jahre für alle Wahlen**
- 722 • **Kinderrechte ins Grundgesetz**
- 723 • **die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros, welche Beteiligungsprozesse organisieren und ei-**
- 724 **ne Schnittstelle zu Politik und Verwaltung schaffen**
- 725 • **die Jugend- und Jugendverbandsarbeit flächendeckend abzusichern und selbstverwaltete Ju-**
- 726 **gendzentren stärker zu fördern**

# O4

**Titel** Wohnraum ist Menschenrecht!

**AntragstellerInnen** Mecklenburg-Vorpommern

---

## Wohnraum ist Menschenrecht!

1 *Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:*

2 **Bekämpfung von Wohnungslosigkeit als politische Aufgabe begreifen!**

3 Wir Jusos sind der festen Auffassung, dass jeder Mensch ein Recht darauf hat in einer eigenen Wohnung zu  
4 leben. Wir sind der Überzeugung das Wohnungslosigkeit einschließlich Obdachlosigkeit, ungesichertem oder  
5 ungenügendem Wohnen gesamtgesellschaftliche Phänomene sind, die in erster Linie nicht auf dem individu-  
6 ellen Versagen einzelner basieren, sondern durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen und das Versagen der  
7 sozialen Marktwirtschaft begründet sind. Wir fordern, die Themen Wohnungs- und insbesondere Obdachlo-  
8 sigkeit als politische Probleme zu begreifen, welche es zu lösen gilt.

9 Um die genauen Ursachen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Breite begreifbar und bekämpfbar zu  
10 machen, fordern wir deshalb eine bundesweite, einheitliche und vergleichbare Obdach- und Wohnungslo-  
11 senstatistik.

12 **Ein Recht auf Wohnraum!**

13 Die Gründe für Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind vielfältig und lassen sich für das Individuum nicht ver-  
14 allgemeinern. Es lassen sich jedoch Tendenzen und Ereignisse beschreiben, die sich häufig in den Biographi-  
15 en von Betroffenen finden. Ein wiederkehrender Aspekt sind einschneidende Umstände, wie eine Scheidung,  
16 häusliche Gewalt oder psychische Erkrankungen. Im Rahmen dessen kommt es zum Verlust des sozialen Um-  
17 feldes und damit von sozialen Sicherungen. Eine Folge und Ursache davon ist oftmals der Verlust der Arbeit.  
18 Wenn dadurch Mietschulden entstehen und es zu Wohnungsräumungen kommt, ist der Weg in die Wohnungs-  
19 und Obdachlosigkeit vorgezeichnet.

20 Der Weg aus dieser Situation ist sehr schwierig, da die Gesellschaft die Betroffenen stigmatisiert. Betroffene  
21 haben Probleme einen neuen Vermieter zu finden, da sie keine Arbeit haben, und Probleme eine neue Arbeit  
22 zu finden, da sie keinen festen Wohnsitz haben. Darüber hinaus können sie die Erwartungen in ein gepflegtes  
23 Erscheinungsbild aufgrund fehlender Hygienemöglichkeiten nicht erfüllen. Das Ergebnis einer solch ausweg-  
24 losen Situation kann die Ausbildung oder Verstärkung von bereits bestehenden Drogenabhängigkeiten sein.  
25 Dies führt zu noch größeren Akzeptanzproblemen. Weiterhin stellen wir fest, dass unsere Gesellschaft derzeit  
26 zwar Institute kennt, die dem Schutz von bereits errungenen Wohnraum dienen (z.B. Art. 13, 14 GG), es je-  
27 doch an Instituten mangelt, Wohnraum jenen zugänglich zu machen, die diesen nicht mehr haben. Wir sind  
28 der Auffassung, dass wir uns als Gesellschaft in die Pflicht nehmen müssen, Wohnungs- und insbesondere  
29 Obdachlosigkeit zu verhindern. Der Grundsatz muss lauten: „Ein einziger Mensch der auf der Straße leben  
30 muss, ist einer zu viel.“ Grundsätzlich hat zwar jeder Mensch einen Anspruch auf seiner Menschenwürde ent-  
31 sprechenden Wohnraum im Rahmen des bestehenden Sozialsystems, allerdings zeigt die Realität, dass dieses  
32 immer wieder Lücken aufweist.

33 Deswegen fordern wir den Art. 13 Grundgesetz, um ein ausdrückliches Grundrecht auf angemessenen Wohn-  
34 raum für jeden Menschen zu erweitern. Ziel dieser Erweiterung soll nicht nur die Klarstellung bereits bestehen-  
35 der Grundrechte sein, sondern dazu führen, dass die absolute und flächendeckende Verhinderung und Über-  
36 windung von Wohnungs- und insbesondere Obdachlosigkeit Staatsziel wird. Es muss die Pflicht des Staates  
37 sein Betroffene von Wohnungslosigkeit aktiv aus ihren Notsituationen zu befreien. Hierfür müssen flächende-  
38 ckend staatliche Stellen geschaffen werden, die in enger Zusammenarbeit mit den bereits agierenden Trägern  
39 privater Wohlfahrt diese Aufgabe übernehmen. Dies staatlichen Stellen sollen neben Sofortmaßnahmen, wie

40 der Linderung des Leides der Obdachlosigkeit und dem Bereitstellen von Notunterkünften, aktive Sozialbera-  
41 tung leisten und gezielt auf die Wohnungs- und insbesondere Obdachlosen in den einzelnen Kommunen zu  
42 gehen, um diesen Hilfe zur Befreiung aus den individuellen Notsituationen anzubieten. Die Sozialarbeit ist für  
43 uns, neben der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, ein zentraler Bestandteil der Hilfe, da auch so der  
44 Teufelskreis der Obdachlosigkeit durchbrochen werden kann.

#### 45 **Wohnungslosigkeit vorbeugen**

46 Neben der Bekämpfung bereits existierender Wohnungslosigkeit, braucht es ein staatliches Handeln, welches  
47 zukünftiger Wohnungslosigkeit aktiv vorbeugt.

48 Dieses umfasst unter anderem die großflächige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mittels staatlicher  
49 Wohnungsbauprogramme. Derzeit fehlt es bundesweit ca. an 2,7 Millionen Kleinwohnungen (1-3 Zimmer).  
50 Grund hierfür liegt in erster Linie in einem jahrelangen Investitionsstau in Verbindung mit der Veräußerung  
51 staatlicher und kommunaler Wohnungen an private Investoren. Diese Tendenzen gilt es endgültig zu beenden.  
52 Wir Jusos fordern ein groß angelegtes staatliches Wohnungsbauprogramm mit einem massiven Aufwuchs von  
53 Sozialwohnungen. Der Ausbau der Wohnungen soll mit staatlichen Wohnungsbaugesellschaften vorgenom-  
54 men werden. Außerdem müssen weitere Maßnahmen gegen die Verdrängung von MieterInnen unternom-  
55 men werden. Denn gerade in den Großstädten, aber auch in mittleren Städten sollen beispielsweise nicht noch  
56 mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden oder Luxussanierungen vorgenommen  
57 werden. Deshalb gehören Milieuschutzgebiete in Städten und Ballungszentren massiv ausgeweitet und die  
58 gesetzliche Mietpreisbremse endlich nachgebessert.. Ein weiteres Mittel zur Prävention von Wohnungslosig-  
59 keit sehen wir in der gezielten Förderung von Alternativen Wohnformen wie z.B. durch die Legalisierung von  
60 Wohnungsbesetzungen in leerstehenden kommunalen Gebäuden in Form von „Verwaltungsabkommen“ oder  
61 Ähnlichem.

#### 62 **Obdachlosigkeit durch verhinderte Migration**

63 Weiterhin muss beim Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit der Zusammenhang von verhinderter Migrati-  
64 on und Obdachlosigkeit klar benannt werden. Die restriktiven Einwanderungshemmnisse der Bundesrepublik  
65 Deutschland und der Europäischen Union, sowie die immer weitere Beschneidung des Asylrechts treiben un-  
66 zählige Menschen systemisch in die Obdachlosigkeit. Es ist nicht nur beinahe unmöglich für Schutzsuchende  
67 auf legalen Weg in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen, sondern das Damoklesschwert der drohen-  
68 den Abschiebung, Sprachschwellen und gesamtgesellschaftlicher Rassismus verhindern, dass Menschen, die  
69 aus purer Verzweiflung „illegal“ eingereist sind, mit menschenwürdigen Wohnraum versorgt werden. Diese  
70 Form der Obdachlosigkeit ist langfristig durch die Durchsetzung eines liberalen Einwanderungsrechtes über-  
71 windbar.

72 Kurzfristig fordern wir staatliche Institutionen, die sich um die Versorgung von Obdach- und Wohnungslosen  
73 mit Migrationshintergrund kümmern ohne die Namen und Identitäten der Personen an die für die Abschie-  
74 bungen zuständigen Behörden weiterzuleiten.

#### 75 **Obdachlosigkeit von LGBTTIAQ\*-Jugendlichen**

76 Studien zufolge sind in den USA 40% der jugendlichen Obdachlosen nicht heterosexuell. Auch in Deutschland  
77 ist die sexuelle Orientierung immer noch ein Grund, warum Jugendliche obdachlos sind. Jugendliche werden  
78 nach ihrem Coming-Out zuhause rausgeschmissen und müssen fortan auf der Straße leben oder sie entschei-  
79 den sich aufgrund von Diskriminierung und Mobbing Zuhause, in der Schule oder anderswo dafür von Zuhause  
80 fortzugehen. Wir fordern deshalb die Einrichtung von staatlichen Stellen, die sich speziell um die Betreuung  
81 von LGBTTIAQ\*-Jugendlichen kümmern.

82

# P Pflege, Gesundheit & Soziales

## P Pflege, Gesundheit & Soziales

---

P11	Rheinland-Pfalz	Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“	115
-----	-----------------	--	-----

---

# P11

<b>Titel</b>	Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“
<b>AntragstellerInnen</b>	Rheinland-Pfalz

---

## Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, sich dafür einzusetzen,  
2 dass die EU-Mitgliedsstaaten sich verpflichten, den Steuersatz für Menstruationsprodukte zu senken. Unser  
3 ausdrückliches Ziel ist jedoch dafür zu kämpfen, dass menstruierenden Personen der diskriminierungs- und  
4 kostenfreie Erwerb notwendiger Hygieneartikel ermöglicht wird und diese Artikel in Einrichtungen für Frau-  
5 en\* (z.B. Frauen\*häuser) und an öffentlichen Orten (Toiletten) kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Darüber  
6 hinaus soll die Europäische Union die Anschaffung von Menstruationstassen und Menstruationsunterwäsche  
7 subventionieren. Wir fordern die SPD-Fraktion im Bundestag auf, die Mehrwertsteuer auf notwendige Hygie-  
8 neartikel auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von aktuell 7% zu senken. Dabei soll sichergestellt werden,  
9 dass die Preisnachlässe wirklich bei den VerbraucherInnen ankommen und nicht durch Preiszuwächse niveli-  
10 liert werden.
- 11 Desweiteren fordern wir die Schaffung eines Verbandsklagerechts für VerbraucherInnenschutzorganisationen  
12 zur Eindämmung ungerechtfertigter Preisaufschläge für inhaltlich im wesentlichen identischen, aber unter-  
13 schiedlich „gegenderten“ Produkten des/der gleichen HerstellerIn, sowie ein Verbot von nicht begründbaren  
14 Preisaufschlägen auf Produkte für Frauen\*, für die es ein ähnliches Männerprodukt gibt.

# **U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit**

## **U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit**

---

U3	Sachsen-Anhalt	Lebensmittelverschwendung entgegenreten	117
----	----------------	---	-----

---

# U3

**Titel** Lebensmittelverschwendung entgegenreten  
**AntragstellerInnen** Sachsen-Anhalt

---

## Lebensmittelverschwendung entgegenreten

- 1 1. Dass wir Jusos uns für ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung nach dem Vorbild Frankreichs und  
2 Italiens engagieren: Demnach werden Supermärkte ab einer Verkaufsfläche von 400 Quadratmetern  
3 verpflichtet, noch genießbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, an Wohltätigkeitsorgani-  
4 sationen zu spenden. Die Prüfpflicht soll dabei nicht bei den Wohltätigkeitsorganisationen liegen. Diese  
5 sollen möglichst über kommunale Gremien bezuschusst werden, um die Verteilung an bedürftige Men-  
6 schen organisatorisch zu gewährleisten. Ist das Weitergeben von Lebensmitteln nicht möglich, sollen  
7 diese möglicherweise verdorbenen Lebensmittel kompostiert oder als Tiernahrung weiterverwendet  
8 werden.
- 9 2. Dass wir die SPD auffordern, einen Aktionsplan oder eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung  
10 zu entwickeln, die das Ziel verfolgt, bis spätestens 2030 die Verschwendung in Deutschland massiv zu  
11 reduzieren. Hierbei sind feste Zielvorgaben für die einzelnen Bereiche der Wertschöpfungskette zu  
12 geben und die Unternehmen im Sinne einer „guten fachlichen Praxis“ zu sensibilisieren
- 13 3. Dass wir die SPD auffordern, sich in der Bundesregierung für eine groß angelegte Kampagne einzuset-  
14 zen, die in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Bedeutung dieser Problematik schafft. Mit jedem  
15 weggeworfenen Lebensmittel gehen eine Menge wertvoller Ressourcen verloren. Daher sollten The-  
16 men wie planvolles Einkaufen, die Beachtung von Lagerungshinweisen, die Möglichkeiten von Food-  
17 sharing und ein Abkoppeln vom Mindesthaltbarkeitsdatum in den Vordergrund gerückt werden.
- 18 Alle diese Forderungen sollen auch Einzug in das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 erhal-  
19 ten.



# W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

## W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

W1	Weser-Ems, Nord-Niedersachsen und Bremen	Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer Umbau	Sozial-ökologischer und ökonomischer	119
W3	Hessen-Süd	Steuern und Gerechtigkeit		123

# W1

<b>Titel</b>	Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau
<b>AntragstellerInnen</b>	Weser-Ems, Nord-Niedersachsen und Bremen

---

## Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau

### 1 **Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau**

2 Die maritime Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zu Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Deutschland.  
3 Der Transport von Waren und Gütern über den Schiffsverkehr ist Voraussetzung für weltweiten Handel. Nicht  
4 nur die Bundesländer mit direkter Küstenanbindung profitieren von der Schifffahrt. Auch die Bundesländer  
5 mit großer Industrieproduktion sind auf eine leistungsfähige maritime Wirtschaft angewiesen. Gewässer sind  
6 dabei nicht nur als Orte maritimer Wirtschaft, sondern auch als Lebensräume verschiedenster Ökosysteme  
7 und Bestandteil unserer eigenen Lebenswelt anzusehen. Im Zusammenhang mit dem Umweltschutz und der  
8 Bekämpfung der Folgen des Klimawandels ist für uns ein Ausbau der Vereinbarkeit von Naturschonung und  
9 wirtschaftlicher Nutzung unabdingbar. Der Verschmutzung von Meeren, Flüssen und Seen durch Schifffahrt  
10 und Industrie muss auf allen Ebenen aktiv entgegengetreten werden und bestehende Maßnahmen und Kon-  
11 trollen effektiver gestaltet werden.

12 Die maritime Wirtschaft hat für küstennahe Regionen eine besonders herausgehobene Bedeutung. Sie ist  
13 dort nicht nur elementarer Bestandteil des Wirtschaftslebens, sondern ist durch die verschiedenen durch sie  
14 generierten Möglichkeiten von Erwerbsarbeit von gesellschaftskonstituierender Bedeutung. Allerdings steht  
15 fest, dass die maritime Wirtschaft nun schon seit mehreren Jahrzehnten in einer tiefgreifenden Krise steckt.  
16 Immer neue Insolvenzen bedeutender Unternehmen, fehlende Investitionen in entsprechende Infrastruktur,  
17 fehlerhafte Umstrukturierungen der maritimen Wirtschaftsordnung, der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und  
18 immer schlechter werdende Arbeitsbedingungen sind Ausdruck dieser Entwicklung.

19 Ihre Ursache liegt in einer neoliberalen Wirtschaftsordnung, die zu einem globalen und zerstörerischen Wett-  
20 bewerb zwischen den maritimen Wirtschaftsstandorten und vor allem den dort beschäftigten Menschen führt.  
21 Für uns Jusos ist es deshalb von herausragender Bedeutung auch im Kontext maritimer Wirtschaftssteuerung  
22 unsere Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten und das Ziel ihrer Überwindung im  
23 Blick zu behalten.

24 Dabei müssen die Zukunftschancen der Energiewende, Green-Shipping und der E-Mobilität aufgegriffen wer-  
25 den. Die Industrie 4.0 wird auch die maritime Wirtschaft stark verändern. Diese Zukunft müssen wir gemein-  
26 sam als Bundesländer und als Bund innerhalb von Europa gestalten.

27 Dieses Positionspapier soll daher unsere Forderungen aufgreifen und innerhalb der Sozialdemokratie, Bünd-  
28 nispartnerInnen und der Gesellschaft diskutiert werden.

### 29 Infrastruktur von Häfen und Binnenschifffahrt

30 Die Hafeninfrastruktur ist das Herz der maritimen Wirtschaft. Eine wachstumsfreundliche Politik ist für uns un-  
31 erlässlich, um die Entwicklung der Beschäftigungszahlen der maritimen Wirtschaft positiv zu gestalten und die  
32 ehemalige Arbeitsplatzvielfalt, die die Hafenwirtschaft in der Vergangenheit ausgezeichnet hat, wiederherzu-  
33 stellen. Soll sie jedoch nur der Profitmaximierung der Eigentümer dienen, gilt es dies durch entsprechende  
34 politische Maßnahmen zu unterbinden. Diese zukünftige Entwicklung muss nach qualitativen Standards erfol-  
35 gen. Gemeinsam mit allen Beteiligten müssen in Zukunft Konzepte zur sozialen und ökologischen Transforma-  
36 tion der Hafenwirtschaft erfolgen. Ziel muss es sein eine zukunftsfähige und bedarfsgerechte Hafenlandschaft

37 zu erzeugen, deren Stärke nicht in reiner Größe sondern in hochwertiger Qualität liegt.

38 Die Hafeninfrastuktur muss ihre wichtige Rolle für die Volkswirtschaft wahrnehmen können und gleichzeitig  
39 ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden. Damit dies gelingen kann, fordern wir:

40 • die Länder bei der Finanzierung der Hafeninfrastuktur und der Bedeutung der Häfen durch die Ge-  
41 währung befristeter Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen zu unterstützen und damit  
42 eine Investitionsoffensive zu starten

43 • Weiterentwicklung des Hafenkonzeptes. Wichtige Knotenpunkte wie der Nord-Ostseekanal müssen da-  
44 bei besonders berücksichtigt werden

45 • Hafenhinterlandanbindungen müssen zukünftig beim (Bundesverkehrs)Wegeplan priorisiert und stär-  
46 ker bedacht werden

47 • ein Ausbau von bereits vorhandener Infrastruktur im Bereich der Maritimen Wirtschaft muss Konzep-  
48 ten folgen, die sozial-ökologische und ökonomische Kriterien berücksichtigen und gemeinsam mit den  
49 umliegenden Regionen abgestimmt werden

50 Damit auch die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen kann,  
51 braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen. Investitionen sind daher unter  
52 Beachtung ökologischer Kriterien und der Veränderungen im Zuge des Klimawandels auf den Erhalt des vor-  
53 handenen Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement auszurichten. Damit  
54 dies gelingen kann, fordern wir:

55 • Abbau von Wartezeiten an Schleusen und die Anpassung der Fahrrinnenbreiten an die Abflusssdynamik

56 • Binnenschifffahrt gezielt bei der Modernisierung in der Flotte und der Schiffstechnik zu unterstütz-  
57 ten. Hierbei ist es unerlässlich, dass es Ausnahmen für Traditionsschiffe und historische Wasserfahr-  
58 zeuge gibt, die überwiegend ehrenamtlich in Vereinen oder von privaten Liebhabern betrieben werden  
59 und einige touristische Bedeutung haben.

60 • Modernisierung der Binnenhäfen und individuelle Ausbauoptionen bemessen am Volumen der umge-  
61 schlagenen Tonnage.

62 • In die Planung von Binnenschifffahrten sollen die betroffenen Logistikfirmen einbezogen werden, um  
63 eine Effizienzsteigerung im Sinne eines ressourcenschonenden Transportwesens zu erzielen.

64 • eine Abwälzung der Kosten für Bundeswasserstraßen auf die Länder sowie eine Aufteilung in Bundes-  
65 wasserstraßen „erster“ oder „zweiter“ Klasse mit hauptsächlich industrieller oder touristischer Nutzung  
66 lehnen wir ab.“

67 „die Einführung einer Maut für Freizeitschiffer auf Bundeswasserstraßen lehnen wir ab.

#### 68 ARBEIT(SBEDINGUNGEN) IN DER MARITIME

69 Die Arbeitsbedingungen für Menschen im Bereich der Maritimen Wirtschaft haben für uns einen hohen Stel-  
70 lenwert. Im Zuge der Krise der maritimen Wirtschaft sind die dortigen Arbeitsbedingungen unter massiven  
71 Druck der kapitalistischen Verwertungslogik geraten. Löhne und die Qualität der Arbeitsplätze sind seit Jahren  
72 Hauptpunkte von Einsparmaßnahmen. Wir brauchen deshalb ein breites politisches und zivilgesellschaftliches  
73 Bündnis zum Schutz und zur Stärkung von Tarifbindung in der maritimen Wirtschaft. Politik und Gewerkschaf-  
74 ten müssen Hand in Hand arbeiten und darauf hinwirken, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und sie dort  
75 schützen, wo sie bereits verwirklicht sind. Auch im Bereich der maritimen Wirtschaft müssen atypische Be-  
76 schäftigungsformen eingedämmt und Normalarbeitsverhältnisse gestärkt werden. Es darf nicht sein, dass z.B.  
77 langjährige WerftarbeiterInnen nach einem InvestorInnenwechsel erst entlassen werden, um anschließend  
78 in atypischer Beschäftigungsform mit geringerem Lohn, schlechteren Arbeitsbedingungen und gelockerten  
79 Kündigungsschutz wiederingestellt zu werden. Wenn wir jungen Menschen eine Perspektive vor Ort und in  
80 der maritimen Wirtschaft geben wollen, müssen wir Maßnahmen für einen Mehrwert im maritimen Arbeiten  
81 ergreifen. Daher fordern wir:

82 • Das „Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt“ weiterzuführen. Jungen Men-  
83 schen eine Perspektiven geben und Beschäftigung vor Ort sichern.

- 84 • Die bestehenden Initiativen der Hafenbetreiber, des VDR und des DSLV zu unterstützen um junge Frau-  
85 en für die Seeschifffahrt zu motivieren und hier Perspektiven zu schaffen.
- 86 • eine „Agenda zu Möglichkeiten der Fortentwicklung der Beschäftigung in den Häfen“ gemeinsam mit  
87 den SozialpartnerInnen, den HafenbetreiberInnen, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbän-  
88 den. zu entwickeln. Dabei muss auch evaluiert werden, inwieweit eine Förderung des Strukturwandels  
89 nötig ist
- 90 • die Schiffsbesetzungsverordnung muss gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeitet werden, damit  
91 sich die Ausbildung stärker darauf fokussieren kann.
- 92 • internationale ArbeiterInnen-Rechte und internationale (Austausch-)Kooperationen müssen mit Hilfe  
93 der Vereinten Nationen vorangebracht werden
- 94 • Europaweite Auskunft über nationale Heuerstellen
- 95 • Angleichung der Ausbildung innerhalb der EU
  - 96 – STCW lässt zu viel Spielraum
  - 97 – In der Ausbildung soll es mehr Informationen über ArbeitnehmerInnenrechte geben
  - 98 – Idee: Trennung der Ausbildung von Deck und Maschine
- 99 • Der aktuelle Trend zur Ausflagung inländischer Schiffe muss gestoppt um umgekehrt werden, so dass  
100 wieder mehr Schiffe eingeflaggt werden. Damit Menschen, die sich dazu entscheiden zur See zufah-  
101 ren, endlich wieder eine faire Chance besitzen einen Platz an Bord zu bekommen und dass auch wie-  
102 der deutsche ArbeitnehmerInnen-Rechte gelten und das Lohndumping und das Unterwandern von  
103 ArbeitnehmerInnen-Rechten in der Schifffahrt eingedämmt werden kann

#### 104 Industriestandort der maritimen Wirtschaft

105 Der Industriestandort für die Verarbeitung und Bebauung im Bereich des Schiffsbaus nimmt für uns einen be-  
106 sonderen Stellenwert ein. Gute Arbeit und faire Bezahlung in der Metall- und Industriebranche sind auch auf-  
107 grund der Tradition in der Sozialdemokratie ein wichtiger Baustein. Gemeinsam wollen wir dabei helfen, dass  
108 die Produktion langfristig in Deutschland bleibt. Dafür sind auch Transformationsprozesse notwendig. Um  
109 Werften nachhaltig zukunftsfähig zu erhalten, halten wir uns als Jusos an das Prinzip: Ein Standort, eine Werft.  
110 Jede Werft muss von sich aus fähig sein, einen vollständigen Produktionsablauf an dessen Ende ein taugliches  
111 Schiff oder Wasserfahrzeug steht, zu gewährleisten. Entwicklungen zu einer arbeitsteiligen Werftenlandschaft,  
112 in denen einzelne Standorte nur noch einzelne Teile produzieren und die zur Abhängigkeit der einzelnen Werft  
113 von der Einbindungen in einen großen Konzernkomplex führen, lehnen wir entschieden ab. Selbstverständlich  
114 sind jedoch standortübergreifende Werftkooperationen dort zu fördern, wo sie die Auslastung beider Stand-  
115 orte verbessern.

116 Massenfertigung wird es in Deutschland aufgrund des gewachsenen Kostendrucks nicht mehr durchgängig ge-  
117 ben können. Die Produktion muss sich stärker in spezialisierte Bereiche entwickeln. Daher wollen wir:

- 118 • Gemeinsam mit der IMO eine Internationale Konferenz mit allen Beteiligten im Schiffsbau etablieren
- 119 • Innovationsförderung im Schiffbau
- 120 • Überwasserschiffbau als Schlüsselindustrie anzuerkennen
- 121 • Tarifbindung von Werkvertragsunternehmen durchsetzen. Die Mitbestimmung und Sozialpartner-  
122 schaft achten. Besonders in der Fertigung beim Schiffbau.

123 Diese Krise der Werftindustrie muss von uns Jusos im Lichte unserer sozialistischen Gesellschaftsanalyse be-  
124 antwortet werden. Dies bedeutet, dass wir es für notwendig halten, die grundsätzliche Situation der Eigen-  
125 tumsverhältnisse auch im Bereich der Werften kritisch zu hinterfragen. Anstatt Werften in Millionenhöhe zu  
126 subventionieren, halten wir es für sinnvoller, dass Bund und Länder zur Unterstützung der Werften als Schlüs-  
127 selindustrie Mit- und soweit notwendig auch Hauptanteilseigner der Werften werden. So kann eine politische  
128 Steuerung der Werftpolitik unter dem Gesichtspunkt grundsätzlicher sozial- und arbeitsmarktpolitischer Er-  
129 wägungen gelingen. Weiterhin ist im Rahmen dieser Überlegung die Demokratisierung der Werften und die  
130 Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften für uns ein zentrales Mittel, um den MitarbeiterInnen

131 der Werften die Möglichkeit zu geben, selbst Einfluss auf die strategische Ausrichtung ihrer Werft zu neh-  
132 men.

### 133 Maritime Wirtschaft in den Ebenen: Land, Bund und Europa

134 Die maritime Wirtschaft wird in unterschiedliche Ebenen diskutiert und behandelt. So unterschiedlich wie die  
135 Ebenen sind auch die Interessen der AkteurInnen. Damit die maritime Wirtschaft dauerhaft gesichert werden  
136 kann, müssen die unterschiedlichen Ebenen besser zusammenarbeiten. Daher fordern wir:

- 137 • den Grundgedanken „Kooperation statt Konkurrenz“ stärker in der Hafenvirtschaft zu verfolgen. Ge-  
138 meinsam soll evaluiert werden, wie eine Spezialisierung der Häfen möglich ist und wie eine gerechte  
139 Verteilung von Geschäftsfeldern im Rahmen von Häfenkooperation gelingen kann
- 140 • bessere Bund-Länder-Koordination. Dies kann durch die Beibehaltung der Maritimen Konferenz gelin-  
141 gen. Ein Hafenkonzept muss finanziell vom Bund unterstützt werden. Die Hafenlast darf nicht alleine  
142 vom Norden getragen werden. Der Bund steht in der Pflicht für die bundesweit wichtige Infrastruktur  
143 zu sorgen
- 144 • Bindung von Förderung an unseren Standard guter Arbeit
- 145 • für die Kooperationsperspektive in Europa brauchen wir neue Umweltauflagen für EU-Häfen.  
146 Nachhaltige und sozial-ökologische Häfen müssen in Europa bessergestellt werden. Außerdem darf  
147 keine europäische Ausschreibung ohne faire Wettbewerbsbedingungen stattfinden

### 148 Zukunftschancen: Elektromobilität, Offshore und Industrie 4.0

149 Im Sinne unserer Prinzipien einer sozialistischen Friedenspolitik müssen wir auch rüstungsbezogenen Teile der  
150 maritimen Wirtschaft einer kritischen Prüfung unterziehen. Dabei streben wir eine schrittweise Konversion  
151 der Rüstungsarbeitsplätze hin zu zivilen Nutzen an, die jedoch auf die strukturellen Gegebenheiten an den  
152 jeweiligen Standorten Rücksicht nimmt. Langfristig muss auch die maritime Wirtschaft ihren Beitrag zu einer  
153 friedlichen und entwaffneten Welt leisten. Die alternativen Antriebe sind auch in der Maritimen Wirtschaft nicht  
154 mehr wegzudenken. Sie bieten große Zukunftschancen, eine elektronische (Binnen-)Schifffahrt zu gestalten.  
155 Wir brauchen die Elektromobilität daher auch in der politischen und wirtschaftlichen Debatte. Wir müssen  
156 diese Zukunftschance nutzen, um Wachstum, Arbeit und Wohlstand zu generieren. Wir fordern daher:

- 157 • Forschung und Entwicklung für die Elektromobilität nicht nur auf den Straßenverkehr zu beschränken.
- 158 • Die Bestrebungen der Hafenbetreiber an die veränderten Umweltauflagen (am Kai müssen See-  
159 schiffe durch externen elektrischen Strom betrieben werden) müssen unterstützt werden, dafür muss  
160 entsprechende Infrastruktur bereitgestellt werden.
- 161 • Unterstützung vom Aufbau und Entwicklung von Batteriefabriken. Durch Finanzierung über staatliche  
162 Banken oder Anschubfinanzierungen

163 Offshore-Wind ist eine Zukunftschance für unsere Volkswirtschaft. Sie bringen Arbeit und Wohlstand. Es liegt  
164 an uns, diese Chance zu ergreifen und auszubauen. Daher wollen wir:

- 165 • den technologischen Vorsprung durch Forschung und Entwicklung weiter voranbringen. Dazu zählen  
166 die Referenzprojekte von Industrie und Politik
- 167 • einen Masterplan für den Netzausbau im Bereich der Offshore-Energie vorantreiben
- 168 • Zukunftsideen wie Offshore-Windparks als Tankstellen auf den Meeren vorantreiben und politisch un-  
169 terstützen. Damit wir die Verknüpfung von Elektromobilität und Offshore-Windparks in der Maritimen  
170 Wirtschaft schaffen.

# W3

**Titel** Steuern und Gerechtigkeit

**AntragstellerInnen** Hessen-Süd

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

## Steuern und Gerechtigkeit

1 Für uns sind Steuern eines der wichtigsten Instrumente um eine gerechte Chancengesellschaft durchzusetzen.  
 2 Dabei tragen Steuern einerseits zu einer gerechten Finanzierung des Gemeinwesens bei. Dazu gehört die sozia-  
 3 le Infrastruktur wie Schulen und andere Bildungsstätten, die Gesundheitsversorgung, öffentlicher Sicherheit,  
 4 öffentliche Netzinfrastruktur wie Telekommunikationsleitungen oder Straßen und das Vorhalten von Sozial-  
 5 leistungen. Steuern können aber auch als Anreiz für ein politisch gewünschtes Verhalten dienen und haben  
 6 insoweit erhebliche Lenkungswirkung, oft ohne die einschneidende Wirkung von Geboten und Verboten. Der  
 7 Erfolg progressiver Reformansätze hängt ganz maßgeblich davon ab, zu vereinfachen, mehr Sozialstaatlichkeit  
 8 zu erreichen, mittlere Einkommen zu entlasten und die stetige Reproduktion von Vermögensungleichheit zu  
 9 bremsen. Zahlreiche Mängel des deutschen Steuersystems sind gerade darauf zurückzuführen, dass ihm eine  
 10 einheitliche Idee fehlt. Vielmehr ist es ein Kompromiss aus verschiedenen teilweise gegensätzlichen (gesell-  
 11 schaftspolitischen) Prinzipien wie dem Äquivalenzprinzip („Wer gesellschaftliche Kosten verursacht, zahlt die  
 12 Steuer“) oder dem Leistungsfähigkeitsprinzip („Starke Schultern können mehr tragen“), aus unterschiedlichen  
 13 steuerpolitischen Denkschulen (direkte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt derjenige, der die Steuer  
 14 zahlt, indirekte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt nicht derjenige, der die Steuer zahlt), aus individuel-  
 15 len Sonderinteressen, Einzelfallregelungen und vereinzelt Veränderungen nach jedem Regierungswechsel.  
 16 Steuerpolitische Reformen können nur gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich versammeln, wenn die politi-  
 17 sche Idee statt der technischen Lösung im Vordergrund steht.

18 Im Einzelnen sind uns folgende Eckpunkte wichtig. Sie sind als neue Grundausrichtung des Steuersystems,  
 19 nicht als abschließende Aufzählung zu verstehen: Die einseitige Entlastung von hohen Einkommen und die  
 20 Ungleichbehandlung von Kapitaleinkommen halten wir für einen politischen Irrweg. Der Glaube das man  
 21 nur hohe Einkommen entlasten müsse um das allgemeine Wachstum zu stimulieren ist nicht nur widerlegt,  
 22 sondern die Reformen die darauf basierten haben zudem die soziale Ungerechtigkeit verschärft und gefährden  
 23 so den sozialen Frieden. Das gilt nicht nur, aber auch, für Deutschland.

24 Das deutsche Steuersystem muss reformiert werden. Es muss sozial gerechter gestaltet werden. Einerseits  
 25 muss es den Anforderungen des Leistungsfähigkeitsprinzips (darunter Einzelfallgerechtigkeit) genügen, aber  
 26 gleichzeitig auch vereinfacht werden. Das Leistungsfähigkeitsprinzip beschreibt zwei Gerechtigkeitsebenen, ei-  
 27 nerseits sollen Menschen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden (horizontale  
 28 Gerechtigkeit) und andererseits Menschen mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unterschied-  
 29 lich besteuert werden (vertikale Gerechtigkeit).

30 Daher fordern wir:

31 Ein Steuersystem muss dem Gerechtigkeitsempfinden der breiten Masse der Bevölkerung gerecht werden,  
 32 die Finanzierung des Staates sicherstellen und gleichzeitig vereinfacht werden. Kernelemente eines solchen  
 33 Steuersystems sind:

### 34 1. Eine Einkommensteuer als Hauptsäule des Steuersystems

35 a) Keine Differenzierung nach Einkommensarten, der Steuersatz steigt mit dem Einkommen pro-  
 36 gressiv an

- 37 b) Absenken der Umsatzsteuer und Kompensation über Anhebung des Spitzensatzes auf über 50
- 38 %
- 39 c) Der Steuerfreibetrag wird beibehalten
- 40 d) Abzugsmöglichkeiten für Kinder, pflegebedürftige Verwandte und andere besondere Belastun-
- 41 gen
- 42 e) Berücksichtigung von Werbungskosten
- 43 f) Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splittings“
- 44 g) deutliche Milderung / Abschaffung der kalten Progression

#### 45 1. **Eine Erbschaftsteuer (und Schenkungsteuer) zur Umverteilung, die ein Auseinanderklaffen der**

#### 46 **Schere zwischen Arm und Reich verhindert**

- 47 a) Höchsterbschaften in Höhe von 1 Mio. EUR durch 100 % Steuersatz ab einem Freibetrag von 1
- 48 Mio. EUR für nahe Angehörige; die Höhe des Vermögens wird im Erbfall ermittelt; die Erbschafts-
- 49 steuer fällt auch auf vererbten Grundbesitz an
- 50 b) Differenzierung nach Familiengrad
- 51 c) Unternehmen soll die Wahl zwischen zwei Alternativen gelassen werden:
  - 52 i. Die Möglichkeit für kleine bis mittelständische Familienbetriebe, eine anfallende Steuerlast
  - 53 in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu entrichten. Dabei ist der Zins für
  - 54 Staatsanleihen zu Grunde zu legen.
  - 55 ii. Der Staat erhält eine stille Beteiligung am Unternehmen in Höhe der Steuerlast. Als stiller
  - 56 Teilhaber erhält er eine Beteiligung an der Gewinnausschüttung. Die Erben können den
  - 57 Staat über die Zeit entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ausbezahlen und da-
  - 58 mit wieder Volleigentümer werden.

#### 59 1. **Indirekte Steuern hauptsächlich als Lenkungssteuern**

- 60 a) Eine echte Emissionsteuer auf europäischer Ebene, die zwar an den Energieträgern anknüpft, die
- 61 aber vorrangig deren negativen Umweltauswirkungen betrachtet (alternativ: ausreichend ver-
- 62 knappte Umweltzertifikate)
- 63 b) Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer
- 64 c) Ferner: Alkohol- und Tabakbesteuerung
- 65 d) die Abschaffung / Absenkung der Umsatzsteuer und aller weiteren nicht positiv in einem ent-
- 66 sprechenden Gesetz ausgenommen Verbrauchssteuern

#### 67 **Mithin gibt es drei Ziele bei der Steuererhebung:**

- 68 1. Das Einnahmeziel: Die vom Staat benötigten Einnahmen erzielen
- 69 2. Das (Um-)Verteilungsziel: Gesellschaftliche Umverteilung (von oben nach unten)
- 70 3. Das Lenkungsziel: Durch Steuern gewünschtes Verhalten hervorrufen, volkswirtschaftliche Kosten be-
- 71 rücksichtigen u.ä.

72 Diese Ziele sind mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem Einfachheitsziel zu verknüpfen. Ein reformiertes

73 Steuersystem soll stärker an direkten Steuern ausgerichtet sein.

#### 74 **Direkte Steuern als Hauptsäule für Staatseinnahmen und Umverteilung**

75 Hauptsäule des Steuersystems soll die Einkommensteuer bilden. Sie dient sowohl als Haupteinnahmequelle

76 des Staates und kann gleichzeitig wesentlich zur Umverteilung beitragen. Dazu muss die Einkommensteuer

77 progressiv gestaltet sein, der Spitzensteuersatz muss deutlich erhöht werden (auf über 50 %). Weiterhin sollen

78 alle Formen des Einkommens – gemäß des Prinzips der horizontalen Gerechtigkeit – gleich besteuert werden.

79 Es darf keine Bevorzugung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen geben. Sie soll in Zukunft

80 nicht mehr in Form von Stufentarifen dargestellt werden, sondern individuelle Steuersätze sollen zu Grunde

81 gelegt werden. Dies gelingt, indem die großen Sprünge des jetzigen Stufenmodells durch einen kontinuierlich  
82 mit dem Einkommen ansteigenden Tarif ersetzt werden. Dadurch wird die kalte Progression zwar nicht gänz-  
83 lich abgeschafft, in ihrer Wirkung allerdings um ein Vielfaches gedämpft. Abschließend abgeschafft werden  
84 kann die kalte Progression durch eine regelmäßige bzw. kontinuierliche Anpassung (Anhebung) des Grundfrei-  
85 betrags und der darüber anfallenden Steuersätze. Eine automatische Anpassung kann beispielsweise durch  
86 eine Indexierung erfolgen, in der die Einkommensteuersätze an die Inflation gekoppelt und so automatisch  
87 angepasst werden.

88 Die Einkommensteuer soll auch auf ausgeschüttete Gewinne von Unternehmen anfallen. Zugrunde gelegt wird  
89 dabei der individuelle Steuersatz der Gewinnempfänger. Werden die Gewinne im Unternehmen belassen, also  
90 nicht ausgeschüttet, fällt eine proportionale Steuer an – die Körperschaftsteuer – mit einem pauschalen Steu-  
91 ersatz von 15%. Bei Ausschüttung von Gewinnen ist die Körperschaftsteuer anrechenbar. Investitionen von  
92 Unternehmen werden dadurch nicht beeinflusst. Aus Nachfrageperspektive investieren Unternehmen solan-  
93 ge die Rendite gewinnbringend und höher ist als bei alternativen Anlageformen.

94 Für Privathaushalte gilt: Das Ehegatte-Splitting ist abzuschaffen. Es begünstigt die „traditionelle Ehe“ im Ver-  
95 gleich zu anderen Formen von Partnerschaften und ist damit nicht mehr zeitgemäß. Weiterhin begünstigt sie  
96 innerhalb von Ehen eine ungleiche Einkommenserzielung und fördert damit die veralteten Rollen des „arbei-  
97 tenden Mannes“ und der „kinderhütenden Hausfrau“. Der Gedanke der horizontalen Gerechtigkeit, der die  
98 Ehe zweier Personen als wirtschaftliche Einheit und sie daher ins Verhältnis setzt zu zwei Alleinstehenden mit  
99 jeweils der Hälfte des Einkommens, kann diese Nachteile nicht wettmachen. Vielmehr handelt es sich dabei  
100 um eine Progressionskappung. Ein gesellschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Gewinn durch die Begünsti-  
101 gung der Ehe ist nicht vorhanden. Wichtiger sind hier Abzugsmöglichkeiten für Kinder in Form von Kinderfrei-  
102 beträgen bzw. Kindergeld o.ä.

103 Ebenso müssen Kosten, die zur Erzielung des Einkommens anfallen, (in gewissem Maße) abzugsfähig bleiben.  
104 Weiterhin muss sie einen Freibetrag enthalten, der steuerfrei bleibt (Grundfreibetrag). Daneben braucht es  
105 noch eine Erbschaftsteuer. Diese dient vor allem gesellschaftlicher Umverteilung. Sie soll vor diesem Hinter-  
106 grund verhindern, dass Vermögen und Reichtum stetig reproduziert und immer stärker auf wenige Menschen  
107 konzentriert werden. In einer Chancengesellschaft sollen Menschen unabhängig von der Leistung von Eltern,  
108 Großeltern die gleiche Möglichkeit auf sozialen Aufstieg haben. Die Freibeträge können wie bislang nach Fa-  
109 miliengrad differenziert werden, für nahe Angehörige können Freibeträge von 1 Mio. Euro umgesetzt werden  
110 und das Umverteilungsziel dennoch erreicht werden. Dazu muss der Steuersatz nach Freibeträgen bei 100  
111 % liegen. Werden Einkommensteuer und Erbschaftsteuer wie beschrieben umgesetzt, entfällt eine Vermö-  
112 gensteuer. Sie ist ohnehin in der Umsetzbarkeit aufgrund des Aufwandes einer Erbschaftsteuer unterlegen.  
113 Die Freibeträge sollen in dieser Form auch ohne Ausnahme für Familienbetriebe gelten. Ihnen wird jedoch  
114 die Möglichkeit eröffnet, eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu  
115 entrichten, dabei ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen. Die Erbschaftsteuer greift auch bei Schen-  
116 kungen.

#### 117 **Indirekte Steuern als Lenkungssteuern**

118 Indirekte Steuern können zwar dem Einnahmeziel dienen, nicht aber dem Umverteilungsziel von Steuern. Die  
119 Umsatzsteuer belastet im Gegenteil über alle Maßen die unteren Einkommensschichten. Die Umsatzsteuer  
120 soll in mehreren Stufen abgebaut werden und die Einnahmen durch das höhere Aufkommen aus der Erb-  
121 schaftsteuer und der Einkommenssteuer kompensiert werden. Gemessen am verfügbaren Einkommen wer-  
122 den einkommensschwächere Haushalte benachteiligt. Indirekte Steuern sind daher v.a. aus Lenkungszwecken  
123 zu nutzen. Lenkungssteuern verfolgen hauptsächlich das Lenkungsziel, Einnahme- und Verteilungsziel sind  
124 nachrangig. In diesem Rahmen sind Tabak- und Alkoholsteuern einzuordnen – volkswirtschaftliche Kosten  
125 werden darüber internalisiert, negative externe Effekte anhand von speziellen Konsumsteuern im Preis der  
126 jeweiligen Güter abgebildet. Ähnliches gilt für Umweltbelastungen durch Emissionen. Alternativ zu Energie-  
127 oder Emissionssteuern können hier aber auch Umweltzertifikate genutzt werden. In diesem Fall sind diese  
128 Zertifikate natürlich von politischer Seite entsprechend so stark zu verknappten, dass ihr Marktpreis tatsäch-  
129 lich die volkswirtschaftlichen Kosten beinhaltet.

130 Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, was passiert, wenn Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Um  
131 Spekulationen an Finanzmärkten zu reduzieren und Finanzmärkte wieder stärker auf den Bereich Investitio-  
132 nen in die Realwirtschaft auszurichten, bedarf ein modernes Steuersystem einer Finanzmarkttransaktions-



133 steuer.

134 Ein modernes Steuersystem kann nicht auf nationaler Ebene gestaltet werden. Das Steuersystem ist daher  
135 langfristig europaweit zu vereinheitlichen bzw. europäisch umzusetzen. Die hier angesprochene Struktur kann  
136 auch als Grundlage für eine einheitliche bzw. gemeinsame europäische Besteuerung dienen. Insbesondere gilt  
137 die europäische Vereinheitlichung aber auch jetzt schon für den Bereich der Emissionssteuern bzw. Umwelt-  
138 zertifikate einerseits und andererseits für die Finanzmarkttransaktionssteuer. Weiterhin sind innereuropäi-  
139 sche Steuer-Schlupflöcher zu schließen.

140 Sollen sich Gesellschaften nicht mehr gegenseitig im Steuerwettbewerb unterbieten, müssen Barrieren fallen  
141 Nationale Grenzen dürfen nicht die Grenzen der Solidarität sein. Über die nächsten Jahrzehnte wird man daher  
142 nicht an der Frage vorbei kommen, wie ein Steuersystem über die Grenze der EU hinaus international gestaltet  
143 werden kann. Auch dafür können Grundsätze des hier beschriebenen Steuersystems genutzt werden.

# Z Initiativanträge

## Z Initiativanträge

---

Z1	Bundeschvorstand	Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz	128
----	------------------	--	-----

---

# Z1

<b>Titel</b>	Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz
<b>AntragstellerInnen</b>	Bundesvorstand

---

## Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz

1 Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Entwurf eines Einwanderungsgesetzes vom 07.11.2016 konkrete  
 2 Vorschläge für mehr und einfachere Einwanderungsmöglichkeiten in die Bundesrepublik vorgelegt. Die damit  
 3 angestoßene Debatte eröffnet die Möglichkeit für linke Impulse und eine positive Perspektive auf Zuwande-  
 4 rung. Es gilt, verloren gegangene Diskurshoheit in der Auseinandersetzung um die offene Gesellschaft zu-  
 5 rückzuerlangen und reale Veränderungen zu erwirken. Deshalb kämpfen wir als Jusos für ein progressives  
 6 Einwanderungsrecht. Wir werden uns mit klaren Positionen in die innerparteiliche Diskussion einbringen und  
 7 die gesellschaftliche Debatte offensiv führen. Wir wollen ein Einwanderungsgesetz als klares Bekenntnis zur  
 8 offenen Gesellschaft.

### 9 **Für ein globales Recht auf Migration**

10 Ins Zentrum unserer Überlegungen und politischen Forderungen für ein Einwanderungsgesetz stellen wir  
 11 Menschen, nicht ökonomische Erwägungen. Ein Einwanderungsgesetz, das sich an den Interessen der deut-  
 12 schen Wirtschaft orientiert, lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt ein globales Recht auf Migration, das verwirklicht,  
 13 was in der EU bereits gilt: Freizügigkeit. Wer nach Deutschland kommen will, um sich hier ein Leben aufzubauen,  
 14 soll diese Möglichkeit bekommen. Dazu wird mehr notwendig sein, als das Einreißen aller Grenzen. Denn  
 15 weder ist die Infrastruktur in potentiellen Zielregionen auf einen voraussetzungsfreien Zuzug vorbereitet, noch  
 16 wäre es verantwortbar, einen massiven Braindrain in wahrscheinlichen Abwanderungsregionen zuzulassen,  
 17 der ihre Entwicklungschancen auf Jahrzehnte zunichte macht und damit die Menschen vor Ort ihrer Perspekti-  
 18 ven beraubt. Nichtsdestoweniger ist eine Welt offener Grenzen für uns nicht ferne Utopie, sondern konkretes  
 19 Ziel. Noch vor wenig mehr als 25 Jahren konnte man sich innerhalb der Stadtgrenzen von Berlin nicht frei  
 20 bewegen. Heute genießen EU-BürgerInnen Reisefreiheit in der gesamten EU. Es gibt für uns keine guten Grün-  
 21 de zu glauben, dass die europäischen Freizügigkeitsregelungen nicht auch global zu verwirklichen sind. Dafür  
 22 wollen wir Schritt für Schritt vorangehen.

### 23 **Globale Ungerechtigkeit bekämpfen**

24 Globale Ungerechtigkeit – die ungleiche Verteilung von materiellen und immateriellen Ressourcen sowie Ent-  
 25 wicklungschancen und Lebensperspektiven – erzwingt tausendfach Migration jenseits anerkannter Flucht-  
 26 gründe. Es liegt zuvorderst in der Verantwortung der ökonomisch stärksten Staaten, dieser globalen Unge-  
 27 rechtigkeit ein Ende zu bereiten, denn sie verfügen über die notwendigen Machtressourcen und profitieren  
 28 bisher von den existierenden Ungleichgewichten. Das Ziel kann nicht weniger sein als eine Welt, die Ressour-  
 29 cen gerecht verteilt und in der erzwungene Migration der Vergangenheit angehört. Denn auch das gehört zum  
 30 Recht auf freie Wohnortwahl: Nicht zum Fortzug gezwungen zu sein. Internationale Friedenspolitik und eine  
 31 gerechte Handelspolitik, die die Interessen aller Beteiligten wahrt statt Machtgefälle auszunutzen, ist dafür  
 32 ebenso unabdingbar, wie die längst überfällig Verwirklichung des 0,7%-Ziels in der Entwicklungszusammen-  
 33 arbeit, welches auch Deutschland Jahr für Jahr verfehlt. Ein Einwanderungsgesetz kann die globalen Gerech-  
 34 tigungsfragen nicht lösen, es kann sie aber ebenso wenig ignorieren. Offenheit für die Welt gibt es nicht ohne  
 35 Verantwortung für die Welt.

### 36 **Asyl ist Menschenrecht**

37 Wir bekennen uns vollumfänglich zum Recht auf Asyl. Es darf in keiner Weise durch ein Einwanderungsgesetz

38 in Frage gestellt oder eingeschränkt werden. Wer fliehen muss, soll Schutz finden! Wir wenden uns gegen die  
39 Festung Europa und fordern die umfassende Anerkennung von Fluchtgründen, sichere und legale Fluchtrou-  
40 ten, sowie die Einhaltung des Non-Refoulement-Gebots. Geflüchtete sollen in Deutschland diskriminierungsfrei  
41 und mit sicherer Bleibeperspektive leben können, angemessen unterstützt werden und umfassende Möglich-  
42 keiten gesellschaftlicher Teilhabe erhalten. Dazu gehört auch das Recht auf Familiennachzug. Wir weisen die  
43 erfolgten Asylrechtsverschärfungen zurück und halten an unseren Forderungen nach einer Ausweitung und  
44 Verbesserung des Asylrechts fest. Wir verlangen die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf  
45 Asyl!

#### 46 **Einwanderungsgesetz gerecht gestalten**

47 Jede/r fünfte EinwohnerIn Deutschlands hat selbst Migrationserfahrung oder mindestens einen Elternteil, der  
48 nach Deutschland zugewandert ist. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Daran kann es keinen Zweifel ge-  
49 ben. Dennoch erleben EinwanderInnen und Menschen mit familiären Wurzeln im Ausland strukturelle Nach-  
50 teile. Und nichtsdestotrotz bietet Deutschland Nicht-EU-BürgerInnen bis heute kaum Chancen auf legale Zu-  
51 wanderung. Das wollen wir ändern.

52 Für unsere Idee eines globalen Rechts auf Migration gibt es derzeit keine politischen Mehrheiten, das nehmen  
53 wir zur Kenntnis. Dies ändert nichts an unserer politischen Zielvorstellung, die wir aus unseren Grundwerten  
54 und Überzeugungen ableiten und weiterverfolgen. Doch auch kurzfristig, im Hier und Jetzt, gilt es Gelegenhei-  
55 ten zu nutzen, um mehr Menschen die Chance auf ein besseres Leben zu ermöglichen. Eine solche Gelegenheit  
56 ist jetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat das Diskussionsfenster einen Spalt weit geöffnet. Ziel jungsozialisti-  
57 scher Politik muss es nun sein, das Schließen dieses Fensters zu verhindern und es stattdessen Stück für Stück  
58 weiter zu öffnen. Wer das globale Recht auf Migration erreichen will, muss jetzt in die Debatte intervenie-  
59 ren.

60 Ein progressives Einwanderungsgesetz kann mehr Menschen als bisher dringend benötigte und sehnlich ge-  
61 wünschte Chancen auf ein gutes Leben in Deutschland eröffnen. Die restriktiven und unübersichtlichen be-  
62 stehenden Regelungen verhindern Einwanderung nach Deutschland bisher eher, als dass sie sie ermöglichen.  
63 Ein neues Einwanderungsgesetz soll die Möglichkeiten, beispielsweise zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland  
64 zu kommen, deutlich ausweiten und dafür transparente und gerechte Regelungen schaffen. Unser Anspruch  
65 an das Gesetz ist, dass es gleichzeitig MigrantInnen in Deutschland mehr Chancen eröffnet und in den Her-  
66 kunftsregionen neue Perspektiven befördert. Unterm Strich würden davon auch Gesellschaft in Deutschland  
67 profitieren.

#### 68 **Lebenslagen berücksichtigen – mehr als Punkte für den Arbeitsmarkt**

69 Punktesysteme sind nicht geeignet, um adäquate Regeln für Einwanderung zu setzen. Unser Politikansatz ori-  
70 entiert sich am Individuum. Punktesysteme, so ausgeklügelt und gut gemeint sie auch sein mögen, können  
71 die individuelle Situation und die sozialen Verhältnisse einzelner Menschen jedoch niemals adäquat abbilden.  
72 Deshalb wird ein Punktesystem, das sich – wie im Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion – an den Bedarfen  
73 der deutschen Wirtschaft und Arbeitsmarkterwägungen orientiert, unsere Zustimmung nicht finden. Solange  
74 zahlenmäßige Begrenzungen für Zuwanderung gelten, wäre stattdessen eine Einzelfallprüfung anhand der  
75 persönlichen Lebenslage notwendig.

76 Unabhängig vom Auswahlmodus fordern wir, humanitäre und soziale Rahmenbedingungen zu berücksichti-  
77 gen. Ebenso ist für uns unabdingbar, gleiche Chancen auf Zuwanderung für alle Geschlechter durch eine Quo-  
78 tenregelung im Einwanderungsgesetz zu verankern. An Qualifikationsmerkmalen orientierte Kriterien bilden  
79 nicht nur unterschiedliche Bildungschancen nach sozialer Lage und geografischer Herkunft nicht ab, sondern  
80 werden angesichts des weitverbreiteten schlechteren Bildungszugangs von Frauen auch zu einem massiven  
81 Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern führen. Wir fordern die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion  
82 auf, in überarbeiteten Entwürfen zum Einwanderungsgesetz allen Menschen einen diskriminierungsfreien Zu-  
83 gang zum Einwanderungssystem zu ermöglichen und auch Menschen Zuwanderungschancen zu eröffnen,  
84 welche die Anforderungen eines Punktesystems nicht erfüllen.

85 Kleinteilige Nützlichkeitsabwägungen halten wir in einer von Ungleichheiten durchzogenen Welt für zynisch.  
86 Sollte sich diese Vorgehensweise in einem ersten Schritt durchsetzen, so erwarten wir von der Sozialdemo-  
87 kratie mindestens eine humanitäre Kompensation in Form einer voraussetzungslosen Greencard-Lotterie,

88 über die wenigstens die Hälfte der jährlichen Einwanderung ermöglicht wird. Der Zugang zum Online-  
89 Bewerbungssystem ist dazu ohne Einschränkungen zu gewährleisten.

#### 90 **Bildungszuwanderung erleichtern, Qualifizierung ermöglichen**

91 Wir wollen, dass junge Menschen aus aller Welt einfacheren Zugang zu Bildung und Ausbildung in Deutsch-  
92 land erhalten. Und wir wollen, dass deutsche Unternehmen und Universitäten ihren Beitrag zur Deckung des  
93 zukünftigen Fachkräftebedarfs leisten, statt in ihren Herkunftsregionen dringend benötigte Fachkräfte abzu-  
94 werben. Mit dem Einwanderungsgesetz soll deshalb ein staatliches, kostenfreies und bundesweit einheitliches  
95 Online-Bewerbungssystem für das Auslandsstudium in Deutschland eingeführt und auch BewerberInnen um  
96 einen Ausbildungsplatz Zugang zu einem Bewerbungssystem geschaffen werden. Damit diese Zugänge nicht  
97 nur auf dem Papier existieren, wird es notwendig sein, die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und  
98 Hochschulzugangsberechtigungen zu vereinfachen und verbessern. Das Einwanderungsgesetz soll außerdem  
99 sicherstellen, dass der Abschluss eines Studiums oder einer Ausbildung eine dauerhafte Aufenthalts- und Nie-  
100 derlassungserlaubnis begründet. Die bisherige Frist von sechs Monaten für die Jobsuche muss fallen.

101 Für alle EinwanderInnen – unabhängig davon, ob sie zur Berufsaufnahme, zum Studium oder für eine Aus-  
102 bildung nach Deutschland kommen wollen – soll es nach Möglichkeit Unterstützungsangebote wie Beratung,  
103 Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen in den Herkunftsländern geben. Zusätzlich sollen Möglichkei-  
104 ten geschaffen werden, fehlende Qualifikationen in Deutschland zu erwerben oder zertifizieren zu lassen so-  
105 wie Abschlüsse nachzuholen, ohne dass dies an hohen finanziellen Hürden scheitert. Wer nach Deutschland  
106 kommt, soll auch während Phasen der Bildung und Qualifizierung oder zeitweisen Arbeitslosigkeit nicht unter  
107 dem kulturellen Existenzminimum leben müssen und daher regulären Anspruch auf staatliche Leistungen wie  
108 BAFöG oder Grundsicherung erhalten. Für freiwillige Sprach- und Integrationskurse wollen wir einen Rechts-  
109 anspruch schaffen.

110 Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss dringend verbessert werden. Die im Entwurf der SPD-  
111 Bundestagsfraktion vorgesehene Möglichkeit, Berufsqualifikation auch über den Europäischen Qualifikations-  
112 rahmen (EQR) feststellen zu lassen, begrüßen wir ausdrücklich. In diesem Zusammenhang wollen wir sicherge-  
113 stellt wissen, dass auch Berufserfahrung, informell erworbene Kenntnisse und Wissen aus Fort- und Weiterbil-  
114 dung realistische Aussichten auf die Feststellung und Zertifizierung von Qualifikationsniveaus eröffnen.

#### 115 **Mehr als ein Aufenthaltstitel – Einwanderung und Ankommen gestalten**

116 Einwanderung bedeutet mehr als die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Im Gegensatz zum Punktesystem lohnt  
117 sich hier tatsächlich ein Blick nach Kanada, wo zahlreiche Programme und Maßnahmen die Möglichkeiten zur  
118 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe erleichtern. Auch in einem deutschen Einwanderungsgesetz  
119 wollen wir deshalb Brücken-, Patenschafts- und Mentoringprogramme verankern. ArbeitgeberInnen, die von  
120 Zuwanderung profitieren, wollen wir bei der Bereitstellung und Finanzierung entsprechender Angebote in die  
121 Pflicht nehmen. Entsprechende Vorschläge fehlen bisher leider im SPD-Entwurf für das Einwanderungsge-  
122 setz.

123 Lohndumping muss das Einwanderungsgesetz effektiv ausschließen. Ausländische ArbeitnehmerInnen sind  
124 keine ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse. Aufenthaltstitel sollen auch deshalb nicht länger an ein bestehendes  
125 Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis geknüpft werden, damit ArbeitnehmerInnen nicht durch die Prekarität  
126 ihrer Bleibeperspektive auf dem Arbeitsmarkt erpressbar werden.

127 Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Familie gilt universell. Es steht für uns deshalb außer Frage, dass  
128 EinwanderInnen ein umfassendes Recht auf Familiennachzug bzw. das Mitbringen von Familie – unabhängig  
129 von der Familienform – gewährt werden muss. Wer in Deutschland lebt, soll das mit seiner Familie gemein-  
130 sam tun können. Anders kann eine inklusive Einwanderungsgesellschaft nicht gelingen. Der gleichberechtigte  
131 und diskriminierungsfreie Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheit ist allen Menschen in Deutsch-  
132 land unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Bestehende Beschränkungen wollen wir beseitigen  
133 und auch mitreisende Familienmitglieder rechtlich gleichstellen. Dies bedeutet für uns auch, eigenständige  
134 Aufenthaltstitel für Familienangehörige zu erteilen und diese nicht länger aneinander zu koppeln.

#### 135 **Dauerhafte Perspektiven schaffen**

136 Mit einem neuen Einwanderungsgesetz muss gelten, dass wer nach Deutschland kommt, dauerhafte Perspek-  
137 tiven für sein Leben und zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe erhält. Dazu wollen wir die den Zu-

138 gang zur Einbürgerung erleichtern und von der wirtschaftlichen Lage der AntragstellerInnen entkoppeln. Die  
139 bestehende Frist von acht Jahren dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland wollen wir deutlich reduzieren und  
140 Mehrfachstaatsbürgerschaften generell zulassen. Wer in Deutschland geboren wird, soll ohne weitere Voraus-  
141 setzungen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

142 In einer Demokratie gilt für uns das All-Affected-Principle: Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist,  
143 hat auch ein Recht an selbigen beteiligt zu werden. Wer in Deutschland lebt, soll deshalb nach drei Monaten  
144 das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen erhalten und an Abstimmungen teilnehmen dürfen.

145 Dauerhafte Perspektiven dürfen nicht davon abhängen, mit welchem Status jemand nach Deutschland ein-  
146 gereist ist. Trotz grundsätzlicher Trennung von Asyl- und Einwanderungsrecht, halten wir es deshalb für un-  
147 abdingbar, Übergänge aus dem Asylverfahren in das Einwanderungsverfahren zu schaffen. Es ist schlicht wi-  
148 dersinnig, in Deutschland lebende Menschen, die die Bedingungen des Einwanderungsgesetzes erfüllen, im  
149 Asylverfahren zu halten oder gar abzuschieben und damit ihrer Lebensperspektive in Deutschland zu berau-  
150 ben.

151 Um dauerhafte Perspektiven in einer kulturell heterogenen Einwanderungsgesellschaft zu eröffnen, sind ei-  
152 ne Vielzahl weiterer Maßnahmen nötig, die mit einer Öffnung der Einwanderungsmöglichkeiten durch das  
153 Einwanderungsgesetz einhergehen sollten. Für uns gehören dazu z.B. der Einsatz von anonymisierten Bewer-  
154 bungen für mehr Chancengleichheit, der Aufbau von interkultureller Kompetenz in Verwaltung und staatlichen  
155 Einrichtungen sowie ein inklusives Bildungssystem mit gleichen Entwicklungschancen für alle.

#### 156 **Herkunftsländer als Partner auf Augenhöhe behandeln**

157 Ein Einwanderungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland kann und darf sich nicht auf die Auswirkungen  
158 in Deutschland beschränken. Es muss ebenso die Effekte in den Herkunftsregionen in den Blick nehmen und  
159 verantwortliche Lösungen dafür bereitstellen. Dafür gilt es Regelungen zu treffen, die eine massive Abwan-  
160 derung in einzelnen Herkunftsländern vermeiden, Brain-Drain verhindern und örtliche Entwicklungspotenziale  
161 nicht durch die Abwerbung aus Mangelberufen zerstören. Insbesondere Hauptherkunftsländer sollen durch  
162 feste Kooperationsvereinbarungen mit Schwerpunkt im Bildungsbereich, für den Verlust qualifizierter Arbeits-  
163 kräfte kompensiert und beim Aufbau neuer Entwicklungsperspektiven unterstützt werden.

164 Zu einem partnerschaftlichen und verantwortungsvollen Umgang gehört ebenso, mit dem Einwanderungsge-  
165 setz Bedingungen zu schaffen, die einen Brain-Gain durch Rückwanderung ermöglichen. Dazu muss im Gesetz  
166 verankert werden, dass einmal erworbene Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse in Deutschland nicht verloren  
167 gehen, wenn EinwanderInnen – auch für längere Zeitperioden – in ihr Heimatland zurückkehren. Geschaffen  
168 werden muss zudem eine Portabilität von Renten- und Sozialversicherungsansprüchen. Erworbene Ansprü-  
169 che dürfen auch dann nicht verloren gehen, wenn Menschen ihren Wohnort dauerhaft aus Deutschland weg  
170 verlegen, z.B. um in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

#### 171 **Seit an Seit für ein progressives Einwanderungsgesetz**

172 Gemeinsam mit der SPD wollen wir für ein progressives Einwanderungsgesetz und Freizügigkeit streiten. Da-  
173 bei sind wir fest davon überzeugt, dass ein Gesetz, für das der Mensch statt ökonomischer Erwägungen den  
174 Ausgangspunkt bildet, nicht nur gerechter, sondern auch attraktiver für ZuwanderInnen und gewinnbringen-  
175 der für unsere Gesellschaft ist. Wir rufen der SPD zu: nur Mut! Es gibt in Deutschland eine gesellschaftliche  
176 Mehrheit für die offene Gesellschaft und für ein klares Bekenntnis zu Einwanderung und Vielfalt. Der durch  
177 rechte Stimmungsmache entstandenen Verunsicherung begegnen wir nicht durch Verzagtheit. Mit einer po-  
178 sitiven Erzählung von Solidarität und Offenheit geben wir Orientierung. Mit progressiver Positionierung und  
179 klarem Kurs gewinnen wir Vertrauen und vollbringen, was längst überfällig ist: Die politische Gestaltung der  
180 Einwanderungsgesellschaft in Deutschland.